Stiftung SPI

Jahresbericht 2011/2012

Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin
– Walter May –
Gemeinnützige Stiftung

Stiftung des bürgerlichen Rechts
der Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Berlin e.V.

Müllerstraße 74, Stadtteil Wedding
13349 Berlin
030 / 45 97 93 - 0
030 / 45 97 93 - 66 Fax
info@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de

Spenden
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 31 121 05

Inhaltsverzeichnis

Booklet: Übersicht Stiftung SPI

Vorwort 7

I. Geschäftsbereiche

Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Aktuelle Entwicklung 10

1. Ausbildung 13
1.1 Berufsfachschule für Altenpflege
Regel- und berufsbegleitende Ausbildung
1.1.1 Berufsfachschule für Altenpflege
Ausbildung nach Bundesaltenpflegegesetz
1.2 Fachschule für Erzieher/-innen
Vollzeit und berufsbegleitende Ausbildung
1.3 Fachschule für Heilpädagogik
Vollzeit und berufsbegleitende Ausbildung
2. Fort- und Weiterbildung für Institutionen und Mitarbeiter/-innen des Sozial- und Gesundheitswesens
2.1 Fort- und Weiterbildung für Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens
2.2 Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter/-innen des Sozial- und Gesundheitswesens
2.2.1 Weiterbildungen für Leitungskräfte in der Pflege
2.2.1.1 Leitung der Pflege in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)
2.2.1.2 Leitung der Pflege von Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)
2.2.1.3 Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI
2.2.2 Fachweiterbildungen für Alten- und Krankenpflegekräfte
2.2.2.1 Gerontopsychiatrische Fachkraft (Zertifikat)
mit Basisqualifikation zur leitenden Pflegefachkraft (nach SGB XI)
gemäß „Gerontopsychiatrischer Zusatzqualifikation“ (SenGesSozV)
2.2.2.2 Weiterbildung zum/zur Mentor/-in (Praxisanleiter/-in) in der Pflege
2.2.3 Weiterbildung für Erzieher/-innen
2.2.3.1 Facherzieher/-in für Integration
2.2.3.2 Facherzieher/-in für Sprachförderung
2.2.3.3 Fachkraft für Konfliktmoderation
2.2.3.4 Facherzieher/-in/Fachkraft für Psychomotorik
2.2.3.5 Facherzieher/-in/Fachkraft für Musik und Rhythmik
2.2.3.6 Facherzieher/-in/Fachkraft für Medienpädagogik
2.2.3.7 Facherzieher/-in/Fachkraft für Demokratiepädagogik (in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, DeGeDe)
2.2.4 Weiterbildungen für alle Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen

3. Fachbereich Theater & Bildung
Fort- und Weiterbildungen für alle Personen und Institutionen, die Interaktionen und Beziehungen kreativ gestalten und für Entwicklungsprozesse nutzbar machen wollen.
3.1 Theaterpädagogik-Ausbildung
in Kooperation mit dem Theater Hebbel am Ufer/HAU
3.1.1 Spielleiter/Spielleiterin
3.1.2 Theaterpädagoge/Theaterpädagogin
4. Ausstellungen

Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel

1. Einführung 31
2. Beschreibung der einzelnen Säulen
2.1 Stadtdienst
2.1.1 Programmservicestelle „Zukunftsinitiative Stadtteil“ (PSS)
2.2 Stadtwerkstatt
2.2.1 Der Entwicklungsbereich
2.2.2 Projektsteuerung Bau
2.3 Stadtnetz
2.3.1 Aktionsraum^{plus}
2.3.2 Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik
2.3.3 Quartiersrätekongress
2.4 Stadtlabor
2.4.1 Sozialraumanalyse Forst
3. Weitere Aktivitäten
4. Ausblick

Soziale Räume und Projekte

Aktuelle Entwicklung 43

I. Kernbereich Gesundheit 45
Prävention, Sucht, Psychiatrie und Krisen

Drogenhilfe Nord

1. Drogenberatung Nord
2. Nordpassage
3. Nordimpuls
4. Nordwerk
5. Nordwind
6. Nordlicht
7. Nordstern

Suchthilfe Pankow

8. STAB Suchtberatungsstelle Pankow
9. BETA Pankow
10. Café 157

Suchthilfe Lichtenberg

11. Suchtberatungsstellen Lichtenberg und Hohenschönhausen
12. HaLT
13. Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg
14. Kontaktladen „enterprise“
15. Tagesstätten für Suchtkranke
16. Therapeutische Wohngemeinschaft „Arche“

Suchthilfeverbund Friedrichshain

17. Suchtberatung Friedrichshain
18. Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg
19. Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain
20. Wohngemeinschaft „Übernberg“

Treptow-Köpenick

21. Haus Strohhalm - Sozialtherapeutisches Wohnen
22. Treffpunkt Strohhalm

II. Kernbereich Lebenslagen 75
Netzwerke, Jugend, Familien, Arbeit und Ausbildung
Vielfalt und Integration

1. Clearingstelle – Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz
2. Programmagentur Rechtskundepaket
3. Flucht nach vorn - Bildung, Beratung und Betreuung junger Flüchtlinge
4. Kick it – Mädchen erobern den Fußball
5. MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen
6. Fallschirm - Hilfen für straffällige Kinder und Jugendliche
7. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
8. HundeDoc
9. Ostkreuz
Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration
Polis* - Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf
NÜRTİKULTİ
10. Veranstaltungshaus „Werk 9“
11. Haus der Jugend
12. Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“
13. new way
14. Schulprojekte an Hemingway-Schule
15. VBO - Vertiefte Berufsorientierung in Berlin-Mitte

III. Qualitätsmanagement 113

Strategien sozialer Integration

1.	Aktuelle Entwicklung	116
2.	Die Programme im Einzelnen	
2.1	Programmagentur „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“	
2.1.1	Umfang des Programms	
2.1.2	Zielsetzungen und Ergebnisse des Programms	
2.1.3	Programminterne Fortbildung	
2.2	Die ESF-Programme des BMFSFJ	
2.2.1	Bundesinitiative JUGEND STÄRKEN	
2.2.1.1	Kompetenzagenturen	
2.2.1.2	Schulverweigerung – 2. Chance	
2.2.1.3	STÄRKEN vor Ort (Lokales Kapital für soziale Zwecke)	
2.2.2	ESF-Modellprojekt „Perspektive Wiedereinstieg“	
2.2.3	Aktionsprogramm Kindertagespflege	
2.2.4	ESF-Modellprogramm ‚MEHR Männer in Kitas‘	
2.2.5	ESF-Modellprogramm JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region	
2.3	Bundesinitiative Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration	
2.3.1	Das Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“	

Niederlassung Brandenburg

Entwicklung		136
1.	Landesweite Projekte	139
1.1	Beratung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit	
1.2	Initiative Oberschule	
1.3	Brandenburger Jugendkulturtage	
2.	Regionalzentrum Nord-Ost	
3.	Regionalzentrum Ost	
4.	Regionalzentrum Süd	
5.	Regionalzentrum Mitte	
6.	Regionalzentrum Nord-West	
7.	Fachgruppen	
7.1	Fachgruppe Häuser	
7.2	Fachgruppe Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit	
7.3	Fachgruppe Bildung	
7.4	Fachgruppe Berufliche Integration	
7.5	Fachgruppe Kindertagesbetreuung	
7.6	Fachgruppe Medien	
7.7	Fachgruppe Gemeinwesen	

II. Gesellschaften

1. GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH 177
2. SPI Forschung gGmbH (Berlin, Magdeburg)
3. Centre Français de Berlin gGmbH - deutsch-französisches Kulturzentrum
4. ISKA, Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH (Nürnberg)
5. SPI Beteiligungsgesellschaft mbH
6. SPI Ausbildung & Qualifizierung Berlin-Brandenburg gGmbH (Berlin, Cottbus)

III. Öffentlichkeitsarbeit

Publikationen 184
Fachtagungen

IV. Verzeichnis

Anschriften der Geschäftsbereiche 203
Mitarbeiter/-innen

V. Anhang

Satzung Stiftung SPI 231

Vorwort

Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May - (Stiftung SPI), legt mit diesem Jahresbericht 2011/2012 gegenüber der Stiftungsaufsicht, dem Stifter, der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Auftraggebern und Zuwendern, Geschäftspartnern, Förderern und Freunden der Stiftung SPI Rechenschaft ab. Zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Einhaltung der Regeln des ordentlichen Kaufmannes, wie der Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen nach den Haushaltsordnungen bzw. von Leistungsverträgen lässt sich die Stiftung SPI jährlich von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfen und testieren.

Die Stiftung SPI ist eine als gemeinnützig anerkannte operative Stiftung und Träger eigener Praxis nach Maßgabe des Stiftungszwecks. Die Stiftung SPI erhält weder vom Stifter, noch von anderer öffentlicher oder privater Seite eine institutionelle Förderung. Alle Aufwendungen der Stiftung müssen aus den Erträgen (Aufwendungsersatz, Zuwendungen, Honorar- und Leistungsvereinbarungen sowie Spenden) gedeckt werden.

Der Jahresbericht der Stiftung stellt ausführlich die eigene Praxis und das jeweilige Leistungsprofil der einzelnen Geschäftsbereiche und der mit der Stiftung verbundenen Gesellschaften dar. Über die Gremien der Stiftung, das Leistungsprofil, die Struktur und die dort Verantwortung tragenden Persönlichkeiten berichten wir in Kurzform.

Darüber hinaus informieren wir aktuell auf unserer Homepage www.stiftung-spi.de. Hier besteht auch die Möglichkeit frühere Jahresberichte herunter zu laden.

Die Struktur der Stiftung SPI, ihr fachliches Profil und der Gegenstand der Tätigkeit verlangen von der Institutsleitung der Stiftung Qualitätskontrolle und Qualitätsmanagement. Im Berichtszeitraum wurde durch ein Wiederholungsaudit testiert, dass die Institutsleitung und die Geschäftsbereiche die Forderungen der DIN EN ISO 9001:2008 erfüllen. Damit ist die kontinuierliche Weiterführung des Zertifikats gewährleistet. Der Geschäftsbereich Fachschulen unterliegt der staatlichen Anerkennung und der Fachaufsicht des Landes Berlin sowie den träger- und maßnahmebezogenen Anforderungen der Förderung der beruflichen Weiterbildung (AZWV).

Für den engagierten Einsatz der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung sowie die fachliche Begleitung und kritische Unterstützung durch Freunde, Zuwendungsgeber und Vertragspartner möchten sich der Vorstand und die Institutsleitung herzlich bedanken.

Berlin, im Juli 2012

Hartmut Brocke
Vorstandsvorsitzender
Direktor

Stiftung SPI

Jahresbericht 2011/2012

Geschäftsbereiche

Jahresbericht 2011/2012

Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Ausbildung

Berufsfachschule für Altenpflege
(Regelausbildung und berufsbegleitend)

Fachschule für Erzieher/-innen
(Vollzeit und berufsbegleitend)

Fachschule für Heilpädagogik
(Vollzeit und berufsbegleitend)

Weiterbildung & Fortbildung

- Altenhilfe & Gesundheitswesen
- Kinder- und Jugendhilfe
- Behindertenarbeit
- Theater & Bildung
- Leitung & Qualitätsentwicklung
- Inhouseschulungen & Tagungen

Ausstellungen

Am Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung werden Fachkräfte des Sozial- und Gesundheitswesens sowie der Theaterpädagogik aus- und weitergebildet. Leitprinzip sämtlicher Angebote ist die Verwertbarkeit der Abschlüsse.

Für das berufliche Fortkommen: Wo gesetzliche Regelungen vorliegen, sind unsere Abschlüsse staatlich anerkannt. Existieren keine Aus- und Weiterbildungsverordnungen, so basieren die Fort- und Weiterbildungen auf (analogen) landesspezifischen Rahmenrichtlinien bzw. auf domänenspezifischen Zertifikaten von Verbänden und Trägern auf nationaler und europäischer Ebene.

Für die Praxis: Unsere Qualifizierungen orientieren sich an den je anstehenden Umsetzungsfragen und (neuen) Erfordernissen des jeweiligen Arbeitsfeldes.

Aktuelle Entwicklung

Der Mangel an Fachkräften in den Feldern der sozialen Arbeit und des Gesundheitswesens rückt immer stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Ausbildung und Personalentwicklung bzw. -bindung werden für Einrichtungen und Dienste zur Existenzfrage. Der Rückgang von Schülerzahlen bzw. verfügbaren Bewerbern für die einschlägigen Berufe verstärkt den Wettbewerb zwischen allen „Sparten“. Gedeckelte Budgets und Verdichtung der Arbeit aufgrund begrenzter Personalressourcen im Sozial- und Gesundheitswesen verengen mögliche Handlungsspielräume, Menschen für die Berufe zu motivieren und im Arbeitsfeld zu halten.

Für die Beschäftigten, insbesondere die Fachkräfte gilt: Sie können sich immer mehr aussuchen, bei wem sie tätig sein wollen. Für die Pflege beispielsweise liegt die Wiederbesetzungskarenz zwischenzeitlich bei ca. 95 Tagen, wobei diese Berechnung noch die Helfer einschließt. Für Fachkräfte sind vermutlich noch einmal 20 Tage mehr zu veranschlagen.

Was für die Berufstätigen einen Gewinn darstellt, ist für die Verantwortlichen in Einrichtungen und Diensten *das* Problem. Die – politisch – vorgeschlagenen Lösungen für den skizzierten Mangel orientieren sich an bekannten Interessenslagen. Während die einen „unverändert“ personenorientierte Dienstleistungen als etwas betrachten, was potentiell von jedermann/ jederfrau erbracht werden kann (mit Ausnahme weniger den Fachkräften vorbehaltener Aufgaben), sehen die anderen eine Steigerung der Komplexität in den Aufgaben, die ausschließlich durch akademische Bildung angemessen beantwortet werden kann. In diesem Interessenkonflikt gerät die qualitativ und quantitativ stark entwickelte berufliche Bildung an beruflichen Schulen (Berufsfachschulen, Fachschulen, Schulen des Gesundheitswesens) zum Spielball. Für die einen ist sie in der vorhandenen Breite nicht wirklich erforderlich, für die anderen schlicht nicht „state of the art“.

Wie durch ein Brennglas lässt sich dieser Richtungsstreit an den Diskussionen um den Erzieherberuf und die Qualifikation von Kindertagespflegepersonen sehen. Die geplante Einordnung der Fachschulen auf Niveau 6 des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR), auf dem auch der Bachelor Abschluss angesiedelt sein wird, motiviert die Vertreter der Studiengänge für Kindheitspädagogik zu etwas Beispiellosem: Sie setzen sich aktiv für eine Niveauabstufung der Fachschulabschlüsse ein mit Verweis auf eine von ihnen behauptete geringere Qualität fachschulischer Ausbildung. Die Konsequenzen einer Ungleichbehandlung von Fachschulabschlüssen des Sozialen gegenüber solchen in Technik und Handwerk nehmen sie dabei billigend in Kauf. Sie argumentieren mit den formalen Bildungsabschlüssen, die für eine Zulassung zur Fachschule erforderlich sind, und identifizieren die Erzieherfachschule als „unechte Fachschule“, da sie nicht regelhaft einen ersten einschlägigen beruflichen Abschluss voraussetzt. Ihre Initiative richtet sich dabei gegen ein Kernanliegen von EQR und DQR, dass es künftig nicht mehr ausschließlich darauf ankommen soll, wo jemand etwas gelernt hat, sondern was er kann. Ein Anliegen, das im Kontext des lebenslangen Lernens zu verstehen ist und strukturell zum Ziel hat, einen Rahmen zu spannen, der bei abnehmenden Erwerbspersonenpotential größtmögliche Mobilität in den Arbeitsfeldern und Anschlussfähigkeit von Ergebnissen formaler, non-formaler und informeller Bildung sichert.

Auf der anderen Seite spielen die Vorstellungen zur Qualifizierung von Personen für die Kindertagespflege leichtfertig mit der erreichten Qualität in der Erzieherausbildung. Hier stehen 4 Wochen Qualifizierung gegen 3 Jahre Ausbildung als notwendiges Qualifikationsprofil für die „Kleinsten"; und selbst Erzieher/-innen sollen sich noch dieser „unterziehen". Dabei ist unbestritten, dass Erzieher/-innen früherer Ausbildungskohorten für die Entwicklungsbegleitung und -förderung von bis zu 3-Jährigen etwas hinzulernen können und sollten. Strukturell wirkt jedoch ein anderes Signal: eine massive Entwertung des mittleren Segments beruflicher Bildung wird billigend in Kauf genommen.

Abstrahiert man von oben genannten divergierenden Interessenslagen und Bewertungen, was es für eine gute pädagogische Begleitung und Förderung von Kindern braucht, fokussiert man dagegen das oben skizzierte Problem, überhaupt geeignete Personen für die Arbeitsfelder des Sozial- und Gesundheitswesens zu halten und zu gewinnen, wird deutlich, wie gefährlich dieses „Spiel" ist. Die strategische Ausrichtung am eigenen bzw. schnellen Vorteil wird zur Gefahr für fachliche Standards insgesamt.

Lösungen für den Fachkräftemangels müssen zwingend auf die Stärkung vorhandener Strukturen und den Abbau nicht zu rechtfertigender formaler Barrieren in der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit zielen. Berufliche Bildungsinstitutionen können dabei eine zentrale Rolle spielen, indem man ihnen „Anerkennungsrechte" übereignet, die es ihnen erlauben, non-formale und informelle Lernergebnisse auf formale Qualifizierungen anzurechnen. Das würde es ihnen möglich machen, differenziert auf die Ressourcen Einzelner einzugehen und gemeinsam mit ihren Partnern Konzepte lebenslangen Lernens zu ermöglichen.

Anstrengungen von Einrichtungen und Diensten mehr auszubilden, sind nur eine Antwort auf den Personalmangel. Anders als noch vor wenigen Jahren wissen die meisten Verantwortlichen, dass sie sich nicht mehr darauf verlassen können, dass die Fachkräfte schon irgendwoher kommen. Es geht darum, geeignete Personen zu finden und zu halten sowie gleichzeitig alles zu lassen, was lediglich Partialinteressen (z. B. berufsständischen) dient. Als aktuelles Beispiel mag hier die Diskussion um die EU-Anerkennungsrichtlinie für die Pflegeberufe dienen. Das Votum der Berufsverbände in der Pflege, die Zugangsvoraussetzungen, wie von der Mehrzahl der EU-Länder gewollt, auf 12 Schuljahre heraufzusetzen, nimmt billigend in Kauf, dass in der Gesundheits- und Krankenpflege ca. 45 %, in der Altenpflege ca. 85 % der Bewerber/innen für die Berufe wegfallen würden. Dass Deutschland bereits mit seinem Berufsbildungssystem ganz andere Strukturen und angemessene Lösungen vorhält, um qualitativ gut und praxisnah zu qualifizieren, die „12-Jahres-Regelung" daher strukturell nicht greift, wird dabei einfach ignoriert.

Ausblick: Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, dass der Wert der vorhandenen Strukturen des deutschen Berufsbildungssystems für die Lösung der skizzierten Probleme stärker als bisher wahrgenommen und genutzt wird.

Altenpflege

Zwischenzeitlich liegen die Eckpunkte der Bundesregierung zu einer Reform der Pflegeausbildungen vor. Während die Verbände der Gesundheits- und Krankenpflege dem Vorhaben grundsätzlich unverändert positiv gegenüber stehen, wird den Trägern in der Altenhilfe immer mehr deutlich, dass sie zu den Verlierern einer solchen Reform zählen würden. Sie würden auf weniger, schlechter einschlägig qualifizierte Fachkräfte zurückgreifen können. Schien es noch vielen, ohne groß nachzudenken, eine gute Idee, die drei Berufe der Kinder-/ Krankenpflege und Altenpflege zusammenzulegen, werden zunehmend die Verluste und Risiken sichtbar.

Die Inhalte des Eckpunktepapiers machen diese deutlich sichtbar. So wird ein Rotationssystem bei den praktischen Einsätzen beschrieben, das für keines der Tätigkeitsfelder sicherstellt, dass das vorhandene Qualifikationsniveau auch künftig gehalten werden kann. Es werden vier Finanzierungsoptionen vorgestellt, die auch Strukturentscheidungen für die Verortung im System beruflicher Bildung beinhalten und dabei alles offen lassen. Doch eine Reform, die noch nicht einmal endlich die Krankenpflegeschulen – bei den Berufsfachschulen für Altenpflege ist dies überwiegend längst erreicht – von ihrem Sonderstatus als Schulen besonderer Art befreit, verdient diesen Namen nicht. Der Erhalt und mehr noch die erneute

Einführung (hier für die Altenpflege) überkommener Bildungsstrukturen aus dem letzten Jahrhundert (Schule besonderer Art) scheint möglich. Und das sogar noch unter der Bedingung– das wird klar angesprochen –, dass die Ausbildung künftig teurer werden würde. Bereits im Eckpunktepapier wird deutlich, dass bei einer Einigung mehr Schaden für das Berufs- und Arbeitsfeld zu erwarten ist. Und das alles unter dem Motto einer Steigerung der Attraktivität des Berufs? Noch nicht einmal das lässt sich belegen: Dass eine „Generalistische Pflegeausbildung“ für mehr Attraktivität des Berufes und damit mehr Bewerber/innen sorgen würde, dafür gibt es bisher keine validen Hinweise. Belegt dagegen ist, dass es eine hohe Zufriedenheit (über 90 % würden sich wieder so entscheiden) mit der spezifischen Berufswahl gibt.

Kommt die „Reform“, so ist schlicht allein aufgrund der massiven Reibungsverluste durch den Umbau der Strukturen damit zu rechnen, dass in großem Maß Ausbildungsplätze und geeignete Bewerber/innen, die sich anders orientieren werden, verloren gehen. Dass keine Zeit zur Stärkung und Weiterentwicklung vorhandener Strukturen vergehen darf, dass es einer jährlichen Steigerung von Ausbildungszahlen braucht, das zeigt auf der anderen Seite die Initiative zu einer „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“, welche die Bundesregierung, die Länder und Kommunen, die Wohlfahrtsverbände, die Fach- und Berufsverbände der Altenpflege, die Bundesagentur für Arbeit, die Kostenträger und die Gewerkschaften erstmals gemeinsam gestartet haben. Die hier angesprochenen Handlungsfelder sind vielfältig. Denn: Natürlich hängt die Attraktivität eines Arbeitsfeldes nicht allein von der Ausbildung ab, sondern von den vorfindbaren beruflichen Realitäten. Und diese hängen wiederum von den Ergebnissen der Vergütungsverhandlungen mit den Kostenträgern ab, von der Unternehmenskultur und dem Führungsstil u.v.a.m. Eine weitgehende Verständigung der genannten Akteure, wenn auch nicht Konsens, über die relevanten Punkte wurde in insgesamt 8 Sitzungen erreicht. Die Unterzeichnung des Papiers, die bereits im Januar erfolgen sollte, steht unterdessen (im Juni 2012) noch aus.

Ausblick: Es bleibt zu hoffen und dafür zu streiten, dass die Einsicht, dass mit der beabsichtigten Reform der Ausbildungen niemand gedient, aber vielen geschadet wird, sich vergrößert und am Ende durchsetzt.

Erzieher/in

Die Arbeit an der Fachschule für Erzieher/-innen hat sich im vergangenen Jahr weiter in Richtung einer Öffnung für Kultureinrichtungen und für Projekte entwickelt. Nach der erfolgreichen Entwicklung eines ausstellungsbegleitenden Konzepts für 4- bis 8-jährige Kinder für die Ausstellung „Weltwissen – 300 Jahre Wissenschaften in Berlin“ am Martin Gropius Bau, wurden ebensolche Formate für die Stiftung Deutsches Technikmuseum mit den Schwerpunkten „Luftfahrt, Wind und Wasser“ konzipiert und während des ersten Halbjahrs 2012 von Studierenden angeboten und mit großem Erfolg durchgeführt.

Im Haus am Lützowplatz realisierten Studierende und Dozenten auf der Basis verschiedener Vorarbeiten zusammen mit der Künstlerin Birgit Cauer ein Projekt mit dem Thema „HORTUS CIRCULOSUS – Kreisläufe zwischen Kunst und Natur“, das im Gesamtprojekt „Überlebenskunst. Schule“ eingebettet war.

Weiter beteiligten sich Studierende mit einem Projektangebot für Kinder am Kinderkarneval der Kulturen, entwickelten theaterpädagogische Formate für den Park am Gleisdreieck und realisierten diese u. v. a. m. Der öffentliche Raum wird zum Lernraum, Projektraum, Angebotsraum für Kinder und Jugendliche.

Für die Initiative „Mehr Männer in Kitas“ drehten Studierende diverse Videoclips für den Schulbus, der deutschlandweit auf Tour ist. Korrespondierend dazu fand gemeinsam mit den Partnern ein ausbildungsgangübergreifender Fachtag zum Thema „Gender“ statt.

Für den Berliner Handballverband wurde eine Studie von Studierenden konzipiert und durchgeführt zum Thema „Handball spielende Kinder (E- und G-Jugend) und ihre Eltern“. Die Kooperation mit der Erzieherfachschule erwuchs aus der Überzeugung, dass es einer pädagogischen Kompetenz vor allem im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen bedarf, um aus einer Umfrage Aussagen zu erhalten, die den Beteiligten wirklich am Herzen liegen.

Für die zweite Jahreshälfte 2012 ist die Realisierung einer Projektes mit dem Deutschen Historischen Museum für die Ausstellung „Verführung Freiheit“ in Vorbereitung. Neben einem ausstellungsbegleitenden Konzept für 3- bis 6-jährige Kinder wird es bei dieser Kooperation auch um eine Social-Media-Kampagne gehen, die Jugendliche für diese Ausstellung interessieren soll. Ein kein ganz leichtes Unterfangen, da ja allein der Name „Deutsches Historisches Museum“ bei Jugendlichen sicher nicht sofortiges begeistertes Interesse am angebotenen Gegenstand auslösen wird.

Ausblick: Die nun seit einigen Jahren in Gang gekommene Projektorientierung mit Partnern oder an Orten „außerhalb von Schule“ weitet sich aus und ist zum qualitativ essentiellen Bestandteil der Ausbildungsgänge geworden. Sie weiter zu entwickeln, ist ein wesentlicher Schritt zur Professionalisierung einerseits und zur besseren Wahrnehmung der Kompetenzen von Fachkräften des Sozialen andererseits.

Heilpädagogik

Mit dem im vergangenen Jahr ausbildungsgangübergreifend eingeführten „Laufpass“ an den Berufs-/Fachschulen sollen Studierende motiviert werden, ihr Können und ihr Wirkungsspektrum auf verschiedene Kontexte aufzuweiten und sich in ihnen zu präsentieren. Heilpädagogik-Studierende wurden so beispielsweise zu Beratenden im oben angeführten Projekt mit der Stiftung Deutsches Technikmuseum, was es an spezifischen Überlegungen bei Führungen für Kinder mit Behinderungen braucht.

Ausblick: Jenseits und ob des Themas Inklusion gilt es die Ressourcen der verschiedenen „Gewerke“, die durch die Personen in den unterschiedlichen Aus- und Weiterbildungsgängen am Geschäftsbereich vertreten sind, weiter für die Realisierung von Vielfalt und Barrierefreiheit zu erschließen.

Weiterbildung & Fortbildung

Entscheidungen für eine spezifische Weiterbildung orientieren sich weiterhin vorrangig am Kriterium ihrer zwingenden Notwendigkeit. Die Hauptanlässe für Weiterbildungen sind demnach: (1) gesetzliche oder leistungsrechtlich vorgeschriebene Qualifizierungen für konkrete Handlungsfelder bzw. Funktionen, (2) fachliche Schwerpunktverschiebungen oder -verdichtungen in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern.

Im Altenhilfebereich überwiegen längerfristige Weiterbildungen für Leitungsfunktionen (Wohnbereichsleitung, Pflegedienstleitung, Heimleitung) bzw. zur gerontopsychiatrischen Fachkraft.

Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenarbeit sind kürzere Qualifikationen die Regel, wie zum Beispiel der/die Facherzieher/in für Integration oder Sprachförderung. Einzig die Weiterbildung Sozialmanagement wird als längerfristige Weiterbildung auch von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenarbeit wahrgenommen.

Im Fachbereich Theater & Bildung ist ein Zuwachs an Interessenten zu verzeichnen. Sicher liegt dies zum einen daran, dass das Angebot des Geschäftsbereiches Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung in diesem Bereich erst einem größeren Kreis publik werden musste, zum anderen daran, dass die Qualifizierung nun auch über Bildungsgutschein möglich ist. Zwischenzeitlich laufen Spielleiterkurse parallel, auch das Aufbaumodul „Theaterpädagogin/Theaterpädagoge BuT“ ist gestartet.

1. Ausbildung

Die Fachschulen bilden Altenpfleger/-innen, Erzieher/-innen und Heilpädagoginnen/ Heilpädagogen aus. Sie stehen in der Nachfolge der „Wohlfahrtsschule des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt“, die von 1928 - 1933 Wohlfahrtspfleger/-innen ausbildete.

1951 nahmen die Schulen mit der berufsbegleitenden Erzieherausbildung ihre Tätigkeit erneut auf. Von 1957 bis 1972 wurden auch Fürsorger/-innen (Sozialarbeiter/-innen) qualifiziert. 1977 begann die erste Vollzeitausbildung Altenpflege, 1983 die erste berufsbegleitende Altenpflegeausbildung an den Fachschulen. Anfang 1993 kamen die Fachschule für Heilpädagogik, infolge des Bundesaltenpflegegesetzes 2003 die Berufsfachschule für Altenpflege hinzu.

Die Ausbildung ist an den Grundsätzen der Erwachsenenpädagogik und den Praxiserfahrungen der Studierenden ausgerichtet. Über Gremienarbeit und Fachöffentlichkeit wird auf die Rahmenbedingungen der Ausbildung Einfluss genommen. Besonderes Gewicht wird bei der Bewerberauswahl auf Mitarbeiter/-innen in neuen Organisationen der Alten- und Jugendhilfe sowie auf die Aufnahme von ausländischen Studierenden gelegt (ihr Anteil beträgt derzeit z. B. im Erzieherteilzeitstudium erfreuliche 48 %). An den Berufs-/Fachschulen sind rund 1.400 Studierende, die die Ausbildung mit der staatlichen Anerkennung abschließen.

1.1 Berufsfachschule für Altenpflege
Regel- und berufsbegleitende Ausbildung

Die Anforderungen an Mitarbeiter/-innen in der Altenarbeit haben sich in den vergangenen Jahren stark verdichtet: Die erforderlichen sozialen, personalen, methodischen und fachlichen Fähigkeiten und Kompetenzen sind komplex und müssen je nach Situation und Kontext ausgewählt werden und sodann in konkretes Handeln münden. Dabei kommt es stets darauf an, Altenpflege unter Bedingungen von Pflegebedürftigkeit und -abhängigkeit so zu gestalten, dass die Integrität des alten Menschen gewahrt bleibt. Altenpflege ist in diesem Sinn auch immer Anlass für soziale Arbeit. Die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten umfassen ein weites Spektrum. Pflege, Beratung und Betreuung bei an Demenz erkrankten Menschen, bei Menschen, die körperlich schwerstpflegebedürftig sind, in der Palliativpflege, im Sterbeprozess, um nur einige Bereiche zu nennen, im jeweiligen Kontext (ambulant, teilstationär, stationär) zu gestalten und zu steuern, ist herausforderungsvoll. Dezidierte Planung der Pflege, eine systemische Perspektive auf Lebenslagen, die Beteiligung möglichst vieler Akteure, die Wahrnehmung des jeweiligen Sozialraums, die Fähigkeit zur interdisziplinären Zusammenarbeit usf. sind hierbei die Grundvoraussetzungen, die professionelles Handeln begründen.

Bei der skizzierten Vielzahl der geforderten Kompetenzen und der raschen Entwicklung der Altenhilfelandschaft kommt der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen eine besondere Bedeutung zu: Also jenen Qualifikationen, die bleiben, auch wenn sich fachliche Dimensionen verändern. Schlüsselqualifikationen bieten die Basis, um sich auf fachliche Veränderungen einstellen und neue Konzepte in berufliches Handeln integrieren zu können.

1.1.1 Berufsfachschule für Altenpflege
Ausbildung nach Bundesaltenpflegegesetz

Seit dem 01.08.2003 ist die Altenpflegeausbildung in Berlin nach Bundesrecht geregelt. Die Schüler/-innen schließen einen Ausbildungsvertrag mit dem Träger der praktischen Ausbildung und erhalten eine Ausbildungsvergütung. Die schulische Ausbildung erfolgt durch die Berufsfachschule für Altenpflege. Das Verhältnis zwischen dem Kooperationspartner Praxis und der Schule ist durch einen Kooperationsvertrag, zwischen Schüler/-in und Schule durch einen Schulvertrag geregelt. Zugangsvoraussetzungen sind der mittlere Bildungsabschluss bzw. der erweiterte Hauptschulabschluss. Die Ausbildung in der Praxis erfolgt nach einem praktischen Ausbildungsplan. Seitens der Berufsfachschule ist hierfür ein Muster entwickelt worden, der vom Elsevier-Verlag publiziert wurde und den die meisten Kooperationspartner der Berufsfachschule nutzen.

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung in der Altenpflege soll die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, die zur selbständigen und eigenverantwortlichen Pflege einschließlich der

Beratung, Begleitung und Betreuung alter Menschen erforderlich sind. Dies umfasst insbesondere:

1. die sach- und fachkundige, den allgemein anerkannten pflegewissenschaftlichen, insbesondere den medizinisch-pflegerischen Erkenntnissen entsprechende, umfassende und geplante Pflege,
2. die Mitwirkung bei der Behandlung kranker alter Menschen einschließlich der Ausführung ärztlicher Verordnungen,
3. die Erhaltung und Wiederherstellung individueller Fähigkeiten im Rahmen geriatrischer und geronto-psychiatrischer Rehabilitationskonzepte,
4. die Mitwirkung an qualitätssichernden Maßnahmen in der Pflege, der Betreuung und Behandlung,
5. die Gesundheitsvorsorge einschließlich der Ernährungsberatung,
6. die umfassende Begleitung Sterbender,
7. die Anleitung, Beratung und Unterstützung von Pflegekräften, die nicht Pflegefachkräfte sind,
8. die Betreuung und Beratung alter Menschen in ihren persönlichen und sozialen Angelegenheiten,
9. die Hilfe zur Erhaltung und Aktivierung der eigenständigen Lebensführung einschließlich der Förderung sozialer Kontakte und
10. die Anregung und Begleitung von Familien- und Nachbarschaftshilfe und die Beratung pflegender Angehöriger.

Darüber hinaus soll die Ausbildung dazu befähigen, mit anderen in der Altenpflege tätigen Personen zusammenzuarbeiten und diejenigen Verwaltungsarbeiten zu erledigen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Aufgaben in der Altenpflege stehen.“ (§ 3 AltPflG)

Zugangsvoraussetzung

Erweiterter Hauptschulabschluss oder Hauptschulabschluss und eine mindestens zweijährige Berufsausbildung bzw. einjährige Pflegehelferausbildung. Die Regelausbildung und berufsbegleitende Ausbildung setzen einen Ausbildungsvertrag bzw. ein bestehendes Arbeitsverhältnis in der Tätigkeit als Altenpfleger bereits ein Jahr vor Beginn der Ausbildung mit einem Träger der praktischen Ausbildung und der Berufsfachschule voraus. Mögliche Anstellungsträger sind Heime (§ 1 Heimgesetz), stationäre sowie ambulante Pflegeeinrichtungen (§ 71 Abs. 1 bzw. 2 SGB XI).

Struktur der Ausbildung

Der Theoriestundenumfang umfasst 2.100 Stunden, der Umfang der praktischen Ausbildung 2.500 Stunden. Die Ausbildungsvergütung orientiert sich an der Vergütung in der Krankenpflegeausbildung bzw. den Vergütungen für Altenpflegehelfer. Die Ausbildung ist schulgeldpflichtig.

Regelausbildung
(auch als Umschulung)

Die Ausbildung dauert unabhängig vom Zeitpunkt der staatlichen Prüfung 3 Jahre. Die schulische Ausbildung erfolgt in Form von Blockphasen sowie eines kontinuierlichen Schultages/Woche. Die praktische Ausbildung findet im Umfang von 1.700 Stunden bei Hauptanstellungsträger statt, 300 Stunden sind im komplementären Bereich (ambulant oder stationär) zu absolvieren, weitere 300 Stunden in weiteren Einrichtungen, in denen alte Menschen betreut werden (§ 4 AltPflG). Der Einsatzort der übrigen 200 Praxisstunden wird vom Hauptanstellungsträger im Benehmen mit der Berufsfachschule festgelegt.

Berufsbegleitende Altenpflegeausbildung

Die Ausbildung dauert unabhängig vom Zeitpunkt der staatlichen Prüfung 4 Jahre. Die schulische Ausbildung erfolgt an zwei halben Tagen/Woche sowie zwei Blockseminaren pro Jahr.

Ausbildungsbeginn

Die Regelausbildung beginnt jährlich im September und Februar bzw. nach Bedarf. Start der berufsbegleitenden Ausbildung ist Mai und November.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung schließt mit einer schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung ab und führt zur staatlich geschützten Berufsbezeichnung: Altenpfleger/Altenpflegerin.

1.2 Fachschule für Erzieher/-innen Vollzeit und berufsbegleitende Ausbildung

Die Anforderungen an Erzieher/-innen nehmen aufgrund der sich differenzierenden und vermehrt belastenden Lebens- und Konfliktlagen für Kinder und Jugendliche weiter zu. Dazu kommt die in Gang gekommene Diskussion um den von der Kinder- und Jugendhilfe bisher nicht ausreichend wahrgenommenen Bildungsauftrag. Neue Schwerpunkte in der Qualifizierung bilden das Berliner Bildungsprogramm sowie Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Stärker fokussiert werden zudem Methoden zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlicher Kompetenzen. Ein weiterer Fokus liegt in der frühkindlichen Bildung.

Mit der künftigen Verpflichtung zur Qualitätssicherung und -entwicklung kommen weitere Aufgaben auf den Beruf zu. Kompetenzen der Abwägung und des Aushandelns zwischen Notwendigem und Wünschbarem werden für das Berufsbild zwingend. Dazu gehören Kompetenzen zur Koordinierung und Vernetzung ebenso wie zur Konzeptionsentwicklung. Der Erwerb interkultureller Kompetenz ist für erzieherisches Handeln von immer größerer Bedeutung. Das Vollzeitstudium setzt hier ein spezifisches Profil, einerseits durch die curriculare Gestaltung des Fachschulstudiums, andererseits durch die Wahl der Praxisorte, nicht zuletzt durch das Wahlpflichtpraktikum, das im 5. Semester im Ausland absolviert werden kann.

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung soll die Studierenden befähigen, Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsaufgaben zu übernehmen und in allen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern als Erzieherin oder Erzieher selbständig und eigenverantwortlich tätig zu sein (...), Spracherwerb und Sprachentwicklung deutscher und ausländischer Kinder und Jugendlicher zu fördern und ihre Kenntnisse der deutschen Sprache zu vertiefen und zu erweitern.

Die Aufgaben einer Erzieherin oder eines Erziehers werden durch den gesetzlichen Auftrag des Kinder- und Jugendhilferechts (...) bestimmt.“ (Ausbildungsordnung, 02.12.2003)

Zugangsvoraussetzung

Fachhochschulreife, die an einer Fachoberschule für Sozialwesen erworben wurde oder Fachhochschulreife bzw. Abitur plus Nachweis einer für die Fachschulausbildung förderlichen Tätigkeit oder mittlerer Bildungsabschluss und erfolgreicher Abschluss einer einschlägigen Berufsausbildung oder 3-jährigen einschlägigen Berufstätigkeit oder erfolgreicher Abschluss einer nichteinschlägigen mindestens 3-jährigen Berufsausbildung oder 4-jährigen nichteinschlägigen Berufstätigkeit. Auf die Berufstätigkeit können Haushaltstätigkeit in einem

Mehrpersonenhaushalt, Erziehungstätigkeiten, Dienstpflicht nach § 21 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes angerechnet werden.

Voraussetzung für das Teilzeitstudium ist zudem eine hauptberufliche Erziehertätigkeit in einer anerkannten sozialpädagogischen Einrichtung sowie die Einverständniserklärung des Arbeitsgebers zur Ausbildung.

Vollzeitausbildung mit internationalem Profil

Das Vollzeitstudium dauert drei Jahrgangsstufen (sechs Semester). In den ersten beiden Jahrgangsstufen finden zwei jeweils 12-wöchige Praktika statt, ein Pflichtpraktikum in einer Tageseinrichtung für Kinder bzw. im Rahmen der Tagesbetreuung an Schulen sowie ein Wahlpflichtpraktikum in der Heim- oder Jugendarbeit oder der Arbeit mit behinderten Kindern oder Jugendlichen. Das 20-wöchige Wahlpraktikum im 5. Semester kann im Ausland absolviert werden kann.

Berufsbegleitende Ausbildung

Das Teilzeitstudium dauert drei Jahrgangsstufen (sechs Semester). Voraussetzung ist eine Tätigkeit als Erzieher/-in in einer vom Land Berlin für die Ausbildung anerkannten sozialpädagogischen Einrichtung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigungszeit. Die schulische Ausbildung findet an zwei Tagen/Woche statt.

Ausbildungsbeginn

Die Ausbildungen beginnen jeweils im Februar und August.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung endet mit einer Abschlussprüfung nach 3 Jahren. Sie schließt ein Kolloquium über die praktische Ausbildung ein. Die Ausbildung führt zur staatlichen Anerkennung als Erzieher/Erzieherin.

1.3 Fachschule für Heilpädagogik (Vollzeit und berufsbegleitende Ausbildung)

Die Heilpädagogikausbildung stellt eine weiterführende Qualifikation für Erzieher/-innen, Heilerziehungspfleger/-innen und Absolventinnen/Absolventen gleichwertiger Ausbildungen dar. In der Regel gibt es neben dem Motiv, spezifische Kompetenzen für die bereits ausgeübte Tätigkeit zu erwerben, das Motiv der Aufstiegsorientierung sowie des Wechsels in ein anderes Arbeitsfeld. Eine wesentliche Rolle spielen daher in der Ausbildung Fragen der Entwicklung einer beruflichen Identität (Fachverantwortung) und der Kompetenzdomäne von Heilpädagogen.

Heilpädagogisches Handeln ist in den vergangenen Jahren durch die Finanzierungslogik der Pflegeversicherung mit ihren weit reichenden Eingriffen in die Fachlichkeit pädagogischen Handelns unter Profilierungsdruck geraten. Damit verbindet sich für die Ausbildung die Forderung nach Praxisrelevanz und theoretischer Fundierung auf hohem Niveau. Heilpädagogen müssen in der Lage sein, Bedarfe für Förderung zu erkennen und zu begründen sowie Wege zur Förderung zu bahnen. Die Ausbildung fokussiert in einem umfassenden Sinn die Kompetenzen, die es braucht, damit Heilpädagogen diese Schlüsselfunktion ausfüllen können.

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung soll die Studierenden befähigen, entwicklungs- und verhaltensgestörte sowie behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen heilpädagogisch zu fördern.“ (Ausbildungsordnung, 10.08.1995)

Vollzeitausbildung

Das Vollzeitstudium dauert drei Semester mit 32 Stunden Unterricht pro Woche. Im zweiten Semester findet ein 10-wöchiges Praktikum in Einrichtungen der Behindertenhilfe, einschließlich heilpädagogischer und integrativer Einrichtungen statt.

Berufsbegleitende Ausbildung

Das Teilzeitstudium dauert zwei Jahre. Es umfasst eine viersemestrige theoretische Ausbildung mit sechzehn Stunden Unterricht pro Woche. Voraussetzung ist eine Tätigkeit als Erzieher/-in in einer vom Land Berlin für die Ausbildung anerkannten sozialpädagogischen Einrichtung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigungszeit. Die schulische Ausbildung findet an zwei Tagen/Woche statt.

Zugangsvoraussetzung

Staatliche Anerkennung als Erzieher/-in oder gleichwertige Ausbildung sowie eine mindestens 2-jährige hauptberufliche Tätigkeit für das Vollzeitstudium sowie für die berufsbegleitende Ausbildung ein bestehendes Arbeitsverhältnis in einer vom Land Berlin anerkannten sozial- oder sonderpädagogischen Einrichtung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigungszeit und Einverständniserklärung des Arbeitsgebers zur Ausbildung.

Ausbildungsbeginn

Die Ausbildungen beginnen jeweils im Mai und im November.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung schließt mit einer Prüfung und einem Kolloquium ab. Sie führt zur staatlichen Anerkennung als Heilpädagoge/Heilpädagogin.

2. Fort- und Weiterbildung für Institutionen und Mitarbeiter/-innen des Sozial- und Gesundheitswesens

Seit Beginn des Jahres 1997 gehört auch der Bereich Fort- und Weiterbildung für Institutionen und Mitarbeiter/-innen des Sozial- und Gesundheitswesens zum Geschäftsbereich.

Der Zugang beruht auch hier auf: Dialog, Selbstverantwortung, Interessenausgleich und Vernetzung. Unserem Fokus entsprechend, Innovationen über gelungene Wege der Übersetzung von Theorie in Praxis zu erzielen, ist ein wesentlicher methodischer Zugang in der Qualifizierung, fachliche und persönliche Veränderungen auf der Basis konkreter Projekte zu erzielen.

Für den Bereich der Qualifizierung von Alten- und Krankenpflegekräften ist der Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalierung staatlich anerkannte Weiterbildungsstätte in vier Weiterbildungsrichtungen: „Leitung in und von Einrichtungen der Pflege des Sozial- und Gesundheitswesens“, „Pflegefachkräfte in der ambulanten Pflege“ und „Kinder-/Krankenpflegekräfte in der Psychiatrie“.

Jährlich befinden sich rund 500 Teilnehmer/-innen in den angebotenen Fort- und Weiterbildungslehrgängen.

2.1 Fort- und Weiterbildung für Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens

Schwerpunkte liegen momentan einerseits auf den Gebieten Qualitätssicherung, Konzeptentwicklung, Methodik sozialpädagogischen und pflegerischen Handelns (Frühförderung, Kinästhetik, Pflegeplanung etc.) sowie im Blick auf die Organisation auf den Gebieten Kooperation, Koordination, Vernetzung sowie Mediation/Konfliktregulierung. Das Spektrum wird ergänzt durch spezifische themenzentrierte Fortbildungen vor Ort. Zum anderen sind es Schulungen zum Berliner Bildungsprogramm, die „Inhouse“ nachgefragt werden.

2.2 Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter/-innen des Sozial- und Gesundheitswesens

Neben Fortbildungen für sozialpädagogische Fachkräfte liegt der Schwerpunkt derzeit auf dem Sektor Weiterbildung für Mitarbeiter/-innen in der ambulanten und teil-/stationären Altenhilfe, hier insbesondere auf Leitungsqualifikationen für Fachkräfte der Alten- und der Krankenpflege sowie Fachweiterbildungen im Bereich der ambulanten Versorgung sowie der Geronto-Psychiatrie.

2.2.1 Weiterbildungen für Leitungskräfte in der Pflege

Die Weiterbildungen erfolgen entweder auf der Grundlage des Berliner Weiterbildungsgesetzes für Pflegefachkräfte oder nach den Richtlinien des SGB XI. Weiterbildungen nach dem Berliner Weiterbildungsgesetz sehen einen Weiterbildungsumfang von 1.000 Unterrichtsstunden für mittlere Leitungsfunktionen und weitere 1.000 Stunden für Pflegedienstleitungsfunktionen vor. Qualifikationen nach SGB XI umfassen 460 Stunden. Sie können in Form eines Basismoduls absolviert werden, mit dem im Rahmen des Berliner Weiterbildungsgesetzes die Berechtigung erworben wird, ein entsprechendes Aufbaumodul zu absolvieren und damit im zweiten Schritt auch die staatliche Anerkennung zu erwerben. Der Abschluss kann auch im Rahmen der Weiterbildung zur „Gerontopsychiatrischen Fachkraft“ erworben werden durch Belegung des Modul 3 als Aufbaumodul.

In den Weiterbildungen wird besonderen Wert auf die Vereinbarkeit von Beruf und Qualifizierung gelegt. Die Weiterbildungen erfolgen deshalb vorrangig berufsbegleitend: Neben der Perspektive „Praxistransfer“ ist so die Chance für Mitarbeiter/-innen der verschiedensten Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen garantiert, sich zu qualifizieren.

2.2.1.1 Leitung der Pflege <u>in</u> Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)

Leitungskräfte in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens sind enormen Anforderungen ausgesetzt. Mitarbeiter/-innen sowie Klientinnen/Klienten, Bewohner/-innen und Patientinnen/Patienten stellen hohe Erwartungen an eine leistungsfähige und lebenswerte Organisation. Knapper werdende Ressourcen, Veränderungen im System der sozialen Sicherung und der Gesundheitsversorgung zwingen zu einer marktwirtschaftlichen Orientierung. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer hohen fachlichen und persönlichen Kompetenz der Leitungskräfte. Der Kurs vermittelt die notwendigen Qualifikationen, um Leitungsverantwortung in und von Einrichtungen und Diensten der Pflege zu übernehmen.

Weiterbildungsziel
(Leitung in und von Einrichtungen der Pflege des Sozial- und Gesundheitswesens)

„Die Weiterbildung soll mit den vielfältigen Aufgaben in leitenden Funktionen vertraut machen und die dazu erforderliche Fach- und Sozialkompetenz vermitteln. Die an der Weiterbildung Teilnehmenden sollen insbesondere befähigt werden,

1. den Pflegedienst einer Einrichtung oder die Einrichtung nach betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten erfolgreich zu führen (betriebswirtschaftlich-organisatorische Kompetenz);

2. die Pflegequalität zu beurteilen und auf der Basis der theoretischen Konzepte und Erkenntnisse aus Pflegewissenschaft, Psychologie und Soziologie fortzuentwickeln und zu sichern (fachlich-pflegerische Kompetenz);

3. die eigenen kommunikativen, psychosozialen und kreativen Fähigkeiten zu erkennen und zu lernen, sie zu erweitern (soziale Kompetenz);

4. unter Berücksichtigung gesundheits- und sozialpolitischer Vorgaben auf die Gestaltung der rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Pflege Einfluss zu nehmen (sozial-rechtliche Kompetenz).“ (Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung vom 30.06.1996)

Struktur der Weiterbildung

Die gesamte Weiterbildung umfasst 1.000 Weiterbildungsstunden sowie 450 Stunden Praktika. Sie gliedert sich zu gleichen Teilen in ein Basismodul und ein Aufbaumodul. Berufsbegleitend erstreckt sich die Dauer bei einem Seminartag/Woche und drei bis sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren auf ca. 24 Monate. Die Vollzeitqualifikation ist entsprechend kürzer.

Weiterbildungsabschluss

Das Basismodul wird nach etwa der Hälfte der Zeit bzw. 460 Weiterbildungsstunden sowie einem 6-wöchigem Praktikum abgeschlossen. Mit ihm wird der Nachweis der Befähigung zur Leitung nach SGB XI erbracht. Mit dem Aufbaumodul wird die staatliche Anerkennung erworben.

Das Basismodul kann mit anderen Aufbaumodulen (Psychiatrie sowie Ambulante Pflege) nach Berliner Weiterbildungsgesetz kombiniert werden.

2.2.1.2 Leitung der Pflege <u>von</u> Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)

Mit der Pflegeversicherung und dem Gesundheitsstrukturgesetz ist ein tief greifender Wandel der traditionellen Organisationsstrukturen eingeleitet worden. An die Stelle der bisherigen Bedarfsdeckung in der Gesundheitsversorgung und Pflege tritt nun der Dienstleistungsmarkt. Einrichtungen müssen sich auf dem enger werdenden ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegemarkt mit ihrem jeweiligen Leistungs- und Qualifikationsprofil gegenüber anderen Mitanbietern behaupten. An die betriebliche Ablauforganisation und Pflegequalität werden erhöhte Anforderungen im Hinblick auf die Leistungstransparenz und Wirtschaftlichkeit gestellt. Für Management und Mitarbeiter/-innen ist eine organisatorische Neuorientierung der innerbetrieblichen Organisationsstrukturen Voraussetzung für die zukünftige Unternehmens- und Arbeitsplatzsicherung. Im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung müssen von der Leitungsebene die entsprechenden Steuerungs- und Kontrollinstrumente im Pflegemanagement entwickelt und in der betrieblichen Praxis umgesetzt werden.

Der Kurs vermittelt den Teilnehmern und Teilnehmerinnen die notwendigen Qualifikationen, um die Leitung der Pflege zu übernehmen.

Weiterbildungsziel

(identisch mit dem Weiterbildungsziel unter 2.2.1.1)

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung setzt den erfolgreichen Abschluss der Weiterbildung „Leitung der Pflege in Einrichtungen (...)“ voraus. Sie umfasst 1.000 Weiterbildungsstunden und 450 Stunden Praktika. In der berufsbegleitenden Form dauert sie ca. 24 Monate bei einem Seminartag pro Woche und drei bis sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren. Die Vollzeitqualifikation ist entsprechend kürzer.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit der staatlichen Anerkennung als Altenpfleger/-in bzw. Gesundheits- und Krankenpfleger/-in für die Leitung der Pflege von Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens ab.

2.2.1.3 Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI

Das SGB XI schreibt derzeit für die leitende Pflegefachkraft eine Weiterbildung im Umfang von mindestens 460 Stunden vor. Die Qualifizierung vermittelt die für Leitungsverantwortung relevanten Grundlagen auf den Gebieten Fachtheorie (Pflege), Sozialwissenschaften, Betriebswirtschaftslehre und Recht.

Die Qualifizierung wird in der Regel berufsbegleitend, an einem Seminartag/Woche angeboten.

Wird das Zertifikat in Form des Basismoduls im Rahmen des Berliner Weiterbildungsgesetzes erworben, so ist zusätzlich ein 6-wöchiges Praktikum zu absolvieren. Wird das Zertifikat im Kontext der Weiterbildung zur Gerontopsychiatrischen Fachkraft erworben, ist Modul 3 als Aufbaumodul zu belegen. Der Gesamtweiterbildungsumfang beträgt im letztgenannten Fall 640 Stunden.

Weitere Managementqualifikationen siehe auch 2.4.:
Weiterbildung Sozialmanagement (Heimleitung)/anerkannt nach E.D.E.
(European Association for Directors of Residental Care Homes of Elderly/Europäischer Heimleiterverband).

2.2.2 Fachweiterbildungen für Alten- und Krankenpflegekräfte

2.2.2.1 Gerontopsychiatrische Fachkraft (Zertifikat) mit Basisqualifikation zur leitenden Pflegefachkraft (nach SGB XI) gemäß „Gerontopsychiatrischer Zusatzqualifikation“ (SenGesSozV)

Gerontopsychiatrische Fragestellungen stellen eine zentrale Herausforderung in der Altenhilfe dar. Insbesondere die Zunahme des Anteils demenziell Erkrankter in den stationären, aber auch ambulanten Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesen, erhöht den Druck auf Fachkräfte und Verantwortliche, die hier einschlägigen Konzepte, methodische Zugängen und Modelle zu kennen, um zu angemessenen und praktikablen fachgerechten Lösungen zu kommen, je nach Person und allgemeiner Situation.

Weiterbildungsziel

Gerontopsychiatrische Fachkräfte sind verantwortlich für die Gestaltung und Sicherung eines fördernden Umfeldes für die Betroffenen. Mit der Weiterbildung werden die erforderlichen

Kompetenzen auf den Gebieten Gerontopsychiatrie und Psychosomatik, Psychologie und Gerontologie, Pflege und Rehabilitation erworben. Gleichzeitig zielt die Weiterbildung auf die Befähigung zur Übernahme der fachlichen Leitung für den Bereich Gerontopsychiatrie. Entsprechende Leitungsqualifikationen – von der Konzeptentwicklung bis zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen – sind Teil der Qualifizierung.

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und umfasst 640 Stunden. Sie gliedert sich in 3 Module. Modul 1 (120 Stunden/5 Monate) umfasst die notwendige Qualifizierung gemäß Rahmenkonzeption für segregative Pflege und Betreuung für alle in der Gerontopsychiatrie Tätigen (Fachkräfte und Nicht-Fachkräfte). Das darauf aufbauende Modul 2 (280 Stunden/ 7 Monate) qualifiziert die Pflegefachkräfte für die Übernahme der Fachverantwortung gemäß Rahmenkonzeption. Mit dem Modul 3 (240 Stunden/8 Monate) wird der Abschluss „Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI erworben. Weiterbildungszeiten sind ein Tag/Woche von 08.00 bis 13.00 Uhr sowie insgesamt vier 5-tägige Blockseminare.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem Zertifikat „Gerontopsychiatrische Fachkraft“ (Module 1-2) sowie mit dem Zertifikat „Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI“ (Modul 1-3) ab.

2.2.2.2 Weiterbildung zum/zur Mentor/-in (Praxisanleiter/-in) in der Pflege

Die Weiterbildung legt die pädagogischen, psychologischen, rechtlichen und fachtheoretischen Grundlagen für die Anleitung und Begleitung von Schülern und Schülerinnen in der Altenpflege. Die Auseinandersetzung mit theoretischen Themen wird verknüpft mit der Bearbeitung ausbildungsrelevanter Praxisaufgaben.

Struktur und Umfang der Weiterbildung

Die Weiterbildung wird in Form einzelner Seminartage und/oder Blockwochen oder kompakt angeboten. Der Umfang beträgt 200 Stunden.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

2.2.3 Weiterbildung für Erzieher/-innen

Die Weiterbildungen für Erzieher/-innen stehen in ihrer Grundstruktur des „Facherziehers“ bzw. der „Fachkraft für (…)“ in Analogie zu der vom Land Berlin vorgeschriebenen Qualifizierung für die Arbeit in Integrations-Kitas (Facherzieher/-in für Integration): Sie umfassen in der Regel 160 Stunden. Inhaltlich profilieren sie die auch im Berliner Bildungsprogramm akzentuierten Schwerpunkte erzieherischen Handelns, ergänzen diese, wobei sie natürlich konzeptionell nicht ausschließlich auf die Arbeit im Elementarbereich ausgerichtet sind.

2.2.3.1 Facherzieher/-in für Integration

Die Kitapersonalverordnung legt fest, dass Fachkräfte für die gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder über eine Zusatzqualifikation verfügen müssen. Die Qualifizierung vermittelt Kenntnisse und Kompetenzen auf den Gebieten: Entwicklung integrativer Erziehung und gesetzliche Grundlagen; menschliche Entwicklung,

Entwicklungsstörungen, Diagnostik und Therapie; sozialpädagogische Methoden für eine differenzierte Gruppenarbeit; Beobachtung und Beobachtungsverfahren, Prozessanalyse zur Kommunikation, Kooperation und Konfliktklärung; fachliche Kooperation, Zusammenarbeit mit Eltern und Institutionen.

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 184 Stunden bzw. 23 Seminartagen. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 Monaten.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung wird mit einem qualifizierten Zertifikat „Facherzieher für Integration“ nach den Richtlinien des Landes Berlin abgeschlossen.

2.2.3.2 Facherzieher/-in für Sprachförderung

Kommunikation ist eine Voraussetzung für persönliche Entwicklung, erfolgreiche Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung zielt darauf ab, alle Kinder in ihrer Sprachentwicklung individuell zu fördern sowie eventuelle Sprachdefizite zu erkennen und auszugleichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei den Kindern nichtdeutscher Herkunft, denen neben einer adäquaten Vermittlung der deutschen Sprache im Rahmen einer interkulturellen Pädagogik eine entsprechende Akzeptanz entgegengebracht werden soll. Die Teilnehmer/-innen erwerben Kenntnisse und Fähigkeiten zur Förderung der kindlichen Sprachkompetenz, wobei ein beständiger Zusammenhang zur eigenen Arbeitssituation und Konzeption hergestellt wird.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 Monaten. Seminarzeiten jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung wird mit einem qualifizierten Zertifikat „Facherzieher/-in für Sprachförderung“ nach den Richtlinien des Landes Berlin abgeschlossen.

2.2.3.3 Fachkraft für Konfliktmoderation

Konfliktfähigkeit ist eine der zentralen Kompetenzen für professionelle Arbeit in der sozialpädagogischen Praxis. Sie ist die Basis, um strukturell und individuell divergierende Interessenskonstellationen fachlich aufzulösen bzw. lebbar zu machen.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung vermittelt Ansätze für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz. Die Teilnehmer/-innen erweitern ihre Fähigkeiten, Klärungsgespräche zu führen und in Konfliktsituationen intervenieren zu können. Die praktische Einübung von Methoden gewaltfreier Konfliktvermittlung (Mediation) bildet einen Schwerpunkt. An praxisrelevanten

Beispielen wird die Förderung von Konfliktregelungskompetenzen durchgespielt, wobei jede/r Teilnehmer/-in durch Einsatz von Videotechnik zum Abschluss ein fundiertes Feedback erhält.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

2.2.3.4 Facherzieher/-in/Fachkraft für Psychomotorik

Sich bewegen und spüren, sich und die Umwelt wahrnehmen, den Körper bewusst einsetzen können – dies alles sind elementare Bedingungen für die körperliche, seelische, geistige und sprachliche Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung soll dazu befähigen, gezielte psychomotorische Angebote zu konzipieren, anzubieten und zu begleiten.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 bis 5 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

2.2.3.5 Facherzieher/-in/Fachkraft für Musik und Rhythmik

Musik und Rhythmik regen an, wecken Emotionen und bieten methodische Zugänge für die pädagogische Arbeit, für die Entwicklungsbegleitung und Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die grundständige Ausbildung gibt für diese pädagogische Arbeit eine erste Grundlage, mit der Weiterbildung erfolgt eine Spezialisierung und Vertiefung.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung befähigt dazu, gezielt Musik in der pädagogischen Arbeit mit Kindern einzusetzen. Neben der Vermittlung von musikalischen Grundlagen werden Methoden aufgezeigt, wie Kinder durch Musik spielerisch im Bereich der Wahrnehmung, Motorik, der Sprache und des Denkens gefördert werden können. Dabei werden besonders die im Berliner Bildungsprogramm im Bereich Musik festgelegten Ziele berücksichtigt.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 5 bis 8 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag (in der Regel 14-tägig).

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

2.2.3.6 Facherzieher/-in/Fachkraft für Medienpädagogik

Vom Konsumenten zum Produzenten: Die Teilnehmer/-innen erlernen den richtigen Einsatz von Medien, um altersgerechte Angebote für Kinder sowie für Jugendliche zu schaffen.

Weiterbildungsziel

Ausgewogen zwischen Medienpädagogik und dem Erlernen medialer Programme, wie deren kreativer Einsatz, werden Chancen und Risiken sowie Planung und Einsatz medialer Möglichkeiten genau beleuchtet, praktische Handhabung von Soft- und Hardware vermittelt. Erworben wird die Medienkompetenz, um das kreative Potential der Kids & Jugendlichen aufzugreifen und es produktiv, zielgerichtet, verantwortungsvoll und nachhaltig zu fördern.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 224 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 6 Monaten (Abendtermine sowie 14-tägig samstags).

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

2.2.3.7 Facherzieher/-in/Fachkraft für Demokratiepädagogik (in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, DeGeDe)

Demokratiepädagogik trägt dazu bei, dass sich Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen selbstbestimmt und verantwortungsbewusst an der Gestaltung ihres Alltags beteiligen können. Frühe Erfahrungen demokratischer Mitsprache und aktiver Mitbestimmung fördern dabei den Erwerb wesentlicher Kompetenzen für ein Leben in der Zivilgesellschaft. Die Balance zwischen Eigenverantwortung und Kooperation zu finden wird dabei durch professionell tätige Erzieher/-innen unterstützt.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung vermittelt die Fähigkeit, als pädagogische Fachkraft mit demokratiepädagogischen Konzepten und Methoden umgehen, dafür notwendige Strukturen schaffen und organisationsbedingte Rahmenbedingungen mitgestalten zu können.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 5-8 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag (in der Regel 14-tägig).

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Weitere Angebote

Das Berliner Bildungsprogramm – Frühkindliche Bildungsprozesse fördern und begleiten

Kinder haben ein Recht auf Bildung. Kinder haben Lust auf Bildung. Um bereits frühkindliche Bildungsprozesse sicherzustellen, ist für den Elementarbereich die Arbeit mit dem Berliner Bildungsprogramm lt. § 13 Kindertagesbetreuungsreformgesetz verbindlich. Die Qualifizierung vermittelt Erziehern und Erzieherinnen die Basis für eine effektive und praxisnahe Arbeit mit dem Berliner Bildungsprogramm (BBP). Angebotsstruktur auf Anfrage.

Facherzieher/-in/Fachkraft für mathematisch-naturwissenschaftliche Grunderfahrungen

Das Berliner Bildungsprogramm führt mathematische und naturwissenschaftliche Grunderfahrungen als wichtige Bildungsbereiche für Kindertageseinrichtungen auf. Der Kurs will Erzieher/-innen ermutigen, die eigene Begeisterung für mathematisch-naturwissenschaftliche Fragestellungen im Alltag wiederzuentdecken, sich diesen kreativ und spielerisch zu nähern und Lernräume für Kinder zu schaffen. Umfang: 160 Stunden, Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag. Angebotsstruktur auf Anfrage.

2.2.4 Weiterbildungen für alle Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen

Weiterbildung Sozialmanagement (Heimleitung)/anerkannt nach E.D.E.
(European Association for Directors of Residental Care Homes of Elderly/Europäischer Heimleiterverband).

Leitungen von Einrichtungen sind durch die Veränderungen bzw. die Einführung des „Marktes“ im Sozial- und Gesundheitswesen neuen Konkurrenzen ausgesetzt. Dies verlangt neue Strategien zur Qualitätssicherung und Profilierung der Institutionen nach innen und außen: auf der Ebene von Ökonomie und Fachlichkeit. Zugleich müssen Leitungen in der Lage sein, die Belange und neuen Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Pflege, an die Behindertenarbeit, die Kinder- und Jugendhilfe zu verstehen und in der Entwicklung strategisch zu unterstützen.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung vermittelt die für das Management von Unternehmen des Sozial- und Gesundheitswesens personalen, fachlichen und methodischen Kompetenzen, insbesondere auf den Gebieten Organisations- und Leitbildentwicklung, Projektmanagement, Pflegewissenschaft und Gerontologie, Sozial- und Arbeitsrecht, Controlling, Betriebswirtschaft, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätssicherung und -entwicklung, Personalmanagement.

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung umfasst 1.000 Stunden. Sie erfolgt berufsbegleitend und erstreckt sich bei einem Seminartag pro Woche und sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren über einen Zeitraum von ca. 24 Monaten. Zusätzlich werden Praktika von 450 Stunden empfohlen.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat „Leitung von Einrichtungen und Diensten im Sozial- und Gesundheitswesen (Heimleitung/Sozialmanagement)“ ab. Die

Weiterbildung ist durch den E.D.E anerkannt (European Association for Directors of Residental Care Homes of Elderly/Europäischer Heimleiterverband). Neben dem SPI Zertifikat kann ein E.D.E Zertifikat erworben werden. Der Erwerb eines E.D.E Zertifikates eröffnet bei Vorliegen einer Hochschulzugangsberechtigung oder vergleichbarer Qualifikationen Absolventen die Möglichkeit, den Abschluss Management im Gesundheitswesen (Healthcare Management), Master of Science (MSc), an der Donau-Universität Krems in Kooperation mit andragogik konkret e.V. zu erwerben.

3. Fachbereich Theater & Bildung
Fort- und Weiterbildungen für alle Personen und Institutionen, die Interaktionen und Beziehungen kreativ gestalten und für Entwicklungsprozesse nutzbar machen wollen.

Spiel & Theater produzieren Bewegung, inszenieren Lebenswelten, fördern Einsichten in fremde und eigene Potentiale, mischen sich ein. Sie produzieren Bildung. Es bleibt nicht beim Lesen, Zuhören, Zuschauen. Inhalte werden gelebt, erfahren. Erreichtes wird auf die Bühne gestellt, von anderen bewertet, verworfen oder genossen.

Bildung setzt stets die Lust auf das Eintauchen in andere Welten, die Bereitschaft Bekanntes neu zu überdenken, die Lust auf spielerische Erprobung, die Bereitschaft zum Erwerb konflikthafter Erkenntnisse voraus.

Spiel- und theaterpädagogische Kompetenzen gehören daher zur notwendigen methodischen Grundausstattung jedes Professionellen, der Menschen begleitet, berät, fördert: ob als Spielleiter/-in und Regisseur/-in, Lehrende/r, Leitende/r, Berater/-in, Personalentwickler/-in, Erzieher/-in usf. Kreative Angebote sind nicht die bunte Garnitur eines ansonsten „handfesten grauen Bildungsalltags“, sie sind ein Grundnahrungsmittel für Entwicklung und Veränderung – ob für den internen Gebrauch oder die öffentliche Inszenierung.

Die Eröffnung des Fachbereiches Theater & Bildung im Jahr 2006 ist und war für das Profil des Geschäftsbereichs in diesem Sinne programmatisch. Neben der ohnehin und nun verstärkten Einbindung theater-, tanzpädagogischer und weiterer kreativer Methoden in sämtliche Aus- und Weiterbildungen gibt es auch die spezifischen Qualifizierungsangebote für Interessierte, die Profis (Multiplikatoren und Multiplikatorinnen) in diesen Segmenten werden wollen.

Die Ausbildung zur Theaterpädagogin/zum Theaterpädagogen findet in Zusammenarbeit mit dem Theater Hebbel am Ufer/HAU statt. Sie ist vom Bundesverband für Theaterpädagogik (BuT) anerkannt. Damit erwerben die Teilnehmer/-innen ein anerkanntes Zertifikat, das ihnen die Türen zu einer einschlägigen Anstellung, z. B. auch an Theatern und anderen Spielstätten, öffnet. Sie ist das Herzstück des Fachbereiches.

3.1 Theaterpädagogik-Ausbildung in Kooperation mit dem Theater Hebbel am Ufer/HAU

In den letzten Jahren wurde die Theaterpädagogik immer interessierter von einer Öffentlichkeit wahrgenommen, die sich neuen sozialen Fragen stellt und stellen muss. Theatrale Spielprozesse und Präsentationen sind das Salz in der Suppe unterschiedlichster gesellschaftlicher und beruflicher Bereiche, die hungrig sind nach neuen, vielfältigen und ungewöhnlichen Methoden.

Die Ausbildung zum/zur Theaterpädagogen/Theaterpädagogin erfolgt in zwei Etappen. Die erste Meile ist die Qualifikation zum/zur Spielleiter/-in im Umfang von 600 Stunden. Auf sie baut der zweite Abschnitt im Umfang von 1.100 Stunden auf, der zum Abschluss Theaterpädagogin/Theaterpädagoge, anerkannt nach den Richtlinien des Bundesverbandes für Theaterpädagogik (BuT), führt.

3.1.1 Spielleiter/Spielleiterin

In der Aus- und Weiterbildung, auf sozialen und kulturellen Gebieten, an Theatern und anderen Spielstätten bis hin zu wirtschaftlich orientierten Unternehmen wird ein immer breiteres Aktionsrepertoire erforderlich, das Verstand und Emotion, Körper und Geist in einem überraschenden Erlebnisprozess für Persönlichkeitsentwicklung und Leitungskompetenz verbindet.

Weiterbildungsziel

Der theaterpädagogische Grundlagenkurs befähigt die Teilnehmenden durch die Entwicklung eines eigenen Spielprofils, spiel- und theaterpädagogische Handlungsmodelle zu konzipieren und umzusetzen, z. B. für Schulen, Theater und andere Spielstätten sowie Einrichtungen und Unternehmen aus vielen denkbaren Bereichen. Der Fokus liegt auf der eigenen Spielfähigkeit und einem ersten eigenen spielpädagogischen Projekt.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 600 Stunden (inkl. 15 % Eigenarbeiten). Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 15 Monaten. Die zeitliche Struktur gliedert sich in 46 Abendtermine, zehn 2-tägige Seminare (Samstag/Sonntag) sowie eine 11-tägige Ensembleproduktion mit 5 Aufführungen.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat „Spielleiter/Spielleiterin (BuT/Bundesverband für Theaterpädagogik)“ ab.

3.1.2 Theaterpädagoge/Theaterpädagogin

Die Ausbildung baut auf dem erfolgreichen Abschluss der Spielleiterausbildung auf. Weitere Zugangsvoraussetzungen sind eine pädagogische oder künstlerische Ausbildung oder eine andere Berufsausbildung mit Nachweis pädagogischer Praxis.

Weiterbildungsziel

Der theaterpädagogische Aufbaukurs ermöglicht es den Teilnehmenden die in der Spielleiterausbildung erworbenen Fähigkeiten zu vertiefen und in vielfältigen Formen weiterzuentwickeln, eigene Inszenierungen und Workshops für unterschiedliche Anlässe zu konzipieren und durchzuführen. Der Fokus liegt auf der Entwicklung von eigenen Leitungskompetenzen.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 1.100 Stunden (inkl. 15 % Eigenarbeiten). Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 24 Monaten. Die zeitliche Struktur gliedert sich in 55 Abendtermine, 16 Wochenenden sowie 4 Blockwochen.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat „Theaterpädagoge/Theaterpädagogin (BuT/Bundesverband für Theaterpädagogik)“ ab.

4. Ausstellungen

Sehgewohnheiten prägen die Wahrnehmung von Welt. Neue Eindrücke, Perspektiven-erweiterungen befördern Bildungsprozesse bisweilen dynamischer als traditionelle Aneignungsformen von Wissen.

Die Ausstellungen sollen überraschende Impulse geben und Wahrnehmungshorizonte erweitern helfen. Die Künstler/-innen sind dem Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung und Professionalisierung in der Regel in vielfältiger Weise verbunden und genießen es, ihre Werke und Objekte hier einem nicht ausschließlich ausstellungserprobten und Ausstellungsbesuche „praktizierenden“ Personenkreis zu präsentieren.

Stiftung SPI

Jahresbericht 2011/2012

Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel

Stadtdienst

Stadtwerkstatt

Stadtnetz

Stadtlabor

1. Einführung

Im vergangenen Jahr kam es im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, zu einer Neustrukturierung der Arbeitsfelder. Dies geschah in einem längeren Prozess gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auf einem Teamtag im Herbst 2011 wurden dann die Überlegungen für eine Strukturänderung zusammengetragen und weitgehend formuliert.

Die Gründe der Umstrukturierung lagen besonders in der Teambildung und der Integration von neuen Projekten. Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, bestand lange Zeit informell aus der Programmservicestelle „Zukunftsinitiative Stadtteil“ (PSS) und dem „Rest“ der Belegschaft. Durch eine Ausweitung der Projektarbeit war diese Denkweise nicht mehr sinnvoll und dem Selbstverständnis als Akteur der Stadtentwicklung nicht zuträglich.

Es sollte auf der einen Seite eine neue Integration der Mitarbeiter/-innen mit dem alle verbindenden Thema der Stadtentwicklung gefunden werden, auf der anderen Seite wollte der Geschäftsbereich auch mit einem neuen Selbstverständnis an die Öffentlichkeit treten, um mit der Vielfalt der Fachlichkeit und den verschiedenen Arbeitsfeldern Synergien besser sichtbar und nutzbar zu machen.

Die Struktur des Geschäftsbereiches gliedert sich nun in vier Säulen: dem Stadtdienst, der Stadtwerkstatt, dem Stadtnetz und dem Stadtlabor. Innerhalb dieser Projektsäulen findet ein enger fachlicher Austausch statt. Säulenübergreifend wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Querschnittsthemen gebildet.

Wichtig ist der sprachliche wie inhaltliche Bezug auf die Stadt in jedem der Bereiche. Fünf Jahre nach der Leipzig-Charta ist die lokale und regionale Umsetzung städtischer Nachhaltigkeit eine strategische Aufgabe. Vor der Stadt der Zukunft, insbesondere Großstädten wie Berlin, stehen vier große Aufgabenfelder: Erstens der behutsame ökologische Umbau von Gebäuden und Quartieren, zweitens die Erneuerung der städtischen Infrastruktur, drittens die Entwicklung einer neuen Mobilität und viertens die gesellschaftliche Integration. Diese vier großen Aufgaben werden bereits breit diskutiert, allerdings in der Regel getrennt voneinander, in verschiedenen fachlichen und politischen Milieus. Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, macht es sich zur Aufgabe, die Diskussion auf einer konkreten Umsetzungsebene und teilweise auch in übergreifenden Vernetzungsprojekten zusammenzuführen.

Eine handlungsfähige und verantwortungsvolle Politik und Verwaltung, eine konsequente Einbeziehung der Bürger/-innen jeden Alters auf allen Ebenen und eine lebendige Landschaft verschiedener Akteure im Bereich der Stadtentwicklung können den Weg zur nachhaltigen Stadt ebnen. Die Bewältigung dieser großen Herausforderungen setzt breite gesellschaftliche Bündnisse und transparente Verfahren voraus. Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Kultur, Bildung, Medien, Religionen, Sport sowie Bauherren und Planer sind schon immer bedeutende Partner. Mehr denn je sind heute zudem bürgerschaftliches Engagement und private Initiative gefragt, um Projekte der Stadtentwicklung erfolgreich umzusetzen.

Hierbei sieht der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, gemäß dem Stiftungsleitbild seinen Anteil besonders in der Beschäftigung mit den Fragen der Benachteiligten des Systems, mit der gesellschaftlichen Inklusion, mit den problematischen Stadtgebieten bzw. der Bewältigung des demographischen Wandels in den kleinen und mittleren Städten im Land Brandenburg.

2. Beschreibung der einzelnen Säulen

2.1 Stadtdienst

Dienstleistung im Stadtentwicklungssektor ist von besonderer Bedeutung für einen reibungslosen Ablauf von Förderprogrammen und der Umsetzung von Baumaßnahmen. In einem Dienstleistungsvorgang werden einerseits Bedingungen geschaffen, die anderen

Akteuren das Handeln erleichtern oder erst ermöglichen, auf der anderen Seite werden Inhalte auf eine immanente Art und Weise weiter entwickelt.

Im Zentrum der Dienstleistung steht der Kunde. Während dieser Begriff für die reine soziale Arbeit fragwürdig erscheint, gewinnt der Kundenbegriff im Zuge der Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente im öffentlichen Sektor und der Diskussionen des sogenannten „New Public Management“ zunehmend an Bedeutung. Führungskräfte und Mitarbeiter/-innen der öffentlichen Verwaltungen und freie Träger sollen ihre Aktivitäten gegenüber den Adressaten auch an deren individuellen Bedürfnissen ausrichten.

Nach unserer Auffassung ist der „Kunde“ derjenige, der in und für seine Situation am „kundigsten“ ist. Der Kunde weiß, was ihm fehlt, was er will, was er braucht. Es muss beachtet werden, welche Kompetenzen und Ressourcen, welche „Kundigkeit“ das Gegenüber mit einbringt, selbst wenn es nicht auf den ersten Blick erkennbar scheint. Im Bereich der Städtebauförderung arbeiten wir mit Menschen, die selbst Akteure von Projekten und Baumaßnahmen sind, die ihre eigene Expertise zu den Fragen ihres Quartiers und zahlreiche Verbindungen in den Stadtteil haben und ihre Projekte aufgrund einer langfristigen Vorbereitung beginnen. Die Kenntnis über die Förderabläufe gehört nicht zwingend zur Fachlichkeit der Kunden, jedoch besteht stets ein hohes Interesse, die Abläufe so zu gestalten, dass sie dem wirklichen Projektgeschehen nicht entgegen wirken. Dies ist so in den Förderrichtlinien nicht explizit vorgesehen, dazu braucht es Dienstleister, die beide Prozesse aneinander anzugleichen verstehen.

2.1.1 Programmservicestelle „Zukunftsinitiative Stadtteil“ (PSS)

Eine Kundenbeziehung besteht im Bereich der Personalservicestelle PSS mit den Auftraggebern der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales einerseits, andererseits kommen die einzelnen Dienstleistungsvorgänge in erster Linie den Fördernehmern der Teilprogramme des Städtebauförderungsprogramms „Zukunftsinitiative-Stadtteil“ und den dazu gehörigen Förderstellen zugute.

Das Prüfhandeln der PSS geschieht auf Grundlage der EU-Förderrichtlinien und der Haushaltsordnung des Landes Berlin. In diesem Rahmen sind die Mitarbeiter/-innen jedoch gehalten, individuelle Lösungen zu erarbeiten und ihren Fokus auf die Bedürfnisse und Fragen der Kunden zu lenken.

Die Feststellung der Qualität der geleisteten Arbeit wurde über eine externe Kundenbefragung geleistet. Diese stellte in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung der Kundenzufriedenheit und der gesamten Dienstleitungsarbeit des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, fest.

Aus finanziellen Gründen wurde diese Kundenbefragung allerdings im letzten Jahr eingestellt. Hier gilt es neue Messinstrumente zu finden, die eine enge Verbindung der PSS zu ihren Kunden überprüft.

Eines davon ist die Vor-Ort-Beratung. Beratung verstehen wir als eine Interaktionsform, die dem Wissenstransfer, aber auch der Beziehungspflege dient. Der/die PSS-Berater/-in stellt seinen Kunden Wissen – im organisationalen Kontext meist in standardisierter ('best practice') und teils kommodifizierter Form – bereit. Er/sie ist jedoch fundamental auf die Selbstorganisation des Wissens der Kunden angewiesen, da Ratschläge erst angenommen und in die Tat umgesetzt werden müssen, um Wirksamkeit zu erlangen. Berater/-innen können daher zwar die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wissenstransfer modifizieren, doch können sie über einen Großteil der Erfolgsbedingungen weder verfügen noch die nötigen Voraussetzungen auf der anderen Seite kreieren. Was aus Beratung wird, entscheiden somit die Beratenen.

Zunehmend haben sich neben den einfachen Projektberatungen allgemeine Förderberatungen über die Zukunftsinitiative Stadtteil-Städtebauförderung etabliert. Interessierte Bürger/-innen begreifen diese Städtebaufördermittel mehr und mehr als Instrument gezielter Stadtentwicklungspolitik, die auch durch ihre Teilhabe verändert werden kann. Daher eignen

sie sich Wissen über das Wirken dieser Programme, über Finanzierungswege und Abrechnungsmodalitäten an, die sie - voraussichtlich nicht in der Rolle des Fördernehmers, sondern in der Rolle des Gestalters, der den Fördernehmern zu Seite steht - nutzen werden.

Ein weiteres Messinstrument sind die Vor-Ort-Kontrollen, die zwar vornehmlich der Projekt- oder Baufortschrittskontrolle dienen, die jedoch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zu einem intensiven, weil persönlichen, Austausch geben. Die Vor-Ort-Kontrolle wird durch Checklisten und detaillierte Protokolle auswertbar und vergleichbar gemacht. Dennoch ist allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klar, dass stets nur vorläufig Kontrolle erreicht werden kann, da die Umwelt sich ständig verändert. Die Fähigkeiten, Kontrollen zu ermöglichen und zu leisten, müssen ständig trainiert werden.

Weiterhin steht im Zentrum der Aufmerksamkeit die Zusammenarbeit mit dem ARGE-Partner gsub mbH in den Bereichen Prüfung, aber auch Datenbankadministration und Öffentlichkeitsarbeit. Hier wurden verschiedene Zusammenarbeitsformen etabliert bzw. angepasst.

So treffen sich monatlich die Projektleitungen zusammen mit den Firmen- bzw. Geschäftsbereichsleitungen zu den ARGE-Sitzungen, die eine ständige Fortschrittskontrolle ermöglichen, aber auch Konflikte ausräumen, neue Ziele festlegen bzw. modifizieren. Es werden aktuell die Tranchenerfüllung und die Fortschritte in der Mittel- und Antragsprüfung ausgewertet, Fortbildungs- oder Überprüfungsbedarfe ausgemacht und in die Wege geleitet.

Ein weiterer Bereich ist die Ebene der Belegschaftsversammlungen – hier treffen sich die beiden ARGE-Teams, um sich über übergreifende Prüffragen auszutauschen bzw. sich gemeinsam zu speziellen Themen fortzubilden. Diese Belegschaftsversammlungen sollen den Rahmen und die Möglichkeiten bieten, auch zwischendurch problembezogen den kurzen Weg zwischen den Bearbeiterinnen und Bearbeitern zu ebenen, damit anstehende Klärungen reibungslos zwischen den beiden Häusern funktionieren können.

Eine weitere Ebene sind fachbezogene Arbeitsgruppen, die sich zu bestimmten Spezialthemen je nach Bedarf zusammenfinden und Material für die Belegschaft aufarbeiten, um das Prüfhandeln zu erleichtern. So sind zum Beispiel die Fragen „Vergaberecht in Bauprojekten“ oder die Frage der Personalkostenabrechnung Thema einer solchen Arbeitsgruppe geworden.

In der Handlungssäule „Stadtdienst“ wurden vielfältige Versuche unternommen, auch für den Bereich Denkmalschutz die Fördermittelabwicklung und die Baukontrolle zu übernehmen, was allerdings schwierig zu realisieren war und ist.

Es gab eine weitere Beauftragung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hinsichtlich der Feststellung der Einführbarkeit von Sachkostenpauschalen. Hier wird der Versuch unternommen, durch ein statistisch abgesichertes Verfahren eine Pauschale für nicht projektgebundene Sachkosten zu ermitteln, die eine deutliche Erleichterung vor allem für kleine und mittlere Fördernehmer/-innen sein kann. Es handelt sich hierbei um Kostenpositionen wie Fernmeldegebühren, Büroausstattungen oder Büromaterial, die teilweise sehr kleinteilig und der Fördersumme nicht angemessen aufwändig abgerechnet werden müssen. In einer engen Zusammenarbeit mit der Prüfbehörde und dem Unternehmen Deloitte & Touch, das die Systemprüfung im Senat vornimmt, wird geklärt, ob hier auch kostensparend und kundenfreundlich das Förderverfahren umstrukturiert werden kann. Das gleiche Vorgehen wird auch bei den Projektsteuerungsleistungen angestrebt.

2.2 Stadtwerkstatt

Der Bereich der Stadtwerkstatt ist die dynamischste und vielfältigste Abteilung im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel. Hier werden Prozesse der Projektakquise, Entwicklung, Steuerung und Durchführung der Projektentwicklung und Projektsteuerung der Stadtteilaufwertung zusammengefasst. Dies geschieht in den Bereichen Entwicklung, Umsetzung und Projektsteuerung Bau.

2.2.1 Der Entwicklungsbereich

Im Entwicklungsbereich arbeiten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen zusammen, die verschiedene Projektansätze verfolgen, denen ein gemeinsames Leitbild zugrunde liegt: die chancengerechte Stadt. Es werden Projektanbahnungen betrieben, die sich als ein reguläres Projekt etablieren können, jedoch aber auch als fachlicher Input für bereits existierende Projekte bestehen bleiben können. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit ist die Etablierung interessanter und beidseitig gewinnbringender Kooperationen.

Einer dieser Kooperationspartner ist das Schulservice-Labor. Diese Einrichtung zeichnet sich durch einen speziellen Ansatz der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Stadtraum aus, den wir für beispielhaft halten: Die Jugendlichen werden bei der Umsetzung ihrer selbst entwickelten Ideen unterstützt und somit auf einen geeigneten Ausbildungsbetrieb speziell vorbereitet. Auf diese Weise bringen sie nicht nur die eigenen herausgearbeiteten Fähig- und Fertigkeiten zu einem Vorstellungsgespräch mit, sondern auch eine innovative Produktidee inklusive einem Netzwerk an fachlicher Beratung und Betreuung. Die Jugendlichen werden mit inhaltlich und optisch gut ausgearbeiteten innovativen Produktideen (Mappe und Modell) in einen interessierten Praktikumsbetrieb zur Prototypenherstellung und zum Praktikum mit dem Ziel einer späteren Ausbildung oder einer Berufstätigkeit vermittelt.

Das Schulservicelabor hat seine Methodik bereits während der drei Jahre Praxisarbeit an der Berolina-Schule (Berlin-Mitte) erprobt, jedoch ohne jede Förderung gearbeitet. Es ist Mitglied der Plattform „science on stage“. Mit dem Schulservicelabor hat der Entwicklungsbereich die Projekte

- Kreuzberger Ideenlabor,
- Raupe Nimmersatt (im Auftrag der BSR),
- Lichte Gärten in Hellersdorf und
- New Work City

entwickelt und sucht über geeignete Förderanträge und Kooperationen diese in die Umsetzung zu bringen.

Ein weiterer neuer Kooperationspartner ist die Senatsverwaltung für Justiz, die an uns mit der Idee einer Verzahnung des Quartiersmanagement-Verfahrens und der Reintegration von Haftentlassenen herantrat. In Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Quartiersmanagements und der Senatsverwaltungen für Justiz und Stadtentwicklung/Umwelt wird ein Plan erarbeitet, wie es zu einer solchen Verzahnung kommen kann. Bislang sind die lokalen Potenziale, die durch die Arbeit des Quartiersmanagements in den letzten Jahren vielfältig entwickelt worden sind, nur marginal für die (Re-)Integration straffälliger Jugendlicher genutzt worden. Dabei müssen sich die Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf auf Grund ihrer Bevölkerungsstruktur überdurchschnittlich mit der Frage nach den sozialen und beruflichen Integrationschancen der dort wohnenden straffälligen bzw. von Straffälligkeit bedrohten Jugendlichen auseinandersetzen. Die existierenden Angebote z. B. des vollzuglichen Übergangsmanagements stehen erst am Anfang des Aufbaus von bezirklichen Kooperationsstrukturen – und sie fokussieren dabei auf die staatlichen bzw. staatlich beauftragten Akteure. Der Erfahrungsschatz und das lokale Know-how des Quartiersmanagements in der lokalen Vernetzung und insbesondere der Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement sind eine wichtige weitere Ressource, die im Sinne der Integration von straffälligen Jugendlichen erschlossen werden sollte.

Der Erschließung von strukturellen Potentialen dient die transnationale Kooperation mit den Berliner Partnerstädten Brüssel und London. Die hier seit Jahren bewährten Formen der lokalen ressortübergreifenden Kooperation sowie Einbettung der Reintegrationsangebote in das Quartiersmanagement sollen Anregungen und Anstöße vermitteln, wie die Zusammenarbeit in Berlin optimiert werden könnte. Die Arbeitsform „Transnationalität“ unterstützt zudem die Intention, nicht gleich zu Beginn auf die bekannten Abgrenzungen einzelner Ressorts abzustellen, sondern den Blick auf das Selbstverständnis von Ressortkolleginnen und -kollegen anderer Länder sowie das Verständnis der Arbeit mit straffälligen Jugendlichen dort zu lenken. Diese Auseinandersetzung mit der Situation in anderen EU-Mitgliedstaaten schärft unmittelbar auch den Blick für die positiven wie negativen Aspekte der Situation in Berlin und schafft –

unter Wahrung der rechtlichen Rahmenbedingungen – die Basis für eine gemeinsame fachliche Diskussion aller Beteiligten, welche Spielräume für eine verbesserte Kooperation sich hier vor Ort eröffnen und nutzen lassen.

Ein weiteres Projekt, das sich in der Entwicklung befindet, ist die „Tourendienst durch die Soziale Stadt Berlin“ mit dem Arbeitstitel „Stadtsichten“. Berlin ist eine Touristenmetropole. Die Anziehungskraft dieser Stadt spiegelt sich im starken Aufschwung der Tourismusindustrie wieder. Die Menschen möchten sich begeistern lassen von dieser Stadt, möchten ihre wechselvolle Geschichte erleben. Aber sie interessieren sich auch für die Brüche in dieser Stadt, für ihre vielen Gesichter, für das Großstadtflair jenseits der Shoppingmeilen. Sie möchten wissen, wie es Berlin gelingt, in dieser Vielgestaltigkeit zusammenzuhalten, welche Möglichkeiten für lebendige Nachbarschaft gefunden werden und wie aus schwierigen Kiezen angesagte Viertel werden. Berlin ist die „Soziale Stadt“ Deutschlands. Durch eine lebendige Umsetzung des Programms beginnen sozial angespannte Quartiere sich selbst zu helfen, bewegen sich Bürger, bilden sich Nachbarschaftsinitiativen, organisiert sich Selbsthilfe, generieren sich unzählige Ideen, die das Leben in den Kiezen lebenswerter gestalten sollen. Es gibt eine große Anzahl an Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen, Fachpublikum, Parteigruppen, Vereine und Interessengemeinschaften, die eine Reise nach Berlin machen möchten, damit sie eben das mitbekommen: die Anstrengungen, die Erfolge und Grenzen der „Sozialen Stadt“ Berlin. Diese Gruppen haben meist nur wenige Tage Aufenthalt und wollen in dieser Zeit effektiv informiert werden. Das soll an Hand lebendiger Beispiele vor Ort geschehen, aber auch durch Hintergrundinformationen und das Bereitstellen von Materialien.

Die „Tourendienst durch die Soziale Stadt Berlin“ möchte ein besonderes Bildungserlebnis vermitteln, was den Besucherinnen und Besuchern ermöglicht, die Stadt von innen kennen zu lernen. Dies geschieht, indem sie mit den Projektverantwortlichen, aber auch Bewohnerinnen und Bewohnern ins Gespräch kommen. Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, ist in der Lage, dieses zu leisten, da er durch den Auftrag der PSS alle Fördernehmer und die genauen Projektverläufe gut kennt.

Für dieses Projekt streben wir die Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung der Stiftung SPI, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und der Bundeszentrale für politische Bildung an.

Weitere Projektentwicklungen wurden und werden im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, erarbeitet, so z. B. Regionalmanagement für die Bezirke, Innenstadtmanagement für Städte in Brandenburg und generationengerechtes Wohnen.

2.2.2 Projektsteuerung Bau

Ein weiterer Bereich der Stadtwerkstatt sind die Projekte im Bereich Projektsteuerung Bau. Hier wird an der Fertigstellung der im Rahmen des Förderprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ geplanten Sanierungsmaßnahmen des Hauses Schwarzenberg in der Rosenthaler Straße 39 gearbeitet. Dieses im Eigentum der Wohnungsbaugesellschaft Mitte befindliche denkmalgeschützte Haus beherbergt eine einzigartige Mischung von Gedenkstätten, Kunst, Kultur und Jugendarbeit.

Die bewegte Geschichte des Hauses, in den 30er Jahren Sitz einer Blindenwerkstatt, deren Inhaber Otto Weidt zahlreiche jüdische Mitbürger/-innen vor dem Tod im KZ bewahrte, fand nach dem 2. Weltkrieg nicht ihr Ende: Es erfolgte der Übergang in Volkseigentum und die Nutzung durch den Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR. Zur Wendezeit wurde die Werkstatt von einer der ehemaligen jüdischen Arbeiterinnen der Blindenwerkstatt in fast originalem Zustand wiederentdeckt. In der Folge gründete sie mit Gleichgesinnten einen Förderverein mit dem Ziel, ein Museum zum Gedenken an Otto Weidt zu errichten.

Im Laufe der 90er Jahre entdeckten Künstler/-innen das Haus und versuchten, mit viel Engagement und wenig finanziellen Mitteln den weiteren Verfall aufzuhalten. Sie gründeten den Verein Schwarzenberg e.V., richteten eine Galerie ein, vermieteten Räume zur Nutzung als Kino und an die niederländische Anne-Frank-Stiftung. Gemeinsam gelang es den Mieterinnen und Mietern des Hauses, im Jahr 2003 die Versteigerung durch die Erben und Aufteilung des

Erlöses zu verhindern. Durch das finanzielle Engagement des Bundes und des Landes Berlin wurde die Wohnungsbaugesellschaft Mitte mbH (WBM) in die Lage versetzt, das Haus zu ersteigern und dessen Zukunft zu sichern.

Kurz nach dem Erwerb des Hauses schloss der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, mit der Wohnungsbaugesellschaft Mitte einen Vertrag über die Erstellung eines Finanzierungs- und eines Sanierungskonzeptes sowie über die anschließende Instandsetzung unter Übernahme der Bauherrenfunktion für die WBM. Erste Instandsetzungsarbeiten konnten bereits vorgenommen werden.

Für den öffentlich geförderten Umbau der Ausstellungsflächen der Anne-Frank-Stiftung und der Ausstellungs- und Büroflächen des Museums Blindenwerkstatt Otto Weidt übernahm der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, die Projektsteuerung und die Funktion des Bauherrn. Die straßenseitige Fassade wurde in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Denkmalschutzbehörde instand gesetzt. Ende des Jahres 2007 wurde eine zusätzliche Dauerausstellung der GDW mit dem Titel „Stille Helden“ eröffnet. Auch hier übernahm der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, die Projektsteuerung und die Funktion des Bauherrn.

Mit Fördermitteln des Landes Berlin konnte in enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Denkmalschutzbehörde die dringend notwendige Sanierung der weiteren Fassaden, Dächer und Fenster erfolgen. Mit der Erneuerung der Trink- und Abwassersammelleitungen, dem Einbau einer Kellertreppe und der Erneuerung der Hofdecke im Hof 2 werden die Maßnahmen in 2012 abgeschlossen.

Aus Instandhaltungsrücklagen konnte die Erneuerung der Heizstationen einschl. der Anbindung des Objektes an die Fernwärmeversorgung beauftragt werden. Weitere Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen werden in enger Abstimmung mit der WBM geplant.

Die denkmalgerechte Sanierung aller Gebäudeteile mit einer Finanzierung aus Mitteln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird im Jahr 2012 beendet sein. Für weitere kleinere Umbaumaßnahmen, die durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, betreut werden, fließt die Finanzierung aus den Mitteln der Wohnungsbaugesellschaft.

Ebenso wird an der Projektsteuerung des Freizeitforums Marzahn (FFM) gearbeitet. Das Freizeitforum Marzahn ist ein multifunktionales Freizeit- und Kulturobjekt am nördlichen Ende der Marzahner Promenade. Das Ende 1991 fertig gestellte rund 18.000 Quadratmeter große Objekt beherbergt u. a. eine Jugendfreizeiteinrichtung, ein Schwimmbad, eine Kegelbahn, eine Sporthalle, eine Bibliothek, eine Bäckerei, eine Studiobühne mit ca. 80 Plätzen und einen Veranstaltungssaal mit bis zu 400 Plätzen. Als zentrale Kultur- und Freizeiteinrichtung übernimmt das FFM eine wichtige Funktion als Teil der sozialen Infrastruktur des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf und ist von hoher Bedeutung für die Bewohner/-innen des Gebietes.

Das Gebäude befand sich bis Mitte der 90er Jahre im Fachvermögen der Senatsverwaltung für Kultur und wurde dann in das Vermögen des Bezirkes übertragen. Die Immobilie wird jetzt durch die GSE gGmbH (Gesellschaft für Stadtentwicklung) auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages bewirtschaftet.

Seit Anfang 2009 wird das Gebäude mit Mitteln des Landes Berlin in mehreren Bauabschnitten brandschutztechnisch ertüchtigt. Insgesamt stehen für die Baumaßnahmen 8 Mio. € verteilt über 4 Jahre zur Verfügung. Im Jahre 2011 wurden die Bibliothek und das Foyer saniert und Maßnahmen des letzten Bauabschnitts Jugendfreizeiteinrichtung/Schwimmhalle vorbereitet. Diese Arbeiten werden voraussichtlich Anfang des Jahres 2013 abgeschlossen sein.

Neben diesen Maßnahmen wurden Nutzungswechsel bedingte Um- und Ausbauarbeiten für weitere Abschnitte als Projektsteuerer vom Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, betreut:

1. Brandschutztechnische Herrichtung und Teilsanierung,
2. Herrichtung des Teilbereiches der ehemaligen Gaststätte „Malibu“ zur Schaubäckerei,

3. Teilsanierung/Reparatur der Fassade,
4. Ausbau Kegelbahn,
5. Ausbau Räume Kampfsportverein.

Ebenfalls beschäftigt sich die Arbeitsgruppe Projektsteuerung Bau mit der Fertigstellung des „Grünen Klassenzimmers“ auf dem Gelände des Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneweide.

Im Jahr 1993 wurde von engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Berliner Ortsteil Niederschöneweide das letzte noch komplett erhaltene Zwangsarbeiterlager Berlins entdeckt, eines von ehemals über 3.000 Sammelunterkünften in Berlin. Das Lager entstand ab 1943 für über 2.000 ausländische Zwangsarbeiter/-innen und bestand aus 13 symmetrisch angelegten Steinbaracken. Auf einer Teilfläche (Britzer Straße/Köllnische Straße) befinden sich sechs der ursprünglichen Baracken. Bis zur Wende 1989 wurde dieser Teil des Grundstücks durch das Ministerium für Gesundheit der DDR genutzt und ging im August 2000 in das Eigentum des Bundesgesundheitsministeriums über. Nach der Stilllegung wurde die Bundesrepublik Deutschland Eigentümer. Das etwa 3,3 ha große Ensemble steht seit dem Jahr 1995 unter Denkmalschutz. Im Jahr 2001 gründete sich unter Beteiligung des Bezirksamts Treptow-Köpenick, des Sanierungsbeauftragten, der Berliner Geschichtswerkstatt und des Bundes der Antifaschisten Treptow ein Förderkreis, der es sich zur Aufgabe machte, an dieser Stelle eine Gedenkstätte zur Geschichte der Zwangsarbeit in Berlin einzurichten.

Nachdem Fördermittel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Verfügung standen, wurde in Niederschöneweide ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur Zwangsarbeit eingerichtet. Träger ist die Stiftung Topographie des Terrors.

Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, übernahm die bauliche Umgestaltung von 2 Baracken der Teilfläche Britzer Straße/Köllnische Straße und der Freifläche. Bis zum Beginn des Jahres 2012 wurde für den ersten Bauabschnitt der Umbau abgeschlossen sowie die Gestaltung der Freiflächen – dem „Grünen Klassenzimmer“ - durchgeführt.

Darüber hinaus beschäftigt sich die Arbeitsgruppe mit der Fertigstellung des Bauvorhabens Möckernstraße 112 der Baugemeinschaft „Am Park“ in Berlin-Kreuzberg.

Projektinitiator und Projektentwickler des Vorhabens waren die Architekten des Büros Siegl & Albert, die mit dem Grundstückseigentümer der evangelischen Kirchengemeinde Jesus Christus 2006 einen Optionsvertrag schlossen, um ein Mehrfamilien-Neubauvorhaben mit einer Baugruppe zu entwickeln.

Ziel des Vorhabens war neben der Schaffung von Wohnraum auch eine energiesparende Bauweise. Daher entschied sich die Baugruppe ein Gebäude nach KFW-60- Standard mit einer Geothermie-Heizung zu errichten. Im Frühjahr 2008 wurde der Bauantrag für das Vorhaben mit 9 Wohnungen und 12 Tiefgaragenstellplätzen gestellt, der Baubeginn erfolgte im September 2008. Ende des Jahres 2010 wurde das Gebäude bezogen, die Restarbeiten zogen sich das gesamte Jahr 2011 und Beginn des Jahres 2012 hin. Das Vorhaben wurde als exemplarisches Baugruppenprojekt mit einer Artikelserie vom Berliner Tagesspiegel begleitet.

2.3 Stadtnetz

Im Arbeitsbereich Stadtnetz verbinden sich Projekte, die vornehmlich auf Vernetzung und Schaffung von Netzwerkstrukturen basieren. Ziel dieser Projekte ist nicht primär die eigene Projektentwicklung, sondern die Unterstützung der Projektentwicklung durch Strukturierung des Prozesses und Vernetzung von Akteuren.

Kooperation und Vernetzung sind in den letzten Jahren zu Schlüsselbegriffen in der Stadtentwicklung geworden. Sie richten sich vom Grundsatz her gegen die in der Dienstleistungs- und Trägerlandschaft versäulten Angebotsstrukturen sowie gegen das ressortgebundene Denken in der Verwaltung.

Zwar treten die Stadtentwicklungsträger schon heute häufig aus ihrer formalen Zuständigkeit heraus und versuchen über unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit in einem umfassenderen Verständnis von Stadt auf die Lebens- bzw. Problemlagen der Bewohner/-innen einzuwirken, jedoch sind diese in der Regel situativ generierte und regional bzw. projektbegrenzt bezogene Kooperationen. Sie folgen damit weniger einem allgemein anerkannten und etablierten Leitbild von „Netzwerkarbeit“ als Methode, sondern sind vielmehr eine auf Grund lokaler Faktoren beförderte Einsicht in die Notwendigkeit zur übergreifenden Zusammenarbeit.

Im Bereich Stadtentwicklung stellt die Auseinandersetzung mit „neuen“ Formen der Netzwerkarbeit eine zentrale Herausforderung für zukünftiges Handeln dar. Netzwerkarbeit wird dabei als kooperativ ausgelegte Methode zur Umsetzung definierter Zielvorstellungen verstanden, die dazu auf die personellen wie institutionellen Ressourcen von Zielgruppen bzw. Sozialräumen zurückgreift (infrastrukturell lebensweltorientierte Netzwerkarbeit). Netzwerke sind damit in ihrer Funktion sowohl Methode als auch Steuerungsinstrument.
Hierbei sind verschiedene Ebenen zu bedenken:

Auf der Zielgruppenebene zeigt sich, dass lt. Sozial- und Armutsberichtserstattung die individuellen Bedarfslagen von Personen und Zielgruppen eine zunehmende Multidimensionalität aufweisen. Individuelle soziale Ausgrenzung ist damit ein vielschichtiger persönlicher und gesellschaftlicher Prozess, in dem einzelne Träger und Hilfsangebote immer weniger in der Lage sind, hierfür ein angemessenes Spektrum sozialer Unterstützungsangebote aus einer Hand anzubieten.

Auf der Trägerebene ist erlebbar, dass Selbstlernprozesse und die Einführung neuer Methoden die Netzwerkarbeit fördern. Über den einzelnen Träger hinaus gerichtete Zusammenarbeit - etwa in interdisziplinärer Teamarbeit oder Arbeitsgemeinschaften - schafft so neue Bearbeitungsmöglichkeiten komplexer Problemlagen.

Auf der administrativen Ebene vollzieht sich seit Beginn der 1990er Jahre in den kommunalen Verwaltungen ein Umstrukturierungsprozess (‚Neues Steuerungsmodell’). Die breite Einführung von Sozialraumorientierung und -budgetierung zielt zwar besonders auf die Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven (kommunaler) Verwaltungsstrukturen, befördert zugleich - zumindest implizit - auch die fachliche Weiterentwicklung der Angebote, in dem die Ansätze sozialräumlich orientierter Arbeit mit den (Budget-)Vorgaben der Verwaltungen sich kombinieren lassen.

2.3.1 Aktionsraum^{plus}

Im Jahr 2011 startete der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, mit der Projektdurchführung des Aktionsraumes^{plus} für Wedding und Moabit im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.

Der Senat von Berlin reagierte mit der Einrichtung von insgesamt 5 Aktionsräumen^{plus} auf die Ergebnisse des Monitorings Soziale Stadtentwicklung 2008 und 2009. Die Bewohner/ -innen dieser Gebiete haben im Vergleich zu anderen Gebieten schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen, der Anteil an Empfängerinnen und Empfängern von Transferleistungen ist höher. Diese Gebiete sind Cluster von verschiedenen anderen Förderkulissen, so Quartiersmanagement, Aktive Zentren, Sanierungsgebiete oder Gebiete des städtebaulichen Denkmalschutzes.

Die Strategie der Aktionsräume^{plus} ist sowohl sozialraumorientiert als auch quartiersübergreifend und bezieht auch die Gebiete ein, die in keiner der Förderkulissen des Aktionsraumes verortet sind. Ein wichtiges Ziel ist die Bündelung von Ressourcen und die Vernetzung von öffentlichen und privaten Akteuren, um positive Synergieeffekte zu erzielen. Regelmäßige Stadtteilkonferenzen binden engagierte Bürger/-innen, Aktive und die Mitarbeiter/-innen des Bezirksamtes eng in die Vernetzungsarbeit ein.

Zu den Aufgaben des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, für Wedding und Moabit gehörten im letzten Jahr die Mitwirkung an der Gesamtsteuerung der Integrierten Stadtteilentwicklung, der programm- und fachübergreifenden Koordination und die

Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Gremienarbeit im Aktionsraum^{plus}. Die Projektkoordinatorinnen und Projektkoordinatoren arbeiten eng mit den anderen Förderkulissen zusammen, das Bezirksamt wird dabei ressortübergreifend eingebunden. Zur besseren Zusammenarbeit wurde durch das Projekt Aktionsräume^{plus} ein Vor-Ort-Büro im Rathaus Tiergarten bezogen, das durchgängig mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, besetzt ist.

2.3.2 Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin ist die landesweite Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendpolitik und -beteiligung in Berlin. Ihr Auftrag ist es, das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation strukturell auf den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu verankern. Dabei unterstützt die „Drehscheibe“ sowohl junge Menschen in ihrem politischen und gesellschaftlichen Engagement als auch die verschiedenen Akteurinnen und Akteure und Initiativen im Handlungsfeld Kinder- und Jugendpolitik.

Die „Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik“ vernetzt Einrichtungen, Projekte und Akteurinnen/Akteure, richtet Fachtagungen aus und ist bei verschiedenen Projekten initiierend und beratend aktiv. Die Vernetzungsarbeit erfolgt beispielsweise innerhalb des Landeskoordinierungskreises „Kinder- und Jugendpartizipation in Berlin“ (LAKOK). Initiierte Projekte sind u. a. „U18 – Die Wahl für Kinder und Jugendliche“, die Ausbildung zum/zur Prozessmoderator/-in in Berlin mit dem Partner „Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.“ und das Modellprojekt „Spielleitplanung“.

Das Projekt „Drehscheibe“ wird gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin. Die Durchführung der Projekte wird über Drittmittelakquise mit Partnern organisiert und begleitet.

Seit Januar 2012 arbeitet die Drehscheibe für Kinder- und Jugendpolitik innerhalb des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, um die besondere Verbindung zwischen Stadtentwicklung und Partizipation stärker herauszuarbeiten und bereichert damit die die weiteren Projekte mit ihrem Know-how im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation.

Die eigene Durchführung aktiver Kinderrechts- und Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen wird zukünftig im Mittelpunkt der Arbeit der Drehscheibe stehen. Ziel ist es, bis zu zehn Projekte der Beteiligung und Mitbestimmung mit Kindern und Jugendlichen im Jahr umzusetzen. Dabei werden sowohl grundsätzliche wie auch aktuelle Themen aufgegriffen und in Aktionen und Projekte umgesetzt.

2.3.3 Quartiersrätekongresse

Quartiersräte entscheiden in den Berliner Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf seit dem Jahr 2005 über die Vergabe von Fördermitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“. Der Quartiersrat eines Gebietes wird von den Anwohnerinnen und Anwohnern turnusmäßig gewählt und besteht aus einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Die Mitglieder des Quartiersrates bewerten und entscheiden eingereichte Anträge, entwickeln aber auch eigene Ideen und nehmen Einfluss auf die Förderschwerpunkte des jeweiligen Quartiersmanagementgebietes.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, beauftragte auch im vergangenen Jahr den Geschäftsbereich Stadtentwicklung mit der Vorbereitung und Durchführung eines Quartiersrätekongresses im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Veranstaltung soll mit dem Ziel der Anerkennung der Arbeit der Räte, der Vernetzung der Mitglieder und dem gemeinsamen Beraten über die Weiterentwicklung der Arbeit durchgeführt werden. Dazu wurden im Vorfeld des Kongresses Vorbereitungsworkshops angeboten, welche die Themen und Fragen der Quartiersräte aufgreifen und als Grundlage der Themenworkshops beim Kongress aufbereiten sollen.

Die Kongresse mit je ca. 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fanden jeweils ganztägig statt. Die Schwerpunkte wurden vorher in Themenworkshops gemeinsam mit ausgewählten

Quartiersräten diskutiert und von Impulsreferaten begleitet. Redebeiträge über Quartiersmanagement in anderen Ländern oder die zukunftsweisende Bedeutung von Bürgerstiftungen ermöglichten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zudem neue Eindrücke und Erkenntnisse.

2.4 Stadtlabor

Im Bereich Stadtlabor arbeitet der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, an der Forschung und Analyse von Stadtzusammenhängen. Städte sind Indikatoren gesellschaftlicher Entwicklungen, auch sie sind aktuell in Bewegung gekommen, denn Veränderungsprozesse werden hier besonders sichtbar. Stadtlandschaften gestalten sich baulich, sozial und kulturell immer wieder neu. Im Bereich Stadtlabor werden diese Prozesse aus unterschiedlichen Perspektiven beobachtet und analysiert.

Im Mittelpunkt unserer Tätigkeiten stehen sozialwissenschaftliche und wohnungswirtschaftliche Themen der Stadt- und Regionalentwicklung: Bevölkerungsschrumpfung, demographische Alterung, soziale und ethnische Segregation. Diese haben weitreichende Folgen für das Leben und Wohnen in den Städten und für deren Zukunftsperspektiven.

Ein besonderes Augenmerk wird auf den demographischen Wandel vor allem im Land Brandenburg gelegt. Der demografische Wandel beschreibt die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung, das heißt, die Veränderungen bezüglich der Altersstruktur der Bevölkerung, dem quantitativen Verhältnis von Männern und Frauen, den Anteilen von Inländerinnen/Inländern, Ausländerinnen/Ausländern und Eingebürgerten an der Bevölkerung, der Geburten- und Sterbefallentwicklung, den Zuzügen und Fortzügen. Der demographische Wandel führt dazu, dass die öffentliche Infrastruktur der geänderten Nachfrage angepasst werden muss. Im Bereich der Kindergärten und Schulen ist in kleinen und mittleren Städten im Land Brandenburg ein Rückgang der Schülerzahlen deutlich. Gerade im ländlichen Raum führt es dazu, dass sich das Angebot und die Vielfalt an wohnortnahen Bildungseinrichtungen zukünftig verringern werden. Zudem besteht der Bedarf an zusätzlichen Einrichtungen und Kapazitäten in der Altenarbeit und Altenpflege. Städtebaulich ergibt sich aus sinkenden Einwohnerzahlen die Notwendigkeit der Verringerung des Neubaus von Immobilien und des Rückbaus von Ortsteilen oder der Aufgabe ganzer Siedlungen.

2.4.1 Sozialraumanalyse Forst

Im Jahr 2011 wurde der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, mit einer Sozialraumanalyse der Stadt Forst in der Lausitz beauftragt. Das Ziel war, die aktuelle und künftige sozialräumliche Entwicklung des Fördergebiets »Forster Innenstadt« mit Fokus auf die soziale Infrastruktur zu untersuchen und entsprechende Handlungsbedarfe abzuleiten.

Als ehemals eine der reichsten Städte Deutschlands mit einer blühenden Textilindustrie, wurde Forst im 2. Weltkrieg fast völlig zerstört. Während der DDR-Zeit zu einem Industriezentrum ausgebaut, musste sich die Stadt nach 1990 dem Konkurrenzdruck aus Übersee stellen, dem sie nicht gewachsen war. Viele Menschen verließen in der Folge die Stadt, Schulen wurden zusammengelegt und Jugendzentren standen leer. Zahlreiche Wohnungen wurden in den letzten Jahren bereits zurückgebaut, 1.800 Wohnungen standen im Jahr 2009 leer. Im Stadtkern treten die komplexen Problemlagen der Stadt am deutlichsten hervor. Im Jahr 2010 lebten in Forst ca. 20.000 Einwohner, in der Innenstadt lediglich nur noch 7.300. Im Oktober 2007 wurde daher das Fördergebiet „Forster Innenstadt“ in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

Das methodische Vorgehen umfasste sowohl die Analyse der quantitativen Entwicklung des Sozialraums (Einwohnerentwicklung, Alters- und Sozialstruktur etc.) als auch die qualitative Erfassung der sozialen Infrastruktur (u. a. Einrichtungen, Nutzer, Angebote, Netzwerke und Beziehungen). Durch die Anwendung verschiedenartiger methodischer Perspektiven auf die gleiche Fragestellung können Korrelationen zwischen räumlichen und sozialen Aspekten umfassend aufgezeigt werden. Dieser integrierte Ansatz ermöglicht eine authentische Rekonstruktion der Lebenswelten. In der Praxis bisher eher Ausnahme als Regel, können die

Kerninhalte der Sozialraumanalyse als Planungsinformationssystem genutzt und die Zielgenauigkeit sozialplanerischer Steuerungsmaßnahmen damit erhöht werden.
Die Analyse und die abgeleiteten Maßnahmeempfehlungen wurden während mehrerer Sitzungen mit den Ausschüssen Soziales/Bildung/Stadtentwicklung der Stadt Forst zu Beginn des Jahres 2012 diskutiert.

3. Weitere Aktivitäten

Im Bereich der Neuakquise von Forschungsaufträgen wendet sich der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, regelmäßig an Kommunen, denn die demografische Entwicklung und der fortschreitende Strukturwandel stellen diese deutschlandweit vor große Herausforderungen. Einerseits gibt es dabei einen hohen Entscheidungsdruck, Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturangebote anzupassen und deren Tragfähigkeit sicherzustellen. Andererseits fehlt es oft an den notwendigen finanziellen Mitteln, um eine Entscheidungsgrundlage für die Bewältigung der Veränderungen zu erarbeiten. Zu unseren Angeboten gehört die Erstellung von Demographieberichten bzw. Sozialraumanalysen (übergreifend oder zu ausgewählten Fragestellungen), Bestands- und Bedarfsanalyse der sozialen Einrichtungen, stadtteilbezogene, beteiligungsorientierte Umsetzung (Workshops, Zukunfts-/Sozialraumwerkstatt), Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Begleitung/Umsetzung von Strukturveränderungen sowie die Finanzmittelakquise für Folgeprojekte.

4. Ausblick

Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, stellt sich den veränderten Herausforderungen, in einer enger werdenden Förderlandschaft sinnvolle Projekte zu entwickeln und zu finanzieren, und geht davon aus, dass man sich der Ressourcenknappheit nur durch eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung der Akteure sowie durch eine Qualitätsentwicklung stellen kann.

Hierbei wird auf das Prinzip der partizipativen Qualitätsentwicklung gesetzt, das einen besonderen Schwerpunkt auf die Teilhabe der Zielgruppen und Projektmitarbeiter/-innen legt, weil diese Akteure über lokales Wissen verfügen und wesentlich zum Erfolg von Interventionen beitragen. Es sind auch diese Akteure, die an der Entwicklung von Qualitätssicherungsverfahren oft nicht beteiligt sind. Partizipation ist hierbei ein Entwicklungsprozess. Selbstreflexion und eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Akteuren vor Ort fördern die Weiterentwicklung der Partizipation in allen Projekten. Dabei ist Partizipation je nach den Praxisbedingungen im Projekt und den Lebensbedingungen der Zielgruppe unterschiedlich realisierbar. Das Anliegen des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, ist es, partizipative Strukturen in die Qualitätssicherungsverfahren einzubringen und damit die konkrete Arbeit zu unterstützen.

Die Entwicklung neuer Projektideen - gemäß der Arbeit im Bereich Stadtwerkstatt - wird stets Kreativität und Risikobereitschaft von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel, fordern. Dieser Prozess führt aber auch zu einer stärkeren Profilierung und der Unterstützung der individuellen Arbeitsansätze im Team, was den Geschäftsbereich befähigt für eine Orientierung auf relevante Zukunftsthemen.

Jahresbericht 2011/2012

Soziale Räume und Projekte

Aktuelle Entwicklung

I. Kernbereich Gesundheit
Prävention, Sucht, Psychiatrie und Krisen

II. Kernbereich Lebenslagen
Netzwerke, Jugend, Familien, Arbeit und Ausbildung
Vielfalt und Integration

III. Qualitätsmanagement

Aktuelle Entwicklung

Der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte der Stiftung SPI versteht sich als *der* Praxisträger für die Region Berlin. Nach dem Start als Bereich für ausschließlich Suchtprojekte kamen vor über zehn Jahren eine Reihe von Jugendprojekten hinzu. Die Programmatik, die sich hinter dem Titel „Soziale Räume und Projekte“ verbirgt, entspricht dem Leitbild der Stiftung SPI. Projektarbeit stellt immer auf die konkreten sozialen Orte ab, berücksichtigt die Potenziale der Betroffenen und orientiert sich an deren Lebenslagen. Dabei stehen die Partizipation der Betroffenen und die enge Kooperation mit allen Auftraggebern im Vordergrund.

Die 37 Projekte des Geschäftsbereichs gliedern sich in zwei Kernbereiche. Im Kernbereich Gesundheit findet man maßgeblich Suchtprojekte, die streng regionalen Organisationsprinzipien folgen. In den letzten Jahren hat sich die Geschäftspolitik auf den Ausbau von gemeindenahen, integrativen und vernetzten Suchthilfesystemen konzentriert. Die bezirklich organisierten Suchthilfedienste des Geschäftsbereiches haben in den letzten Jahren viel für die Verbesserung der internen Zusammenarbeit und Verzahnung der Hilfen getan. Dies findet u. a. Ausdruck in einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit, in verbesserten Abstimmungsprozessen und einer engen Kooperation im Sinne der Klientinnen und Klienten. Durch die Entwicklung einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit wurden in den Regionen der Wiedererkennungswert und der Bekanntheitsgrad der Einrichtungen für Betroffene, aber auch für Behörden und Einrichtungen erhöht. Durch abgestimmte und standardisierte Übergabeprozeduren konnten die Vermittlungen in verschiedene Einrichtungen des Hilfesystems effektiver gestaltet werden. Eine sehr gute Auslastung aller Einrichtungen und der gute Ruf bei allen Kooperationspartnern bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Zusätzlich zum sekundär- und tertiärpräventiven Ansatz sind in allen Regionen Ansatzpunkte für Primärprävention entstanden. Am weitesten entwickelt sind die Ansatzpunkte in der Region Nord. Dort gibt es seit einiger Zeit frühe Hilfen für Familien mit Suchterkrankungen, um das Suchtrisiko für deren Kinder deutlich zu vermindern. Ein noch früherer Zugang zu gefährdeten Familien wird in einem von der Aktion Mensch geförderten Projekt durch die Zusammenarbeit mit Familienhebammen gefunden.

Das Projekt HaLT, ein Frühinterventionsprojekt für Kinder und Jugendliche mit exessivem Alkoholkonsum, wird seit Januar 2012 gemeinsam mit dem Caritasverband stadtweit betrieben.

Eine Besonderheit stellt die Region Treptow-Köpenick dar. Hier geht es zwar auch um Suchtkrankenhilfe, aber aus dem Blickwinkel von Armut und Wohnungslosigkeit. Das Haus Strohhalm ist unseres Wissens eines der wenigen Projekte Berlins, das sich aus der Wohnungslosenhilfe heraus der Suchtmittelabhängigkeit widmet. In dieser Region steht die Entwicklung komplementärer Hilfen und auch Möglichkeiten alternativer Wohnformen für nicht wohnfähige Suchtkranke im Vordergrund. Mit der Schaffung einer zweiten „Außen-Wohngemeinschaft“ konnte ein weiterer Schritt in Richtung Beheimatung chronisch mehrfach Erkrankter, deren Fähigkeit zum Alleinleben deutlich eingeschränkt ist, getan werden. Auch die Aufnahme von wohnungslosen Familien mit Kindern ist jetzt möglich.

Im Kernbereich Lebenslagen gibt es verschiedene Gruppen von Projekten, deren Struktur zunächst weniger einheitlich erscheint. Als vordergründige Aufgabenstellung verfolgen sie aber gemeinsam das Anliegen, exzellente und experimentelle praktische Sozialarbeit mit der Arbeit an den Schnittstellen großer Systeme (Schule/Jugendhilfe/Justiz/Polizei/Berufliche Bildung) zu verknüpfen. Aus dieser Arbeit werden zielgerichtet Ableitungen für neue Projektkonstellationen und fachliche Ansätze getroffen. Außerdem gibt es einige Projekte, die sich besonders schwierigen Zielgruppen widmen, bei denen Regelangebote nicht greifen.

Zu den Praxisprojekten gehören Projekte, die durch das Bezirksamt Mitte von Berlin finanziert werden: MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen, Veranstaltungshaus „Werk 9“, Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“ und das Projekt new way. Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens hat das Bezirksamt Mitte dem Geschäftsbereich den Zuschlag für die Übernahme der Trägerschaft für das Haus der Jugend

im Ortsteil Wedding erteilt. Der Trägerwechsel wurde Mitte 2010 vollzogen. Das Haus der Jugend entwickelt sich weiter zu einem modernen soziokulturellen Jugend- und Nachbarschaftszentrum. Anfang des Jahres wurde das vorhandene Café zu einer attraktiven Kiezkneipe, die als Zuverdienstprojekt funktioniert, umgebaut.

Bei den Zielgruppenangeboten für Kinder und Jugendliche mit delinquentem Verhalten handelt es sich um die Projekte Fallschirm - Hilfen für straffällige Kinder und Jugendliche sowie das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung.

Die Projekte Flucht nach vorn, kick it und HundeDoc schaffen passgenaue Angebote für komplizierte Zielgruppen und haben dafür eine besonders interessante fachliche Ausrichtung gewählt, die durch Regelangebote nicht zu verwirklichen ist.

An den Schnittstellen zwischen Gruppen und Organisationen arbeitet die Clearingstelle Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz und Ostkreuz mit seinen Unterprojekten.

Die Projekte VBO - Vertiefte Berufsorientierung in Berlin-Mitte und die Programmagentur Rechtskundepaket stellen für den Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte einen neuen Projekttypus dar. Als Programmagenturen organisieren und begleiten sie die fachliche Umsetzung von Programmen, fassen gleichzeitig verschiedene Fördermittel als Programmfinanzierungen zusammen und sind für deren Weiterleitung und ordnungsgemäße Verwendung verantwortlich. Auch für diesen Projekttyp ist die Kenntnis praktischer Projektarbeit außerordentlich hilfreich und wichtig.

Wenn es - wie eingangs betont - zur Programmatik des Geschäftsbereichs gehört, die Partizipation und die Sozialräumlichkeit besonders zu betonen, muss er sich auch intern den Themen „Partizipation“ und „Öffnung in die sozialen Räume“ widmen. Der Partizipationsmöglichkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommt dabei eine besondere Rolle zu. Diese fand auch im Jahr 2012 ihren Höhepunkt in dem durchgeführten Innovationstag, an dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Zukunftsthemen im Rahmen von Großgruppenverfahren diskutierten. Daran schloss sich die Arbeit von Arbeitsgruppen an, die neue Projekte entwickeln oder Themen bearbeiten. Eine Kollegin ist für das Innovations- und Beteiligungsmanagement zuständig. Sie begleitet, koordiniert und unterstützt die Beteiligungsprozesse. Der nächste Innovationstag wird 2014 stattfinden.

Um sich mehr für die Sozialräume zu öffnen, hat sich der Geschäftsbereich vorgenommen, sich als Organisation auf den Einsatz von Freiwilligenengagement vorzubereiten. Dafür gibt es eine breite Initiative, die von vielen Projekten und Kolleginnen und Kollegen getragen und durch die Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland begleitet wird. Ziel ist es, mittelfristig Freiwilligenarbeit in alle dafür geeignete Projekte einzubauen, um u. a. dadurch die Öffnung der gesamten Organisation nach außen zu forcieren. Zehn ausgebildete Freiwilligenkoordinatoren begleiten und unterstützen diesen Entwicklungsprozess. In vielen Projekten arbeiten inzwischen Freiwillige mit. Im Café 157 und dem Kontaktladen enterprise ist der Einsatz von Freiwilligen integrierter Konzeptbestandteil. In beiden Kontaktläden wird die gesamte Öffnungszeit von Freiwilligen organisiert. Nur durch deren Einsatz ist eine Ausweitung der Öffnungszeiten und die Öffnung an Wochenenden und Feiertagen möglich.

I. Kernbereich Gesundheit

Prävention, Sucht, Psychiatrie und Krisen

Drogenhilfe Nord

1. Drogenberatung Nord
2. Nordpassage
3. Nordimpuls
4. Nordwerk
5. Nordwind
6. Nordlicht
7. Nordstern

Suchthilfe Pankow

8. STAB Suchtberatungsstelle Pankow
9. BETA Pankow
10. Café 157

Suchthilfe Lichtenberg

11. Suchtberatungsstellen Lichtenberg und Hohenschönhausen
12. HaLT
13. Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg
14. Kontaktladen „enterprise“
15. Tagesstätten für Suchtkranke
16. Therapeutische Wohngemeinschaft „Arche“

Suchthilfeverbund Friedrichshain

17. Suchtberatung Friedrichshain
18. Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg
19. Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain
20. Wohngemeinschaft „Übernberg“

Region Treptow-Köpenick

21. Haus Strohhalm - Sozialtherapeutisches Wohnen
22. Treffpunkt Strohhalm

I. Kernbereich Gesundheit

Drogenhilfe Nord

Die Drogenhilfe Nord ist als ambulantes Suchthilfezentrum im Norden Berlins aktiv. Kern der Einrichtung ist die Drogenberatungsstelle, die am Standort auf ein breites Spektrum komplementärer Hilfen zurückgreifen kann. Diese sind in Projekten organisiert, die mit eigener Koordination und Konzeption sicherstellen, dass die einzelnen Hilfeformen mit ihren spezifischen Zielen und Methoden wirksam werden. Die Drogenhilfe Nord bildet den organisatorischen und strukturellen Rahmen, der eine aufeinander abgestimmte Umsetzung der Hilfen garantiert.

Die Arbeit in der Drogenhilfe Nord orientiert sich an folgenden Leitbildern:

- Komplexleistung
  Störungen im Zusammenhang mit dem Konsum von Suchtmitteln sind oft mit einer vielschichtigen Problemlage verbunden. Zu deren Bearbeitung kann der parallele Einsatz mehrerer Hilfeformen erforderlich sein. Die Drogenhilfe Nord integriert die verschiedenen Hilfeformen zu einer komplexen Hilfeleistung aus einer Hand.

- Ambulant vor stationär
  Wo immer erfolgversprechend und möglich, soll Unterstützung ambulant gegeben werden. So können erreichte Veränderungen schrittweise in den Alltag integriert und dort auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden. Soziale Bezüge können erhalten bleiben und sich kontinuierlich entwickeln. Eigenständigkeit und Eigenverantwortung werden gestärkt.

- Regionalisierte Versorgung
  Durch die regionale Einbindung der Hilfeangebote profitieren die Klienten von der gemeinsamen Verantwortung der an der psychosozialen bzw. gemeindepsychiatrischen Versorgung beteiligten Akteure für eine angemessene Unterstützung psychisch Kranker. In die Versorgungsstrukturen der bezirklichen Kinder- und Jugendhilfe ist die Drogenhilfe Nord ebenfalls eingebunden. Intensive Kooperationsbeziehungen werden entwickelt und für die Klienten nutzbar gemacht.

- Personenzentrierte Hilfeplanung
  Jede Hilfeleistung erfolgt auf der Basis einer Hilfeplanung, die sich am Bedarf des Klienten orientiert und an der er beteiligt wird.

Die Drogenhilfe Nord versteht sich als offenes System, das konsequent mit anderen Hilfeangeboten kooperiert. Dazu bestehen unter anderem Mitgliedschaften im Gemeindepsychiatrischen Verbund Reinickendorf sowie im Regionalen Suchthilfedienst für Reinickendorf und Pankow.

1. Drogenberatung Nord

Das Beratungs- und Betreuungsangebot richtet sich an Menschen mit einer Drogenproblematik (Gefährdung, Missbrauch, Abhängigkeit) und deren Bezugspersonen. Junge Menschen mit einer Alkoholproblematik zählen ebenfalls zur Zielgruppe. Einzugsgebiet sind die Bezirke Reinickendorf, Pankow und der Stadtteil Wedding. Die Beratungsstelle besteht seit dem Jahr 1984.

Bei der Arbeit mit den Ratsuchenden verfolgt die Beratungsstelle folgende Ziele:

- Verbesserung der aktuellen Lebens- und Gesundheitssituation,
- Organisation von bedarfsgerechten und zielgenauen Hilfen,
- Erarbeitung einer Behandlungsmotivation,
- Unterstützung eigener Bewältigungsstrategien,
- Konsumreduktion,
- Bewältigung der Sucht.

Zur Umsetzung der Ziele werden folgende Arbeitsschwerpunkte verfolgt:

- den Kontakt zur Zielgruppe herzustellen,
- schadensbegrenzend zu wirken,
- Orientierungs- und Entscheidungsprozesse bei Ratsuchenden zu unterstützen (Information, Beratung, Motivation etc.),
- eine diagnostisch begründete Perspektive unter Einbeziehung interner und/oder externer Hilfsangebote aufzuzeigen (Diagnose, Indikation, Hilfeplanung),
- allgemeine und suchtspezifische Hilfsangebote der Zielgruppe zugänglich zu machen,
- die notwendigen Maßnahmen für eine Weiterbehandlung innerhalb der Drogenhilfe Nord oder in anderen Einrichtungen zu treffen,
- selbstorganisierte Lösungsversuche unterstützend zu begleiten und
- organisatorische, umfeld- und trägerbezogene Aktivitäten zur Vernetzung, Qualitätssicherung und konzeptionellen Weiterentwicklung der zielgruppenbezogenen Arbeit zu entfalten.

Im offenen Bereich der Drogenberatungsstelle ist der Aufenthalt im Rahmen der Öffnungszeiten und der Hausordnung ohne weitere Voraussetzungen möglich. Für die Erstberatung stehen sowohl eine offene Sprechstunde als auch einzeln vereinbarte Termine zur Verfügung.

In der Justizvollzugsanstalt Moabit wird im Verbund mit anderen Drogenberatungsstellen eine Sprechstunde für Neuinhaftierte abgehalten. Auf Anforderung werden Ratsuchende in den Justizvollzugsanstalten und in Kliniken aufgesucht.

Die fortlaufende Beratung bzw. Betreuung erfolgt im Wesentlichen in Einzelkontakten, die individuell vereinbart werden. Diese können sowohl in der Beratungsstelle als auch aufsuchend stattfinden. Eine Betreuerkonstanz wird von Anfang an hergestellt. Ergänzend dazu wird eine kontinuierliche Motivationsgruppe zur Vorbereitung auf eine ambulante oder stationäre Entwöhnungsbehandlung angeboten.

Angehörige und Partner von Drogenkonsumenten finden ein abgestuftes und bedarfsorientiertes Unterstützungsangebot, das von Informationsgesprächen über eine eingehende Beratung mit oder ohne den Betroffenen bis zu einer familientherapeutischen Kurzintervention reicht. Dafür stehen regelmäßig auch Abendtermine zur Verfügung. Ergänzend dazu besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einer kooperierenden Eltern-Selbsthilfegruppe, die sich 14-tägig in der Beratungsstelle trifft.

Spezielle Angebote werden für Klientinnen und Klienten mit problematischem Cannabiskonsum vorgehalten:

- „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten (FreD)“ besteht aus einem Kurs von zweimal vier Stunden, der gruppenweise durchgeführt wird und die Teilnehmer/-innen, orientiert am transtheoretischen Modell der Verhaltensänderung (Prochaska & DiClemente, 1983), vom Stadium der Absichtslosigkeit zu den Stadien der Absichtsbildung bzw. der Vorbereitung einer Veränderung führen soll. Dieses Angebot eignet sich auch für Jugendliche, die von Dritten zugewiesen werden.
- „Realize-It“ ist ein wissenschaftlich evaluiertes, manualgestütztes Verfahren zur Reduktion des Cannabiskonsums. Nach einem Eingangs-Assessment werden fünf Einzelsitzungen und eine Gruppensitzung abgehalten. Die Klientinnen und Klienten können sich auf ein Manual stützen, das auch ein Konsumtagebuch beinhaltet. Methodisch orientiert sich das Angebot u. a. an der lösungsorientierten Arbeit nach Steve de Shazer et al.

2. Projekt „Nordpassage“

Ergänzend zur Drogenberatung und in deren Angebot integriert, bietet das Projekt „Nordpassage“ präventive Beratung und Unterstützung für junge Menschen mit riskantem Alkoholkonsum und deren Familien an.

Das Projekt zielt darauf ab, die jungen Menschen dort zu erreichen, wo Auffälligkeiten aufgrund des Alkoholkonsums entstehen. Dazu wird neben einer offenen Sprechstunde und vereinbarten Erstkontakten in der Beratungsstelle auch eine aufsuchende Beratung angeboten.

Eine wesentliche Voraussetzung dabei ist der Aufbau und die Pflege von Kooperationsstrukturen, die die Kontaktaufnahme erleichtern, wenn nicht erst ermöglichen.

Da gerade bei jungen Menschen die Herkunftsfamilie noch von besonderer Bedeutung ist, wird auch eine Angehörigen- und Familienberatung angeboten.

Im Projekt kommen unter anderem bewährte und für diese Zielgruppe angepasste Verfahren der Frühintervention zum Einsatz, z. B. „AlFreD“ eine Weiterentwicklung aus „FreD“ und „Break“, ein Kurzprogramm zur Konsumreduktion bei Alkohol.

„Nordpassage“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Drogenhilfe Nord und der Reinickendorfer Alkoholberatungsstelle „Rettungsring“. Es wird vom Bezirksamt Reinickendorf gefördert.

3. Projekt „Nordimpuls“

Das Projekt „Nordimpuls“ bietet Menschen mit einer Suchtmittelproblematik eine bedarfsgerechte Betreuung im Rahmen der Eingliederungshilfe nach §§ 53/54 Sozialgesetzbuch (SGB) XII an.

Dazu gehören die Leistungstypen:

- psychosoziale Betreuung substituierter Drogenabhängiger (ambulanter Dienst),
- betreutes Wohnen für Substituierte,
- therapeutisch betreutes Einzelwohnen.

Das Angebot der psychosozialen Betreuung bei Nordimpuls besteht für erwachsene Substituierte, die aufgrund ihres meist langjährigen Drogenkonsums in ihrer Fähigkeit zur Bewältigung üblicher sozialer Anforderungen eingeschränkt sind und die deshalb sozialpädagogischer Unterstützung und Förderung bedürfen.

Es soll die gesundheitliche, psychische, berufliche und soziale Situation der Betroffenen verbessert, die Auseinandersetzung mit der Suchterkrankung gefördert, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und auf diesem Weg auch die Chance auf eine drogenfreie Lebensperspektive erhöht werden.

Die psychosoziale Betreuung findet vor allem in Einzelkontakten statt. Sie dienen der Klärung sozialer Probleme (Wohnungserhalt und -suche, Schuldenregulierung, Probleme mit Justiz, berufliche Perspektiven, Umgang mit behördlichen Angelegenheiten etc.), betreffen Fragen zur Gesundheit, Ernährung, zum Suchtverhalten und bieten darüber hinaus den Rahmen für die Bearbeitung von Schwierigkeiten und Defiziten in persönlichen und sozialen Beziehungen unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten. Konkrete Betreuungsziele werden in einem gemeinsam mit dem Klienten oder der Klientin erstellten Hilfeplan aufgenommen und in der Regel halbjährlich überarbeitet und fortgeschrieben.

Die Betreuungsarbeit wird überwiegend in der Einrichtung geleistet, ein Teil der Klientinnen und Klienten wird auch in kooperierenden Arztpraxen betreut. Ziel der Arbeit in den Arztpraxen ist es, den dort Substituierten den Zugang zum Hilfesystem zu erleichtern, Kontaktabbrüche zu vermeiden und bei schwierigen Betreuungsverläufen eine direkte und enge Abstimmung mit den behandelnden Ärzten zu erleichtern.

Im betreuten Wohnen für Substituierte findet die psychosoziale Betreuung in trägereigenen Wohnungen statt, die den Klienten zur Verfügung gestellt werden. Das Betreuungsangebot besteht für erwachsene substituierte Drogenabhängige, die der Unterstützung im alltäglichen Lebensvollzug bedürfen und für die die psychosoziale Betreuung (ambulanter Dienst) nicht oder noch nicht die geeignetere und aussichtsreichere Hilfeleistung ist. Neben den allgemeinen Zielen der psychosozialen Betreuung substituierter Drogenabhängiger besteht hier

insbesondere die Zielsetzung, den Klientinnen und Klienten zu einer selbstständigen Lebensführung zu verhelfen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu unterstützen. Das Betreute Wohnen für Substituierte nutzt zur Hilfeleistung den auf eine Gruppe bezogenen Wohnverbund und regelmäßige Gruppengespräche als pädagogisches Prinzip.

Im Rahmen der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Reinickendorf wird bei Nordimpuls als weitere aufsuchende Hilfe therapeutisch betreutes Einzelwohnen für Menschen mit einer Suchtproblematik angeboten. Über den Umfang und die Ausgestaltung dieser Hilfen befindet im Einzelfall eine bezirkliche Fallkonferenz auf der Basis einer mit dem/der Hilfeempfänger/-in gemeinsam erstellten personenzentrierten Behandlungs- und Rehabilitationsplanung.

4. Projekt „Nordwerk“

Das Projekt „Nordwerk“ bietet Hilfen nach dem Leistungstyp „Flexible Tagesstätte“ auf Grundlage der §§ 53/54 SGB XII an. Dieser innovative Leitungstyp wurde im Rahmen eines Reinickendorfer Trägerverbundes mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz vereinbart. Er unterscheidet sich von der üblichen Betreuung in Tagesstätten dadurch, dass diese nicht an einen bestimmten Ort gebunden ist.

Das Projekt richtet sich an Konsumenten und Konsumentinnen vorwiegend illegaler Drogen, die den Anforderungen von Maßnahmen nach SGB II oder gar denen des allgemeinen Arbeitsmarktes derzeit nicht gewachsen sind. Es bietet insbesondere solchen Klientinnen und Klienten einen niederschwelligen Zugang, die den Schritt in eine externe Tagesstätte nicht vollziehen können.

Neben den allgemeinen Zielen der Eingliederungshilfe besteht das konkrete Anliegen des Projekts darin, den Klientinnen und Klienten zumindest für einen Teil der Woche eine sinnstiftende und befriedigende Tätigkeit zu ermöglichen. Sie sollen Freude an der eigenen Produktivität zurückgewinnen, zu einer realistischen Einschätzung ihrer Fähigkeiten gelangen und Grundanforderungen weiterführender beruflicher Hilfen, wie beispielsweise Zuverlässigkeit und Ausdauer, einüben.

Als „Operationsbasis“ steht eine Werkstatt für vielfältige gestalterische und produktive Arbeiten zur Verfügung, in der die Klienten und Klientinnen an drei Tagen pro Woche an einem ergotherapeutischen Gruppenangebot teilnehmen können. Ergänzend dazu können innerhalb und außerhalb der Einrichtung nach Bedarf weitere Aktivitäten stattfinden, ggf. auch im Einzelsetting.

Mit einer erneuten Förderung durch das Programm „Lokales Soziales Kapital“ kann auch im Jahr 2012 mit dem Projekt „RecycleWerk“ das Angebot inhaltlich erweitert werden. Ein interessierter Kreis von langjährig Drogenabhängigen soll hier eine spezielle Förderung erhalten, die eine spätere Teilnahme an regulären Maßnahmen zur Integration in Beschäftigung anbahnt.

5. Projekt „Nordwind“ - Ambulante Therapie und Nachsorge

Das Projekt bietet ambulante medizinische Rehabilitation und ambulante Nachsorgetherapie für Drogenabhängige und junge Alkoholabhängige. Die Kosten für die Behandlung werden durch Rentenversicherungsträger und Krankenkassen übernommen. Die Dauer der Behandlung beträgt maximal 18 Monate bzw. zwölf Monate in der Nachsorge.

Die ambulante Behandlungsform bietet den Vorteil, die Therapie in den Alltag integrieren, Ausbildung und Beruf fortsetzen und die Unterstützung durch Angehörige, Partner und Freunde nutzen zu können.

Ziele der Behandlung:

- Abstinenz zu erreichen und zu erhalten,
- körperliche und seelische Störungen weitgehend zu beheben oder auszugleichen,
- die Eingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft möglichst dauerhaft zu erhalten bzw. zu erreichen.

Inhalte der Behandlung:

- Suchttherapie auf der Basis eines tiefenpsychologischen Behandlungskonzeptes,
- wöchentliche Einzel- und Gruppentherapie,
- Rückfallpräventionstraining,
- Bezugspersonengespräche,
- Freizeitgruppe,
- indikative Gruppen.

Im Team arbeiten ärztliche, psychologische und sozialpädagogische Fachkräfte mit Hochschulabschluss, staatlicher Anerkennung sowie psychotherapeutischer bzw. suchttherapeutischer Zusatzausbildung.

6. Projekt „Nordlicht“

Mit dem Projekt „Nordlicht“ wird der Bedarf an Unterstützung speziell für Familien und Jugendliche angesprochen. Die angebotenen Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII, sowie Begleiteter Umgang nach § 18 Abs. 3 SGB VIII werden im Auftrag der Jugendämter durchgeführt. Sie stellen eine intensive Betreuung und Begleitung von Familien und jungen Menschen in ihrer eigenen Lebenswelt dar. Die Ziele und Aufträge orientieren sich am Kindeswohl und werden einzelfallbezogen gemeinsam mit der Familie und dem Jugendamt erarbeitet.

Das Angebot richtet sich insbesondere an

- Familien und Alleinerziehende mit Suchtproblematik,
- Kinder mit suchtkranken Eltern,
- suchtgefährdete oder abhängige Jugendliche,
- drogenabhängige Frauen bei bestehender Schwangerschaft.

Für Eltern mit einer Suchtproblematik kann die angemessene Sorge für ein Kind eine schwierige Herausforderung darstellen. Mit der ambulanten Familienhilfe sollen Kinder die Möglichkeit erhalten, in Sicherheit und unter förderlichen Bedingungen bei ihren Eltern aufzuwachsen. Das Projekt unterstützt die Eltern dabei, ihre Erziehungsaufgaben eigenverantwortlich zu erfüllen.

Bei Jugendlichen kann der Konsum von Suchtmitteln eine altersgerechte Entwicklung verhindern und Konflikte mit dem sozialen Umfeld verschärfen. Die Betroffenen werden den Anforderungen im Umgang mit Familie, Schule und Ausbildung nicht mehr gerecht. Die Hilfe zur Erziehung stellt hier eine intensive Betreuung und Begleitung der jungen Menschen in ihrer eigenen Lebenswelt dar, die sie bei der Bewältigung dieser entscheidenden Lebensphase unterstützt.

Die sozialpädagogische Betreuung findet überwiegend in aufsuchender Form statt. Es wird darauf hingewirkt, die Erziehungshilfe gegebenenfalls mit weiteren Hilfen zur Suchtproblematik zu kombinieren.

Der Begleitete Umgang soll Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihr gesetzlich verankertes Recht auf eine entwicklungsfördernde Beziehung zu beiden Eltern wahrzunehmen.

7. Projekt „Nordstern“

Auf der Basis einer dreijährigen Förderung durch die Aktion Mensch bietet das Projekt frühe Hilfen für Kinder in suchtbetroffenen Familien an. Erstmalig werden in diesem Arbeitsfeld Familienhebammen eingesetzt, die im Team mit Sozialpädagoginnen zusammenarbeiten. Die Hilfen beginnen vorgeburtlich und können bis zum vollendeten ersten Lebensjahr des Säuglings reichen.

Kinder suchtkranker Eltern haben ein sechsfach erhöhtes Risiko, später selbst an einer Sucht zu erkranken. Unter präventiven Gesichtspunkten ist es sinnvoll, suchtkranken Eltern möglichst frühzeitig eine Unterstützung dabei zu geben, sich dem Kind verlässlich und liebevoll zuzuwenden und dessen angemessene Versorgung zu gewährleisten. Die zuverlässige Bindung an die primäre Bezugsperson hat sich empirisch als ein wesentlicher salutogenetischer Faktor gezeigt. Das Projekt unterstützt den Bindungsaufbau und eine förderliche Eltern-Kind-Beziehung. Es bietet gleichzeitig einen Schutz des Neugeborenen vor Risiken, die in Suchtfamilien gehäuft auftreten. Wird ein Hilfebedarf im Sinne des SGB VIII erkennbar, werden gemeinsam mit der Familie die erforderlichen Schritte unternommen.

Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen weist das Projekt „NordStern“ einen erfolgreichen Weg, suchtbetroffenen Schwangeren und Eltern eines Neugeborenen Unterstützung bereits zu einem Zeitpunkt zukommen zu lassen, an dem die mit der Suchterkrankung verbundenen Probleme für die Entwicklung des Kindes proaktiv angegangen werden können. Regelmäßig gelingt die Herstellung einer dafür geeigneten, positiven Lebenssituation. Äußerst hilfreich ist dabei die Einbettung des Projekts in ein Suchthilfezentrum, das eine enge klientenbezogene Zusammenarbeit der Bereiche Suchthilfe und Kinder-/Jugendhilfe realisiert. Auf diese Weise wird die Reichweite und Effektivität sowohl der familienbezogenen Hilfen als auch die der suchtbezogenen Hilfen deutlich erweitert.

Suchthilfe Pankow

Die Suchthilfe Pankow besteht aus den drei Projekten STAB, BETA und Café 157.

STAB ist eine Beratungsstelle und Therapieeinrichtung für Menschen mit Alkohol- bzw. Medikamentenproblemen.

BETA betreut suchtkranke, vorwiegend chronisch alkoholabhängige, Menschen im Rahmen ihrer Wohnung und/oder in der Tagesstätte.

Das Café 157 ist ein abstinenter Treff in der John-Schehr-Straße zur Freizeit- und Kontaktgestaltung, insbesondere an den Wochenenden und Feiertagen.

Die Zusammenarbeit im Standort Mühlenstraße gestaltet sich aufgrund der kurzen Wege zwischen den Projekten für die Klientinnen und Klienten effektiv und effizient. Es finden monatliche Großteamsitzungen und jährliche Klausurtage der drei Projekte statt. Inhaltlich standen organisatorische Absprachen, vor allem aber der fachliche Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter/-innen im Mittelpunkt, um die Betreuung der Klientinnen und Klienten zu optimieren und die Arbeit effektiv zu gestalten. Projektübergreifend gab es zwei gemeinsame Feste, die großen Zuspruch fanden. In Fortsetzung des Prozesses der internen Vernetzung wurden Standards für die gemeinsame Betreuung und den Übergang von einem Leistungstyp zum anderen entwickelt und etabliert.

Kooperationsbeziehungen

Die Beratungsstelle und Therapieeinrichtung für Suchtkranke STAB ist fester Bestandteil der regionalen, gemeindepsychiatrischen Versorgung der Bürger (§ 26 OGDG). STAB ist zudem verbindlicher Partner im Verbund Sucht Pankow, der seine Zusammenarbeit vertraglich geregelt hat.

Die engen Kontakte von BETA zum Sozialpsychiatrischen Dienst in Pankow, zum Sozialamt, insbesondere zur Abteilung Eingliederungshilfe und zu behördlichen Betreuern sowie Pflegediensten wurden sorgfältig gepflegt.

Die Zusammenarbeit der Suchthilfe Pankow mit dem St. Joseph-Krankenhaus gestaltete sich ebenfalls problemlos. Die Unterbringung der Klientinnen und Klienten, auch in akuten Notsituationen, hat bisher gut funktioniert. Darüber hinaus erfolgt während der Entgiftung eine Zusammenarbeit mit den Sozialarbeiterinnen der Stationen 8 und 4 des Krankenhauses.

In Abstimmung mit dem Bezirksamt Pankow von Berlin, insbesondere mit dessen Sozialpsychiatrischen Dienst, übernimmt die Suchthilfe Pankow verbindliche Verantwortung für die Versorgung von Abhängigkeitskranken. Dazu gehören Beratung, Betreuung, Behandlung von Abhängigkeitskranken deren Angehörigen, Betroffenen und Interessierten.

Die Mitarbeit in den bezirklichen Gremien wie der PSAG/Arbeitsbereich Erwachsene, der AG Sucht, der AG Arbeit und des Steuerungsgremiums wurde auch weiterhin geleistet.

Im Jahr 2011 erfolgte zudem eine intensive Zusammenarbeit der Beratungsstellen, der BEWs und der Tagesstätten und der alkoholfreien Treffpunkte innerhalb des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stand vor allem der fachliche Austausch. Zudem entsendet BETA eine/n Delegierte/n regelmäßig zu den Zusammenkünften des überregionalen Arbeitskreises der BEW für chronisch Alkoholkranke sowie des berlinweiten Tagesstättentreffens.

Alle Projekte sind in aufgabenspezifischen Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen innerhalb des Bezirkes und bezirksübergreifend mit aktiver Beteiligung vertreten.

8. STAB Suchtberatungsstelle Pankow

Hauptaufgabe der Suchtberatungsstelle Pankow ist es, Suchtkranke, suchtgefährdete Menschen, ihre Angehörigen einschließlich des sozialen Umfeldes zu beraten und zu betreuen. Allgemeine Ziele der Arbeit der Beratungsstelle sind gesundes Überleben, Verhinderung von Chronifizierung, Motivation zur Krankheitseinsicht und Behandlungsbereitschaft, Vermeidung von Klinikaufenthalten, Motivation zur Abstinenzentscheidung bzw. Substanzreduktion sowie Unterstützung präventiver Maßnahmen im Bezirk.

Mit ihren Angeboten geht die Beratungsstelle auf die individuellen Lebensumstände der suchtkranken Menschen ein, zeigt Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenssituation auf. Die Beratungsstelle hält zielgruppenorientierte Angebote wie Einzelgespräche und Kriseninterventions- und Motivationsgruppe vor sowie Gruppen zur Informationsvermittlung, Angebote zur Therapievermittlung und -vorbereitung. In der Beratungsstelle gibt es ein Projekt, das nach einem wissenschaftlich begründeten Konzept ambulante medizinische Rehabilitation und Nachsorge durchführt.

Kernstück der Arbeit von STAB ist nach wie vor die täglich stattfindende Kriseninterventions- und Motivationsgruppe. Über diese Gruppe finden viele Klientinnen und Klienten einen guten Einstieg in das Hilfesystem.

Alle unsere Angebote, die man im Sinne einer Rehabilitationsstelle verstehen kann, werden von den Betroffenen des Bezirkes sehr gut und erfolgreich genutzt. Im Jahr 2011 wurden 486 Menschen betreut, es gibt aktuell zwei Nachsorge- und zwei Therapiegruppen. Im Jahresdurchschnitt nahmen acht Klientinnen und Klienten die täglich stattfindende Kriseninterventions- und Motivationsgruppe in Anspruch. Es fanden 2.469 Einzelgespräche statt. Dabei wurden wieder viele Klientinnen und Klienten in Therapie vermittelt.

Ein weiteres Augenmerk richtete die Beratungsstelle auf die Zusammenarbeit mit den Allgemeinkrankenhäusern. Hier werden intensivere Kontakte zu den Sozialdiensten der Parkklinik, der Caritas-Klinik „Maria-Heimsuchung“ und des Helios Klinikums Buch gepflegt, um Klientinnen und Klienten mit Alkoholfolgeschäden eher zu erreichen und Hilfsangebote zu machen.

9. BETA Pankow

BETA ist die Fusion des BEW (Betreutes Einzelwohnen) und der TAgesstätte. Das BEW arbeitet seit Januar 1995, die Tagesstätte besteht seit dem Jahr 1997. Die Idee, die Angebote von BEW und Tagesstätte zusammenzuführen, beruhte auf Erfahrungen mit der besonderen Klientel der chronisch, mehrfach beeinträchtigten Alkoholabhängigen (CMA). „Chronisch Abhängigkeitskranke sind mehrfach geschädigt; sie zeichnen sich durch langjährigen Suchtmittelmissbrauch und ausgeprägte Folgeschäden auf der körperlichen und psychischen Ebene, dem weitgehenden Verlust des sozialen Umfeldes und einer geringen materiellen Absicherung aus. Es handelt sich um gravierend beeinträchtigte Menschen, deren Rehabilitation von vornherein als ein schwieriges Unterfangen erscheinen muss.“ (Weiterentwicklung von Hilfen für Alkoholkranke, S. 97, Bd. 106, BMG, 1998.) Diese Menschen haben auf Grund ihrer Erkrankung oft einen Hilfebedarf, der weder nur durch das BEW noch nur durch die Tagesstätte im jeweiligen Leistungskatalog abgedeckt ist. Die Folge- und Begleiterscheinungen eines jahrzehntelangen Suchtmittelmissbrauchs sind oft sehr weitreichend und erfordern vielfach integrierte Hilfemaßnahmen, die ein einzelnes Projekt bisher nicht anbot. Die optimalen Hilfeangebote sollten sich zusammensetzen aus Aspekten der beratenden, aufsuchenden, begleitenden und tagesstrukturierenden Arbeit. Diese Angebotsvielfalt lässt sich organisatorisch, inhaltlich und ökonomisch am sinnvollsten durch die Bündelung der Erfahrungen beider Betreuungsteams im Rahmen eines Großteams anbieten.

Ziele von BETA

Hauptziel der Tätigkeit ist es, eine weitere Verschlechterung der somatischen, psychischen und sozialen Situation zu verhindern. Es gilt, das Überleben zu sichern und durch sozialpädagogische Betreuung der Klientinnen und Klienten Einfluss auf die allmähliche Entwicklung einer zufrieden stellenderen Lebensweise zu nehmen. Mittelfristig versucht BETA durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ die Klientinnen und Klienten so zu befähigen, dass sie ein möglichst selbstständiges Leben führen können. Parallel geht es darum, gemeinsam mit ihnen eine Krankheitseinsicht zu erarbeiten und darauf aufbauend den Suchtmittelmissbrauch einzuschränken und Abstinenzphasen zu erreichen und auszubauen.

Arbeitsweisen bei BETA

BETA ist eine niedrigschwellige Einrichtung und erhebt keinen Abstinenzanspruch, d. h. es wird suchtbegleitend gearbeitet, jedoch mit dem Ziel der Erreichung und Verlängerung von Abstinenzphasen bis hin zur stabilen Abstinenz. Das Angebot umfasst Einzelfall- und Gruppenarbeit. In der Einzelfallarbeit wird nach dem Bezugsbetreuersystem gearbeitet. Hauptschwerpunkte der vorrangig personenzentrierten Arbeit im Bereich BEW sind die aufsuchenden und begleitenden Tätigkeiten. In der Tagesstätte geht es primär um tägliche Anwesenheit und Teilnahme an möglichst allen Angeboten des Wochenplans. Die Besucher/-innen der Tagesstätte werden als therapeutische Gemeinschaft angesehen, das heißt, sie werden an Entscheidungsprozessen die Gruppe betreffend so weit wie möglich beteiligt. Dadurch wird die Übernahme von Verantwortung gefördert, es werden aber auch die resultierenden Konsequenzen mitgetragen.

Für alle Klientinnen und Klienten wird ein Behandlungs- und Rehabilitationsplan erstellt. Dieser enthält ausgehend von der aktuellen persönlichen Situation gemeinsam vereinbarte Ziele für die Zeit bei BETA. Die Ziele werden zusammen mit dem/der Klient/-in immer wieder in Form von strukturierten Reflexionsgesprächen überprüft und aktualisiert, z. B. wenn sich Selbstständigkeit und Übernahme eigener Verantwortung erhöhen. Zudem wird mit den Besuchern und Besucherinnen eine Betreuungsvereinbarung abgeschlossen, mit der sie die Regeln bei BETA akzeptieren.

Das Angebot der Einzelfallarbeit bei BETA umfasst neben den Einzelgesprächen auch Gespräche mit Angehörigen, Krisenintervention, Krankenbesuche in stationären Einrichtungen, Unterstützung beim Umgang mit Ämtern und Behörden, wenn erforderlich Begleitung, Absicherung der gesundheitlichen Betreuung, Unterstützung bei Haushaltsführung und Finanzen, Hygiene und Tagesstrukturierung, lebenspraktische Übungen und kognitives

Training, Vermittlung an stationäre und ambulante Suchtbehandlungseinrichtungen sowie in therapeutische Wohneinrichtungen und Pflegeheime.

Neben dieser intensiven, aufsuchenden und begleitenden, einzelfallorientierten Arbeit liegt der andere Angebotsschwerpunkt auf der sozialen Gruppenarbeit: Klienten-Frühstück, Spielnachmittage, Ausflüge innerhalb und außerhalb Berlins, sportliche und kulturelle Aktivitäten, Training von PC-Basiskenntnissen, Gedächtnistraining (zwei Gruppen unterschiedlichen Niveaus), Besuche von alkohol- und drogenfreien Treffs, gemeinsame Feiern im Sommer und zu Weihnachten, Exkursionen zu therapeutischen Einrichtungen, eine jährliche Gruppenfahrt.

Entwicklungen im Jahr 2011

Im Projekt BETA wurden im Jahr 2011 insgesamt 46 Klientinnen und Klienten betreut.
18 Neuaufnahmen standen 13 Beendigungen gegenüber. Ein Fünftel der Betreuten sind Frauen. Die Altersspanne erstreckt sich von 29 bis 68 Jahren.

Die Tendenzen der Vorjahre haben sich verstetigt: die Spannbreite bzgl. der Schwere der Erkrankung resp. der Ressourcen und des Alters erfordern flexible Angebote. Psychiatrische Diagnosen in Verbindung mit der Alkohol- und Cannabisabhängigkeit (Stichwort: Doppeldiagnosen) ziehen mehr Einzelgespräche und individualisierte Wochenpläne mit angepassten Belastungsbegrenzungen nach sich. Die jüngeren Besucher/-innen, die bisher keine oder nur sehr kurze Berufsbiographien hinter sich haben, erhalten besondere Förderung und Aufträge in Richtung Belastungs- und Verantwortungssteigerung, um sie auf Maßnahmen des JobCenters oder des Rentenversicherungsträgers vorzubereiten. Die Vermittlung von Klientinnen und Klienten, die beim JobCenter mit deutlichen Vermittlungshemmnissen auffallen und durch besondere Unterstützung in weiterführende Maßnahmen wie Tagesstätten begleitet werden, hat zählbar zugenommen. Die Anforderung an BETA besteht darin, innerhalb der auf die Gruppe zugeschnittenen Wochenstruktur genügend individuelle Fördermaßnahmen zu verorten, eine Balance zwischen Erleben in der Gruppe und individuellem (Arbeits-)Training herzustellen. Hier konnten im Jahr 2011 durch den BETA-Verbund einige BEW-Klientinnen und -Klienten mit wochenstrukturierender Beschäftigung in der Werkstatt unterstützen.

10. Kontakt- und Begegnungsstätte „Café 157“

Die Einrichtung ist ein wichtiger Bestandteil im Netz der komplementären Suchthilfe in Pankow. Mit seinen Angeboten und Leistungen orientiert sie sich am Bedarf der Menschen, die einen abstinenten Raum und Rahmen suchen. Das Café ist rauchfrei. Das Ziel ist es, Menschen bei einem abstinenten Leben zu unterstützen und ihnen Wege in das weiterführende Hilfesystem aufzuzeigen. In einem suchtmittelfreien Rahmen können Informationen, Beratungen und lebenspraktische Hilfen in Anspruch genommen werden. Die Hilfe ist zu verstehen als ein vorgeschaltetes, ergänzendes und weiterführendes Hilfsangebot in Kooperation mit den vorhandenen psychosozialen Angeboten des Bezirkes.

Freizeitangebote waren im Jahr 2011: Englischunterricht, PC-Kurs, Musikgruppe, Bowling, Doppelkopf, Schmuckgruppe, Malgruppe, Billard-, Tischtennis- und Skatturniere, Fahrradgruppe, Fahrradausflüge, Spielenachmittag und Feste.

Mit regelmäßig durchgeführten Besucherversammlungen werden alle Besucher/-innen an der Gestaltung der Angebote beteiligt. Einige Besucher/innen geben auch Unterstützung in der alltäglichen Verrichtung von Reinigungs-, Pflege- und Essenszubereitungsarbeiten. Die Unterstützung von Selbsthilfegruppen ist ein wichtiger Bestandteil im Gesamtkonzept der Einrichtung. In den Räumen tagen zehn Selbsthilfegruppen einmal wöchentlich.

Durch die im Jahr 2009 erforderliche konzeptionelle Änderung im Café 157 (nur noch eine Sozialarbeiterstelle und die Gründung des Vereins Suchthilfe – Café 157 e.V.) wurde versucht, die Mitglieder des Vereins ehrenamtlich in die Arbeit des Cafés mit einzubinden. Dies konnte in einigen Bereichen erfolgreich umgesetzt werden, aber gerade bei der Mitarbeit im Tresenbereich mangelt es noch an der ehrenamtlichen Unterstützung der Vereinsmitglieder.

Die Arbeiten im Tresenbereich werden nach wie vor von MAE-Kräften und inzwischen zwei Mitarbeitern im Rahmen von Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur geleistet.

Die Mitarbeiterschaft des Café 157 setzte sich im Jahr 2011 zusammen aus einer hauptamtlichen Sozialarbeiterin, zwei Mitarbeitern im Rahmen einer Fördermaßnahme der Arbeitsagentur, Vereinsmitgliedern, ehrenamtlich mitarbeitenden Besuchern, Menschen, die eine MAE im Café absolvieren sowie Menschen, die dort „Arbeit statt Strafe“ ableisten.

Personal

Im Team der Suchthilfe Pankow arbeiten acht Kolleginnen und zehn Kollegen. Es setzt sich aus Fachkräften zusammen, die über Abschlüsse als Diplom-Sozialpädagogen, Diplom-Psychologe, Diplompädagoge oder Ergotherapeuten verfügen. Ab Oktober 2010 nahm eine Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie ihre Arbeit im Team auf. Fast alle Kolleginnen und Kollegen verfügen über langjährige Berufserfahrung in der Suchthilfe sowie einige über arbeitsfeldbezogen Zusatzqualifizierungen.

Suchthilfe Lichtenberg

11. Suchtberatungsstellen Lichtenberg und Hohenschönhausen

Übersicht der Arbeitsaufgaben

Das Arbeitsspektrum der Integrierten Suchtberatungsstelle Lichtenberg und der Suchtberatung Hohenschönhausen umfasst die Bereiche Beratung, Betreuung, Krisenintervention, Vermittlung, Behandlung und Nachsorge mit der dazugehörigen Lobby-Arbeit für die Klientel.

Die Beratungsstellen sind zuständig für alle Menschen mit einem Suchtproblem (Alkohol, illegale Drogen, Medikamente, Essen, Spielen etc.) sowie deren Angehörige und Freunde im Bezirk Lichtenberg. In der täglichen Arbeit mit den Betroffenen liegt ein besonderes Augenmerk auf dem Aufbau einer stabilen Arbeitsbeziehung zu den Klientinnen und Klienten.

Während die Integrierte Suchtberatung Lichtenberg schwerpunktmäßig auch Konsumenten illegaler Drogen berät, betreut und behandelt, nimmt die Suchtberatung Hohenschönhausen zusätzlich hoheitliche Aufgaben wahr.

Personelle Ausstattung

Die Teams der Suchtberatungsstellen bestehen aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen verschiedener Professionen (Diplom-Psychologe/Psychologin, Diplom-Pädagoge/Pädagogin, Diplom-Sozialpädagogen/-pädagoginnen und Sachbearbeiterinnen). Ein Teil der Mitarbeiter/-innen verfügt über eine anerkannte suchttherapeutische Zusatzqualifikation.

Finanziert wurden die Beratungsstellen aus Zuwendungsmitteln des Bezirkes Lichtenberg von Berlin, des Landes Berlin und Personalmitteln des Gesundheitsamtes Lichtenberg.

Arbeitsschwerpunkte

Die Suchtberatungsstellen stellen im Rahmen ihrer offenen Sprechstunden Klientinnen und Klienten und Angehörigen die Möglichkeit der Kontaktaufnahme ohne Terminvergabe zur Verfügung. Darüber hinaus werden kurzfristige Termine für Erstgespräche, in der Regel innerhalb von zwei bis drei Tagen, oder die sofortige Aufnahme in die Tagesgruppe angeboten.

Über externe Suchtberatung im zuständigen Versorgungskrankenhaus Königin Elisabeth Herzberge, im Allgemeinkrankenhaus Sana-Klinikum Lichtenberg, in den Justizvollzugsanstalten sowie in Obdachloseneinrichtungen konnten Abhängigkeitskranke ohne bisherige Anbindung an das Suchthilfesystem zur Inanspruchnahme von Hilfeangeboten motiviert werden.

Im Rahmen der ambulanten Rehabilitation Abhängigkeitskranker führten die Beratungsstellen bislang vier Gruppen.

Im Einzelfall wurden substituierte Klientinnen und Klienten psychosozial betreut.

Erstmalig konnte eine angeleitete Gruppe für Partner und Partnerinnen von Abhängigkeitskranken mit regelmäßig acht Teilnehmer/-innen angeboten werden.

Ausgewählte Statistik

Insgesamt wurden 1.191 Menschen mit einem Suchtproblem und 86 Angehörige durch die Beratungsstellen beraten und betreut.

Von allen Betreuten waren 867 Klientinnen und Klienten alkohol- und 225 Klientinnen und Klienten drogenabhängig. Im Rahmen der psychosozialen Betreuung bei Substitution wurde ein Klient betreut. Eine leichte Zunahme war bei der Inanspruchnahme von Beratung bei spielsüchtigen Klienten zu verzeichnen.

Im Jahr 2011 fanden 7.751 Einzelgespräche in den Beratungsstellen, bei Hausbesuchen, in Krankenhäusern und Justizanstalten und Begutachtungen vor Ort statt. In der Tagesgruppe und in der Entspannungsgruppe gab es 1.739 Kontakte. Im therapeutischen Bereich kam es zu 1.603 Kontakten.

Es fanden 251 Angehörigengespräche als Einzelgespräche statt.

Zusammenfassung und Ausblick

Im Jahr 2011 konnten die Suchtberatungsstellen ihre Angebote, insbesondere in der medizinischen Rehabilitation von Abhängigkeitskranken, erfolgreich weiterentwickeln. Einen hohen Stellenwert hat die Vermittlung in und die Kooperation mit Projekten der Eingliederungshilfe im Bezirk. In der Suchtberatung Hohenschönhausen konnten zwei Gruppen für die ambulante Nachsorge erfolgreich weitergeführt werden.

Durch eine stärkere Kundenorientierung erhöhte sich weiterhin der Anteil von Konsumentinnen und Konsumenten illegaler Drogen in der Beratung.

Weiterer Verbesserungen bedarf es in der Arbeit mit Angehörigen in der medizinischen Rehabilitation. Einmalige Gespräche liefern wichtige Informationen. Der Abbau co-abhängiger Verhaltensweisen bedarf eines kontinuierlichen und längerfristigen Beratungsprozesses.

12. HaLT

Übersicht der Arbeitsaufgaben

Das HaLT-Projekt (HaLT – Hart am Limit) ist seit dem Jahr 2008 im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz für alle Kinder und Jugendlichen in Berlin zuständig, die mit riskantem Alkoholkonsum auffällig werden. Das HaLT-Projekt ist für die Bezirke Reinickendorf, Pankow, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Treptow-Köpenick und zur Hälfte für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zuständig, die restlichen Bezirke werden durch einen zweiten HaLT-Standort im Bezirk Mitte versorgt.

Personelle Ausstattung

Das HaLT-Team besteht aus einem Diplom-Sozialpädagogen und Erlebnispädagogen und einer Sozialpädagogin in Teilzeit.

Arbeitsschwerpunkte

Hauptaufgabe ist insbesondere die Beratung von Kindern und Jugendlichen nach stationärer Aufnahme infolge einer Alkoholintoxikation in Berliner Kliniken. Neben individueller Beratung, Information, Aufklärung und erlebnispädagogischem Risikocheck im Rahmen einer Kurzintervention (ca. fünf Termine) bietet HaLT auch für interessierte Eltern Information und Beratung an. Die Mitarbeiter/-innen sind in bezirklichen und berlinweiten Gremien vertreten.

Ausgewählte Statistik

Im Jahr 2011 wurden durch HaLT Berlin insgesamt 354 Klientinnen und Klienten beraten. Eltern nahmen in 59 Fällen das Beratungsangebot für Angehörige wahr. Über den Zugangsweg Krankenhäuser wurden 212 Kinder und Jugendliche erreicht. Der durchschnittliche Promillewert der Jugendlichen, die im Jahr 2011 in Kliniken eingeliefert wurden, lag bei 1,86 Promille. Weitere Klientinnen und Klienten fanden über Institutionen wie Jugendhilfe (11), Jugendgerichtshilfe (16), Beratungsstellen (fünf) oder durch eigene Initiative (42) den Weg ins Projekt.

Zusammenfassung und Ausblick

Im Jahr 2012 soll aus den beiden Projektstandorten Berlin-Mitte und Berlin-Lichtenberg ein gemeinsamer Standort in Berlin-Mitte entstehen. HaLT soll sich somit zu einem Gemeinschaftsprojekt der Stiftung SPI und der Caritas für das Erzbistum Berlin entwickeln.

Die enge Kooperation mit den Berliner Kliniken wurde durch regelmäßigen Austausch fortgeführt. Den ersten HaLT Newsletter gab es im Oktober 2009. Dieser Newsletter hat auch über das Jahr 2011 Kooperationspartner des Projektes, allen voran die Berliner Kliniken, über die Projektentwicklungen auf dem Laufenden gehalten.

13. Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg

Das psychosoziale Behandlungs- und Betreuungsangebot des Betreuten Einzelwohnens (BEW) richtet sich an erwachsene chronisch abhängigkeitskranke Menschen mit teilweise multiplem Substanzgebrauch und psychiatrischen Doppeldiagnosen im Bezirk Lichtenberg und besteht seit dem Jahr 1996. Die Einrichtung ist integraler Bestandteil des komplementären gemeindepsychiatrischen Versorgungssystems.

Die Adressaten sind charakterisiert durch einen langjährigen Suchtmittelmissbrauch und verfügen zumeist über vielfältige und negative Behandlungserfahrungen. Die Mehrfachbelastung der Klientinnen und Klienten in Multiproblemsituationen erstreckt sich auf psychische, soziale und somatische Störungen, Belastungen und Erkrankungen. Kennzeichnend für die soziale Situation der Adressaten ist der große Anteil langzeitarbeitsloser Menschen mit einer hohen Verschuldung und einem sehr hohen Grad an sozialer Exklusion.

Neben den Interventionen zur Sicherung eines würdevollen Überlebens steht bei der suchtspezifizierten sozialtherapeutischen und psychosozialen Behandlung die Erweiterung bzw. der Aufbau individueller Kompetenzen zur Bewältigung der Suchterkrankung und psychischen Störungen im Mittelpunkt. Abstinenz ist keine Voraussetzung zur Inanspruchnahme der Hilfen. In der Konsequenz sind Behandlungsziele als realistisch anzusehen, wenn sie darauf fokussieren, die riskanten Konsummuster zu verändern und den damit verbundenen Begleitsymptomen auf körperlicher, psychischer, sozialer und emotionaler Ebene vorzubeugen, sie zu mildern und zu überwinden.

Arbeitsziele

Das BEW Lichtenberg leistet Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohte Menschen gemäß §§ 53, 54 SGB XII im Rahmen personenzentrierter Hilfen. Grundsätzliches Ziel ist es, die (Wieder-)Eingliederung in die Gesellschaft und die

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen oder zu erhalten. Für die Zielgruppe bedeutet das den Erhalt bzw. die Wiederaufnahme einer eigenständigen Lebensführung, die konstruktive Gestaltung sozialer Bezüge, die Schaffung von Tagesstruktur und das Erschließen sinnvoller Beschäftigungsperspektiven. Die Leistung ist jeweils befristet, Umfang und Dauer richten sich nach der individuellen Lebenssituation, dem prospektiven Hilfebedarf und dem Betreuungsverlauf. Voraussetzung für die Aufnahme sind Hilfe- und Fallkonferenzen und die Empfehlung des bezirklichen Steuerungsgremiums unter Einbeziehung des zuständigen Sozialpsychiatrischen Dienstes und der Fallmanager/-innen der Eingliederungshilfe.

Grundlage für eine passgenaue und der Individualität der Hilfesuchenden angemessene Behandlungsplanung ist die Erhebung einer multidimensionalen psychosozialen Diagnostik. Die Behandlungs- und Rehabilitationsplanung stellt im Wesentlichen einen Arbeitskontrakt dar, der neben der Dokumentation der psychosozialen Diagnostik und der Interventionsplanung dem Aufbau einer tragfähigen kooperativen Arbeitsbeziehung dient. Die Erarbeitung realistischer Behandlungsziele und -schritte, die innerhalb der psychosozialen Behandlung und Betreuung kontinuierlich zu überprüfen und modifizieren sind, hat einen hohen Stellenwert bei der Arbeit mit den Adressaten der Hilfen.

Die Unterstützungsleistungen des BEW erfolgen im Rahmen von Einzelkontakten (Hausbesuche, Wegbegleitung, Einzelgespräche etc.) und Gruppentreffen (Gesprächsgruppe, Freizeittreff, thematische Gruppen, Gruppenreise etc.). Ein tragfähiges Arbeitsbündnis stellt sowohl Grundlage, Methode als auch Ziel der Betreuung dar.

Angebote und Methoden

Der Umfang der Hilfeleistungen orientiert sich am prospektiven Bedarf und wird individuell im Rahmen der Behandlungs- und Rehabilitationsplanung ermittelt. Es erfolgt die verbindliche Zuordnung zu einer Gruppe mit vergleichbarem Hilfebedarf. Da sich Störungen und Beeinträchtigungen wechselseitig beeinflussen, sind auch die zu leistenden Hilfen zu kontextualisieren und die konkreten Maßnahmen nur bedingt trennscharf den einzelnen Leistungsbereichen zuordenbar:

- Selbstversorgung, selbständiges Wohnen und Wirtschaften,
- Tages-, Freizeit- und Kontaktgestaltung,
- Beschäftigung, Arbeit und Ausbildung,
- Beeinträchtigungen und Gefährdungen durch die seelische Behinderung,
- Integrierte psychotherapeutische Leistungen,
- Koordination der Behandlungs- und Rehabilitationsplanung.

Die Unterstützung bei der Selbstversorgung umfasst alle Leistungen, die ein selbstständiges Leben in einem weitgehend dem Normalisierungsprinzip folgenden Rahmen ermöglichen. Die Hilfen zielen auf die Wohnraumsicherung und -gestaltung, die selbstständige Wohnfähigkeit, Haushaltsführung und Ernährung sowie auf den Umgang mit Behörden, der Justiz und anderen Institutionen ab. Zudem erhalten die Klientinnen und Klienten Unterstützung beim Umgang mit ihren finanziellen Mitteln und bei der Schuldenregulierung. Darüber hinaus ist die Motivation zur und Unterstützung bei der Inanspruchnahme weiterer notwendiger Hilfen zentrales Anliegen.

Nach Klärung der individuellen Interessen und Fähigkeiten werden Zielvereinbarungen zur Förderung einer regelmäßigen und sinnvollen Tagesstruktur und Beschäftigungsinhalten getroffen. Erfolgreiche Selbstorganisation und realistisches Zeitmanagement bilden die Grundlage für die Integration in Arbeit und befähigen zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In Einzel- und Gruppengesprächen erhalten die Klientinnen und Klienten zudem das Angebot, sich mit Rollenbildern und Beziehungserwartungen auseinander zu setzen. Auf Wunsch können Angehörige und Partner/-innen mit einbezogen werden. Die Gruppenangebote haben zum Ziel, dass die Klientinnen und Klienten sich in der Umwelt erleben und erproben, dabei positive Erfahrungen sammeln und verschüttete Kompetenzen wieder entdecken können.

Die Entwicklung von realistischen Arbeits- und Beschäftigungsperspektiven erfolgt auf der Grundlage einer Klärung der aktuellen Beschäftigungssituation, vorhandener Schul- und

Ausbildungsabschlüssen, beruflicher Erfahrungen und Fähigkeiten. Die Klientinnen und Klienten werden u. a. zum JobCenter (Fallmanagement), zu Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern und zu potentiellen Arbeitsgeber/-innen begleitet. Es besteht eine enge Kooperation mit Anbietern von ambulanter Ergotherapie, Tagesstätten, Beschäftigungs- und Zuverdienstprojekten. In diesem Rahmen wird eine unkomplizierte Vermittlung bedarfsgerechter Hilfen möglich. Neben der Vorbereitung und Vermittlung ist auch die Begleitung während der Beschäftigung oder Ausbildung Teil der Betreuung.

Bei der Unterstützung der Krankheitsbewältigung steht die Förderung eines bewussten Umgangs mit den krankheitsbedingten Beeinträchtigungen und Störungen in der Wahrnehmung, der kognitiven und emotionalen Verarbeitung sowie der psychischen und körperlichen Leistungsfähigkeit und Stabilität im Mittelpunkt. Ziel der suchtbezogenen Hilfen sind die Erarbeitung und Realisierung von Veränderungszielen in Bezug auf das Konsumverhalten. Auch bei der übergeordneten Zielstellung der Abstinenz geht es oft zunächst um die Vereinbarung von Zwischenzielen wie z. B. Formen des „kontrollierten Konsums“, selektive Abstinenz, Verlängerung abstinenter Phasen sowie schadensreduzierende Maßnahmen. Bei Bedarf werden ambulante und stationäre Entgiftungsbehandlungen vorbereitet und begleitet. Besonderes Augenmerk gilt den komorbiden psychischen Störungen. Mit dem Ziel der eigenverantwortlichen Erschließung entsprechender Hilfen werden Kontakte mit dem ärztlichen psychiatrischen Hilfesystem aufgebaut und die Vermittlung in weiterführende und begleitende Hilfen befördert.

Das Angebot der integrierten Psychotherapeutischen Leistungen ist eng definiert und ist Klientinnen und Klienten vorbehalten, die psychotherapeutische Leistungen nach SGB V aufgrund ihrer Störungen und Beeinträchtigungen nicht in Anspruch nehmen können, da sie dem dortigen Setting nicht gewachsen sind und die notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllen können. Es werden Verfahren der Verhaltenstherapie angewendet, die auf die Veränderungen der sozialen Umgebung und der sozialen Interaktion gerichtet sind. Dabei werden die ursächlichen und aufrechterhaltenden Bedingungen des Krankheitsgeschehens analysiert. Die Techniken sollen den Klientinnen und Klienten eine bessere Selbstregulation ermöglichen und zielen auf die Modifikation des Verhaltens durch Prozesse wie Neulernen, Umlernen und Verlernen. Integrierte psychotherapeutische Leistungen werden von einer Person mit Approbation nach dem Psychotherapeutengesetz als Einzelbehandlung erbracht.

Die Aufgaben der koordinierenden Bezugsperson bzw. der Koordination der Behandlungs- und Rehabilitationsplanung übernimmt der/die Bezugssozialarbeiter/-in. Dieser ergänzende Leistungsbereich umfasst die erforderliche fachliche Abstimmung der am Behandlungs- und Rehabilitationsprozess beteiligten Personen und Einrichtungen. Zu den Aufgaben gehören die Ersterstellung und ggf. Fortschreibung des Hilfeplans, dessen Umsetzung und Einhaltung und ggf. auch die Korrektur des Vorgehens. Die Notwendigkeit und Angemessenheit der Maßnahme wird sowohl situativ als auch in regelmäßigen Abständen überprüft.

Qualitätssicherung und -entwicklung

Die Qualität der strukturellen Rahmenbedingungen ist wesentliche Voraussetzung für die wirksame Erbringung der Leistungen. Die Strukturqualität unterliegt einem gesteuerten und dokumentierten Verfahren zur Überprüfung und die strukturellen Rahmenbedingungen werden entsprechend der sich veränderten Bedarfe und Anforderungen laufend aktualisiert. Durch die Mitarbeit in den bezirklichen und überregionalen Steuerungsgremien und Arbeitsgemeinschaften leistet die Einrichtung einen Beitrag zur Verbesserung des Versorgungssystems. Darüber hinaus ist die Einrichtung eng mit den Hilfeangeboten im sozialen, beruflichen, medizinisch-rehabilitativen und psycho-sozialen Bereich vernetzt. Die trägerinterne Kooperation vernetzt und bündelt Ressourcen und intensiviert den fachlichen Austausch.

Die Prozessqualität umfasst alle Entwicklungs-, Planungs-, Durchführungs- und Verbesserungsprozesse sowie die dazugehörigen konkreten Tätigkeiten und Arbeitsschritte. Sämtliche Prozesse orientieren sich an den Kundenanforderungen und einer angemessenen und wirkungsvollen Leistungserbringung. Die Prozesslandschaft und -qualität wird regelmäßig überprüft und einer kontinuierlichen Verbesserung zugeführt. Die Prozesse und die zugehörigen Verfahren unterliegen einer Nachweis- und Dokumentationspflicht.

Unabdingbar für eine effektive Qualitätssicherung und -entwicklung sind die Dokumentation und Evaluierung der Behandlungs- und Betreuungsprozesse. Hierzu werden regelmäßige und dokumentierte Fallberatungen durchgeführt und externe Fallsupervisionen genutzt. Zudem wird seit Januar 2007 ein Manual zur „Zielerreichungsanalyse“ (Pauls & Reicherts 1996) als ein evidentes qualitatives Instrument der empirischen Sozialforschung zur aggregierbaren Evaluation der Behandlungs- und Betreuungsprozesse systematisch genutzt. Die Klientinnen und Klienten partizipieren mit ihrer Zieldefinition und -hierarchie sowie ihrer subjektiven Ergebnisbewertung an der Beurteilung des Zielerreichungsgrades, wobei die Zwischenbewertungen immer auch direkte Auswirkungen auf prospektive Behandlungsschritte und Interventionen haben. Grundsätzlich wird zum Ende eines Behandlungszeitraums ein qualifizierter Abschlussbericht erstellt, in dem die Interventionen und Wirkungen dargelegt und Empfehlungen für Folgemaßnahmen ausgesprochen werden.

14. Kontaktladen „enterprise“

Im Kontaktladen „enterprise“ werden Abhängige und Gefährdete von legalen und illegalen Suchtmitteln, deren Angehörige sowie Menschen in Krisensituationen entsprechend ihrem Hilfebedarf versorgt und/oder an andere Erbringer von Hilfeleistungen vermittelt. Gleichzeitig ist der Kontaktladen eine Anlaufstelle für sozial Isolierte und Menschen mit gering ausgeprägter Tagesstruktur.

Zielgruppe

Den Hauptbestandteil der Zielgruppe des Kontaktladens bilden chronisch mehrfach beeinträchtigte suchtkranke Menschen mit einer charakteristischen Merkmalsausprägung. Der langjährige Suchtmittelmissbrauch wird häufig von psychischen, sozialen und somatischen Störungen begleitet. Ein großer Teil der Besucher sind langzeitarbeitslos und verschuldet.

Arbeitsziele

Unter kritischer Akzeptanz des Konsums zielen alle Hilfen auf die Minimierung der Folgen des Suchtmittelmissbrauchs, wobei die Abstinenz als Zielvorstellung nicht aufgegeben wird. Um Passgenauigkeit und Effizienz der Angebote zu erhöhen findet eine Bündelung und Vernetzung der Ressourcen aller im System der Suchthilfe handelnden Gruppen statt.

Angebote

Neben der professionellen sozialpädagogischen Arbeit bilden Freiwilligenengagement und Selbsthilfeaktivitäten die tragenden Säulen der Arbeit des Kontaktladens an sieben Tagen in der Woche sowie sämtlichen Feiertagen.

Die sozialpädagogische Arbeit konzentriert sich in erster Linie auf die Felder fachlicher Beratung, Vermittlung in andere Hilfsangebote und praktischer Krisenintervention. Eine integrierte Schuldnerberatung trägt dem bereits vorhandenen und stetig wachsenden Bedarf nach qualifizierter und spezialisierter Hilfe Rechnung.

Angebote im Freizeitbereich, der traditionelle Cafébetrieb des Kontaktladens sowie unterstützende Begleitung werden durch gezielte und angeleitete Übertragung von Verantwortung durch Ehrenamt und Selbsthilfe geleistet und sind auch an den Wochenenden nutzbar.

15. Tagesstätten für Suchtkranke

Die Tagesstätten sind alltagsbegleitende, versorgende und tagesstrukturierende Einrichtungen für chronisch mehrfach beeinträchtigte Abhängigkeitskranke, die durch langjährigen Suchtmittelmissbrauch wesentlich in ihren gesundheitlichen Funktionen und sozialen

Fähigkeiten eingeschränkt sind. Die Tagesstätten Hohenschönhausen und Lichtenberg arbeiten kooperativ, seit Oktober 2010 wieder organisatorisch getrennt an zwei Standorten.

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an Frauen und Männer zwischen 18 und 65 Jahren,

- die über eine verringerte Abstinenzmotivation verfügen und deren Krankheitseinsicht wenig differenziert ist, die jedoch ein Problembewusstsein in Bezug auf ihren Konsum von Suchtmitteln entwickelt haben,
- bei denen häufig eine mehrfache Suchtmittelabhängigkeit besteht,
- bei denen somatische, neurologische und kognitive Folgeerkrankungen zu verzeichnen sind,
- deren psychische Stabilität sowie körperliches und geistiges Leistungsvermögen auf Grund von Folge- und Begleiterkrankungen eingeschränkt sind,
- bei denen auch andere psychische Erkrankungen (Doppeldiagnosen) vorliegen können,
- die nicht/kaum über stabile soziale Kontakte zur Herkunftsfamilie bzw. in ihrem Umfeld verfügen und deren Kontaktfähigkeit und Sozialkompetenz eingeschränkt ist,
- die von Obdachlosigkeit und Verwahrlosung bedroht sind bzw. bei denen umfangreiche soziale Probleme zu bewältigen sind.

Arbeitsziele

Die alltagsnahe, lebenspraktische und tagesstrukturierende Betreuung sichert zunächst ein menschenwürdiges Dasein. Darüber hinaus werden eine Einschränkung des Suchtmittelmissbrauches, die Verlängerung der Abstinenzphasen sowie eine Verbesserung des physischen und psychischen Allgemeinzustandes angestrebt.

Durch feste Bezugspunkte im klar strukturierten Tages- und Wochenablauf im geschützten und suchtmittelfreien Rahmen unterstützt die Tagesstätte die Klientinnen und Klienten in einem Lernprozess mit dem Ziel, den Anforderungen des Alltags wieder gerecht zu werden. Die soziale Kontaktfähigkeit wird durch gemeinsame Beschäftigungs- und Freizeitaktivitäten gestärkt. Durch die Zubereitung gemeinsamer Mahlzeiten im Rahmen der Kochgruppe, als eines der hauswirtschaftlich orientierten Tätigkeitsfelder, wird das Bewusstsein für eine gesunde Lebensführung geweckt.

Die Tagesstätten sind bestrebt, den Klientinnen und Klienten vielseitige Möglichkeiten zu eröffnen:

- ihre Belastbarkeit und Fähigkeit zur Problembewältigung wieder zu entdecken und/oder zu verbessern,
- Ängste und Hemmungen abzubauen,
- Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl zu gewinnen,
- Isolation und Beschäftigungs- und Tätigkeitslosigkeit zu überwinden,
- tragfähige zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen,
- positive und realistische Lebensperspektiven zu entwickeln, die ggf. in aufbauende rehabilitative Maßnahmen (z. B. Langzeittherapie, sinnstiftende Tätigkeit, berufliche Rehabilitation, Beschäftigungsverhältnisse) münden,
- Ressourcen und Fähigkeiten wieder zu entdecken.

Angebote und Methoden

Bei den Tagesstätten handelt es sich um ein niedrigschwelliges Angebot mit bedingtem Abstinenzanspruch. Rückfälle führen nicht zur Einstellung der Betreuung. Die Anforderungen an die Klientinnen und Klienten richten sich nach deren Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bedürfnissen in Übereinstimmung mit den Zielen der Betreuung und der Einrichtung.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gestalten gemeinsam mit den Klientinnen und Klienten einen alltagsnahen, abstinenten, klar gegliederten Tages- und Wochenablauf. Schwerpunkte der Betreuung sind ressourcenorientierte Einzel- und Gruppengespräche, Arbeiten im Bereich der Ergo- und Kunsttherapie, sozialarbeiterische Tätigkeiten, Aufgaben in den Bereichen der Selbstversorgung und Haushaltsführung sowie Impulse für eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung.

Einzelgespräche werden den Klientinnen und Klienten regelmäßig angeboten. Im Vordergrund der Gespräche steht die Überprüfung der gemeinsam vereinbarten Zielsetzung. Die Angehörigenarbeit ist notwendig, damit die Klientinnen und Klienten ihre wieder entdeckten und neuen Lösungsansätze auf ihre Lebensrealität übertragen können. Aus diesem Grund werden die Familie und das soziale Umfeld in den therapeutischen Prozess mit einbezogen, wenn alle Beteiligten dies als zieldienlich erachten. Hausbesuche führen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hauptsächlich zum Zwecke der Krisenintervention durch.

Ergänzend wird den Klientinnen und Klienten auch die Möglichkeit geboten, Einzelgespräche mit den Methoden „Reflecting Team“, „Community Reinforcement Approach (CRA)“ und der „Zielerreichungsanalyse“ durchzuführen, um die gemeinschaftlich im Behandlungs- und Rehaplan festgelegten Ziele und Vorgehensweisen zu evaluieren und den erreichten Fortschritten anzupassen.

Die überwiegend kompetenzzentriert angeleiteten ergotherapeutischen Gruppen- und Einzelarbeiten werden nach dem partizipativ festgelegten Wochenplan umgesetzt. Die Einhaltung dieser Strukturen dient der Absicherung kontinuierlicher Arbeitsabläufe zur Verbesserung der Ausdauer bei wachsenden Anforderungen. In den Angeboten der Ergotherapie und kreativen Gestaltung bekommen die Klientinnen und Klienten Anregungen und Anleitung zur Arbeit mit unterschiedlichen Materialien und Techniken. Neben der Erweiterung des Interesses an Formen der Tätigkeit, die auch über die Einrichtung hinaus führen, werden so instrumentelle und kognitive Fähigkeiten trainiert. Wichtige Anliegen in diesen Prozessen sind darüber hinaus die Verbesserung der Kritik- und Konfliktfähigkeit, die Vermittlung einer angemessenen Selbsteinschätzung und eines verbesserten Selbstwertgefühls sowie die Bewusstmachung verschiedener Erlebnisqualitäten. Hinsichtlich der beruflichen Rehabilitation entsteht bei einzelnen Klientinnen und Klienten das Ziel der Verbesserung der Arbeitsfähigkeit, dieses wird durch Arbeitserprobung und Gewöhnung an die allgemeinen Arbeitsanforderungen durch die Ergotherapie gefördert. Das im Rahmen der Ergotherapie angebotene Training von Gedächtnis- und Konzentrationsfähigkeit wird wöchentlich durchgeführt. Alltagspraktische Fähigkeiten der Klientinnen und Klienten werden in den hauswirtschaftlichen Arbeiten innerhalb der Tagesstätten trainiert.

Im Rahmen der Entspannungsgruppen bieten die Tagesstätten progressive Muskelrelaxation nach Jacobson (PMR), autogenes Training zum Erlernen von aktiver Entspannung zur Nutzung im Alltag bei Suchtdruck und Problembewältigung und Fantasiereisen zum Erlernen von eigenen, selbstwirksam aktivierbaren Ressourcen und Entdeckung neuer Möglichkeiten zur Veränderung der Selbstwahrnehmung.

Ein wichtiges Lernfeld ist der Bereich der Freizeitgestaltung ohne Suchtmittel. Durch Spaziergänge in der näheren Umgebung, Ausflüge, Karten- und Gesellschaftsspiele und sportliche Ertüchtigung sollen den Klientinnen und Klienten Anregungen hierzu vermittelt werden. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung wie die verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind wichtige Bausteine für die Gestaltung eines abstinenten Alltages. Darüber hinaus werden in der Vorbereitung und Durchführung im Gruppensetting soziale Kompetenzen trainiert; gezieltes soziales Kompetenztraining wird im Rahmen von Einzelgesprächen und Kleingruppen angeboten.

Um die Fähigkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Sozialkompetenzen und soziales Vertrauen zu fördern und zu stärken, werden die Klientinnen und Klienten aktiv an den Entscheidungsprozessen im Rahmen von Gruppengesprächen und Vollversammlungen beteiligt. Die Klientinnen und Klienten übernehmen die Verantwortung für Teilbereiche des Tagesstättenalltags.

Sucht ist geschlechtsneutral, Suchtkranke sind es nicht. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, bieten die Tagesstätten zusätzliche geschlechtsspezifische Angebote in Form von Gesprächs-, Aktivitäten- und Sportgruppen an.

Um die Nachhaltigkeit zu unterstützen, bieten die Tagesstätten eine regelmäßige Ehemaligengruppe mit partizipativem Ansatz an, welche die selbstorganisierenden Fähigkeiten der ehemaligen Klientinnen und Klienten festigt und Selbsthilfemaßnahmen fördert. Die Tagesstätten unterstützen, auch in personeller Kooperation, das Engagement Freiwilliger im Verein Kellerkinder e.V.

Seit Oktober 2010 kooperieren die Tagesstätten im Bereich der Suchttherapie personell mit dem evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH), mit dem Ziel die klientenorientierte Zusammenarbeit zwischen der ambulanten und stationären Suchthilfe insbesondere bzgl. der Hilfeplanung und Nachhaltigkeit zu optimieren.

Ausblick für das Jahr 2012

Die inhaltliche Kooperation mit dem Versorgungskrankenhaus KEH wird durch das Selbstmanagementtraining erweitert, um die Behandlungskontinuität sicherzustellen. Ab März 2012 werden in der Tagesstätte Hohenschönhausen psychotherapeutische Leistungen für Klientinnen und Klienten angeboten, die die Voraussetzungen einer ambulanten Psychotherapie nicht erfüllen.

Im Rahmen der Entspannungsgruppen wird, nach einer gemeinsamen Fortbildung mit dem Versorgungskrankenhaus KEH, ab voraussichtlich Herbst 2012 zusätzlich Ohrakupunktur nach dem NADA-Konzept angeboten.

16. Therapeutische Wohngemeinschaft „Arche“ Sozialtherapeutisches Wohnen für mehrfach beeinträchtigte chronisch alkoholkranke Menschen

Zielgruppe

In der Therapeutischen Wohngemeinschaft (TWG) „Arche“ werden alkoholabhängige Frauen und Männer über einen Zeitraum von bis zu dreieinhalb Jahren individuell, suchtspezifisch und zielorientiert betreut. Voraussetzung für eine Aufnahme ist das Vorliegen einer glaubhaften Motivation zu einer abstinenten Lebensführung sowie die Bereitschaft als auch Fähigkeit, die angebotenen Hilfestellungen anzunehmen. Obwohl der Schwerpunkt der Arbeit auf einer therapeutischen Auseinandersetzung mit der bestehenden Alkoholabhängigkeit liegt, haben die Entwicklungen der Klienten- und Klientinnenstruktur in den letzten Jahren kontinuierlich steigend, gezeigt, dass auch so genannte „Mischkonsumentinnen/Mischkonsumenten“ und Klientinnen/Klienten mit zusätzlicher psychischer Erkrankung einen größer werdenden Anteil der Zielgruppe bilden. Jede Neuaufnahme findet in Abstimmung mit dem Fallmanagement der Sozialämter und dem Sozialpsychiatrischen Dienst statt und beinhaltet die Erstellung eines individuellen Behandlungs- und Rehabilitationsplans für die Klientinnen und Klienten.

Durch die überbezirkliche Bekanntheit der Einrichtung sind im letzten Jahr die Hälfte aller Neueinzüge außerhalb Lichtenberg-Hohenschönhausen gekommen. Alle neuen Klientinnen und Klienten, bis auf einen Selbstmelder, sind direkt von verschiedenen Rehabilitationskliniken, Wohnprojekten oder Tageskliniken aus dem psychiatrischen Versorgungssystem an die TWG vermittelt und auch aufgenommen worden. Durch die langjährigen und stabilen Kooperationsbeziehungen zwischen der TWG und verschiedenen Rehabilitationseinrichtungen werden mehr vermittelt als aufgenommen werden können.

Zum ersten Mal wurde ein junger Mann (31 J.) mit einer Krebserkrankung im Endstadium aufgenommen. Er verstarb nach vier Monaten TWG-Zeit. Kurz nach seinem Einzug wurde klar, dass die Betreuung hauptsächlich in der Sterbebegleitung lag. Die TWG war im Berichtszeitraum durchgängig belegt. In der Angebotspalette hat sich die Reittherapie bewährt und ist zum festen Bestandteil geworden.

Die bereits etablierte Form des betreuten Außenwohnens für ausgewählte Klientinnen und Klienten wurde durch das neue eigenständige Projekt „Sozialtherapeutisches Dauerwohnen“ (SDW) ersetzt. Am 01. Oktober 2011 sind die ersten zwei Klientinnen/Klienten in das SDW eingezogen. Die insgesamt acht Plätze sind inzwischen mit ehemaligen TWG Bewohner/-innen belegt. Alle Bewohner/-innen des SDW haben zuvor in der TWG Arche an Selbständigkeit und Stabilität gewonnen. Die offene Angebotsstruktur des neuen Projektes „Sozialtherapeutisches Dauerwohnen“ trägt dieser Entwicklung Rechnung.

Arbeitsziele

Die nachhaltige Befähigung der Klientinnen und Klienten zu einem selbstständigen und eigenverantwortlich geführtem Leben auf der Grundlage einer stabilen Abstinenz ist übergreifendes Ziel der geleisteten Arbeit. Unter Beachtung des individuellen Potenzials werden verschüttete Ressourcen freigelegt und neue entwickelt. Die Anzahl der Vermittlungen in verschiedene Beschäftigungsangebote stieg, auch durch die Zuverdienstmöglichkeit im neu eröffneten Sewan-Kaufhaus des Geschäftsbereiches an.

Angebote und Methoden

- individuelle Betreuung durch Bezugsbetreuer/-in,
- therapeutische Einzelgespräche,
- klienten- und geschlechtsspezifische Gesprächsgruppen,
- Hilfe bei Behördenangelegenheiten,
- Unterstützung in Finanz- und Schuldenangelegenheiten,
- tagesstrukturierende Angebote,
- Ergotherapie,
- projektübergreifendes Internetcafé, Durchführung von Computerkursen,
- angeleitetes Fitness- und Entspannungstraining,
- reittherapeutische Interventionen,
- Hilfe bei der Wohnungssuche.

Suchthilfeverbund Friedrichshain

17. Suchtberatung Friedrichshain

Die Beratungsstelle für alkohol- und medikamentenabhängige Menschen ist fester Bestandteil des regionalen psychiatrischen Pflichtversorgungssystems und Baustein des Gesamtsystems der Suchtkrankenhilfe. Sie hat die regionale Verpflichtung für die ambulante Grundversorgung von Menschen mit Alkohol- und Medikamentenproblemen und deren Angehörigen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Friedrichshain, übernommen.

Die Aufgabenstellung umfasst die Information, Beratung, Behandlung und Betreuung von Menschen mit Alkohol- bzw. Medikamentenproblemen (Gefährdung, schädlicher Gebrauch, Abhängigkeit) und deren Bezugspersonen (Angehörige, Freunde, Kollegen). Menschen mit anderen Suchtproblemen werden im Rahmen der Möglichkeiten der Einrichtung ggf. ebenfalls beraten oder weitervermittelt.

Beratung und Betreuung setzen keine Abstinenz voraus. Eine tragfähige Arbeitsbeziehung ermöglicht, je nach individueller Situation und nach jeweiligem Motivationsstadium, einen Prozess in Gang zu setzen, der die Auseinandersetzung mit dem Suchtverhalten bzw. der eigenen Abhängigkeit fördert und Chancen zur Veränderung bietet. Maßnahmen werden gemeinsam mit der oder dem Betroffenen geplant. Im Zentrum der Bemühungen steht die Sicherung bzw. Verbesserung der sozialen, gesundheitlichen und psychischen Situation der Klientin oder des Klienten.

Im Rahmen einer Behandlung ist das übergeordnete Ziel eine zufriedene, selbstbestimmte, abstinente Lebensweise sowie die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit.

Angebote

- Information und Beratung,
- ambulante Behandlung (Entgiftung, Entwöhnung, Nachsorge),
- Krisenintervention,
- langfristige Begleitung und Betreuung,
- fachgerechte Vermittlung, z. B. in Entgiftung, Entwöhnung, Betreutes Einzelwohnen, therapeutische Wohngemeinschaft, Tagesstätte, zu niedergelassenen Ärzten, Selbsthilfegruppen,
- Beratung, Vermittlung und Unterstützung bei Regelung von sozialen Problemen,
- Gruppenangebote, z. B. Tägliche Gruppe, Informationsseminar, Entwöhnung, Nachsorge,
- Beratung von Angehörigen, Freunden und Kollegen,
- aufsuchende Beratungsarbeit in Einzelfällen,
- Programm „Break“: Frühinterventionsprogramm für Jugendliche und junge Erwachsene mit einem riskanten Alkoholkonsum.

Entwicklung im letzten Jahr

Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle ist jährlichen Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2011 erhöhte sich die Gesamtzahl ratsuchender Personen auf 515 im Vergleich zu 487 im Jahr 2010. Bei 54 Personen handelte es sich um Angehörige oder andere Bezugspersonen. Die folgenden Zahlen beziehen sich auf 461 selbst betroffene Klientinnen und Klienten: Bei ca. 75 % der Ratsuchenden handelte es sich um Männer, der Frauenanteil betrug ca. 25 %, etwa 50 % waren arbeitslos. Als Suchtmittel stand bei den meisten Ratsuchenden der Alkohol im Vordergrund, Menschen mit Medikamentenabhängigkeit wenden sich eher selten an die Beratungsstelle. Zusätzlich zur Alkoholproblematik besteht bei vielen Klientinnen und Klienten eine weitere Problematik, z. B. im Bereich Drogen, Verhaltenssüchte, psychische Erkrankung.

Die Beratungsstelle war gut ausgelastet. Die Vermittlung von Klientinnen und Klienten durch die Kooperationspartner JobCenter und Versorgungskrankenhaus ist für alle Suchtberatungsstellen im Bezirk nach wie vor eher selten. Mit dem Thema Kindeswohl/Kinderschutz bzw. Unterstützung für Familien mit Suchtproblemen hat sich die Beratungsstelle weiterhin auseinander gesetzt. Die Beratungsstelle beteiligte sich an der Erarbeitung der bezirklichen Vereinbarung „Kinderschutz und Sucht“.

18. Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg

Das Betreute Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg (BEW-FK) besteht seit dem Jahr 1997 als niedrigschwelliges Betreuungsangebot für die Region Friedrichshain/Kreuzberg. Es bildet einen wichtigen Baustein innerhalb der regionalen Suchtkrankenhilfe. Die niedrigschwelligen konzeptionellen Betreuungsvoraussetzungen sollen gerade schwer erkrankten bzw. beeinträchtigten Klientinnen und Klienten einen Zugang zum Suchthilfesystem ermöglichen.

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an chronisch mehrfach beeinträchtigte alkohol- bzw. mehrfachabhängige Menschen, die unter ihrem Suchtmittelkonsum/Suchtverhalten leiden und bezüglich ihrer Lebenssituation eine Veränderungsbereitschaft erkennen lassen. Es werden ebenfalls Menschen betreut, die neben Alkohol weitere Suchtmittel konsumieren, unter einer stoffungebundenen Sucht leiden oder andere psychische Erkrankungen aufweisen (Doppel- bzw. Mehrfachdiagnosen). Abstinenz und Abstinenzabsichten sind Betreuungsziele, jedoch keine Aufnahmebedingungen.

Leistungsinhalte

- intensive Einzelbetreuung hauptsächlich aufsuchend im eigenen Wohnraum (auch Pensionen und Wohnheime),
- Sicherung des Überlebens,
- Hilfe bei der Einrichtung einer kontinuierlichen medizinischen Versorgung und hauswirtschaftlichen Fürsorge,
- Erhalt des Wohnraums,
- Koordination aller Hilfen,
- Begleitung zu und Unterstützung bei Ärzten und Behörden,
- regelmäßige Einzelgespräche entsprechend dem individuellen Bedarf,
- intensive Bearbeitung der Suchtproblematik,
- Freizeit- und Gruppenangebote,
- Anleitung zur Selbsthilfe.

Ziele

Grundlage jeglicher Zielerreichung ist der Aufbau einer tragfähigen Betreuer-Klienten/-Klientinnen-Beziehung, ohne die keine wirksamen Interventionen erfolgen können. Im Vordergrund stehen zunächst oft die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens und eine Verbesserung der aktuellen Lebenssituation. Unter Berücksichtigung des bio-psycho-sozialen Ansatzes geht es um die Erlangung einer möglichst eigenständigen, zufriedenen und weitestgehend abstinenten Lebensführung unter Beachtung der individuellen Fähigkeiten und Ressourcen. In individuellem Training abstinenter Lebensweisen und alternativer Verhaltensweisen, durch Erarbeitung von Rückfallprophylaxestrategien und die Aktivierung verloren gegangener Fähigkeiten sowie die Mobilisierung von vorhandenen Ressourcen soll eine weitestgehende Stabilisierung für den Einzelnen erreicht werden. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Klientel weisen die Betreuungsinhalte eine hohe Spannbreite auf.

Das Jahr 2011 in der Zusammenfassung

Das Projekt war im Jahr 2011 durchgängig voll belegt und konnte alle Klientinnen und Klienten, die eine Aufnahme anstrebten, auch versorgen. Aufgrund deutlich höherer Nachfrage wurde im November 2011 die Personalkapazität um eine halbe Vollzeitstelle erhöht und eine Einstellung vorgenommen. Die Platzzahl wurde von 19 auf 25 Personen erhöht.

Die Klientinnen und Klienten weisen insgesamt, wie bereits in der Vergangenheit beschrieben, vermehrt allgemeinpsychiatrische Diagnosen und schwere Persönlichkeitsstörungen auf. Von den im Jahr 2011 betreuten insgesamt 38 Klientinnen und Klienten hatten 21 eine psychiatrische Diagnose. Im Einzelnen wurde diagnostiziert: elf Klientinnen und Klienten mit Depressionen, zwei mit Schizophrenie, vier mit Angststörungen (zwei generalisiert), eine Zwangsstörung, zwei mit ungeklärten psychotischen Episoden, vier mit Persönlichkeitsstörungen und eine mit Anorexie (vier Klientinnen/Klienten mit Doppeldiagnosen).

Die aus dem BEW-FK heraus entwickelte Kampagne „Nüchtern Betrachtet“ wird weiter durch aktive Mitarbeit unterstützt. Die Aktionen für das Jahr 2012 wurden vorbereitet. Die Kampagne ist inzwischen ein fester Bestandteil der Berliner Suchtpräventionsaktivitäten. Auf den Seiten des eigenen Internetauftritts stehen weitere konkrete Informationen zur Verfügung.

Die Mitarbeiter/-innen des BEW-FK engagieren sich aktiv für eine weitere Entwicklung der Zusammenarbeit innerhalb der Region Friedrichshain. Neben der Teilnahme an den regelmäßigen Regionaltreffen und Kooperationsgruppen, wurden konkrete Schritte unternommen, um den Einsatz von Personalkapazitäten entsprechend der Auslastung zu optimieren und allen Bewerberinnen und Bewerbern eine schnelle Aufnahme zu ermöglichen.

Im Jahr 2011 gab es weitere Anfragen auf einen Wohnplatz im BEW-FK. Eine Entscheidung für oder gegen Trägerwohnungen ist noch nicht gefallen. Die Anmietung in Friedrichshain würde sich aufgrund der Wohnungsmarktlage sicher schwierig gestalten.

Kooperation

Das BEW-FK ist in allen relevanten bezirklichen Gremien vertreten. Bei der Bearbeitung aktuell relevanter Fragestellungen im psychosozialen Bereich wird eine aktive Mitgestaltung durch die Teilnahme an Vorbereitungs- und Arbeitsgruppen gewährleistet. Die Kooperation mit ambulanten Pflegediensten ist klientenbezogen weiterhin von Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit dem Bezugskrankenhaus Vivantes Klinikum am Urban befindet sich weiterhin auf einem guten Niveau. Die Region Friedrichshain stellt sich wöchentlich auf der Entzugsstation vor; jedes der regionalen Projekte übernimmt diese Aufgabe im Vier-Wochen-Rhythmus.

Ausblick für die Jahre 2012/2013

Ein Ziel ist die weitere Analyse der Möglichkeiten von Zusammenarbeit und Zusammenwirken innerhalb der Region. Sobald die Belegungssituation es erfordert, soll die Betreuung von BEW-Klientinnen und Klienten durch eine/n Mitarbeiter/-in der Tagesstätte erprobt werden. Die Anmietung von Wohnraum durch den Träger wird weiter diskutiert und die Möglichkeit der Umsetzung erörtert.

Vor dem Hintergrund immer höherer Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe und der damit verbundenen zunehmenden Zurückhaltung der Kostenträger bei der Bemessung des Hilfebedarfs, ist es Anliegen des BEW-FK, dem Leistungsträger die Maßnahme BEW umfassend nahe zu bringen. Dabei soll die Bedeutung dieses Leistungstyps für suchtkranke Menschen herausgearbeitet und verdeutlicht werden. Es geht dabei um eine Intensivierung der Kooperation und Kommunikation mit dem Kostenträger und den begutachtenden sozialpsychiatrischen Diensten.

19. Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain

Die Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain betreut suchtkranke Menschen, z. T. mit Mehrfachschädigungen, bei denen andere Maßnahmen bisher erfolglos blieben bzw. mit höherschwelligen Angeboten überfordert sind.

Charakterisierend für die Zielgruppe sind:

- chronifizierte Suchterkrankung,
- eine Verharmlosung der Suchtmittelabhängigkeit,
- geringe Abstinenzmotivation,
- kaum oder keine sozialen Kontakte außerhalb des Trinkermilieus,
- langjährige Arbeitslosigkeit,
- fehlende Lebensperspektiven, fehlende Tagesstruktur,
- Leben in Armut,
- psychische und physische Folgeerkrankungen,
- Probleme bei Haushaltsführung und Körperpflege,
- häufig Verwahrlosungstendenzen,
- Probleme mit Behörden und Ämtern,
- finanzielle Schwierigkeiten, teilweise hohe finanzielle Verbindlichkeiten.

Vereinzelt wurden auch Besucher/-innen vermittelt, bei denen eine konzentrierte Abklärung und Vorbereitung auf weiterführende Angebote erfolgen sollte.

Aufgaben der Betreuung

Durch den Besuch der Tagesstätte sollen die Betroffenen ohne Abstinenzanspruch in das soziale Hilfesystem eingebunden und in der Führung einer menschenwürdigen Existenz unterstützt werden. Langfristig soll möglichst eine Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben erfolgen. Ist dies im Einzelfall nicht möglich, soll zumindest einer Verschlechterung der gegenwärtigen Situation entgegengewirkt werden.

Durch die Tages- und Wochenstrukturierung werden den Besucherinnen und Besuchern Alternativen zu ihren bisherigen Lebensweisen aufgezeigt und erprobt. Die Möglichkeit zu sozialen Kontakten im pädagogischen Umfeld kann eine Loslösung aus dem Trinkermilieu bedeuten. Grundlegende Fähigkeiten werden durch die unterschiedlichen Angebote gefördert und durch Erfolgserlebnisse bei den täglichen Anforderungen wird die Selbstwahrnehmung positiv beeinflusst.

Die Auseinandersetzung mit dem Suchtverhalten erfolgt individuell nach Bedarf. Der Gruppenzusammenhalt bietet Unterstützung in kritischen Phasen, soziotherapeutische Gespräche decken bisherige Mechanismen in der Lebensführung und Trinkmuster auf.

Angebote

Die Betreuung erfolgt nach einem festen Tages- bzw. Wochenplan. Neben den verpflichtenden Rahmenangeboten besteht für die Besucher/-innen nach persönlichem Interesse die Möglichkeit, zusätzliche Kurs- und Gruppenangebote wahrzunehmen. Die regelmäßige Wiederholung aller Abläufe bietet den Klientinnen und Klienten einerseits Sicherheit vor „unangenehmen Überraschungen“, anderseits die Basis, sich auch auf Neues einzulassen mit dem Wissen einer zeitlichen Begrenzung. Die Angebote stärken die Ressourcen der Klientinnen und Klienten, decken Defizite auf und vermitteln neue Kenntnisse und Fertigkeiten.

Die Zielsetzung wird individuell gemeinsam festgelegt und der Weg durch die Entwicklungsfähigkeit vorgegeben. Den Besucherinnen und Besuchern werden so wenig wie möglich Hilfestellungen geboten, um ihre eigenen Kompetenzen nicht zu schwächen und eine Erweiterung der persönlichen Fähigkeiten zu fördern.

Die Palette des Angebots beinhaltet grundlegende Anforderungen des täglichen Lebens (Körperpflege, Haushaltsführung, Selbstversorgung), ergotherapeutische Maßnahmen, flankierende Lernprozesse zur Verselbständigung (Erledigung behördlicher Angelegenheiten/Schriftverkehr) sowie zusätzlich kompetenzerweiternde Aufgaben (Gedächtnis- und Konzentrationstraining, Entspannungstraining, Kochkurs). Die sozialen Kompetenzen werden durch die Gruppensituation der Einrichtung (tägliche Morgengruppe, themenzentrierte Gesprächsgruppe, gemeinsame Mahlzeiten) sowie gemeinsam geplante Freizeitaktivitäten erweitert. Durch den Aufbau eines selbstzufriedenen Lebens vermittelt die Einrichtung den Besucherinnen und Besuchern eine sinnvolle Alternative zum bisherigen, durch Alkoholabusus geprägten Alltag.

Der Betreuungsbedarf der einzelnen ist unterschiedlich hoch: Einige der Besucher/-innen benötigen z. B. bei behördlichen Angelegenheiten oder Schuldenregulierung nur unterstützende Gespräche zur Absicherung des weiteren Vorgehens, während andere Klientinnen und Klienten Beratung und Motivation schon bei alltäglichen Anforderungen (Körperpflege, Haushaltsreinigung) benötigen.

Vernetzung und Kooperationspartner

Die Einrichtung nimmt an allen fachspezifischen Gremien des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg und geschäftsbereichsinternen Runden teil. Die Tagesstätte ist über gezielte Informationskampagnen im Bezirk sehr gut bekannt. Die Kooperation in der vernetzen Struktur der Suchtkrankenhilfe im Bezirk verläuft positiv und wird weiter ausgebaut.

20. Wohngemeinschaft „Übernberg“ Wohnen für suchtkranke Männer in Friedrichshain-Kreuzberg

Allgemeine Projektinformationen

Die Therapeutische Wohngemeinschaft „Übernberg“ (TWG) wendet sich an alkohol- und medikamentenabhängige Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren, die den Willen haben, abstinent und suchtmittelfrei zu leben. Therapieziele sind die Aufarbeitung der

Alkoholproblematik, die Stabilisierung einer abstinenten Lebensweise und die soziale Reintegration in die Gesellschaft und die Arbeitswelt. Die TWG ist fester Bestandteil der Pflichtversorgung für Friedrichshain-Kreuzberg und darf in Berlin bezirksübergreifend Klientinnen und Klienten aufnehmen. Aufnahmen aus dem Bundesgebiet sind bei ausdrücklicher Kostenübernahme des jeweiligen Bundeslandes möglich. Die TWG bietet einen abstinenten Lebensraum für Männer an und arbeitet orientiert am Krankheitsbild mit Rückfällen.

Arbeitsschwerpunkte:

- Auseinandersetzung mit der Lebensrealität,
- Reflektion über suchtbezogene Verhaltensmuster,
- Förderung sozialer Kontakte und Beziehungsfähigkeit,
- Entwicklung neuer Handlungsstrategien für die Bewältigung persönlicher Krisen und Konflikte (Rückfallprophylaxe),
- soziale Reintegration (Familie, Partnerschaft, Freundschaften, Arbeit),
- geschlechtsspezifische Reflektion des Krankheitsbildes.

Methoden und Vorgehensweisen:

- personenbezogene Hilfeplanung,
- Gruppen- und Einzelgespräche,
- sozialarbeiterische und sozialpädagogische Unterstützung,
- Soziotherapie,
- Vermittlung in Selbsthilfegruppen,
- Freizeitangebote, Tagesausflüge und Gruppenreisen,
- 24-stündige Rufbereitschaft,
- Angehörigenarbeit,
- Nachsorge im Rahmen des Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets (Gruppen- und Einzelgespräche, sozialarbeiterische Betreuung),
- Ehemaligentreffen,
- Arbeit mit Rückfällen.

Im Rahmen der geschlechtergerechten Reflektion in der Suchtarbeit mit Männern werden bisher folgende Themenschwerpunkte in den Gruppen- und Einzelgesprächen regelmäßig angeboten:

- Männer und Beziehungen,
- Der berauschte Mann/Männerbilder in der Sucht,
- Männer und Gefühle,
- Männer und Gewalterleben,
- Männer und Arbeit,
- Männer als Väter.

Das Themenspektrum mit dem Schwerpunkt „Männer und Sucht“ wird aufgrund der ständigen Reflektion permanent erweitert.

Statistische Angaben

Die Mitarbeiterzahl blieb im Jahr 2011 konstant bei vier Mitarbeitenden und einer Verwaltungsangestellten mit sechs Stunden/Woche. Das Team ist gemischtgeschlechtlich und geschlechtsparitätisch besetzt.

Es kann allen Klientinnen und Klienten nach Auszug aus der Therapeutischen Wohngemeinschaft die Nachsorge im Rahmen des Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets (TPB) angeboten werden. Die Nachsorge beinhaltet die Teilnahme an Gruppentherapien und Einzelgesprächen nach Bedarf, sozialarbeiterische Unterstützung, Nutzung der Rufbereitschaft und Teilnahme an Gruppenaktivitäten. Im Jahr 2011 hat ein Klient die Nachsorge für ein halbes Jahr in Anspruch genommen und für die Abstinenzsicherung nutzen können.

Die Ehemaligentreffen wurden dreimal durchgeführt und finden weiterhin regelmäßig statt.

Auch im Jahr 2011 fand eine Gruppenreise nach Usedom statt.

Im Rahmen von zwei Teamtagen haben alle Mitarbeiter/-innen an der Auditvorbereitung und den wertschöpfenden Prozessen gearbeitet. Die Mitarbeiter/-innen bilden sich fort (Männergesundheit, Glücksspiel- und Onlinesucht, Burn on statt Burn Out, Alternativen zur Psychiatrie und Ersthelferkurs), besuchen monatlich einmal die Supervision und hospitieren interessengeleitet im Sinne guter Kooperation in anderen Projekten des Geschäftsbereiches.

Im Sinne einer weiteren Vernetzung nahmen jeweils ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin an einer Arbeitsgemeinschaft (Neue Klientenstruktur und Gender) teil. Die externe Kooperation wurde durch die Projektvorstellung im St. Joseph Krankenhaus erweitert.

Aussichten für das Jahr 2012

Das Team der TWG wird auch im kommenden Jahr zielstrebig die Akquirierung von Klientinnen und Klienten als oberste Priorität ansehen, um die planmäßige Budgetauslastung zu gewährleisten. Dafür wird die Projektvorstellung auch regelmäßig im DRK Krankenhaus im Wedding durchgeführt und ist auch im Krisenhaus der Caritas geplant. Weiterhin ist es das Ziel, allen Klientinnen und Klienten die Nachsorge im Rahmen des TPB anzubieten.

Um den Wünschen der Klienten und den Ansprüchen der Mitarbeiter/-innen gerecht zu werden, wird es weiterhin beständig eine Analyse der Arbeit in der Therapeutischen Wohngemeinschaft unter dem Aspekt der geschlechtergerechten Suchtarbeit für Männer geben.

Die Ehemaligentreffen werden weiterhin in Zusammenarbeit mit den Klientinnen und Klienten vierteljährlich veranstaltet.

Region Treptow-Köpenick

Umgeben von historischer Industriearchitektur, sanierten Wohnbauten und in unmittelbarer Nachbarschaft zur neu angesiedelten Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Campus Oberschöneweide, befinden sich - seit 16 Jahren - an den Standorten Wilhelminenhofstr. 11, 64A und 68 die Projekte „Treffpunkt und Haus Strohhalm“ des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte.

Als niedrigschwelliger Einstieg in das Wohnungslosen- und Suchthilfesystem können hier Bedürftige miteinander in Kontakt kommen, fachliche Beratung in Anspruch nehmen sowie untergebracht und betreut werden.

21. Haus Strohhalm – Sozialtherapeutisches Wohnen in Treptow-Köpenick

Die Klientinnen und Klienten

Das „Haus Strohhalm”, ein stationäres Unterbringungsangebot für Wohnungslose im Bezirk Treptow-Köpenick, bietet insgesamt 51 Betreuungsplätze für allein lebende, zumeist suchtmittelabhängige Hilfesuchende über 18 Jahre, aber auch für Familien an.

Die Zuweisung der Klientel erfolgt über die Fachabteilungen der Wohnungslosenhilfe der jeweils zuständigen Berliner Sozialämter. Im Berichtsjahr 2011 wurden insgesamt 75 Männer und 20 Frauen betreut; die Kostenübernahme erfolgte zumeist durch die JobCenter, da 90 % der betreuten Klientel als erwerbsfähig galt.

Entsprechend der fachlichen Konzeption erfolgte die Unterbringung und „Rund-um-die-Uhr“ - Betreuung auf drei verschiedenen Etagen des Haupthauses und in zwei Außenstellen: Auf der I. Wohnetage wurden 14 überwiegend chronisch alkoholkranke, aber auch drogenabhängige Klienten betreut, die zum Teil auch eine „Doppel- bzw. Dreifachdiagnose“ aufwiesen. Auf der II. Wohnetage, die über 14 Betreuungsplätze verfügt, wurden Klientinnen und Klienten mit einem schädlichen Missbrauchsverhalten gegenüber Alkohol oder anderen Suchtmitteln

aufgenommen. Auf der III. Wohnetage stand für jeweils sieben abstinent lebende Klientinnen und Klienten ein ihren Bedarfslagen entsprechender Wohnplatz zur Verfügung.

Weitere sieben, zumeist ältere Wohnungslose, die als sog. „Beheimatungsfälle“ charakterisiert werden, lebten in der „Außenstelle 1“, die einen WG-Charakter hat. Ganzjährig bewohnten neun Klientinnen und Klienten - zumeist Familien - die zweite Außenstelle, die aus zwei kleinen Wohngemeinschaften besteht.

Das Personal

Den Bewohnerinnen und Bewohnern steht wochentags von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr und samstags von 6.00 Uhr bis 14.00 Uhr durchgängig Fachpersonal zur Seite. In der Einrichtung arbeiten zwei Sozialarbeiterinnen und ein Sozialarbeiter, eine Erzieherin und ein Sozialbetreuer.

In den Nachtstunden und in der verbleibenden Zeit am Wochenende sind Studenten und Studentinnen, die vorwiegend in den Fächern Sozialpädagogik und Sozialarbeit studieren, betreuend tätig.

Im Berichtsjahr unterstützten drei ehrenamtlich Tätige die Einrichtung; sie begleiteten persönlich die Klientinnen und Klienten zu Ämtern und Behörden, waren aktiv in einer Kreativgruppe tätig bzw. halfen in haustechnischen Angelegenheiten.

Die Angebote

Zur existenzsichernden Grundversorgung gehören:

- die Unterbringung in vollständig ausgestatteten und modern eingerichteten Ein- bzw. Mehrbettzimmern als alkohol- und drogenfreier Lebensraum,
- die Sicherung des Lebensunterhalts durch Hilfen bei der Antragstellung und beim Umgang mit den eigenen finanziellen Mitteln,
- die Anleitung und Begleitung in allen lebenspraktischen Angelegenheiten, auch mit Hilfe eines ehrenamtlich Tätigen,
- die Krisenintervention sowie
- die Vermittlung zu externen Fachstellen.

Während der Aufnahmephase wird für jeden Bewohner bzw. jede Bewohnerin zuerst eine Sozialanamnese und nach vier Wochen gemeinsam der erste Hilfeplan erstellt.

Alle Klientinnen und Klienten werden in der Folge mit den täglich bzw. wöchentlich wiederkehrenden, sozialtherapeutischen Angeboten vertraut gemacht.

Diese sind

- festterminisierte Einzelgespräche mit den Schwerpunkten „Sucht“ und „Wohnungslosigkeit“,
- Kreativ- und Aktivangebote (Sport und Bewegung, Spiel und Gedächtnistraining, Gestalten von Materialien) sowie
- das Therapiehund-Projekt.

Für die monatlich stattfindenden Etagen- bzw. WG-Versammlungen besteht eine Teilnahmeverpflichtung für alle Klientinnen und Klienten.

Die Gruppenfahrt an die Ostsee war wiederum ein Höhepunkt im Jahresgeschehen.

Die Ergebnisse

Für das Berichtsjahr 2011 kann eingeschätzt werden, dass nur neun Bewohnerinnen und Bewohnern die Wiederanmietung einer Wohnung gelang; weitere sieben Klienten konnten in eine andere, höherschwellige Betreuungsform nach § 67 bzw. § 53 SGB XII vermittelt werden.

Insgesamt nimmt die Verweildauer der Klientel seit zwei Jahren progressiv zu, da der Wohnungsmarkt für Haushaltsgrößen mit ein bis zwei Personen im niedrigen Preissegment sowie für Bewerberinnen und Bewerber mit Miethemmnissen, wie z. B. einer negativen Schufa-Auskunft, vorhandenen Mietschulden, dem Bezug von Arbeitslosengeld II sowie einer häufig mangelnden kommunikativen Kompetenz, als äußerst angespannt bezeichnet werden kann.

Der Anteil der Klientinnen und Klienten mit zeitweilig häuslichem Pflegebedarf nahm auffallend zu.

Die vorgehaltenen sozialtherapeutischen Angebote waren fester Bestandteil des Projektalltags; sie unterlagen hinsichtlich ihrer Wirkungen fortwährend einer ständigen Überprüfung und Verbesserung.

Das Projekt war im Hinblick auf die Belegung ganzjährig sehr gut ausgelastet.

Der Ausblick

Aufgrund personeller Veränderungen wird die fachliche Zusammenarbeit mit dem „Treffpunkt Strohhalm“ einen hohen Stellenwert haben.

Am Einrichtungsobjekt sind grundlegende Sanierungsarbeiten vorgesehen, die zu einer Verbesserung des Wohnklimas und zu einer Minimierung der Energieausgaben führen sollen.

22. „Treffpunkt Strohhalm“

Als Begegnungs- und Beratungsstätte für von Armut, Arbeitslosigkeit, Sucht und Wohnungslosigkeit bedrohte bzw. betroffene Menschen bietet das Projekt einen niedrigschwelligen Einstieg in das staatliche Hilfesystem nach SGB II und XII und fördert durch verschiedene Gruppen- und Freizeitangebote gezielt den Selbsthilfegedanken.

Der Auftrag

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin finanzierte im Berichtsjahr 2011 den „Treffpunkt Strohhalm“ über Zuwendung des Landes Berlin.

Ziel war es einerseits akute, die Existenz bedrohende, Notlagen der Hilfesuchenden direkt zu lindern und andererseits Hilfen, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation abzielen, zu organisieren.

Die Angebote

Zur den Basisangeboten für die Hilfebedürftigen gehörten:

- Krisen- bzw. Beratungsgespräche mit fachkompetenten Mitarbeiter/-innen,
- Essenversorgung über die Suppenküche,
- Kleiderkammernutzung,
- Duschmöglichkeit.

Zusätzlich gab es Beschäftigungsangebote für 13 Teilnehmer/-innen, die jeweils im Rahmen einer „Maßnahme mit Mehraufwandsentschädigung“ bzw. als „Bürgerarbeit“ über das JobCenter Treptow-Köpenick gefördert wurden.

Vielfältige Unterstützung erhielt das Projekt durch ehrenamtlich Tätige.

Menschen, denen über die Staatsanwaltschaft die Abarbeitung einer Geldstrafe gestattet wurde, stand mit dem „Treffpunkt Strohhalm“ eine Einsatzstelle für die Ableistung von „Freie(r) Tätigkeit“ zur Verfügung.

Die Förderung der Selbsthilfe und die Unterstützung von selbst initiierten Freizeitangeboten trug sinnvoll zur Ergänzung der Angebotsvielfalt bei.

In den Wintermonaten von November bis März konnten - wie schon in den Jahren zuvor - zehn Wohnungslose im Rahmen der Winterkältehilfe eine menschenwürdige Übernachtung, die gleichzeitig ein warmes Essen und die Möglichkeit der sozialen Beratung bot, in Anspruch nehmen.

Das Personal

Im Berichtsjahr waren ein Sozialarbeiter, eine Sozialberaterin sowie ein Küchenleiter als angestellte Mitarbeiter/-innen im „Treffpunkt Strohhalm“ beschäftigt. Im August 2011 wurde für die Sozialberaterin eine Pädagogin (Mag.) eingestellt.

Die Ergebnisse

Täglich besuchten durchschnittlich 74 Klientinnen und Klienten den „Treffpunkt Strohhalm“, der montags bis freitags zwischen 07.30 Uhr und 16.00 Uhr ganzjährig geöffnet war.

Der überwiegende Anteil der Besucher/-innen kam aus dem Ortsteil Oberschöneweide; nur wenige von ihnen waren in anderen Ortsteilen Treptow-Köpenicks wohnhaft; die Anzahl der Klientinnen und Klienten, die aus Osteuropa stammten, nahm zu.

Die größte Besuchergruppe bildeten allein lebende Männer. Auffällig war, dass aber auch Mütter bzw. Väter mit Kindern im Alter bis fünf Jahre und Männer und Frauen über 65 Jahre zu den „Stammbesuchern“ zählten.

Es war feststellbar, dass fast alle Besucher/-innen Alg II-Leistungsempfänger/-innen sind; ausgenommen sind Alg I-, Erwerbsminderungsrenten- und Altersrentenbezieher/-innen.

Schwerpunktmäßig wurden folgende Hilfen angeboten:

- Abbau von Schwellenängsten und konkrete Unterstützung bei behördlichen Antragstellungen,
- Hilfe beim Erhalt des Wohnraums und dessen -qualität sowie bei der Wohnungssuche,
- Vermittlung bei Alkohol- und Drogenabhängigkeit sowie Spielsucht an zuständige ambulante Fachberatungsstellen,
- Gespräche zur Gesundheitsvorsorge und Vermittlung an Hausärzte bzw. Krankenhäuser,
- Vermittlung zu staatlich anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sowie Rechtsberatungen,
- Unterstützung bei Bewerbungen für eine Arbeit oder Beschäftigung,
- Beratung bei Straffälligkeit, insbesondere zur Haftstrafenvermeidung,
- Postannahme für Menschen „ohne festen Wohnsitz“.

Die vorgehaltenen Beschäftigungsangebote für langzeitarbeitslose Menschen gestatteten die Möglichkeit, in einem geschützten Rahmen einerseits und unter realen Arbeitsbedingungen andererseits, die jeweils nicht mehr vorhandene Arbeitsfähigkeit zu trainieren.

Erkennbar war, dass vom Projekt klar definierte Arbeitsstrukturen und -abläufe sowie das Festlegen von einem eigenen Handlungs- und Verantwortungsbereich für jeden einzelnen Beschäftigten zu einer hohen Identifikation mit der jeweiligen Tätigkeit und damit zur Zufriedenheit führte.

Zwei Beschäftigten gelang es, nach der Einsatzzeit in ein festes Anstellungsverhältnis auf den 1. Arbeitsmarkt zu wechseln.

Im Berichtsjahr leisteten neun Menschen „Freie Tätigkeit“ ab. Ehrenamtlich Tätige unterstützten den „Treffpunkt Strohhalm“ bei der Organisation von Lebensmittel- und Kleiderspenden sowie mit konkreten Einsätzen bei personellen Engpässen in der Küche und der Kleiderkammer.

Seit Mitte des Jahres 2011 wurde die Angebotspalette der Suchtselbsthilfe über eine Kooperationsvereinbarung mit dem Verein „Anderes Leben e. V.“ deutlich erweitert.

An vier Tagen in der Woche, insbesondere am Wochenende bot der Verein in den Nachmittags- und Abendstunden Einzel- und Gruppengespräche sowie Freizeitaktivitäten für Betroffene/Interessierte an.

Im Rahmen der Notübernachtung konnte der „Treffpunkt Strohhalm“ über den gesamten fünfmonatigen Betreuungszeitraum eine vollständige Auslastung erreichen. Eine Umfrage bei den Gästen der Notübernachtung ergab, dass eine hohe Zufriedenheit hinsichtlich des Vorhandenseins und der Art und Weise der Durchführung dieses Angebots vorherrschte.

Für zwei wohnungslose Männer und eine Frau konnte über den „Treffpunkt Strohhalm“ Wohnungen bzw. Unterbringungen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe organisiert werden; da jedoch 80 % der Gäste aus Osteuropa kamen, stellt dieses Angebot im Wesentlichen eine Krisenintervention ohne nachhaltige Wirkung für die Betroffenen dar.

Der Ausblick

Ausgehend von der Fortführung der Basisangebote werden die weiterführenden Beschäftigungs-, Selbsthilfe- und Freizeitmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Passgenauigkeit und Wirkung überprüft.

Neue Angebote werden exemplarisch erprobt.

Der Erfahrungsaustausch, die Kooperation und Vernetzung mit anderen Projekten im Geschäftsbereich, aber auch mit Trägern psychosozialer Angebote in der Region sollen intensiviert werden.

II. Kernbereich Lebenslagen

Netzwerke, Jugend, Familien, Arbeit und Ausbildung
Vielfalt und Integration

1. Clearingstelle - Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz

2. Programmagentur Rechtskundepaket

3. Flucht nach vorn - Bildung, Beratung und Betreuung junger Flüchtlinge

4. Kick it - Mädchen erobern den Fußball

5. MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen

6. Fallschirm - Hilfen für straffällige Kinder und Jugendliche

7. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

8. HundeDoc

9. Ostkreuz

   Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

   Polis* - Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf

   NÜRTİKULTİ

10. Veranstaltungshaus „Werk 9“

11. Haus der Jugend

12. Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“

13. new way

14. Schulprojekte an Hemingway-Schule

15. VBO - Vertiefte Berufsorientierung in Berlin-Mitte

II. Kernbereich Lebenslagen

1. Clearingstelle - Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz

Zielsetzung, Adressaten und Adressatinnen, Arbeitsprinzipien

Die Clearingstelle hat den Auftrag, den Dialog zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendhilfe und der Bereiche Schule, Polizei und Justiz in Berlin anzuregen, zu erhalten und auszubauen sowie die Akzeptanz für das jeweils andere Berufsfeld zu stärken. Darüber hinaus ist es ihre Aufgabe, eine Vernetzung zwischen Angehörigen dieser Berufsgruppen und - bei Bedarf - auch eine Kooperation herzustellen. Die Zielsetzung des Auftrags besteht in der kontinuierlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen Jugendhilfe und den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern der angrenzenden Berufsbereiche sowie in der Institutionalisierung tragfähiger Kommunikationsstrukturen. Damit soll mittelbar präventiv Einfluss genommen werden auf die Entwicklung von Jugendgewalt und -delinquenz in Berlin. Zudem leistet die Arbeit der Clearingstelle einen Beitrag zur Umsetzung des § 81 SGB VIII. Damit wird noch einmal deutlich, dass der Auftrag aus der Blickrichtung der Jugendhilfe erfüllt wird. Mit der stetigen Aktualisierung des Konzepts der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei waren in den vergangenen Jahren auch die Bereiche Schule und Justiz stärker in den Fokus der Projektarbeit geraten. Daraus resultierte die Konzeptänderung mit neuem Projektnamen ab dem Jahr 2012. Insgesamt unterstützt die Arbeit der Clearingstelle die Bemühungen des Landes Berlin um eine koordinierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

Die Clearingstelle arbeitet an den Schnittstellen mit allen Akteuren, die sich mit Kinder- und Jugenddelinquenzprävention und mit Themen, die damit in Verbindung stehen (wie z. B. Kindeswohlgefährdung oder Schuldistanz), beschäftigen. Dies sind in erster Linie: Sozialarbeiter/-innen und -pädagogen/-innen, Erzieher/-innen und andere pädagogisch Tätige bei freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin. Direkte Adressatinnen und Adressaten der Clearingstelle sind außerdem Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Schutz- und Kriminalpolizei des Landes Berlin, in Berliner Dienststellen tätige Mitarbeiter/-innen der Bundespolizei, Berliner Lehrer/-innen, Mitarbeiter/-innen der Schulaufsicht, der Schulpsychologie und des Schulamtes, Angehörige der Berliner Staatsanwalt- und Richterschaft, Mitarbeiter/-innen der Haftanstalten und ggf. weitere Akteure. Ansprechpartner/-innen für die Clearingstelle finden sich immer auf mehreren Ebenen: bezirklich mit den regionalen Akteuren wie auch berlinweit auf Landesebene; in den Leitungsebenen wie in den unmittelbar betroffenen Arbeitsstrukturen.

Indirekte Zielgruppe der Arbeit der Clearingstelle sind Berliner Jugendliche, die durch das SGB VIII gefördert werden bzw. gewalt- oder kriminalitätsgefährdet sind. Trotz einer allgemeinen Abnahme der Delinquenz junger Menschen bleiben Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit Migrationserfahrung eine überdurchschnittlich belastete Gruppe in diesem Bereich. Deshalb gehören auch Mitarbeiter/-innen aus Migrantenselbstorganisationen zum Adressatenkreis, um notwendige Lösungsstrategien auf ein solides Fundament zu stellen und nachhaltig ausbauen zu können.

Die Struktur der direkten und indirekten Adressateninnen und Adressaten ist maßgeblich für die Vielfalt der Kooperationspartner/-innen der Clearingstelle.

Die Clearingstelle – Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz wird gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Sie bietet unterschiedliche Instrumente zur Bearbeitung verschiedener Themen an. Dies bietet die Möglichkeit, flexibel, individuell und passgenau Lösungen für die spezifischen Problemlagen der Kooperationspartner/-innen zu erarbeiten. Dabei sind die Themen veränderbar und werden wesentlich durch die Akteure und deren aktuelle Situation bestimmt. Folgende Instrumente stehen zur Umsetzung des Auftrags zur Verfügung:

Fachliche Beratung an den Schnittstellen der Jugendhilfe zu den Bereichen Polizei, Schule und Justiz

Die Clearingstelle bietet telefonische und persönliche Fachberatung zu allen Fragen an den Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Polizei, Justiz sowie Schule an, insbesondere zu Fragen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention und Themen, die damit in einem Zusammenhang stehen. Sie vermittelt für alle themenspezifischen Anliegen die jeweils adäquaten Ansprechpartner/-innen und berät darüber hinaus fachlich und organisatorisch bei der Etablierung von Präventionsgremien, deren Fokus auf der Verhinderung von Kinder- und Jugenddelinquenz liegt.

Bei Konfliktfällen zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendhilfe und solchen aus den anderen Arbeitsbereichen hat die Clearingstelle die Aufgabe, als neutrale Vermittlerin gemeinsam mit den Konfliktparteien einerseits den Konflikt zu bearbeiten und andererseits Lösungen zu entwickeln, die auch in der Zukunft tragfähig sind.

Organisation und Moderation von Arbeitsgremien

Die Clearingstelle organisiert, moderiert und unterstützt durch fachliche Beratung Arbeitsgremien unterschiedlicher thematischer und regionaler Ausrichtung.

Im Rahmen der Themenbearbeitung zu interdisziplinären Fallkonferenzen in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Kinder- und Jugenddelinquenz übernahm die Clearingstelle die Moderation für drei Sitzungen. Ergebnis des Prozesses was das Rundschreiben Jug 5/2011 zur Verbesserung der interdisziplinären, ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Umgang mit Mehrfach- und Intensivtätern.

Die Erörterung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Fachkommissariaten zur täterorientierten Ermittlung (TOE) in den Polizeidirektionen und den Jugendgerichtshilfen (JGH) der Berliner Jugendämter in Fällen von Mehrfachtäterschaft Jugendlicher und Heranwachsender nahm einen großen Raum in der Arbeit der Clearingstelle ein. Beispielsweise entwickelten sich Kooperationsprozesse in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf, die von der Clearingstelle durch Beratung und Prozessorganisation und -moderation unterstützt wurden. Im Ergebnis entstanden gegenseitige Verständigungen über Aufgaben- und Zielstellungen der TOE- und JGH-Dienststellen sowie Regelungen zum Austausch von Geschäftsverteilungsplänen bzw. (Fall-)Zuständigkeiten und zur Meldung aktuell in der polizeilichen Sachbearbeitung befindlicher Intensiv-, Schwellen- und Mehrfachtäter/-innen an die JGH.

In Marzahn-Hellersdorf setzte die Clearingstelle die Organisation und Moderation des Präventionsrates zur Verminderung von Kinder- und Jugenddelinquenz dank der finanziellen Unterstützung durch das Jugendamt des Bezirks fort.

Neben diesen Gremien organisierte und moderierte die Clearingstelle den Arbeitskreis City-Bahnhöfe, der sich hauptsächlich aus Straßensozialarbeitern/Straßensozialarbeiterinnen und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen von Polizeidienststellen aus dem Umfeld der großen Berliner Bahnhöfe zusammensetzt. Neben der Behandlung von Schwerpunktthemen wie beispielsweise Kooperationsmöglichkeiten zwischen Straßensozialarbeit und Polizei reagierte der Arbeitskreis City-Bahnhöfe auf aktuelle Tendenzen und Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Bereich der Bahnhöfe.

Die Clearingstelle - Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz war auch im Jahr 2011 Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Kinder- und Jugenddelinquenz nach § 78 SGB VIII.

Informations- und Fortbildungsveranstaltungen

Die Clearingstelle bietet zur Konsolidierung des Verhältnisses zwischen Jugendhilfe und Polizei bedarfsorientiert Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Sozialarbeiter/ -innen und Polizisten/Polizistinnen, gegebenenfalls auch für weitere Akteure der Delinquenzprävention (Schule, Justiz u. a.) an.

Im Februar und September 2011 fand jeweils eine Fachveranstaltung des Arbeitskreises „Notdienste-Polizei" unter dem Titel: „Was macht *Ihr* eigentlich, wenn…? Zuständigkeiten und Informationswege in der Jugendhilfe, Polizei und Justiz bei Kindeswohlgefährdung" statt. Die Clearingstelle übernahm wie in den Vorjahren die inhaltliche und organisatorische Koordinierung und die Gesamtmoderation der Veranstaltung, zu der eine Dokumentation folgen wird.

Hospitationen

Hospitationen zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen tragen sehr zum gegenseitigen Verständnis bei, da das unmittelbare Kennenlernen wichtige Einblicke ins andere Aufgabengebiet und eine andere Sichtweise auf Jugendliche bieten kann. Dieses Angebot der Clearingstelle haben im relevanten Zeitraum etwa 70 Einzelinteressierte wahrgenommen.

Öffentlichkeitsarbeit und Herausgabe fachspezifischer Informationsmaterialien

Die von der Clearingstelle herausgegebenen Infoblätter zu rechtlichen und strukturellen Themen aus Jugendhilfe und Polizeiarbeit, die an alle Jugendverwaltungen, diverse Dienststellen der Polizei und freie Träger der Jugendhilfe sowie an zahlreiche weitere Interessierte verteilt werden, haben - wie in den Vorjahren - eine kontinuierliche Auflagensteigerung erfahren.

In dem Newsletter „UMSICHTEN – Berliner Newsletter zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz" veröffentlicht die Clearingstelle aktuelle berlinrelevante Tendenzen, Ereignisse, Themen und geplante Aktivitäten aus dem Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenzprävention. Der Newsletter wird alle acht Wochen an etwa 1.300 Personen oder Institutionen versandt.

Weitere Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bestanden in der Aktualisierung der Plakate und Faltblätter „Krisennotdienste für Kinder und Jugendliche auf einen Blick" für Polizeidienststellen, Jugendverwaltungen, freie Träger der Jugendhilfe sowie ausgewählte Berliner Schulen und andere interessierte Einrichtungen.

Die Clearingstelle - Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz hat außerdem mit der Verteilung der Plakate und Pocket-Faltblätter zur kostenlosen Rechtsberatung begonnen, einem Angebot des Vereins der Berliner Strafverteidiger e.V. in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, um dieses Angebot bekannter zu machen.

Darüber hinaus haben die Mitarbeiter/-innen der Clearingstelle im Berichtszeitraum insgesamt fünf Vorträge (mit Diskussion) im Rahmen von Lehrveranstaltungen an der Alice Salomon Hochschule, der Katholischen Hochschule Berlin und der Hochschule für Wirtschaft und Recht gehalten.

Begleitung beim Aufbau bzw. der Veränderung von Netzwerken

Die Clearingstelle berät und begleitet ihre Adressateninnen und Adressaten beim Aufbau und in der Veränderung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen, bezogen auf die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen. Dazu gehört die Analyse der Schnittstellen von der Jugendhilfe zu den anderen Arbeitsbereichen mit der Zielstellung, Prozessabläufe zu optimieren.

Um passgenaue Netzwerke installieren zu können, benötigen die Akteurinnen und Akteure einen umfassenden Überblick über bereits vorhandene Strukturen und Angebote. Die Clearingstelle entwickelt bezirkliche Übersichten, aus denen die bereits vorhandenen Strukturen zu entnehmen sind, so dass z. B. Angebote an ambulanten Maßnahmen schneller erfasst werden können. Damit wird der Zugang zu Angeboten der Jugendhilfe erleichtert.

Prinzipien der Arbeit

- Neutralität,
- Transparenz,
- Vertraulichkeit,
- Partizipation,
- Ganzheitlichkeit,
- Bedarfs-, Ressourcen- und Ergebnisorientierung.

Die Arbeit der Clearingstelle dient in keinem Fall der Zuarbeit für strafverfolgende Zwecke.

2. Programmagentur Rechtskundepaket

Die Programmagentur Rechtskundepaket ist seit Oktober 2008 zuständig für die Umsetzung des von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt entwickelten Rechtskundepaketes „Recht aufschlussreich“. Dabei handelt es sich um Schulprojektwochen, in denen sich die Schülerinnen und Schüler gezielt mit dem Rechtssystem sowie mit gesellschaftlichen und gesetzlichen Normanforderungen im Rahmen des Jugendstrafrechtes auseinandersetzen. Anhand eines selbstständig entwickelten Rollenspiels (jugendtypische Straftat) mit abschließender Verhandlung des Falles im Amtsgericht, erarbeiten sich die Jugendlichen die Grundlagen des Rechtssystems und die Aufgaben und Arbeitsweisen von beteiligten Institutionen wie Polizei, Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft und Jugendgericht. Darüber hinaus lernen sie die möglichen Konsequenzen eines Ermittlungs- und Strafverfahrens sowie die Rechtsfolgen eines Urteils kennen. Insgesamt zielt das Projekt auf die Stärkung des Rechtsbewusstseins der Schülerinnen und Schüler ab. Es handelt sich um eine schulische Bildungsveranstaltung, die eine Reihe von präventiven Elementen aufweist und mit außerschulischen Akteuren an außerschulischen Lernorten (Jugendfreizeiteinrichtungen, Gericht etc.) stattfindet. Die Finanzierung der Programmagentur erfolgt im Rahmen einer Zuwendung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Die Aufgabe der Programmagentur Rechtskundepaket besteht in der berlinweiten Koordinierung und Organisation von jährlich durchschnittlich 40 Projektwochen für Schulklassen der Sekundarstufe 1 der Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen, für deren Durchführung in Abstimmung mit den Jugendämtern geeignete Projektwochenbegleiter/-innen beauftragt werden. Dabei handelt es sich um Mitarbeiter/-innen freier Träger der Jugendhilfe oder im Einzelfall um qualifizierte Einzelpersonen, deren Beteiligung über Werkverträge mit der Programmagentur finanziert wird. Die Programmagentur bietet den Projektwochenbegleiterinnen und -begleitern bzw. deren Trägern folgende Unterstützungsleistungen an:

- Beratung bei der Planung und Durchführung der Projektwochen,
- inhaltliche und organisatorische Unterstützung bei der Bildung bezirklicher Kooperationen mit der Schuladministration, ausgewählten Schulen, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, dem Jugendgericht, Rechtsanwälten/-anwältinnen, der Jugendgerichtshilfe und weiteren Akteuren,
- fachliche, didaktische und methodische Beratung und Bereitstellung geeigneter Medien,
- Organisation und Durchführung kurzfristiger Qualifizierungen,
- Entwicklung von Instrumenten für eine prozessbegleitende Selbstevaluation,
- Unterstützung bei der Erfassung projektrelevanter Daten,
- Organisation einer regelmäßigen Reflexion zwischen allen Akteuren im Bezirk,
- Organisation eines überbezirklichen Erfahrungsaustausches,
- Ausgabe und Abrechnung von Geld- und Sachleistungen.

Neben den Projektwochenbegleitern/-begleiterinnen sind an der Durchführung der Projektwochen die Klassen- bzw. Fachlehrer/-innen der jeweiligen Schulklasse, der/die Präventionsbeauftragte des örtlichen Polizeiabschnitts, ein/e Jugendgerichtshelfer/-in, ein/e Staatsanwalt/-anwältin, ein/e Richter/-in sowie nach Möglichkeit ein/e Rechtsanwalt/-anwältin beteiligt. Die Sicherstellung der Mitwirkung dieser Beteiligten ist ebenfalls Aufgabe der Programmagentur.

Die Arbeit der Programmagentur wird begleitet von einer interdisziplinär zusammengesetzten Steuerungsrunde, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, der Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Wissenschaft (Abt. III, VI und ZS EU) sowie für Justiz und Verbraucherschutz, der AG 1 der AG Berliner öffentliche Jugendhilfe, der Berliner Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Jugendrichterschaft, des Berliner Anwaltsvereins e.V., des Zentrums des Jugendrechts Mitte sowie der Stiftung SPI. Die Steuerungsrunde tagte im Berichtszeitraum dreimal.

Folgende bereits bestehende Kooperationen mit freien Trägern der Jugendhilfe wurden im Jahr 2011 in elf Bezirken fortgesetzt:

- Zentrum des Jugendrechts Mitte (für Mitte),
- pad e.V. (Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg),
- Sozialkulturelle Netzwerke casa e.V. (Spandau),
- Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH (Spandau, Neukölln Treptow-Köpenick und Tempelhof-Schöneberg),
- Evin e.V. (Neukölln),
- Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH (Pankow),
- Jugendbund djo – Deutscher Regenbogen (Pankow),
- Trapez e.V. (Reinickendorf),
- Aufwind e.V. (Reinickendorf),
- EJF – gemeinnützige AG/Integrationshilfe (Charlottenburg-Wilmersdorf),
- Ziesche GeSAB (Steglitz-Zehlendorf),
- H.U.G.O. e.V. (Tempelhof-Schöneberg).

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurde mit dem Paul Gerhardt Werk ein Träger gefunden, der seit Mitte 2011 in beiden Ortsteilen Rechtskunde-Projektwochen durchführt. Mit allen genannten Trägern bestehen Kooperationsvereinbarungen, auf deren Grundlage die Träger per Werkvertrag mit der Durchführung der Projektwochen beauftragt werden.

Die Vorbereitung mehrerer neuer Projektwochenbegleiter/-innen durch die Programmagentur erfolgte auch im Jahr 2011 durch die laufende Aktualisierung umfangreicher Schulungsmaterialien und eine zweitägige Schulung mit Unterstützung des Zentrums des Jugendrechts Mitte.

In Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg hat die Programmagentur zur Vorbereitung von Projektwochen in neuen Schulen zwei Auftaktveranstaltungen mit den Projektwochenbegleitern/-begleiterinnen und sämtlichen örtlichen Kooperationspartnern durchgeführt. In Treptow-Köpenick und Pankow fanden nach Absolvieren mehrerer Projektwochen Auswertungsveranstaltungen statt, in denen die Kooperation der örtlichen Akteure und der Verlauf der Projektwochen zum Zwecke der Qualitätssicherung und -verbesserung reflektiert wurden.

Im Jahr 2011 organisierte die Programmagentur insgesamt 36 Projektwochen. Davon handelte es sich bei drei Projektwochen um für das Vorjahr geplante Veranstaltungen, die aus - in der Regel – (Schul-)organisatorischen Gründen zu Beginn des Jahres 2011 nachgeholt werden mussten. Die 36 Projektwochen wurden von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der genannten Träger in den Bezirken durchgeführt: Neukölln fünf, Marzahn-Hellersdorf vier, Spandau fünf, Mitte drei, Lichtenberg drei, Friedrichshain-Kreuzberg zwei, Pankow drei, Reinickendorf zwei, Treptow-Köpenick drei, Steglitz-Zehlendorf zwei, Tempelhof-Schöneberg zwei und Charlottenburg-Wilmersdorf zwei Projektwochen. Die Durchführung weiterer neun für das Jahr 2011 vorgesehener Projektwochen wurde auf das Jahr 2012 verschoben.

Darüber hinaus unterstützte die Programmagentur Rechtskundepaket aus anderen Fördermitteln finanzierte 16 Projektwochen des Zentrums des Jugendrechts in Mitte durch die

Akquise von Staatsanwälten/-anwältinnen, Richtern/Richterinnen sowie Rechtanwälten/-anwältinnen und die Vermittlung von Gerichtssälen im Amtsgericht Tiergarten.

Für das Jahr 2012 sind neben den neun noch nachzuholenden Projektwochen planmäßig weitere 42 aus ESF-Mitteln finanzierte Projektwochen in allen zwölf Berliner Bezirken vorgesehen.

Neben den genannten Aufgaben betreibt die Programmagentur Rechtskundepaket auch die Öffentlichkeitsarbeit für die Rechtskunde-Projektwochen. Im Frühjahr 2011 wurde die Dokumentation des Fachtages „Rückblicke – Ausblicke. Zwei Jahre Schulprojektwochen mit der Programmagentur Rechtskundepaket“ vom 6. Oktober 2010 fertig gestellt und veröffentlicht. Die Programmagentur ist außerdem zuständig für die Vertiefung und Fortentwicklung des Curriculums der Projektwochen. Dazu wurde im Nachgang des Bestehens der von der Programmagentur koordinierten AG Curriculum (bis Ende 2010) von mehreren Strafrechtsexperten/-innen ein neuer Kriminalfall für das Rollenspiel vor Gericht entwickelt, der ab 2012 alternativ zu vorhandenen Fällen eingesetzt werden soll.

Die Arbeit der Programmagentur Rechtskundepaket wurde bis zu Beginn des Jahres 2011 im Rahmen einer Prozessevaluation wissenschaftlich begleitet. Im Zentrum der Evaluation stand die Kommunikation der zentralen Akteure untereinander und mit der Programmagentur. Aus den Ergebnissen der Prozessevaluation, des benannten Fachtags „Rückblicke – Ausblicke“ und diverser Erfahrungsaustausche konnten wertvolle Erkenntnisse – insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Kommunikation und des Rollenverständnisses der einzelnen Kooperationspartner/-innen – gewonnen werden. Daraus ergaben sich verschiedene Bedarfe an unterstützenden Instrumenten und Materialien für Projektwochenbegleiter/-innen und kooperierende Akteure. So wurden im Jahr 2011 umfangreiche Orientierungshilfen für die an der Projektwoche beteiligten Akteurinnen und Akteuren der verschiedenen Berufsgruppen entwickelt, die – insbesondere auch neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern – den Einstieg in die jeweilige Aufgabe erleichtern und vor allem die Rollenklarheit im Verhältnis zu den jeweils anderen Akteursgruppen erhöhen. Für die Projektwochenbegleiter/-innen wurde zudem der Newsletter „Recht kundig“ entwickelt, der sie mit aktuellen Nachrichten und Hinweisen für die Durchführung der Projektwochen versorgt und ihnen als Kommunikationsplattform untereinander dient. Schließlich wurde damit begonnen, ein spezifiziertes Modul für den Einsatz der Jugendgerichtshilfe bzw. Jugendhilfe im Strafverfahren während der Rechtskunde-Projektwoche zu erstellen. Dieses Modul und weitere didaktisch-methodische Instrumente werden im Jahr 2012 weiterentwickelt und den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern zur Verfügung gestellt.

3. Flucht nach vorn – Bildung, Beratung und Betreuung junger Flüchtlinge

Zielgruppe des Projektes

Die Zielgruppe des Projektes „Flucht nach vorn“ sind junge Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr, die nach Beendigung der Schulpflicht über keinen Schulabschluss verfügen bzw. keinen Zugang zur beruflichen Bildung gefunden haben. Die Zielgruppe der jungen Flüchtlinge ist weitgehend heterogen. Sie differiert hinsichtlich Alter, soziokulturellem Hintergrund, religiösen Traditionen und besonders hinsichtlich der vorhandenen schulischen Qualifikationen.

Projektziel

Ziel des Projektes „Flucht nach vorn“ ist es, jungen Flüchtlingen durch qualifizierende Bildungsangebote die Integration in unsere Gesellschaft bzw. die Rückkehr in die Heimatländer zu erleichtern. Dieses Vorhaben wird in Form von Bildung, Beratung und Betreuung durch folgende konkrete Arbeitsschritte umgesetzt:

- Klärung der Motivation,
- Klärung der Sprachkompetenz,
- Beratung bezüglich der Möglichkeiten schulischer und beruflicher Bildung,
- Weiterleitung in andere Bildungsmaßnahmen,

– Förderung der Bildungsmotivation,
– Alphabetisierung,
– Sprachförderung,
– Mathematik,
– Vorbereitung auf Schulabschlusskurse bzw. berufliche Qualifizierungsmaßnahmen,
– sozialpädagogische Betreuung der Teilnehmer/-innen im Rahmen ihres schulischen Alltags.

Bildung

Der Sprachunterricht „Deutsch als Fremdsprache“ ist bei „Flucht nach vorn“ als dreistufiges Kurssystem konzipiert. Der erste Block umfasst die Alphabetisierungs- und „Deutsch-Vorkurse“. Diese sind für nicht bzw. nur unzureichend alphabetisierte Schüler/-innen vorgesehen.

Der zweite Block besteht aus dem Anfänger- und Aufbaukurs, in denen gute Kenntnisse des lateinischen Schriftsystems Voraussetzung sind. In diesem Lernabschnitt wird zusätzlich Unterricht im Fach „Mathematik“ erteilt. Die Teilnahme am Abschlusskurs, dem dritten Block, erfordert einen erfolgreich bestandenen internen Test. Dieser Kurs dient der Vorbereitung auf die Prüfung bei der VHS und die Aufnahme in die Kurse der VHS zur Erlangung des Hauptschulabschlusskurses.

Die Einstufung der Lernenden erfolgt mittels eines Aufnahmegesprächs und eines schriftlichen Tests. Die unterschiedlichen Bildungsressourcen der Lernenden ergeben die Notwendigkeit, diese abzufragen. Infolge dessen kann der Bildungsstand der Schüler/-innen eingeschätzt und sie können auf die jeweiligen Klassenstufen verteilt werden. Ein genauer Einstufungstest erweist sich als besonders wichtig, da die Anzahl der Schüler/-innen, die in ihrem Heimatland keine oder nur eine geringe schulische Grundbildung erhalten haben, seit Jahren kontinuierlich gestiegen ist.

Für die ersten bis dritten Klassen wurde der bisherige Rahmenplan seit dem Jahr 2010 deutlich spezifiziert. So wurden den einzelnen Klassenstufen jeweilige Grammatikniveaus zugeschrieben, mit denen bestimmt wurde, welche Grammatik in denen einzelnen Klassenstufen zu unterrichten ist und es wurden Ziele definiert, welche Inhalte die Schüler/-innen am Ende der jeweiligen Klassenstufe beherrschen sollten. Auf diese Weise konnte der Rahmenplan – angelegt an den Europäischen Referenzrahmen – entsprechend der Bildungsressourcen und Bildungsvoraussetzungen der Schüler und Schülerinnen spezifiziert werden. Aufbauend auf diesen Rahmenplan wurde mit Beginn des Jahres 2011 der Unterricht weiter modualisiert. Modualisiertes Lernen bietet gerade für die Gruppe benachteiligter Jugendlicher Möglichkeiten, zeitnaher ihre Lernfortschritte erfassen zu können.

Beratung

Das Projekt „Flucht nach vorn“ unterstützt die jungen Flüchtlinge in Bezug auf Möglichkeiten der Ausbildung und beruflichen Qualifizierung und organisiert Weiterleitungen in andere weiterführende Bildungsmaßnahmen. Möglichkeiten der weiterführenden beruflichen Qualifizierungen sind aufgrund der ausländerrechtlichen Restriktionen allerdings nur begrenzt gegeben. Diese kaum vorhandenen beruflichen Perspektiven bleiben nach wie vor eine der Hauptschwierigkeiten, die den (vorübergehenden) Aufenthalt und den Alltag der jugendlichen Flüchtlinge affiziert und Rückwirkungen auf deren Lernmotivation hat.

Betreuung

Im Umgang mit auftretenden (sozialen) Problemen und Schwierigkeiten steht dem Projekt „Flucht nach vorn“ eine sozialpädagogische Fachkraft zur Verfügung. In anderen Fällen, vor allem bei aufenthaltsrechtlichen Unsicherheiten, werden die jungen Flüchtlinge an spezialisierte Beratungsstellen weiter vermittelt. Das Konzept von „Flucht nach vorn“ sieht vor, dass die Kursleiter/-innen als erste Ansprechperson für die Jugendlichen fungieren. Die im Einzelfall auftretenden Probleme werden in Zusammenarbeit mit der sozialpädagogischen Fachkraft bearbeitet. Diese Form der Aufteilung hat sich seit Jahren bewährt, da die

Kursleiter/-innen in der Regel großes Vertrauen bei den Schüler/-innen genießen. Ein weiterer Aspekt der Arbeit ist eine enge Kooperation mit den Betreuungseinrichtungen, um eine effektive Arbeit zu gewährleisten und klassische Doppelbetreuung zu vermeiden. Nach wie vor bekommen die Unterbringungseinrichtungen wöchentlich per Fax die Anwesenheit der Schüler/-innen mitgeteilt. Bei eventuellen Fehlzeiten kann somit sofort interveniert werden. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt und infolgedessen die Fehlzeiten der Jugendlichen gesenkt. Insgesamt erfolgt die Betreuung seitens des Projektes in enger Absprache mit den Einrichtungen, in denen die jungen Flüchtlinge untergebracht sind.

Aktuelle Entwicklung des Projektes

Im Rechnungsjahr 2011 hat sich die Schüler/-innenzahl durch die Finanzierung einer weiteren Anfängerklasse vergrößert. Mit dieser Finanzierung war es möglich, sämtlichen Aufnahmeanfragen vor allem seitens der EAC-Aufnahmeeinrichtungen nachzukommen. Im Jahr 2011 haben insgesamt 128 Jugendliche eine Bildungsmaßnahme begonnen. Die anhaltend hohe Anzahl der Nachfragen nach Angeboten des Projektes lag im Jahr 2011 auch darin begründet, dass junge minderjährige Flüchtlinge nicht mehr auf andere Bundesländer verteilt werden.

Die Schüler/-innen kamen aus 21 verschiedenen Herkunftsländern. Neun Schüler/-innen kamen aus Asien, und 46 Jugendliche aus Schwarzafrika, jeweils ohne arabischen Sprachraum. Aus diesem kamen insgesamt 54 Jugendliche, davon allein 24 aus Afghanistan. Aus Osteuropa besuchten 15 Schüler/-innen das Projekt „Flucht nach vorn“. Vier Jugendliche konnten den obigen Kategorien nicht zugeordnet werden. Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen betrug 101 zu 27. Von diesen 128 Schüler/-innen brachen zwölf Jugendliche das Kursangebot vorzeitig ab, bevor sie für weitere Schul- bzw. Ausbildungsmodule qualifiziert waren, davon 11 Jugendliche aus nicht persönlich zu verantwortenden Gründen (Ausreise, Erkrankung, familiäre Gründe, Abschiebung, etc.).

68 Schüler/-innen wechselten zum nächsten Jahr in einen höheren Kurs bzw. beendeten das Projekt erfolgreich, fünf Schüler/-innen mussten einen Kurs wiederholen. Von der Abschlussklasse, also von denen, die die Leistungskurse des Projektes erfolgreich beendeten, konnten 32 Schüler/-innen in weiterführende schulische Einrichtungen vermittelt werden, d. h. sie wechselten in die Hauptschulabschlusskurse an den Berliner Volkshochschulen Kreuzberg-Friedrichshain (jetzt: „Zweiter-Bildungsweg-Kreuzberg“), Tempelhof-Schöneberg oder in eine Regelschule.

Insgesamt haben sich die Bildungsvoraussetzungen der Schüler/-innen, die in das Projekt „Flucht nach vorn“ eintreten, im Vergleich zum letzten Jahr stabilisiert. Nach wie vor weist das Projekt „Flucht nach vorn“ aber einem Anteil von ca. 30 % Schüler/-innen mit fehlender oder geringer Vorbildung auf. Im Vergleich zum Vorjahr blieb auch der Anteil der Jugendlichen, die eine Schule im Heimatland über einen Zeitraum von fünf Jahren besuchen konnten, stabil. Weiter zugenommen dagegen hat die Anzahl der Jugendlichen, die nicht über englische oder französische Vorkenntnisse verfügen, die das Erlernen der grammatischen Strukturen der deutschen Sprache erleichtern würde.

Projekterweiterungen im Jahr 2011/2012

Förderkurs

Neben dem regulären Unterricht wurde mit Beginn des neuen Schulhalbjahres 2011 ein neuer Förderkurs angeboten. Die Angebote dieses Förderkurses richten sich vor allem an solche Jugendliche, die in ihrem Heimatland keine oder nur eine geringe Schulbildung hatten. Der Förderkurs ist explizit darauf ausgerichtet, die Grundlagen des Spracherwerbes dieser spezifischen Gruppe junger Flüchtlinge zu festigen und ihnen somit eine erfolgreiche Teilnahme an den regulären Sprachkursen des Projektes „Flucht nach vorn“ zu ermöglichen. Anders als die Kompetenzkurse, die bis zum Sommer 2010 durchgeführt wurden, berücksichtigt dieser Förderkurs Schüler/-innen aus den Schuleingangsklassen.

Englischcrashkurs

Im Jahr 2011 konnte für die Abschlussklasse von „Flucht nach vorn“ ein viertel Jahr vor dem Aufnahmetest an der VHS ein „Crashkurs Englisch“ für diejenigen Schüler/-innen angeboten werden, die überhaupt keine Kenntnisse der englischen Sprache hatten. Für diesen Kurs konnte eine ehrenamtliche Studentin gewonnen werden, die ein Praktikum im Rahmen der Flüchtlingsarbeit absolvieren wollte.

E-Learning

Seit Sommer besteht im Projekt „Flucht nach vorn“ die Möglichkeit des E-Learnings. E-Learning bezeichnet alle Formen von Lernen, bei denen digitale Medien für die Präsentation und Distribution von Lernmaterialien und/oder zur Unterstützung zwischenmenschlicher Kommunikation zum Einsatz kommen.

Der E-Learning-Platz versteht sich als ergänzende, computerbasierte Trainingsanwendung für Deutsch als Fremdsprache. Die Lernsoftware stellt den Lernenden fachspezifische, multimediale Lerninhalte (wie z. B. eine Lernreise) zur Verfügung. Es handelt sich hier um eine nichttutorielle Form des E-Learning, bei dem das Selbststudium im Vordergrund steht.

E-Learning kann und soll die traditionellen Lernformen nicht ersetzen. Insbesondere bei der im modernen Sprachunterricht maßgebenden kommunikativen Didaktik ist das gemeinsame Lernen von Mensch zu Mensch unersetzlich. Trotzdem sind die Möglichkeiten des E-Learnings für die Schüler/-innen eine attraktive Erweiterung der Stabilisierung des Spracherwerbs.

4. Kick it – Mädchen erobern den Fußball

Hintergrund des Projektes

Fußball ist bei den Schülerinnen der zwei beteiligten Berliner Grundschulen Nürtingen-Grundschule und E.O.- Plauen Grundschule am Kreuzberger Mariannenplatz „in“. Doch es fehlt den Mädchen an Möglichkeiten, in einem pädagogisch sinnvollen Rahmen Fußball zu spielen.

Öffentliche Räume, aber auch Schulsportangebote, werden häufig von Jungen dominiert und verhindern so sportliches Engagement von Mädchen. Für sozial benachteiligte Schülerinnen kommen Zugangsbarrieren wie Vereinsbeiträge, längere Wege, späte Zeiten oder mangelnde Unterstützung im Elternhaus hinzu. Damit sind Freizeit- oder Vereinsangebote für viele von ihnen unerreichbar.

Zielgruppe des Projektes

Das Projekt richtet sich an Schülerinnen der beiden Schulen, dabei insbesondere an sozial benachteiligte Mädchen. Es öffnet sich mit verschiedenen Zusatz- und Kooperationsangeboten in den Sozialraum und schafft sportliche und soziale Begegnung mit anderen Mädchen aus dem Kiez.

Projektziel

Ziel des Projektes „Kick it“ ist es, direkt im Anschluss an die Unterrichtszeit geschützte Räume zu schaffen, in denen Mädchen Gelegenheit haben, sich im Fußballspielen zu erproben und diese sportliche Betätigung für sich zu erobern. Niedrigschwellige Zugangsvoraussetzungen eröffnen insbesondere auch sozial benachteiligten Mädchen mit wenigen Möglichkeiten, sportive Interessen zu entwickeln die Möglichkeit dabei zu sein (Standortnähe, Beitragsfreiheit, Anschluss an die Schule, Ansprache durch Schul- und Hortbetreuer/-innen).

Umsetzung des Projektes

Mit zunächst zwei, später vier geschlechtshomogenen Sportgruppen in den Schulsporthallen der Friedrichshain-Kreuzberger Nürtingen-Grundschule und E.O.-Plauen-Grundschule sollen Schülerinnen begeistert und in ihrem sportlichen Engagement gestärkt werden. Zur Festigung einer Reihe von wichtigen psychosozialen Kompetenzen wird das Fußballangebot um Methoden aus dem Kampfsport und der Selbstverteidigung erweitert.
Methodisch werden fußballbezogene Spiel- und Sportübungen zu Ausdauer, Koordination, Beweglichkeit und Kraft angeboten, welche den sozialen Zusammenhalt stärken und Gruppenerlebnisse ermöglichen.

Kick it will ausdrücklich nicht das Gegeneinander, sondern das Miteinander der Mädchen befördern, da häufig gerade in dieser Alters- und Entwicklungsstufe soziale Konflikte und Ausgrenzungstendenzen in Mädchengruppen sichtbar werden. Konfliktlösungskompetenz kann im sozialen Feld Fußball spielerisch, aber auch in anlassbezogenen Gesprächen erworben werden und trägt zur Teambildung und sozialen Inklusion bei.

So wird Fußball zu einem motorischen und psychosozialen Lernfeld und eröffnet einen sicheren Raum für eine sinnvolle und freudvolle Freizeitbeschäftigung der Mädchen.

Neben den Sportgruppen werden u. a. Events und Ferienaktivitäten durchgeführt: Um möglichst viele Mädchen zu erreichen, beteiligt sich Kick it an aktiven Pausen der Schule, Schulfesten und partizipiert an Kiezferienspielen und Fußballcamps für Mädchen. Gemeinsame Fußballfeste mit anderen Vereinen werben für das gemeinsame Ziel, Mädchen in der Sportart Fußball aktiv zu unterstützen.

Nachhaltigkeit ist ein besonderes Projektanliegen: Das gesamte Umfeld ist gefragt, mehr und neue Beteiligungsmöglichkeiten für Mädchen auch in Zukunft zu schaffen. Darüber hinaus wird ein gemeinsamer „Runder Tisch“ mit verschiedenen Akteuren aus Jugendförderung, Verwaltung und Sport Strukturveränderungen sowie neue Ideen im Kiez anregen und sich langfristig für sportliche Angebote für Mädchen einsetzen.

5. MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen

Kurzporträt

Mit MÄDEA, dem Interkulturellen Zentrum für Mädchen und junge Frauen in der Region Gesundbrunnen des Bezirkes Mitte, bietet der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte ein Forum, das die Entwicklung von Mädchen und jungen Frauen zur selbstbewussten und aktiven Teilhabe am öffentlichen Leben fördert.

Erklärte Ziele sind:

- gleiche Chancen und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Kulturen,
- Mitgestalten einer mädchenrelevanten Kinder- und Jugendpolitik,
- Verbesserung schulischer Leistungen,
- Förderung der Deutschsprach- und Medienkompetenz.

Die Ziele werden umgesetzt durch: Interkulturelle Bildungs- und Kulturarbeit (§ 11 SGB VIII), Schulbezogene Mädchensozialarbeit (§ 13.1 SGB VIII), Mütter- und Elternarbeit sowie ein interkulturelles und interdisziplinäres Team.

Die Besucherinnen sind im Alter von acht bis 18 Jahren und haben fast alle Migrationshintergrund: Türkinnen, Kurdinnen, Libanesinnen, Polinnen, Kongolesinnen, Albanerinnen, Mädchen aus bikulturellen Familien und deutsche Mädchen.

Methoden und Instrumente der Umsetzung

MÄDEA leistet einen pädagogischen und fachpolitischen Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Kulturen. Das pädagogische Angebot ist ganzheitlich orientiert und abgestimmt auf die Lebenslagen, Bedürfnisse und Bedarfe der Mädchen vor Ort. Es ist eine Basisarbeit, die Mädchen aus meist schwierigen sozialen Verhältnissen ab dem achten Lebensjahr individuell in ihrer Persönlichkeitsentwicklung begleitet, ihre Kompetenzen achtet, einbezieht und mit ihnen, ihren Eltern und ihren Schulen gemeinsam weiterentwickelt. Es geht um eine Vernetzung von Bildungsorten und Lernwelten. Die Angebote und Methoden sind vielfältig, an Alter, Entwicklungsstand und Interessen der Mädchen orientiert und dem Sujet angemessen. Sie beinhalten eine Selbstreflexion der Mädchen und ihrer sozialen Lage. Sie fördern ihre soziale Kompetenz, ihren Ideenreichtum, ihre Kreativität und ihre Problemlösungskompetenz. Sie ermutigen zu Eigenverantwortung und zum Handeln. Das Bezugssystem ist die Menschenrechtsbildung mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, dem Recht auf Bildung, dem Recht auf Gesundheit und dem Recht auf Schutz vor Gewalt. Im Zentrum steht die Geschlechterdemokratie mit der Flexibilisierung von Geschlechterrollen unter interkulturellen Aspekten und der damit verbundenen Erweiterung von Handlungsoptionen.

Interkulturelle Mädchenarbeit analysiert die Chancen wie die Missstände dieser Gesellschaft und erprobt die Chancenoptimierung in Partizipations- und Genderprojekten mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe.

Jahresthema 2011 „Improvisieren“

„Raum für Mädchen“, neue Räume für MÄDEA, ein Anliegen in eigener Sache und ein erfolgreicher politischer Bildungsprozess für Mädchen. Das Ziel ist erreicht, die Mädchen haben MÄDEA weiterhin in ihrer Nähe und können weiterhin alle Angebote wahrnehmen. Sie haben die Möglichkeiten der politischen Beteiligung kennen und schätzen gelernt. Soweit die veröffentlichte Meinung im letzten Jahresbericht. Hintergrund war die Entscheidung des Bezirks Berlin Mitte das Haus Badstraße 10, in dem sich MÄDEA seit dem Jahr 1997 befindet, zwecks Haushaltskonsolidierung zu verkaufen.

Die Realität ernüchterte sehr. MÄDEA hatte sich eingestellt auf einen Umzug im Sommer 2011. Die neuen Räume waren gestrichen, die Umzugskisten gepackt, der Umzugstermin vereinbart, Projekte für den neuen Standort konzipiert. Doch es kam anders. Die Kosten der Auflage der Brandschutzbestimmungen waren so hoch, dass die Baumaßnahmen nicht vorgenommen werden konnten und der Umzug nicht stattfand. Mit erheblichen inhaltlichen Verlusten für MÄDEA. So konnte auch das Diversity-Potential-Assessment-Center mit Life e.V. nicht stattfinden, die dafür bewilligten Mittel mussten zurückgegeben werden. Projekte, die für den neuen Standort geplant waren, konnten nicht oder nur teilweise durchgeführt werden. Mädchen gestalteten Skulpturen aus Terrakotta für den MÄDEA Garten, die anstelle im Garten sich jetzt in Kartons befinden. Aus den vielen vielfältig nutzbaren Räumen war jetzt ein Lager geworden. Für die pädagogische Praxis blieben nur 20 qm, ein Drittel des großen Raumes, und der Innenhof. Das Haus Badstraße war bis auf MÄDEA unbewohnt. Niemand fühlte sich mehr zuständig, notwendige Reparaturen wurden kaum noch ausgeführt und das Haus nicht mehr gereinigt.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Aus dieser Erfahrungswelt der Verunsicherung heraus engagierten sich Mädchen auch im Jahr 2011 auf der Demo „Jugend verschwindet“ zum Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin. War im Jahr 2010 „Raum für Mädchen“ noch das alleinige Motto der MÄDEA Mädchen, so wurde es jetzt das Motto des 1. Mädchenblocks und eines Videoclips.

„Raum für Mädchen“ – Der Videoclip mit der AG Mädchen und junge Frauen in Berlin Mitte, gefördert durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, hatte eine hohe Anziehungskraft. Mit Begeisterung beteiligten sich über 40 Mädchen aus dem Fördergebiet Osloer Straße und Umgebung. Gründe waren der unmittelbare persönliche Bezug, die im Vorfeld gewonnene Erkenntnis der Bedeutung politischer Beteiligung zur Durchsetzung

eigener Interessen und die Erfahrung ihrer Selbstwirksamkeit. Diesen Mädchen war schon vor Projektbeginn bewusst, dass Räume für Mädchen nicht wirklich eine Selbstverständlichkeit sind, auf die sie sich verlassen können. Sie hatten die Erfahrung gemacht, dass Mädchenprojekte in Berlin Mitte gefährdet waren und ein Projekt geschlossen wurde. Eigene Räume sind für Mädchen ein Bedarf, den sie immer wieder neu erkämpfen müssen. Dazu brauchen sie die Jugendpolitik.

Mädchen reflektierten ihre Interessen und Bedarfe im Hinblick auf eine individuelle und gemeinschaftliche Teilhabe an einer geschlechtergerechten und demokratischen Gesellschaft. Sie entdeckten Mädchenarbeit als Nachhaltigkeitsfaktor, der anderen Mädchen in vergleichbaren Lebenslagen zur persönlichen und gemeinschaftlichen Entwicklung ebenso zur Verfügung stehen soll. In ihren Begegnungen lernten sie die Vielfalt von Mädchenarbeit schätzen. Mädchen begriffen und nutzten die verschiedenen Facetten von Medienarbeit als Instrument zur Veröffentlichung ihrer eigenen Meinung zu den Themenfeldern: Mädchen- und Menschenrechte, Recht auf Bildung, Mädchen und Musik, Mädchen und Fußball, Mädchen und Politik, „Raum für Mädchen“: Mädchenblock auf der Demo „Jugend verschwindet“, Mädchen und Freizeit, Mädchen und Spiele drinnen und draußen, Mädchen und Beratung.

Mädchenarbeit, die „mir“ gut getan hat, soll auch anderen Mädchen grundsätzlich und immer zur Verfügung stehen. Insgesamt war dieses Gemeinschaftsprojekt eine erfolgreiche Förderung von individuellen und gemeinsamen politischen Partizipationsprozessen mit den Kernaussagen: „Raum für Mädchen!“, „Die Lobby müssen wir selbst sein!“, Kürzt uns nicht!“, „Wir sind die Zukunft Berlins!“ als Erkenntnis, Programm, Aktion und Selbstwirksamkeit.

Das endlose Warten auf den Umzug und die Handlungsstarre der Bezirkspolitik führte die Mädchen zu neuen Ideen, dem Bezirk Mitte auf die Sprünge zu helfen. Aus den Umzugskartons bauten sie eine mobile MÄDEA-Protest-Mauer mit den Sprüchen: „Erwachsene lügen nicht!?“, Versprochen ist Versprochen!?“, „Bewegt Euch!“, „Tut was!“. Im Dezember 2011 wollten sie damit die Bezirksverordneten vor der BVV aufrütteln. Kurz davor erhielt MÄDEA die Information über den neuen Umzugstermin im Sommer 2012. In der Dezembersitzung des Frauenbeirats Stadtplanung und des Frauenbeirats Berlin Mitte bei MÄDEA debattierten Mädchen und Frauen über das Verhältnis von politischen Versprechen und ihrer Umsetzung in die Realität. Hier meinte eine Frau, für Politik seien zwei Jahre doch ein recht kurzer Zeitraum. Dafür hatten die Mädchen jedoch kein Verständnis.

Politische Bildung und Partizipation

Trotz der andauernden Widrigkeiten konzentrierte sich MÄDEA auf die Hauptaufgaben, jetzt unter absolut improvisierten Bedingungen.

Das Jahr 2011 stand für 100 Jahre Internationaler Frauentag. Mädchen recherchierten im Internet die Errungenschaften der Frauen- und Mädchenbewegung. Sie begannen mit Olympe de Gouges, die bereits 1871 die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung von Frauen forderte, und entwickelten einen Zeitstrahl zur Frauen- und Mädchengeschichte. Ihre Erkenntnisse nutzten sie als Grundlage für ein Quiz zur Geschlechterdemokratie in Berlin Mitte. Dazu befragten sie die Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit bei der Imagekampagne des Jugendamtes.

In „Auch wir sind Berlin?“ erarbeiteten sich Mädchen aus Einwandererfamilien einen eigenen Standpunkt zu den Themen Zugehörigkeit und Partizipation, „Wie stehe ich zur deutschen Staatsangehörigkeit? Zum deutschen Pass?“ Anlässlich der „U18 Wahl“ gründeten Mädchen eigene Parteien, erprobten das aktive und passive Wahlrecht, machten Wahlkampf im Mädchenzentrum und hielten überzeugende Wahlreden. Sie analysierten die aktuellen Parteiprogramme unter der Fragestellung: Was tun die Parteien für Mädchen und Jungen unter den Aspekten: Bildung, Ausbildung, Geschlechterdemokratie, Migration? Mädchen warben für U18 auf der Badstraße und sammelten die Stimmen im Wahllokal MÄDEA. „Das Rote Geheimnis“, eine Gruppe für Oberschülerinnen, befasste sich mit den Themen: Mädchenrechte gleich Jungenrechte? Wie erlebst du die Gleichberechtigung? Alltagsrassismus und wie gehe ich damit um? Mein Mitspracherecht in meiner Familie, Meine Rechte im Netz.

Menschenrechte, Inklusion, Toleranz und Respekt zählen zu den Dauerthemen der monatlichen Mädchenversammlungen und sind Grundlage für den MÄDEA-Respekt-Preis. Mädchen schlagen Mädchen vor, die den Preis verdienen und begründen ihre Vorschläge.

Bildungs- und Kulturarbeit

Dazu zählen schulische Unterstützung und Beratung sowie Hilfe bei der Wahl der Sekundarschule. MÄDEA ist ein Ort für Schülerpraktikantinnen und engagiert sich in der frühen Berufsorientierung für Mädchen von acht bis 14 Jahren, die die Mitarbeiterinnen kontinuierlich weiterentwickeln. Ein erfolgreiches Beispiel ist die MÄDEA Arbeitsagentur.

Für kulturelle Projekte stehen: „Skulpturen für den MÄDEA Garten“ aus Terrakotta, „Akrobatik für Grundschülerinnen“ mit einer Aufführung bei MÄDEA, „Time Rush“, ein Tanzvideoclip nach einer Choreographie von Mädchen, aufgeführt bei „Mädchenarbeit zwanzig11“, „Forever Friends“ oder Wer ist eigentlich ICH?, Beginn eines mit Mädchen erarbeiteten Theaterstücks zu Mobbing in der Schule, Projekte zu Menschenrechtsbildung, Spiele zu Menschenrechten, Spielpädagogik, MÄDEA Kunstprojekte im regionalen „Lebendigen Sommerkalender“, „Mädchentour Gesundbrunnen“, Anfang einer mädchen- und frauengeschichtlichen lokalen Tour rund um Gesundbrunnen, Sammlung von Geschichten und Erfahrungsberichten. Des Weiteren Außenaktivitäten wie Kino, Theater, Ausstellungen, Veranstaltungen, Feste, Ausflüge, Kletterwald, Schwimmen und Schlittschuh Fahren.

Die Kulturarbeit MÄDEAs wurde von einem Ethnologen der Columbia University New York City, USA, entdeckt. Er kam nach Berlin, interviewte Mädchen von MÄDEA zu ihrem sich wandelnden kulturellen Selbstverständnis als Tochter einer Zuwandererfamilie in Deutschland und dokumentierte die Ergebnisse in seiner Masterarbeit.

Fachpolitik

MÄDEA wirkt(e) fachpolitisch mit in folgenden Gremien: Jugendhilfeausschuss Berlin Mitte (Bürgerdeputierte bis zum Jahr 2011), Regionale Expertenrunden, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII: Mädchen und junge Frauen in Berlin Mitte, Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Schulbezogene Jugendsozialarbeit, Beteiligung, Regionale Arbeitsgemeinschaft Soldiner Straße/Gesundbrunnen, Netzwerk Kinderschutz, berlinweite Fachrunde „Quo Vadis Mädchenarbeit“, Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V.

Gemeinsam mit der AG Mädchen erreichte MÄDEA die qualifizierte fachliche Erweiterung des Themas Gender im Jugendhilfeausschuss durch die Berufung eines beratenden Mitglieds zu Jungenarbeit in der neuen Legislaturperiode.

MÄDEA beteiligte sich auf dem berlinweiten Fachtag Quo Vadis „Mädchenarbeit zwanzig11“ im Workshop „Wie fange ich an?“ und stellte das Gender-Quiz aus der politischen Bildungsarbeit sowie den Videotanzclip „Time Rush“ aus der Kulturarbeit als good practice Beispiele vor.

Das Jahr 2012 ist dem 1. Internationalen Mädchentag gewidmet.

6. Fallschirm - Hilfen für straffällige Kinder und Jugendliche

Fallschirm arbeitet mit straffälligen Kindern und Jugendlichen. Mittlerweile blickt das Projekt auf 13 Jahre Erfahrung in der Arbeit mit dieser Zielgruppe zurück, dabei wurden insgesamt mehr als 100 Kinder/Jugendliche und ihre Familien betreut. Da sich Delinquenz oft im Zusammenhang mit Schulverweigerung findet, werden auch Kinder und Jugendliche einbezogen, die in der Schule verhaltensauffällig sind bzw. lange Fehlzeiten aufweisen.

Mit dem Begehen von Straftaten gefährden Kinder und Jugendliche im erheblichen Maße ihre Entwicklung, zumal sich das auffällige Verhalten in allen von Fallschirm betreuten Fällen auch auf den schulischen Bereich erstreckt. Sie verbauen sich so die Möglichkeit, auf legalem Weg erfolgreich zu sein, einen Schulabschluss zu schaffen bzw. unabhängig von staatlichen

Transferleistungen zu leben. Das Ergebnis des schulischen Scheiterns ist dabei nicht nur ein Mangel an fachlichem Grundwissen und Allgemeinbildung, sondern es fehlen auch soziale Kompetenzen wie z. B. Frustrationstoleranz, Rücksichtnahme und Empathie.

In der Betreuung geht es vor allem um den Aufbau einer verbindlichen Beziehung, die auch aggressives und distanziertes Verhalten der Kinder aushält (wenn die Kinder z. B. nicht zu den verabredeten Terminen erscheinen, werden sie aufgesucht oder ein neuer Termin wird zeitnah angeboten; aggressives Verhalten führt nicht zur Beendigung der Betreuung). Die Verbindlichkeit in der Beziehung ist die Grundlage für das weitere pädagogische Vorgehen.

Das Kind oder der Jugendliche soll lernen, dass regelwidriges und straffälliges Verhalten negative Konsequenzen nach sich zieht. So gehört es zur Arbeit von Fallschirm, konsequent und normverdeutlichend auf regelwidriges Verhalten zu reagieren. Rationalisierungen von Straftaten (wie: „Der hat mir das Handy geschenkt!“ oder „Die Geldbörse gehörte doch keinem!“) werden nicht hingenommen. Fallschirm begleitet die Kinder zu ihren Anhörungsterminen bei der Polizei und trägt durch eigene Interventionen (z. B. Rückgabe von Diebesgut mit dem Kind) dazu bei, dass sich die Kinder mit ihrer Tat und ihrer Verantwortung dafür auseinander setzen müssen. Die Auseinandersetzung in der Betreuung erfolgt grundsätzlich nach dem Prinzip der Trennung von Person und Delikt.

Als Voraussetzung für einen günstigen Hilfeverlauf ist ein konsequenteres Erziehungsverhalten der Eltern und ihre Motivation, selbst etwas zu verändern. Wie reagieren die Eltern auf die Straftaten ihres Kindes? Verurteilen sie z. B. vordergründig sein delinquentes Verhalten, schmunzeln jedoch insgeheim über das „gewitzte“ Verhalten ihres Sohnes? Ist es ihnen wichtig, dass ihr Kind zur Schule geht oder denken sie, ihr Kind kommt auch ohne Schulbildung durchs Leben (so wie sie selbst)? Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Wenn die Eltern auch selbst bereit sind, in ihren Reaktionen auf das Kind Lernprozesse durchzumachen und ihr eigenes Verhalten aktiv zu verändern, ist die Prognose für das Kind, mit dem delinquenten Verhalten aufzuhören, günstiger. Aus diesem Grund arbeitet Fallschirm sehr intensiv mit den Eltern, in regelmäßigen Abständen (mindestens alle zwei Wochen) werden Elterngespräche geführt. Eine große Rolle spielen dabei elterliche Präsenz, eine zuverlässige Kontrolle und das Einüben altersgemäßer Pflichten und Rechte des Kindes.

Während bisher der Einsatz einer Hilfe immer auf der freiwilligen Mitarbeit von Kind und Eltern basierte, kann man seit dem Jahr 2009 von der Seite der Jugendämter/Polizei eine zunehmende Tendenz wahrnehmen, das Familiengericht einzuschalten. Dabei werden Hilfen als Auflage des Gerichtes installiert und finden somit im Rahmen eines Zwangskontextes statt.

Fallschirm erreichte auch im Jahr 2011 weiterhin die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen, die erhebliche Schulschwierigkeiten haben und Straftaten begehen. Es wurden insgesamt 21 Kinder bzw. Jugendliche (sieben davon weiblich) betreut, davon waren ein Intensivtäter, drei kiezorientierte Mehrfachtäter, drei Mehrfachtäter; 13 Kinder/Jugendliche waren auf Grund von Schulschwierigkeiten in Betreuung. In einem Fall wurde ein sozialpädagogisches Clearing durchgeführt, um den genauen Hilfebedarf zu klären. Bei dem überwiegenden Teil der Kinder und Jugendlichen, bei denen im Vordergrund die schulische Problematik stand, lagen auch Straftaten vor. Die betreuten Kinder und Jugendlichen lebten überwiegend in den Bezirken Mitte und Reinickendorf, ein Kind kam aus Charlottenburg**.**

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auch im kommenden Jahr auf der Gewährleistung einer kontinuierlich hohen Prozessqualität. Deshalb arbeitet Fallschirm mit einem Diagnosebogen, speziell für straffällige bzw. verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche. Aus einer genauen Analyse der Beeinträchtigungen des jeweiligen Kindes/Jugendlichen wird die Zielstellung erarbeitet, auf die sich die Arbeit ausrichtet.

Aufgrund der immer komplexer werdenden Fälle (Beziehungsstörungen der Kinder, fehlende Kooperationsbereitschaft der Eltern, starre Handlungsmuster in den Familien), die es kaum ermöglichen, pädagogisch auf die Kinder Einfluss zu nehmen, wurde in diesem Jahr auch das sozialpädagogische Clearing angeboten, welches dazu dient, vor dem Einsatz einer Hilfemaßnahme einen genaueren Überblick über die Situation und den konkreten Hilfebedarf der Familien zu erhalten.

Die Kooperation mit allen beteiligten Institutionen (Jugendämter, Schulen und Polizei/JGH) im Einzelfall ist weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von Fallschirm, denn nur durch eine enge Vernetzung kann weiterhin konsequent und zeitnah auf das Fehlverhalten der Kinder und Jugendlichen reagiert werden.

7. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung ist eine Einrichtung der Jugendstraffälligenhilfe. Jugendliche und Heranwachsende, die eine Straftat begangen haben, können sich hier beraten lassen und an einer erzieherischen Maßnahme teilnehmen, wodurch die Voraussetzungen zur Verfahrenseinstellung nach § 45 Abs. 2 Jugendgerichtsgesetz (JGG) geschaffen werden. Sozialarbeiter/-innen – die Diversionsmittler/-innen – unterstützen die jungen Menschen dabei, den von ihnen verursachten Schaden materiell oder immateriell wieder gut zu machen.

Die schnelle erzieherische Reaktion soll bewirken, dass sich die Jugendlichen mit der Tat und den Folgen für das Opfer und für sich selbst auseinandersetzen, Verhaltensalternativen entwickeln und die Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen. Am Beispiel der Schadenswiedergutmachung üben die Jugendlichen verantwortliches und wertegeleitetes Handeln. Wenn die Maßnahme der Diversionsmittler/-innen erfolgreich ist, stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren in der Regel ein.

Es handelt sich um Kurzzeit-Interventionen im Rahmen von bis zu drei Kontakten. Die Diversionsmittler/-innen haben ihre Büros in den sechs örtlichen Berliner Polizeidirektionen. Die Namen und Adressen der einzelnen Diversionsmittler/-innen sind auf der Website unter www.stiftung-spi.de/diversion zu finden. Die Finanzierung des Projekts erfolgt über die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Eine gemeinsame Verwaltungsvorschrift der Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Inneres und Justiz – die Diversionsrichtlinie – regelt den Rahmen.

Ziele der Diversionsberatung sind:

- Unterstützung Jugendlicher und Heranwachsender, verantwortliches Handeln zu erlernen und kommunikative Kompetenz zu erwerben,
- Vermeidung schädlicher Wirkungen der formellen Reaktionen auf eine Straftat auf die Jugendlichen/Heranwachsenden,
- (sekundäre) Spezialprävention weiterer Straftaten,
- Unterstützung der Jugendlichen bei Entwicklungsaufgaben (bei Bedarf), dadurch Prävention von psychosozialen Fehlentwicklungen,
- Berücksichtigung der Opferperspektive und -interessen,
- Unterstützung der Beteiligten im Sinne von Restorative Justice.

Nach erfolgreicher dreijähriger Modellphase (1999-2002) wurde das Projekt fortgesetzt. Die Zahl der Jugendlichen und Heranwachsenden in der Diversionsberatung ist seitdem erheblich gestiegen und erreichte im Jahr 2008 den bisherigen Höchstwert von 1.461 Jugendlichen und Heranwachsenden. Im Jahr 2011 erhielten 1.050 Jugendliche und Heranwachsende die Möglichkeit, eine Diversionsberatung wahrzunehmen. Es kommen etwa halb so viele Mädchen wie Jungen.

Die Delikte, welche die Jugendlichen begangenen haben, die an einer Diversionsberatung teilnehmen, sind sehr unterschiedlich. Am häufigsten handelt es sich um jugendtypische Delikte wie Diebstahl (z. B. Ladendiebstahl), Sachbeschädigung (z. B. Graffiti), Körperverletzung, Leistungserschleichung (z. B. Beförderungserschleichung), Beleidigung, Raub/räuberische und Erpressung. In vielen Fällen war eine Schadenswiedergutmachung möglich.

8. HundeDoc - Tierärztliche Versorgung an Berliner Brennpunkten

Zielsetzung und Zielgruppe

Zielgruppe des Projektes sind Punks, Obdachlose, Trebegänger/-innen und Mitglieder vergleichbarer sogenannter sozialer Randgruppen, denen das öffentliche Straßenland, öffentliche Plätze sowie Bahnhöfe und deren Umgebung zu ihrem Lebensmittelpunkt wurden, auch wenn viele dieser jungen Menschen nicht im wörtlichen Sinne obdachlos sind. Tiere - insbesondere Hunde - haben für diese Klientinnen und Klienten der Sozialen Arbeit einen sehr hohen Stellenwert. Sie sind oft das Synonym für Zuverlässigkeit sowie Partnerschaft und sie sind häufig die einzige Konstante in einem durch Brüche gekennzeichneten Lebenslauf. Für viele ist das Tier der einzige „Sozialpartner", ohne den die jungen Menschen sozial noch mehr verelenden würden. Die Erfahrungen von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zeigen, dass gerade Punks, Obdachlose und Trebegänger/-innen eine besondere Fürsorge und ein hohes Maß an Verantwortung für ihre Tiere entwickeln können. Hier liegt der Ansatz für das Projekt „HundeDoc - Tierärztliche Versorgung an Berliner Brennpunkten", der diese Klientinnen und Klienten Sozialer Arbeit durch Anknüpfen an die Beziehung Mensch-Tier dazu motiviert, die Eigenverantwortung für ihre persönlichen und sozialen Belange in stärkerem Maße wahrzunehmen.

Zentraler Akteur des Projektes HundeDoc ist eine Tierärztin, welcher die Jugendlichen und ihre Tiere mit einem für veterinärmedizinische Dienste geeigneten Fahrzeug an markanten öffentlichen Plätzen regelmäßig aufsucht. Mit diesem mobilen Angebot bahnt sie den mit HundeDoc kooperierenden Einrichtungen Sozialer Arbeit einen Zugang zu einer Klientel, die sozialen Hilfeangeboten in der Regel kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Die kostenlosen veterinärmedizinischen Versorgungs- und Beratungsangebote der Tierärztin dienen als Brücke zwischen den Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern und den Tierhalterinnen/Tierhaltern. Damit wird ein besserer sozialarbeiterischer Zugang zu den genannten Personenkreisen ermöglicht. Die Voraussetzung ist eine enge Vernetzung und Kooperation des Projektes HundeDoc mit verschiedenen Projekten der Straßensozialarbeit.

Zielumsetzung im Projektalltag

Der Kontakt zu den Jugendlichen und ihren Tieren - mit Terminvergabe für die Behandlung - erfolgt fast ausschließlich über die Vermittlung der mit HundeDoc kooperierenden Sozialarbeiter/-innen, die auf das Angebot hinweisen. Die Beziehung der Tierhalter/-innen zu den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ist zu diesem Zeitpunkt häufig noch sehr vage, denn für die Tierhalter/-innen steht eindeutig das kostenlose veterinärmedizinische Angebot für ihre Tiere (in den meisten Fällen Hunde) im Vordergrund, nicht das sozialpädagogische Unterstützungsangebot. Dadurch, dass die Tierhalter/-innen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Kontakt treten müssen, um das veterinärmedizinische Angebot in Anspruch nehmen zu können, eröffnet sich die Möglichkeit zur sozialpädagogischen Einflussnahme und Intervention. Gleichzeitig werden Verbindlichkeiten aufgebaut, welche die Einhaltung von Terminen und Behandlungen seitens der Tierhalter/-innen betreffen.

Die veterinärmedizinischen Untersuchungen und Behandlungen finden in einem ehemaligen Rettungswagen statt, der zu einem Behandlungs- und Operationsfahrzeug umgebaut wurde. Die tierärztliche Versorgung kann dadurch nahezu jahreszeiten- und wetterunabhängig durchgeführt werden. Mit dem Fahrzeug steuert die Tierärztin wöchentlich vier verschiedene Standorte an, an denen sie die Tiere der Klientinnen und Klienten behandelt.

Die Standzeiten und -orte sind:

- montags von 12.00 bis 14.00 Uhr im Wagendorf Wuhlheide (Köpenick),
- dienstags von 15.30 bis 18.00 Uhr beim Straßensozialarbeitsprojekt Karuna/Straßenkinderakademie-Streetwork in Friedrichshain,
- donnerstags von 16.00 bis 19.00 Uhr am KLIK (Kontaktladen für Straßenkinder), nahe dem Alexanderplatz,
- freitags von 11.00 bis13.30 Uhr beim KuB (Kontakt und Beratung)-Center für Straßenjugendliche, nahe dem Bahnhof Zoologischer Garten.

Darüber hinaus vereinbart die Tierärztin außerhalb der Standzeiten Termine für gesonderte zeitaufwändigere Behandlungen und Eingriffe.

Das beschriebene Projektziel wird erreicht durch folgende Angebote:

– veterinärmedizinische Grundversorgung,
– Operationen/Kastrationen,
– Beratung.

Veterinärmedizinische Grundversorgung: Es bestand nach wie vor ein extrem großer Bedarf an Antiparasitika, Impfungen, der Versorgung kleinerer Wunden, der Behandlung von Infektionen im Allgemeinen und der Aufklärung im Umgang mit den Tieren. Von im Jahr 2011 359 durchgeführten Impfungen entfielen 137 auf erstmals vorgestellte Tiere, davon waren 117 Tiere Hunde. Es wurden außerdem 383 Wurmkuren an Hunden durchgeführt, wobei anzumerken ist, dass einige sehr zuverlässige Klientinnen und Klienten die Entwurmung mehrmals im Jahr anfordern.

Operationen/Kastrationen: Im Jahre 2011 wurden 16 Hündinnen und drei Rüden sowie fünf Katzen und neun Kater kastriert. Die Operationen fanden im Jahr 2011 hauptsächlich „vor Ort“ statt, d. h. im Wagendorf, aber auch auf offenem Straßenland in Mitte und Friedrichshain, je nach (vorübergehender) Wohnlage der Klientinnen und Klienten, vor dem KLIK oder dem KuB-Center. Da die Tierärztin bei Hündinnen eine fachkundige Assistenz benötigt und die Klientinnen und Klienten sich wenigstens für einige Tage eine feste Unterkunft besorgen müssen, ist das Abarbeiten der Kastrationswarteliste aus rein organisatorischen Gründen beschränkt. Als Assistentin stand auch in diesem Jahr eine Praktikantin zur Verfügung.

Beratung: Neben der rein medizinischen Versorgung verwandte die Tierärztin - wie in den Jahren zuvor - einen großen Teil der Zeit auf Beratung und - wenn möglich - Erziehung der jugendlichen Klientinnen und Klienten. Im Zentrum der Beratung steht das Bemühen, bestimmte Regeln für die Tierhaltung zu vermitteln, damit die Tierhalter/-innen sich selber und ihrer Umgebung unnötige Unannehmlichkeiten ersparen. Dazu gehören beispielhaft die Kennzeichnung von Hunden und Katzen mittels Mikrotransponder, das Einhalten einer gewissen Ordnung in den Unterlagen (insbesondere Impfausweisen), die Benutzung der ausgegebenen Tollwutmarken und das Mitführen von Halsband, Leine und Maulkorb in den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Es wurden 87 neue Personenkontakte gezählt, einige Klientinnen und Klienten hingegen sind dem Projekt inzwischen entwachsen.

Finanzielle Situation und Ausblick

Die Tierschutzorganisation Europäischer Tier- und Naturschutz e.V. (ETN) sicherte die Unterstützung für ein weiteres Jahr zu. Das starke Medieninteresse der vergangenen Jahre ging im Jahr 2011 etwas zurück, so dass nur ein Fernsehbeitrag erschien. Aber es wurden gelegentlich alte Fernsehbeiträge wiederholt, die auch wieder kleinere Spenden zur Folge hatten. Großzügige Einzelspenden erhielt das Projekt durch den Rumpelbasar Zehlendorf e.V. Zusammen mit diversen kleineren und mittelgroßen Spenden, vorwiegend von Privatpersonen, war die Existenz des Projektes für das Jahr 2011 damit gesichert.

Im Jahr 2011 erhielt das Projekt neben der Finanzierung durch den ETN e.V. Unterstützung durch die Firma Albrecht Tiergesundheit, die von Beginn an zu den stillen Sponsoren durch Spenden in Form von Arzneimitteln zählt. So wird es voraussichtlich auch im Jahr 2012 sein. Sollte es nicht gelingen, einen Sponsor zu akquirieren, der durch regelmäßige Zahlungen den Verlust eines früheren Hauptsponsors kompensiert, so ist das Projekt in seiner Kontinuität gefährdet.

Angesichts der starken Nachfragen nach Kastrationen auf der einen und des zu erwartenden Medieninteresses auf der anderen Seite ist der Projektträger darum bemüht, die im Mai 2007 auf 60 % der regelmäßigen Arbeitszeit aufgestockte Tierarztstelle trotz der angespannten finanziellen Situation aufrecht zu erhalten. Die Kontinuität, die von dem Klientel verlangt wird, ist jedoch trotz dieser Maßnahmen schwer zu gewährleisten. Deshalb wird, neben der

erforderlichen Konsolidierung der auf Sponsoring und Spenden basierenden Finanzierung des Projekts, auch in Zukunft die Akquise weiterer Unterstützer eine aktuelle Aufgabe bleiben.

9. Ostkreuz
Mobiles Beratungsteam - (PRO-AKTIV) - Polis* - NÜRTİKULTİ

»Ostkreuz« - Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Das Mobile Beratungsteam (MBT) »Ostkreuz« ist ein Beratungsfachdienst zur Unterstützung lokaler Akteure bei der Entwicklung der demokratischen Kultur im Gemeinwesen sowie seinen Institutionen und Einrichtungen.

Das Arbeitsgebiet des MBTs und der bei ihm angesiedelten Teilprojekte ist die Förderung des Zusammenlebens in Vielfalt auf der Grundlage der geltenden menschenrechtlichen und Verfassungsnormen sowie die Auseinandersetzung mit vorurteilsbezogenen Problemlagen und ideologisierten Konflikten in der Einwanderungsstadt Berlin. Das MBT unterstützt v. a. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der Entwicklung integrierter Handlungsansätze zur Demokratieentwicklung und Auseinandersetzung mit „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF) und antidemokratischen Bestrebungen.

In den letzten Jahren wurde das MBT »Ostkreuz« vom Integrationsbeauftragten des Berliner Senats im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefördert; Mitte des Jahres 2011 fusionierte das MBT »Ostkreuz« mit seinem Teilprojekt „Pro-aktiv – gegen Islamfeindlichkeit und politische Ideologisierung von Religion“, das im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ als Projekt des Berliner Beratungsnetzwerkes für Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus gefördert und vom Integrationsbeauftragten des Berliner Senats im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kofinanziert wird. Das vereinigte Gesamtprojekt mit dem Projektnahmen „Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung Menschenrechte und Integration“ nimmt nun auch die Funktion der Erstkontaktstelle des Berliner Beratungsnetzwerkes für Probleme im Zusammenhang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten wahr.

Das MBT »Ostkreuz« steht für einen offen moderierenden Ansatz aufsuchender Demokratieförderung – in der, mit der und für die „Mitte der Gesellschaft“. Dieser Arbeitsansatz ist nicht auf die Unterstützung direkter Gegnerschaft zum deutsch-völkischen Nationalismus und eine repressive Bekämpfung von manifestem Rechtsextremismus beschränkt. Vielmehr stellt er mit einem breiteren inhaltlichen Bezugsrahmen die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders in der Einwanderungsstadt Berlin nach Maßgabe der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Vordergrund. Diese positive Ausrichtung erleichtert die Bezugnahme auf komplexe Problemlagen sowie differenzierte Anliegen der lokalen Akteure. Zugleich benennt sie die wirksamsten Faktoren zur Eindämmung und Abwehr von demokratiegefährdenden Erscheinungen und GMF, nämlich:

- eine demokratische Kultur der Akzeptanz, Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt und Verschiedenheit auf der Grundlage des menschenrechtlichen Verfassungskonsenses sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes,
- den Zusammenhalt eines lebendigen, vom verantwortlichen Engagement seiner Bürger/-innen und seiner Institutionen getragenen demokratischen Gemeinwesens, das sich als freiheitliche Vereinigung Ebenbürtiger und Gleichberechtigter zum Schutz der Rechte und Freiheiten jedes und jeder Einzelnen begreift und
- die Bereitschaft und Fähigkeit der Bürgergesellschaft und ihres demokratischen Gemeinwesens, den menschenrechtlichen Verfassungskonsens im gesellschaftlichen Zusammenleben zu verwirklichen und sich aktiv mit Bestrebungen und Verhaltensweisen auseinander zu setzen, die ihrem verbindenden Ethos zuwiderlaufen.

Der Arbeitsansatz des MBTs »Ostkreuz« betrachtet die Achtung der Autonomie und Entscheidungsfreiheit der Adressatinnen und Adressaten, das Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot als verbindliche professionelle Standards und ist der Meinungspluralität und dem offenen Umgang mit Differenzen als Interaktions- und Diskursprinzipien sowie dem

mit den Akteuren vereinbarten Vertrauensschutz verpflichtet. Er zielt auf die Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit und Selbststeuerung der Akteure in (dementsprechend) letztlich ergebnisoffenen Prozessen ab (Adressaten/-innen/Nutzerorientierung). Dabei hat sich eine grundsätzlich partnerschaftliche und dialogische Ausrichtung der Beratungsarbeit als dem Ansatz des MBTs »Ostkreuz« angemessen und wirksam erwiesen.

Die Angebote des MBTs »Ostkreuz« für seine Zielgruppen konkretisieren sich v. a. in den Formaten „Beratung", „Fortbildung" und „Vernetzung". Mit rund zwei Dutzend Beratungen (mit vereinbartem Termin, d. h. exklusive Beantwortung tel. Anfragen), fünfzehn Workshops (i. d. R. im Kontext von Beratungsprozessen), diversen eigenen sowie mit Kooperationspartner/-innen durchgeführten Veranstaltung (darunter Fachtagungen und Veranstaltungen mit der VHS Charlottenburg, mit dem Interkulturellen Bildungszentrum der urban consult gGmbH, die Gesprächsrunden des Interreligiösen Dialogs Charlottenburg-Wilmersdorf und von „Berlin im Dialog") sowie durch seine Gremienarbeit (Migranten/-innenbeirat Marzahn-Hellersdorf, LAP-Begleitausschüsse Marzahn-Mitte, Hellersdorf-Nord und Berlin Mitte etc.) erreichte das MBT »Ostkreuz« im Jahr 2011 rund 900 Adressatinnen und Adressaten aus dem Bereich seiner Zielgruppen. Das sind weniger als in den Vorjahren; dafür wurden aber intensivere Beratungs- und Vernetzungsprozesse realisiert, wodurch der beabsichtigten Entwicklung zu nachhaltigerer Arbeit mit und in Regeleinrichtungen und Netzwerken des demokratischen Gemeinwesens Rechnung getragen wurde. Die „handwerkliche" Weiterbildung zur (systemisch orientierten) Beratung war auch ein Schwerpunkt der teaminternen Fortbildung.

Zentrale Arbeitsvorhaben im Jahr 2011 waren:

Das Dialogformat für die Landesebene „Berlin im Dialog"
Das Format wurde dahingehend geändert, dass nur noch zwei Runden im Jahr zu aktuellen Themen eingeladen werden. Das Format zielt aber weiterhin auf die Etablierung einer Diskurs- und Vernetzungsstruktur, welche die Voraussetzungen zur pro-aktiven Intervention in ethnisch und/oder religiös/weltanschaulich aufgeladenen Konfliktlagen verbessert bzw. schafft.

Der Interreligiöse Dialog Charlottenburg-Wilmersdorf
Im Jahr 2011 gab es zwei Dialogrunden, mit denen die Erarbeitung einer „Gemeinsamen Erklärung" vorbereitet wurde, die im Jahr 2012 durch die Gremien der Glaubensgemeinschaften ratifiziert und im 2. Quartal öffentlich vorgestellt werden soll. Dabei hat der neue Bezirksbürgermeister (seit dem Herbst 2011) die Rolle des Einladers und Schirmherrn des Dialogs von seiner Vorgängerin übernommen und ist entschlossen, das Vorhaben erfolgsorientiert voranzutreiben.

Das Vorhaben „Religion auf der Tempelhofer Freiheit"
Aus der Initiativgruppe kristallisierte sich eine Gruppe heraus, die das Perspektivziel – ein interreligiöses Zentrum auf der Tempelhofer Freiheit – durch die Gründung eines Vereins voran bringen will. Der Verein soll gemeinsam von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, vertreten durch den Kirchenkreis Neukölln, dem Erzbistum Berlin, vertreten durch den Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum, dem Landesverband der DİTİB Berlin und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (ggf. vertreten durch das Jüdische Forum für Demokratie – gegen Antisemitismus) im Mai 2012 gegründet werden. Bis Ende 2012 wird ein Satzungsentwurf ausgearbeitet. Ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Gründung des Vereins „Treffpunkt Religion und Gesellschaft" auf der Tempelhofer Freiheit war die Diskussionsveranstaltung „Christen, Muslime und Juden gemeinsam gegen rechtsextreme Bedrohung", mit welcher der Verein (i.G.) auf einen Drohbrief deutsch-völkischer Rechtsextremisten reagierte, der Anfang Februar 2012 zwei Berliner DİTİB-Moscheen und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zuging. Zu der Veranstaltung am 5. März 2012, die in Kooperation mit dem MBT »Ostkreuz« organisiert wurde und bei der Vertreter/-innen der beteiligten Religionsgemeinschaften u. a. mit der amtierenden Polizeipräsidentin Margarete Koppers diskutierten, kamen rund 150 interessierte Bürger/-innen.

Beratungsprozesse an Schulen
Aufbauend und anknüpfend an Fortbildungen für Lehrkräfte und Schüler/-innen-Workshops (bzw. auf Anregung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und von Schule OHNE Rassismus) wurden mehrere potenziell weiterreichende Beratungsprozesse u. a. an einem OSZ und einem Gymnasium begonnen. An einem weiteren OSZ könnten sich aus Fortbildungen ähnliche

Anfragen ergeben. Im Jahr 2011 war das MBT »Ostkreuz« in diesem Sinne an sechs Schulen tätig. Hinzu kommt die intensive Begleitung der Nürtingen Grundschule im Rahmen des Bundesmodellprojekts „NÜRTİKULTİ – Vielfalt gestaltet Grundschule“ zur Gestaltung eines partizipationsorientierten Umgangs mit Vielfalt und Verschiedenheit (*Diversity*, siehe weiter unten).

Die Beratung der Abteilung Jugend des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf
Auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit dem Jugendamt wurde im Sommer 2011 mit der Lage- und Bedarfsanalyse zu Problemlagen im Kontext gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an drei Jugendfreizeiteinrichtungen und in deren sozialräumlichen Umfeld begonnen. Diese Analyse war – u. a. weil sich die Einholung von Genehmigungen für Interviews von Beamtinnen und Beamten als relativ kompliziert erwies – Ende 2011 noch nicht abgeschlossen. Mit der Diskussion der Ergebnisse der Analyse mit den Akteuren (JFEn) und dem Jugendamt wird erst im Jahr 2012 begonnen, so dass die Entwicklung von Handlungsempfehlungen und die Begleitung von deren Implementierung entsprechend ebenfalls erst im Laufe des Jahres 2012 realisiert werden kann.

Die Kooperation mit der urban-consult gGmbH
Die Beratung der urban-consult gGmbH zur Förderung eines ressourcenorientierten Umgangs mit Vielfalt und Verschiedenheit, einer menschenrechtsorientierten Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch die systematische Einbeziehung eines reflektierten Umgangs mit Diversity in die Qualitäts- und Organisationsentwicklung wurde zum Ende des Jahres 2011 in zwei Beratungsprozesse aufgeteilt: Zum einen in die Beratung des Geschäftsführers (Coaching) und zum anderen in die Beratung des Teams, das mit der Entwicklung von Angeboten zur kultursensiblen Elternarbeit in Kitas befasst ist (prozessbegleitende Beratung der Umsetzung eines Projektes).

Die Beratung von AGen/Fachgremien
sowie einzelner Mandatsträger/-innen demokratischer Parteien wurde bedarfsgerecht ebenso gewährleistet wie Angebote zur punktuellen Fachberatung, für Vorträge, Moderationen, Workshops etc. sowie zur beratenden Prozessbegleitung. Ein Ergebnis dieser Arbeit im Jahr 2011 ist z. B. der Beratungsauftrag eines Projektes des Lokalen Aktionsplanes Hohenschönhausen, das sich mit der Entwicklung von Standards zur pädagogischen Bearbeitung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Jugendsozialarbeit befasst.

Das Zusatzvorhaben „Bedarfsanalyse an Berliner Schulen“
Ein relativ kurzfristig bewilligtes Zusatzvorhaben zur Erfassung des Bedarfs für externe Beratungsangebote zum Themenfeld des MBTs »Ostkreuz« konnte nicht so schnell wie geplant umgesetzt werden. Der Rücklauf auf die Anfragen bei 120 Schulleitungen lag aber mit rund 17 %, die sich bereit erklärten, an der freiwilligen Umfrage teilzunehmen, deutlich über den realistischen Erwartungen. Aufgrund der großen Beteiligung der Schulleiter/-innen kann die Umfrage als erfolgreich bezeichnet werden. Die Auswertung wird sich allerdings bis ins Jahr 2012 hinziehen.

Weitere Nutzer/-innen der Beratungs- und Fortbildungsangebote des MBTs »Ostkreuz« waren z. B. Arbeitskreise demokratischer Parteien, eine AG der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin, die Berliner AWO (Training für FSJler/-innen) und „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“. Darüber hinaus stellte das MBT »Ostkreuz« seine Expertise- und Beratungskompetenz auch im Rahmen seiner Netzwerk- und Gremienarbeit etwa im Trägerkreis der Berliner Tage des interkulturellen Dialogs, im Migrantenbeirat Marzahn-Hellersdorf, in den Begleitausschüssen der Lokalen Aktionspläne Marzahn-Mitte, Hellersdorf Nord/Ost und Wedding/Brunnenstraße, in der Task Force Education on Antisemitism des AJC und nicht zuletzt auch im Berliner Beratungsnetzwerk zur Verfügung.

Bezirksspezifische Angebote in Marzahn-Hellersdorf

Den regionalen Schwerpunkt Marzahn-Hellersdorf bei der Förderung einer menschenrechtsorientierten Kultur des Respekts und des Schutzes der Demokratie mit zivilgesellschaftlichen Mitteln bearbeitet das (durch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin geförderte) Projekt „Polis* – Bezirkliche Koordinierungstelle Marzahn-Hellersdorf

gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus“, das als eigenes Teilprojekt organisatorisch und fachlich beim MBT »Ostkreuz« angesiedelt ist.

Im Jahr 2011 konnte die seitens des Bezirksamts gewünschte konzeptionelle Schwerpunktverlagerung der Aktivitäten von Polis* in Richtung einer stärkeren Übernahme von verwaltungsbezogenen Vernetzungsaufgaben und Dienstleistungen sowie einer stärkeren Profilierung als bisher an das Bezirksamt angebundene „Bezirkliche Koordinierungsstelle“ weiter gefestigt werden.

Die im Jahr 2009 zum ersten Mal durchgeführte Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“ fand auch im Jahr 2011 wieder statt. Die Veranstaltung, an der sich ein breites Bündnis aus unterschiedlichen demokratischen Akteuren (Bezirksamt, politische Parteien, freie Träger, Vereine, Schulen, Initiativen, Alice-Salomon-Hochschule etc.) beteiligte, wurde von Polis* maßgeblich mitgeplant, moderiert und in enger Zusammenarbeit mit dem Verein „Roter Baum“ umgesetzt. Die Veranstaltung konnte somit als jährliches „Event“ im Bezirk weiter etabliert werden.

Im Sommer 2011 – kurz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) – koordinierte und moderierte Polis* die Erarbeitung und Präsentation eines „Gemeinsamen Manifests aller demokratischen Parteien zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV Marzahn-Hellersdorf“, indem sich Bündnis ’90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD dazu bekannten, sich im Wahlkampf von jedweden rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen zu distanzieren. Dieses Wahl-Manifest wurde in einer Pressekonferenz und im Rahmen von „Schöner leben ohne Nazis“ öffentlich vorgestellt.

Ebenfalls kurz vor den Wahlen veröffentlichte Polis* gemeinsam mit dem MBT »Ostkreuz« die Broschüre „»Das wird man ja wohl noch sagen dürfen…« - Zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Argumentationsweisen“, deren erste Auflage bereits im Herbst vergriffen war, so dass bis Jahresende eine zweite Auflage herausgegeben wurde.

Das seit dem Jahr 2008 bestehende „Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen“ – unter der Schirmherrschaft der Bezirksbürgermeisterin – wurde im Jahr 2011 fortgeführt. Von verschiedenen Seiten (Büro der Bezirksbürgermeisterin, Integrationsbeauftragte, Ordnungsamt, politische Parteien, freie Träger, einzelne Bürgerinnen und Bürger etc.) wurden dem Verzeichnis über das gesamte Jahr hinweg entsprechende Vorfälle gemeldet. Für eine bessere Kooperation sowie eine noch in Arbeit befindliche Neukonzeption des Verzeichnisses wurden neue Akteure (z. B. Stadtteilzentren) gezielt angesprochen, um diese mit der Arbeit des Verzeichnisses vertraut zu machen und sie dafür zu sensibilisieren, ggf. Meldungen zu erstatten. Das Verzeichnis wurde im Februar 2012 in einer, gemeinsam mit den Registerstellen anderer Bezirke, veranstalteten Pressekonferenz vorgestellt.

Polis* arbeitete auch im Jahr 2011 in der AG „Antirassistische und interkulturelle Arbeit“ des Beirates für Migrantinnen/Migranten-Angelegenheiten des Bezirksamtes mit. Darüber hinaus unterstützte Polis* vereinbarungsgemäß die Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplanes (LAP) Marzahn-Mitte u. a. im Begleitausschuss.

Insgesamt erreichte Polis* mit seinen Aktivitäten über 500 Akteure im Bezirk.

Die bezirksspezifischen Tätigkeiten des MBTs »Ostkreuz« in Marzahn-Hellersdorf jenseits der Tätigkeit des Teilprojektes Polis* bezogen sich im Jahr 2011 – neben einer Fortbildung für Mitarbeiter/-innen der Bezirksverwaltung zum Thema „Interkulturelle Öffnung – Diversity“ (in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Bezirksamts) – hauptsächlich auf die Mitarbeit in Gremien, nämlich im Beirat für Migrantinnen/Migranten-Angelegenheiten des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, im Lenkungsgremium zur Entwicklung eines bezirklichen Integrationsprogramms und in den Begleitausschüssen der Lokalen Aktionspläne Marzahn-Mitte und Hellersdorf Nord/Ost (Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN).

Das bezirkliche Integrationsprogramm, an dessen Erarbeitung die Projektleitung des MBTs »Ostkreuz« (als Vertretung des Beirates für Migrantinnen/Migranten-Angelegenheiten) maßgeblich mitwirkte und das der Polis*-Vor-Ort-Koordinator in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten redigierte, wurde im März 2011 von der BVV beschlossen. Im Zuge seiner Umsetzung wird sich Polis* namentlich im Handlungsfeld „Förderung einer menschenrechtsorientierten Kultur des Respekts und Schutz der Demokratie" engagieren.

Ein Ergebnis dieser Arbeit – aber auch der Leistungen des Teilprojektes Polis* – ist die Einrichtung einer externen Koordinierungsstelle für den Lokalen Aktionsplan Hellersdorf-Nord/Ost in Trägerschaft des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte zum Jahresbeginn 2011, die organisatorisch beim Polis* angesiedelt ist. Die Arbeit des externen Koordinators (mit einer halben Personalstelle) wurde vom Bezirksamt als so hilfreich erachtet, dass ihm im Jahr 2012 (mit einem geringeren Stundenumfang) auch die externe Koordination des LAPs Marzahn-Mitte übertragen wird.

Teilprojekt „NÜRTİKULTİ – VIELFALT GESTALTET GRUNDSCHULE"

Um die Erfahrungen des Projektes VIELFALT GESTALTET aus den Jahren 2007 bis 2010 – insbesondere hinsichtlich der Gelingensbedingungen von Prozessen zum demokratiefördernden Umgang mit Vielfalt an Schulen – auf Grundschulen zu übertragen und seine modellhaften Arbeitsansätze an die dortigen Anforderungen und Verhältnisse anpassen zu können, entwickelte der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte einen neuen Projektvorschlag für das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken", der Ende 2010 bewilligt wurde (einen diesbezüglichen Handlungsbedarf hatte u. a. auch die Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus attestiert, die eine Schwerpunktsetzung auf den Elementar- und Primarbereich empfahl).

Das Projekt, das in Kooperation mit der Nürtingen Grundschule und dem Hortträger Kotti e.V. beantragt wurde, begann im Jahr 2011 mit der Erkundungs- und Orientierungsphase, in der es sich in den Gremien der Schule und des Horts vorstellte, Sprechstunden vor Ort einrichtete und sich mit den schulischen Akteuren bekannt machte. Im Zuge dieser Phase der Kontaktaufnahme und Projektpräsentation wurde in einem partizipativen Verfahren, dass Pädagoginnen/Pädagogen, Eltern und – bei der Abstimmung über die so entwickelten Vorschläge – die Schüler/-innen einbezog – der Projektname „NÜRTİKULTİ" gefunden. Bereits in dieser Phase wurden auch zwei Diversity-Trainings zur Sensibilisierung der Lehrer/-innen, Schulsozialarbeiter/-innen und Erzieher/-innen (von Trainer/-innen des Vereins „Eine Welt der Vielfalt") durchgeführt. Auf Wunsch von Eltern gab es ein weiteres Diversity-Training, das von Projektmitarbeiter/-innen für diese Zielgruppe angeboten wurde. Zur Jahresmitte 2011 wurde dann mit der ressourcenorientierten Bestandsanalyse begonnen – u. a. mittels umfangreicher Hospitationen und zahlreicher Interviews mit allen am Schul- und Hortleben Beteiligten. Zugleich wurde das Projektteam – bzw. einzelne Projektmitarbeiter/-innen – auch zur Beratung zu laufenden Maßnahmen (z. B. Fragen zum Türkischunterricht des türkischen Konsulats, pädagogischer Umgang mit Genderfragen etc.) angefragt, wodurch sich teilweise auch Verzögerungen hinsichtlich der Bestandsaufnahme ergaben. Die bei letzterer gewonnenen Beobachtungen, Eindrücke und Erkenntnisse werden im Jahr 2012 mit den Leitungen der Schule und des Horts, mit der Lenkungsrunde des Projektes (in der weitere Pädagoginnen und Pädagogen vertreten sind), mit dem Schulentwicklungsteam (in dem auch Eltern vertreten sind) und weiteren schulischen Gremien (Gesamtkonferenz, Elternvertretung, Schülerparlament und Schulkonferenz) ausgewertet. Auf dieser Grundlage werden vom Projektteam in „Koproduktion" mit den schulischen Akteuren konkrete Handlungskonzepte und Vorschläge für Maßnahmen entwickelt, die dann (frühestens ab der zweiten Jahreshälfte 2012) vom Projektteam begleitet, zu implementieren sind.

Erreichte Zielgruppen (Teilnehmer/-innen)

Gemäß seinem Konzept soll das MBT »Ostkreuz« ein möglichst breites Spektrum von Akteuren erreichen. Als Akteure werden Einzelpersonen und Gruppen betrachtet, die in den Bereichen Politik und Verwaltung, soziale Arbeit, Jugend, Schule und Bildung, Stadtteilarbeit, Integration, Managing Diversity und Migrantenselbstorganisation, Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit, öffentliche Sicherheit, Kultur, Religionsgemeinschaften, Vereinen

und Verbänden, Projekten und Arbeitskreisen, Initiativen und Netzwerken tätig sind und über Handlungsspielräume zur Mitgestaltung ihres sozialen und/oder beruflichen Umfeldes, ihrer Organisation oder Einrichtung verfügen. Die durch die Arbeit des MBTs »Ostkreuz« erreichten Personen entsprachen insgesamt der definierten Zielgruppe.

Im Jahr 2010 nahm dabei der „quantitative Output" hinsichtlich der durch das Projekt erreichten Personen aus dem Bereich seiner Zielgruppen im Vergleich zum Vorjahr wieder ab. Der „quantitative Output" sagt aber per se tatsächlich nur sehr wenig über die Qualität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Arbeit aus. Wesentlich wichtiger sind dafür z. B. dauerhafte Kontakte und Kooperationsbeziehungen wie sie etwa mit dem Jugendamt und der Volkshochschule Charlottenburg-Wilmersdorf, mit der urban consult gGmbH, ARiC Berlin e.V., Babel e.V., der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Landesverband Berlin der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DİTİB), Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage sowie mit diversen Kirchengemeinden, Arbeitsgruppen und Gremien demokratischer Parteien, mit Bezirksverwaltungen, Schulen und schulischen Akteuren sowie Vereinen und Verbänden gesellschaftlicher Interessengruppen (nicht zuletzt Minderheiten) gepflegt wurden und werden. Insofern ist für die Leistungsbilanz des MBTs »Ostkreuz« weniger der „quantitative Output" als der Umstand entscheidend, dass das Team mit seiner Arbeit partnerschaftliche Beziehungen mit Akteuren aus dem Spektrum seiner Zielgruppen zu deren Zufriedenheit gestaltet. Dies wurde auch im Jahr 2011 wieder erreicht, so dass das MBT »Ostkreuz« auf ein insgesamt erfolgreiches Jahr 2011 zurückblickt.

10. Veranstaltungshaus „Werk 9"

Das Werk 9 ist eine Jugendfreizeiteinrichtung mit dem Schwerpunkt Jugendkulturarbeit/ außerschulische Bildung. Die Angebote werden ständig weiterentwickelt und auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt. Im Sinne einer kontinuierlichen Prüfung der Wirkung wird in regelmäßigen Abständen ein Meinungsbild zu den Angeboten, deren Nachfrage bzw. Nutzung abgefragt.

Zielgruppenbeschreibung

Das Werk 9 wird von Jugendlichen im Alter von 14 bis 27 Jahren besucht, die ihre Freizeit aktiv mit Musik oder Theater, der Gestaltung oder im Umgang mit Technik verbringen wollen. Durch gemeinsame Interessen werden Jugendliche aus sämtlichen sozialen Strukturen und Lebenslagen angesprochen.

Das Veranstaltungshaus Werk 9 ist kein ausschließlich kiezorientierter Klub mit entsprechendem Profil, sondern wird von Jugendlichen aus dem gesamten Bezirk und darüber hinaus von Jugendlichen aus anliegenden Bezirken besucht.

Werk 9 orientiert sich mit seinen Angeboten an den Bedürfnissen der Jugendlichen und bietet einen Freiraum, den die Jugendlichen benötigen bzw. auch einfordern.

Zielsetzung und Methoden

Das Medium „Rockmusik" ist ein besonders starkes identitätsstiftendes und motivierendes Erfahrungsfeld für Jugendliche. „Das Projekt „Mixtour im Werk 9" beabsichtigt durch den kontinuierlich begleiteten Aufbau von Jugendbands, Theatergruppen und Veranstaltungen spezifische Freizeitinteressen von Jugendlichen zu befriedigen, um so eine Ebene der Selbstentfaltung, Selbstdarstellung und Selbsterfahrung zu schaffen." (Auszug aus der Konzeption).

- Herstellen eines Sozialisationsklimas, in dem Jugendliche Kreativität und individuellen Ausdruck entwickeln können,
- Stärkung von Selbstvertrauen und Selbstachtung,
- Bildung eines Zusammenhalts der Gruppe, Identifizierung des Einzelnen mit der Gruppe und Stärkung der individuellen Position des einzelnen Gruppenmitgliedes,
- Entwicklung eines eigenen Bewusstseins, einer eigenen Identität,

- Übernahme von Verantwortung bei der Organisation und Durchführung von Aktivitäten,
- Einbeziehung und Mitbestimmung der Jugendlichen in Entscheidungsprozesse des Hauses und die Förderung selbst organisierter Aktionen und Veranstaltungen Jugendlicher,
- geschlechtsdifferenzierte Arbeit ist Bestandteil des pädagogischen Wirkens,
- Einbringen und Umsetzen der Gender-Aspekte.

Diese Ziele werden durch folgende Angebote umgesetzt: Betreute und unbetreute Bandproben, Einzelunterricht, Workshops, Veranstaltungen, Konzerte, Gruppenfahrten, Theaterprojekte, Technikprojekt, Gestaltungsprojekt.

Für alle Angebote sind Formen der Beteiligung von Jugendlichen vorgesehen und fester Bestandteil der Arbeit. Im Werk 9 gibt es viele Jugendliche, die sich aktiv an der Planung und Gestaltung der Projekte und Veranstaltungen beteiligen. Es werden gemeinsam die Themen für Musikpartys und Gruppenfahrten besprochen, zusammen ein „Fahrplan" für Theaterproduktionen erarbeitet und der Rahmen geschaffen für unterschiedlichste Veranstaltungen (Vorträge, Diskussionsrunden und Workshops). Das Schülercafé wird von Jugendlichen selbstverwaltet.

Das Leistungsangebot

Personal: zwei festangestellte Mitarbeiter/-innen (ein Diplom-Sozialpädagoge als Projektleiter mit 40 Wochenstunden und eine Erzieherin mit 40 Wochenstunden), Honorarkräfte in den Bereichen Musik, Theater, Technik und Gestaltung.

Im Werk 9 stehen drei komplett eingerichtete und schallisolierte Proberäume zur Verfügung, die wie folgt ausgestattet sind: Schlagzeug, Bassverstärker, Gitarrenverstärker, Gesangsanlage bestehend aus Mikrofonen, Verstärker und Monitorboxen sowie Abspielmöglichkeiten für CD und Tape. Jugendliche, die kein eigenes Instrument zur Verfügung haben, können entsprechende Instrumente für die Zeit ihres Aufenthalts kostenfrei ausleihen. Optional stehen Keyboards, Perkussionsinstrumente und weitere Mikrofone zur Verfügung. Diese technische Ausstattung ermöglicht somit allen interessierten Jugendlichen, die kein eigenes Instrument haben, in einer Band zu spielen und sich musikalisch auszuprobieren. Zwei Nebenräume werden als Musikräume genutzt, um in der Form des Einzelunterrichtes oder in kleinen Gruppen zu arbeiten. Im Veranstaltungsraum können Konzerte und Partys für ca. 200 Personen stattfinden. Die entsprechende Veranstaltungstechnik (Ton- und Lichttechnik) ist vorhanden. Auch für Theateraufführungen kann die Bühne mit Saal gut genutzt werden. Dabei finden ca. 100 Personen sitzend Platz.

Regelmäßige wöchentliche Angebote

Musikprojekt - Bandproben, Einzelunterricht, Workshops, Theaterprojekte, Grafikkurs, Technikkurs, Schülercafé

Öffnungszeiten und Projektarbeit wöchentlich: Montag bis Donnerstag von 15.00 bis 21.00 Uhr.

Veranstaltungen: Freitag, Samstag, Sonntag ca. 80 Veranstaltungen im Jahr, wie Konzerte, Partys, Theateraufführungen, Tage der offenen Tür, Open Air-Konzerte, Aktionstage.

Evaluation und Dokumentation der Arbeit

Im Rahmen des Qualitätsmanagements führen wir seit dem Jahr 2003 eine kontinuierliche Evaluation durch:

- fortlaufende Erhebung der Sozialdaten der Projektteilnehmer/-innen,
- regelmäßige Kundenbefragung,
- Einschätzung und Bewertung der Jugendlichen aus Sicht der betreuenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
- Arbeit nach den Qualitätsmanagementvorgaben der Berliner Jugendfreizeitstätten,

– fortlaufende Aktualisierung der Dokumentation in Wort und Bild.

Vernetzung im Stadtraum

Die Ansprechpartnerinnen und -partner für gemeinsame Projekte und Veranstaltungen sind vielfältig. Sie reichen von pädagogischen Koordinatoren bis zu Projektleitern, von Schülervertretungen und Schulleitungen bis zum Geschäftsführer. Die Vernetzung erstreckt sich in die verschiedensten Bereiche von Schule und Jugendarbeit. Kooperationspartner sind weiterführende Schulen im Bezirk, andere Projekte der Stiftung SPI, freie Theatergruppen, Projekte und Einrichtungen der Jugendamtes Mitte. Beispiele für die Zusammenarbeit sind die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung von Schulfesten, Tagen der offenen Tür, Theaterstücken und Konzerten, Bandauftritten bei Veranstaltungen außer Haus sowie Veranstaltungen und Projekte an den Schulen. Seit dem Jahr 2010 ist „Werk 9“ Mitglied im Stadtteilaktiv „Spittelkolonnaden“.

11. Haus der Jugend - Interkulturelle Jugendfreizeiteinrichtung am Nauener Platz

Kurzporträt

Das Haus der Jugend ist das zentrale Gebäude am Nauener Platz im Stadtteil Wedding des Bezirks Mitte. Es wurde Anfang der 1950er Jahre (Grundsteinlegung am 15. Dezember 1951) als erste Jugendfreizeitstätte West-Berlins mit Mitteln des Marshall-Planes erbaut. Das Haus der Jugend befindet sich in einer Region mit einer sehr problematischen sozialen Struktur und hält gerade deswegen für Kinder und Jugendliche ein adäquates Angebot bereit.

Angebote:

Das Spektrum umfasst neben dem Angebot der offenen Tür (Spielen, Computerlounge, Tischtennis, Kickern), feste Programmpunkte wie Hausaufgabenhilfe, Breakdance, Crumping, Basketball und Fußball (Freiluftsaison), Kochen, Kunst- und Bastelangebote, Fotografie, Musik, Hip Hop, Schach, Rechtsberatung sowie eine Zusammenarbeit mit Schul- und Hortprojekten. Das Haus der Jugend bietet zu saisonalen und kulturellen Ereignissen entsprechende Angebote.

Die Arbeit des Hauses verfolgt folgende Ziele:

– ein gewaltfreier Raum für Kinder und Jugendliche,
– kulturelle und geschlechtsspezifische Gleichberechtigung,
– Förderung von kultureller und schulischer Bildung,
– Stärkung der Eigenverantwortung und des Selbstbewusstseins durch Mitwirkung und Beteiligung,
– informelles Lernen im Alltag des Erlebens und Spielens.

Das Haus der Jugend wird auch von anderen Projekten genutzt. So befindet sich das Büro des Zentrums des Jugendrechts im Haus, das Projektwochen mit Schulklassen zu Fragen im Spannungsfeld von Polizei und Justiz veranstaltet. Das Projekt „Mütter an den Start“, wendet sich an junge Mütter, mit der Zielsetzung, diese wieder ins Berufsleben zurückzuführen. Das Projekt wird in Kooperation vom SOS Kinderdorf und LIFE e.V. durchgeführt. Das SOS Kinderdorf hat ebenfalls ein Büro im Haus der Jugend und es werden Kurse mit den Müttern durchgeführt. Eine weitere wichtige Institution im Haus ist das Kinder- und Jugendbüro.

In den Kellerräumen des Hauses haben die Kiezhandwerker ihr Quartier aufgeschlagen und nutzen dort einen Raum als Werkstatt und Anlaufpunkt für Jugendliche, die Strafstunden ableisten müssen. Die Kiezhandwerker leisten ihren Beitrag zur Verschönerung des Hauses und zur Sauberkeit auf dem Platz.

Im Haus der Jugend proben auch zwei Theatergruppen. Zum einen ist dies die Seniorentheatergruppe „Ostschwung“ und zum anderen das deutsch-türkische Jugendtheater „Die Waisen“. Beide Theatergruppen treten hier mit ihrem Programm auch auf. Zudem finden auch vom Träger ABO-Mitte Theaterproben in Form eines Workshops statt. Hierbei sollen

Arbeitslose durch ein Theaterprojekt motiviert werden, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

In Kooperation mit dem Träger Kulturen im Kiez e.V. und der Volkshochschule Mitte finden viermal in der Woche am Vormittag Alphabetisierungskurse für Mütter der Ethnie der Roma im Haus der Jugend statt.

Das Haus der Jugend beteiligt sich an Kiez- und Stadtteilfesten und unterstützt insbesondere die positive Umgestaltung des Nauener Platzes durch eigene Aktionen auf dem Gelände des Platzes.

Zudem bietet das Haus der Jugend mit seinem Saal die Möglichkeit, Konzerte, Theateraufführungen, Seminare oder andere öffentliche Veranstaltungen durchzuführen und somit das kulturelle Leben des Stadtteil Wedding zu bereichern.

Zielgruppe des Projekts

Die Zielgruppe des Hauses der Jugend sind traditionell und auch bedingt durch den Standort fast ausschließlich Migranten. Hierbei sind die dominierenden Gruppen arabischer, bosnischer bzw. türkischer Herkunft. Die Besucher aus Bosnien sind überwiegend Roma. Kinder und Jugendliche traditioneller deutscher Herkunft bilden die Ausnahme. Die Herkunftsfamilien der Besucher/-innen sind meist bildungsfern und haben eine schwierige soziale Situation. Sie sind hauptsächlich Empfänger/-innen von Transferleistungen. Zudem sind die Kinder und Jugendlichen, die das Haus der Jugend besuchen, Mitglieder von Großfamilien, in denen das Augenmerk nicht ausschließlich auf das einzelne Kind gerichtet wird.

Methoden des Projekts

- Kinder haben die Möglichkeit sich im freien Spiel zu erproben,
- Einhaltung von im Haus geltenden Regeln,
- Inklusion durch pädagogische Integration von behinderten Menschen und einem möglichst barrierefreien Zugang für alle Angebote,
- Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderen Kindern und Jugendlichen, bspw. aus anderen Kulturen. Es gilt die Orientierung an demokratischen Grundwerten,
- Stärkung des Selbstwertgefühls der Besucher/-innen,
- Hausaufgabenhilfe und Lernförderung, Vorbereitung auf die Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss,
- sportliche Betätigung (Tischtennis, Breakdance, Basketball),
- Bildungsangebote werden mittel- und unmittelbar zur Verfügung gestellt,
- musikalische und künstlerische Angebote,
- Zusammenarbeit mit Schulen.

Personal

Im Haus der Jugend sind derzeit vier Mitarbeiter/-innen mit einer vollen Stelle festangestellt, die durch Zuwendungen des Bezirks finanziert werden. Zusätzlich steht dem Haus für die nächsten drei Jahre eine Person des Zentralen Personalüberhangs in Gestellung zur Verfügung, die durch ein Entgelt finanziert wird. Insgesamt sind dies drei männliche Mitarbeiter und zwei weibliche Mitarbeiterinnen. Ein Mitarbeiter ist türkisch-kurdischer Herkunft. Außerdem verstärken zahlreiche Honorarkräfte die Möglichkeiten, Kindern und Jugendlichen unterschiedliche Angebote zur Verfügung zu stellen.

Fachpolitisch aktiv ist das Haus der Jugend im/in der:

- AG nach § 78 KJHG Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Berlin-Mitte,
- Regionale AG Leopoldplatz,
- Regionale Mädchen AG,
- Runden Tisch Jungenarbeit,

– Runden Tisch Nauener Platz,
– AG Roma,
– Fachrunde Projekte Kinder- und Jugendarbeit Wedding,
– Begleitausschuss Toleranz fördern – Kompetenz stärken.

Aktuelles im Jahr 2012

Im Jahr 2012 öffnete im Haus der Jugend das Café Klar in neuem Glanz. Das Café konnte durch einen Durchbruch vergrößert und verschönert werden. Küche, Tresen und Gastraum bilden eine harmonische Einheit, die zum Verweilen einlädt. Zudem bildet die Sonnenterrasse in Kombination mit dem Spielplatz einen idealen Platz für Eltern mit Kindern.

Im beginnenden Jahr 2012 wird das Radijojo – wie schon im Jahr 2011 angekündigt – ausziehen. Die dadurch freiwerdenden Räume werden dringend benötigt, um für die Kinder ein Spielzimmer als Möglichkeit für unterschiedliche Angebote zur Verfügung zu stellen. Außerdem kann das Haus der Jugend dann auch das Angebot für Jugendliche erweitern (Billard, Bouldern, Computerlounge in neuer Form).

Die Umstrukturierung eröffnet dem Haus der Jugend auch die Möglichkeit, neue Kooperationspartner ins Haus zu integrieren, die strategisch zum Konzept des Hauses passen und die Angebotsvielfalt noch erhöhen.

Am 26. Mai 2012 wird das Tannenhof-Fußballturnier auf dem Fußballplatz des Hauses stattfinden. Integraler Bestandteil des Turniers sind präventive Workshops zu den Themen Gewalt und Drogen.

Das Haus der Jugend wird am 2. Juni 2012 das Sommerfest in Kooperation mit anderen Projekten des Hauses und des Sozialraumes vor allem für die Anwohner und Kinder des Nauener Platzes durchführen.

Am 6. Juni 2012 findet die Aktion „Fit für die Straße“ in Kooperation mit dem Bezirksamt Mitte und der Polizei im und vor dem Haus der Jugend statt: Hierbei sollen Schulklassen sensibilisiert werden für die Gefahren des Straßenverkehrs.

12. Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“

Der Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“ (ASP), ein pädagogisch betreuter Spielplatz in der Mitte Berlins, ist Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren. An diesem urbanen Standort, inmitten von touristisch stark frequentierten Zielen zwischen den Hackeschen Höfen, dem Alexanderplatz und der Kastanienallee, bietet der ASP mit seiner bunten selbstgezimmerten Hüttenstadt, der Lagerfeuerstätte und den provisorischen Bauten einen Erlebnis- und Erfahrungsraum ganz besonderer Art.

Besucher/-innen

Die Hauptzielgruppe des ASP sind Kinder zwischen 6 und 14 Jahren. Schulklassen, Hortgemeinschaften und ähnliche Gruppen besuchen den ASP im Rahmen von Ausflügen und Projekttagen oder auch längerfristiger Kooperationen. Kinder unter 6 Jahren sind auf dem ASP in Begleitung Erwachsener ebenfalls willkommen.

Die Mehrzahl der Kinder, die den ASP besuchen, entstammen Familien niedriger Sozial- und Bildungsschichten. Armut, beengte Wohnräume, viele Geschwister, Arbeitslosigkeit oder hohe Arbeitsbelastung der Eltern - häufig allein erziehend - prägen den Alltag der Kinder. Häuslich familiäre Strukturen werden oft vernachlässigt, so dass den Kindern ein stabiler und sicherer Alltagsablauf fremd ist.

Ein geringer Anteil der Besucher/-innen sind Kinder aus Familien, die mit höherem Wohnstandard leben und meist auf zahlreiche Bildungs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten

zurückgreifen. Eine bestehende Kooperation mit einer freien Schule unterstützt zwar die soziale Vielfalt, bietet aber auch Reibungsfläche aufgrund unterschiedlicher Umgangskulturen.

Das Haupteinzugsgebiet des ASP liegt, entsprechend dem Mobilitätsradius der Zielgruppe, im näheren Umfeld des Standorts. Ein geringer Anteil der Besucher/-innen nimmt den Weg aus einem anderen Stadtteil auf sich, um den ASP zu besuchen.

Die Zahl der täglichen Besucher/-innen im Jahr 2011 ist leicht gestiegen. So besuchen im Monatsdurchschnitt 49 Kinder den ASP. Der besucherstärkste Monat mit durchschnittlich bis zu 70 Kindern am Tag war im vergangenen Jahr der Monat Mai.

Ziele in der pädagogischen Arbeit

Der ASP versteht sich als Lern- und Erfahrungsfeld für Kinder, das ihnen unter fachlicher Begleitung ermöglicht, ihre sozialen, motorischen und kognitiven Kompetenzen zu erfahren und zu erproben. Die pädagogisch betreuten Angebote aus dem handwerklichen, hauswirtschaftlichen, künstlerischen und spielpädagogischen Bereich sind als Orientierung, Strukturierung und Hilfestellung zu verstehen. Offenheit, Bedürfnisorientierung und Freiwilligkeit sind Grundlagen der pädagogischen Intervention.

Fremdbestimmtheit und milieuspezifisch vorbestimmte Lebensläufe sind wichtige Themen, denen der pädagogische Ansatz des ASP entgegen treten möchte. Kinder und Jugendliche sind aufgefordert, in einem demokratischen Miteinander eigene Ideen zu entwickeln und möglichst eigenständig zu deren Umsetzung beizutragen. Dies geschieht innerhalb eines festen, von den Besuchern und Besucherinnen mit entwickelten Regelwerkes, das einen bestimmten Rahmen absteckt.

Die Kinder lernen Entscheidungen selbst zu treffen, die Verantwortung für deren Konsequenz zu tragen, erleben soziales Miteinander, Umwelt, Tiere und Natur praktisch und hautnah und erkunden ihren unmittelbaren Sozialraum.

Angebotsschwerpunkte

- Kinder als Experten in eigener Sache – Mitbestimmung und Partizipation

Als Kinderbeteiligungsbüro ist es das Ziel, dass die Besucher/-innen ein demokratisches Verständnis entwickeln und demokratische Grundregeln in einem transparenten und für sie nachvollziehbaren Zusammenhang erleben und erlernen. Wie wichtig das ist, wird am großen Reibungspotential der täglichen Arbeit deutlich. Nicht nur bei Interessensausgleichen und Konflikten erleben und lernen die Besucher/-innen demokratische Regeln und Verfahren, auch an der Auswahl der Angebote sind sie maßgeblich beteiligt.

Durch die Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Platzes oder der Organisation eigener Mikroprojekte etc. lernen die Besucher/-innen, eigene Ideen und Wünsche zu formulieren und erfahren Unterstützung bei der Umsetzung. Voraussetzung hierfür sind ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Verbindlichkeit, welche es zu entwickeln gilt.

Innerhalb des ASP werden Räume für eigene Verantwortungsbereiche zeitlich begrenzt freigegeben, so dass die Besucher/-innen in geschütztem und begleitetem Rahmen Erfahrung mit Selbstorganisation, dem Aushandeln von gemeinsamen Regeln und Konfliktlösungen machen können.

Mit dem wöchentlich stattfindenden „Baukakao“, einer Art Plenum, werden die Mitgestaltung des Wochenplans sowie die Etablierung einer effektiven Kommunikationskultur gesichert. Befragungen von Kindern in Form von Fragebögen oder (gegenseitigen) Interviews dienen außerdem dazu, aktuelle Bedürfnisse zu Öffnungszeiten und Angeboten zu erfahren.

Das besondere Anliegen ist es, neben der ASP-internen Beteiligung der Besucher/-innen, auch das Bewusstsein für Entscheidungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im eigenen

Sozialraum zu stärken. So erkunden die Kinder im Rahmen von unterschiedlichen Projekten den umliegenden Stadtteil. Zudem lädt der ASP regelmäßig zur U18 Wahl ein.

- Gender Mainstreaming - Mädchen und Jungen ermuntern und stärken

Die geschlechtsspezifische Modifizierung aller Angebote ist ein Querschnittsthema der pädagogischen Arbeit auf dem ASP. Geschlechterstereotype Fähigkeiten und Aktivitäten werden bewusst hinterfragt oder ergänzt.

Den unterschiedlichen Erwartungen und Voraussetzungen von Mädchen und Jungen entsprechend werden Angebotsformen und Handlungsweisen gegenüber gestellt, die Mädchen wie Jungen Zugang zu allen Formen von handwerklichen, kreativen, sozialen, künstlerischen, sportlichen und kommunikativen Erfahrungs- und Lernfeldern des ASP ermöglichen. Dazu gehören Angebote, die ausschließlich Mädchen bzw. Jungen offen stehen, ebenso wie die Wahl von Angebotsformen, die keiner geschlechtsstereotypen Zuordnung unterliegen.

Mädchen und Jungen werden bei der Entwicklung ihres Selbstkonzepts ermuntert und bestätigt, egal, ob sie sich innerhalb oder jenseits von Geschlechterstereotypen inszenieren.

- Ganzheitliches Lernen

Das Entwickeln und Herausbilden von kognitiven, sozialen, handwerklichen und lebenspraktischen Kompetenzen auf dem ASP hilft, die eigene Identität und Persönlichkeit der Besucher/-innen zu stärken. Das Erleben eigener Erfolge und Stärken ist dabei vor allem für Kinder, die bereits im Grundschulalter unter einem enormen Erfolgs- und Leistungsdruck stehen, besonders von Bedeutung.

Die Angebotsstruktur des ASP bietet den Besucherinnen und Besuchern die Chance, an der Gestaltung ihrer Zeit auf dem ASP aktiv teilzuhaben. Die Kinder haben die Chance, eigene Kompetenzen zu entwickeln und Lernerfahrungen zu machen, die das schulische Lernen ergänzen und unterstützen können.

- Vielfalt als Bereicherung und Ressource

Der ASP ist eine Stätte sozialer Begegnung und Integration, in der rassistische und beleidigende Äußerungen nicht unbearbeitet bleiben und Stigmatisierungen und Vorurteile hinterfragt werden. Durch Begegnung und Auseinandersetzungen wird die Wahrnehmung „anderer“ Kulturen, Religionen und Traditionen oder körperlicher Ausstattungsmerkmale jenseits von Klischees und Stigmatisierungen ermöglicht und gefördert.

So wird auf dem ASP auf ein wertschätzendes Miteinander von Kindern und Eltern verschiedener Kulturen und ethnischer Hintergründe, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten hingearbeitet, so dass Diversität und Erlebnisse in der Gruppe als Ressource und Bereicherung erlebbar werden.

Aktuelles

Um die Teilnahme für alle Besucher/-innen zu gewährleisten, ist es wie in den vergangenen Jahren erforderlich, sämtliche Angebote möglichst kostengünstig oder kostenfrei zu halten. Viele Kinder wünschen sich zwar Ausflüge in fantastische Freizeiteinrichtungen, letztendlich scheitert aber die Teilnahme - trotz einer Eigenbeteiligung - an den Eintrittsgeldern. So waren einfache Ausflüge, z. B. an die Spree, zum Schlittschuhlaufen, etc. und ein selbstorganisierter Zelturlaub im Sommer sehr beliebt.

Zu den Highlights des Jahres 2011 zählt die Entwicklung und technische Realisierung eines Audioguides für die Spandauer Vorstadt. Hierbei setzten sich Kinder und Jugendliche mit ihrem Sozialraum auseinander, führten Interviews mit Zeitzeuginnen/Zeitzeugen und präsentierten das Ergebnis in einer abschließenden Ausstellung. Für die Kinder und Jugendlichen war es zum größten Teil eine völlig neue Erfahrung mit auditiver Technik zu arbeiten. Auch der Prozess von der Ideensammlung, der Internetrecherche zu möglichen

Interviewpartner/-innen, die Aufnahme der Texte und Interviews, bis hin zum Schneiden der Aufnahmen stellte eine große Herausforderung für viele Besucher/-innen dar. Es gab einige Teilnehmer/-innen die kontinuierlich am Projekt teilgenommen haben und dabei viel Spaß hatten, ihre kreativen Ideen umzusetzen. Gleichzeitig war es eine schwierige Aufgabe, kontinuierlich über mehrere Monate an einem Projekt zu arbeiten, eigene Texte zu schreiben, zu vertonen und Interviews mit vorher unbekannten Menschen zu führen. Der Audioguide ist inzwischen am Kinderkiosk des ASPs auszuleihen und steht allen Besucher/-innen zur Verfügung.

Die Hüttenstadt wurde im Jahr 2011 durch neue Konstruktionen ergänzt und erweitert, z. B. durch den Bau eines Labyrinths und einiger neuer Hütten, die mit großer Begeisterung von den Besucher/-innen gestaltet wurden. Außerdem wurden etliche Ausbesserungsarbeiten an bestehenden Konstruktionen durchgeführt, um die Qualität und Sicherheit des Baubereichs kontinuierlich zu gewährleisten. Das Jungenhaus wurde unter Beteiligung einiger Besucher fertig gestellt und konnte für die, zum Teil eigenverantwortliche Nutzung, in die Hände der Besucher übergeben werden. Das Jungenhaus stellt eine wertvolle Ergänzung des geschlechterdifferenzierten Angebots auf dem ASP dar.

Ergänzend zu den festen Angeboten auf dem ASP kamen im Jahr 2011 auch regelmäßig Turniere in verschiedenen Disziplinen, z. B. Hochsprung, Yu-Gi-Oh, etc. hinzu, die von den Besucher/-innen zum größten Teil selbstständig und eigenverantwortlich organisiert wurden. Auch die zweimal wöchentlich stattfindende Kinderküche erfreute sich an einer regen Beteiligung durch die Besucher/-innen. Ein weiteres Highlight war die erste Teilnahme des ASPs an der berlinweit stattfindenden „Langen Nacht der Familien“ im Mai 2011. Für dieses Event wurde ein nächtlicher Parcours auf dem Gelände aufgebaut, den Eltern und Kinder gemeinsam meistern konnten.

Durch die hohe Frequentierung des ASPs durch junge Eltern und den nachgefragten Bedarf an spezifischen Beratungsangeboten, wurde im Sommer 2011 eine zeitweilige Kooperation mit der Caritas e.V. eingerichtet. Die vom ASP organisierten Elternberatungen fanden in dieser Zeit in den Räumlichkeiten des Weinmeisterhauses statt.

Kooperation und Vernetzung

Auf der Ebene der fachlichen Zusammenarbeit besteht Austausch und/oder Zusammenarbeit mit folgenden Einrichtungen oder Gremien:

- Mitarbeit in der AG 1 nach § 78 KJHG in Berlin-Mitte,
- Mitarbeit in der Regional-AG Nördliche Torstraße nach § 78 KJHG,
- Mitarbeit in der AG Beteiligung nach § 78 KJHG,
- Mitgliedschaft und Mitarbeit im AKIB - Landesverband der Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin-Brandenburg e.V.,
- projektbezogene Zusammenarbeit mit umliegenden Schulen, Horten, Kindereinrichtungen,
- kontinuierliche Kooperation mit der Cosmopolitan School Berlin-Mitte,
- Kooperationen mit dem Jugendamt Mitte, Gangway e.V. Mitte, Leuchtturm e.V., Berliner Büro für Diversionsberatung, Weinmeisterhaus, Caritas e.V., Berliner Bündnis für Familie,
- Teilnahme an Straßenfesten und Kiezveranstaltungen,
- regionaler Fachaustausch.

13. new way

Das new way ist eine offene, niedrigschwellige Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung. Es bietet fördernden und unterstützenden Raum zur Entwicklung, Erprobung und Entfaltung persönlicher und sozialer Kompetenzen für grundsätzlich jeden jungen Menschen. Das Projekt wird durch das Bezirksamt Mitte von Berlin zuwendungsgefördert und ist im Geltungsbereich des § 11 SGB VIII angesiedelt.

Das new way befindet sich in einem Gebäude der Hemingway Oberschule im Ortsteil Alt-Mitte an der Grenze zum Ortsteil Wedding. Es ist ein Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche

unterschiedlichen Alters, sozialer Herkünfte und nationaler Identitäten begegnen, einander kennen lernen, sowie mit- und voneinander lernen. Schwerpunkt der Einrichtung ist die Alltagsgestaltung im offenen Miteinander. Das Lern- und Erfahrungsfeld wird von den Besucherinnen und Besuchern letztlich selbst bestimmt: durch ihre Wünsche und Interessenslagen und durch den Bedarf, der von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Einrichtung erkannt wird. Die Angebote des new way basieren auf Freiwilligkeit, sind in der Regel kostenfrei und an keinerlei Vorbedingungen geknüpft. Der Angebotsplan wird wöchentlich erneuert und an den Interessen der Jugendlichen ausgerichtet. Die Besucher/-innen bringen sich aktiv in die Angebotsplanung ein.

Das new way ist zudem eines von insgesamt acht Beteiligungsbüros im Bezirk Mitte. Die Einrichtung unterstützt aktiv Kinder- und Jugendbeteiligungen in der Region.

Zielgruppe

Die Zielgruppe sind alle Mädchen und Jungen zwischen 11 und 18 Jahren, die im Umfeld des Projekts leben und/oder zur Schule gehen. Dabei gibt es keine geschlechtliche, kulturelle oder soziale Schwerpunktsetzung. Ziel ist die Ausgewogenheit und Mischung.

Für Jugendliche, die über 18 Jahre alt sind, besteht die Möglichkeit, sich im new way ehrenamtlich zu engagieren und dadurch die Einrichtung zu nutzen.

Bei den Besuchern und Besucherinnen ist eine ausgewogene Geschlechter- und Altersdurchmischung vorhanden. Zudem finden sich vielfältige Migrationshintergründe. Türkische, kurdische, arabische und südosteuropäische Ethnien treten dabei am häufigsten auf. Die jungen Menschen kommen zum großen Teil aus sozial schwachen und teilweise auch bildungsfernen Familien.

Ziele in der pädagogischen Arbeit

Im new way ist das übergeordnete pädagogische Ziel, den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zu bieten, ein konstruktives Selbstvertrauen aufzubauen und ein positives Selbstwertgefühl zu erlangen. Weiterhin soll ihre Eigenverantwortung gestärkt und soziale Kompetenzen, wie das Erlernen friedlicher Konfliktlösungen, vermittelt werden. Zudem sollen sie dabei unterstützt werden, Perspektiven für ihr zukünftiges Leben zu entwickeln.

Stetig und in allen Bereichen soll eine Chancengleichheit für die Kinder und Jugendlichen hergestellt werden, wobei immer auch auf die Geschlechtergerechtigkeit geachtet wird. Benachteiligungen der Besucher/-innen sollen mit gezielten Angeboten abgebaut werden. Die Jugendlichen werden in der Einrichtung angeregt, Verantwortung zu übernehmen und Mitbestimmung zu erlernen. Mit diesen Voraussetzungen können die Kinder und Jugendlichen ein gesellschaftlich erwünschtes soziales Verhalten erlernen, aufbauen und verinnerlichen.

Methodische Schwerpunktsetzungen

Eine Querschnittsaufgabe des new way ist die Partizipation und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im gesamten Projektalltag. Die Besucher/-innen entscheiden bei der Gestaltung der Räumlichkeiten, bei der Planung von Angeboten und Projekten, bei Öffnungszeiten, Regeln und Anschaffungen mit. Handlungsorientierte Beteiligungsformen wie das Helfen bei Reparaturen und die Reinigung der Räume gehören genauso dazu. Auch politische Bildung ist ein fester Projektbestandteil. Aktuelle Themen werden mit den Besucherinnen und Besuchern gemeinsam erarbeitet und Projekte durchgeführt.

Die geschlechterspezifische Arbeit ist im Projekt ebenfalls ein Schwerpunkt. Die unterschiedlichen Interessenslagen und Bedürfnisse der Geschlechter fließen in die Planung und Durchführung sämtlicher Angebote ein. Den weiblichen Besucherinnen steht ein Mädchenraum als Nutz- und Schutzraum zur Verfügung.

Gesundheitsförderung wird durch gemeinsames Zubereiten von Speisen und eine Vielzahl von Bewegungs- und Sportangeboten, die zudem gewaltpräventiv wirken können, umgesetzt.

Neben den gesetzten Schwerpunkten wird eine Methodenvielfalt offen gehalten, um auf aktuelle Bedürfnisse der Besucher/-innen zu reagieren.

Angebotsstruktur

Das Hauptangebot im new way ist der offene Bereich und dieser wird durch Aktionen, Projekte und Gruppenarbeit ergänzt.

Der offene Bereich bietet den Jugendlichen einen Ort zum Entspannen, einen Treffpunkt, einen Erprobungs-, Aneignungs- und Selbstbestimmungsraum. Er stellt in einem besonderen Maße ein Lern- und Experimentierfeld für das soziale Verhalten und Lernen von jungen Menschen in der Jugendphase dar. Im offenen Bereich haben die Jugendlichen die Möglichkeit, Billard, Tischtennis, Kicker, Darts oder eine Vielzahl unterschiedlicher Gesellschaftsspiele zu spielen, Hausaufgabenhilfe zu bekommen oder bereitgestellte Zeitschriften und Bücher zu lesen. Die Mitarbeiter/-innen stehen für Gespräche zu aktuellen Themen und Beratungen bereit. Die Besucher/-innen werden im new way motiviert, sich gegenseitig zu unterstützen und Fähigkeiten zu vermitteln, z. B. bei Hausaufgaben, im handwerklichen oder sportlichen Bereich.

Das Angebot des offenen Bereichs wird ergänzt durch Aktionen und Projekte, die auf Anregungen der Jugendlichen und/oder auf einem von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gesehenen Bedarf beruhen. Die Umsetzung erfolgt unter konkreter Beteiligung der Jugendlichen und stellt den Prozesscharakter der Aktivitäten in den Mittelpunkt. Zurzeit liegt der Schwerpunkt bei den regelmäßigen Gruppenangeboten im sportlichen und im kreativen Bereich. Es finden wöchentlich Fußball, Fitness, Streetdance, Musik Workshop, wechselnde Kreativ- und Bastelangebote statt. Zudem gibt es verschiedene Bau- und Werkstattprojekte, in denen gemeinsam Dinge für die Einrichtung gebaut, sowie Möbel und Geräte instand gesetzt werden. Neben der Verantwortung für die Räume, erhöhen sich so auch die Kompetenzen der Jugendlichen im Umgang mit Haushaltsarbeiten und Werkzeug. Monatlich wird eine Klubversammlung veranstaltet, in der Regeln, Angebote und Projekte geplant, diskutiert und abgestimmt werden. Außenaktivitäten, wie z. B. Teilnahme an öffentlichen Festen und Fußballturnieren kommen zu den Angeboten im Projekt hinzu. In den Ferien wird ein mit den Besucherinnen und Besuchern gemeinsam erstelltes Programm mit Projekten und Ausflügen, wie z. B. Schwimmbadbesuche, Minigolf, Tretboot fahren oder Picknick durchgeführt.

Aktuelles

Die Räumlichkeiten der Einrichtung wurden im Jahr 2011 neu aufgeteilt. Dazu wurde zu Beginn des Jahres unter Beteiligung der Besucher/-innen ein bedarfsgerechtes Raumkonzept erstellt, dass eine stärkere Gliederung in Funktionsräume erlaubt. Dazu musste unter anderem eine Gipskartonwand aufgestellt werden und Lärmschutzmaßnahmen für den Musikraum umgesetzt werden. Diese Baumaßnahmen wurden gemeinsam mit den 11- bis 18-jährigen Besucherinnen und Besuchern durchgeführt, wodurch sich die Umbauphase über das gesamte Jahr ausdehnte. Im Zuge des Umbaus konnte auch die Schulbibliothek der Hemingway Schule in die Räumlichkeiten der Jugendfreizeiteinrichtung integriert werden.

Im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl beteiligte sich das new way an der U18 Wahl Berlin 2011. So wurden Jugendliche in einem Workshop unterstützt, ein eigenes Plakat zur U18 zu erstellen, das auf einer Großfläche im U-Bahnhof Gesundbrunnen präsentiert werden konnte. Die U18 Wahl selbst wurde in Kooperation mit der Hemingway Schule durchgeführt und eine Wahlparty am Wahlnachmittag im new way veranstaltet. Das politische Interesse vieler Jugendlicher konnte durch die verschiedenen U18 Angebote nachdrücklich gefördert werden.

Eine Jugendreise konnte auch im Jahr 2011 durchgeführt werden. Um die Kosten für die Teilnehmer/-innen gering zu halten wurde im Vorfeld gemeinsam mit den Besucher/-innen ein Konzept erarbeitet, um selbst Geld zu verdienen. So wurde von den Reiseteilnehmer/-innen vier Wochen lang täglich auf dem Schulhof der Hemingway Schule ein Snackverkauf mit

selbst hergestellten Pizzabrötchen organisiert. Mit den Einnahmen konnten Fahrtkosten beglichen werden. Die Reise führte in den Osterferien für vier Tage nach Usedom. Es nahmen zehn Mädchen und 15 Jungen im Alter von 12 bis 18 Jahren teil.

Der im Jahr 2010 geschlossene Kooperationsvertrag zwischen dem Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte und der Hemingway-Schule, der die Durchführung von Angeboten im Ganztagsbetrieb der Sekundarschule betrifft, konnte im Jahr 2011 um Leistungen für eine weitere Klassenstufe erweitert werden. Die Angebote des Ganztagsbereichs lagen zunächst weiterhin im Verantwortungsbereich des new way. Dies umfasste die Durchführung von Gruppenstunden für acht Schulklassen, sowie die Organisation und Durchführung von 20 Arbeitsgemeinschaften an vier Nachmittagen pro Woche, unter anderen eine Capoeira AG, eine Koch AG, eine Basketball AG, eine Foto AG, etc.

In der Gruppenzeit, in welcher die Klassen in Kleingruppen geteilt wurden, konnten Bildungsthemen in Projektarbeit vertieft werden, wie beispielsweise das Berufsbildungsprogramm „Komm auf Tour“ oder die U18 Wahl Berlin.

14. Schulprojekte an der Hemingway-Schule

Im November 2011 erfolgte die organisatorische Abkopplung des Schulprojekts von der Jugendfreizeiteinrichtung new way mit neuem Namen „Schulprojekte in der Hemingway-Schule“ und mit neuer Projektleitung.

Das Konzept wurde erweitert durch die Durchführung von Gruppenstunden, Arbeitsgemeinschaften und der zusätzlichen Lernförderung. Somit setzt das Projekt das Ganztagskonzept in der Hemingway Schule durch die Planung, Weiterentwicklung von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangeboten gemeinsam mit Schule um. Grundlage ist die Rahmenvereinbarung für die Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe bei der Ausgestaltung und Sicherung des Ganztagsbetriebs in der Sekundarstufe I (RV – Sek I) zwischen der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, dem Landesjugendring und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

Zielgruppe

Die Gestaltung des Ganztages betrifft aktuell die siebten und achten Jahrgänge der Hemingway Schule im Rahmen der Schulstrukturreform.

An der Hemingway Schule gibt es einen Anteil von ca. 85 % von Schüler/-innen nicht deutscher Herkunft die aus den Bezirken Wedding, Moabit und Tiergarten kommen.
Dies bedingt eine besondere Aufmerksamkeit in der Ausgestaltung der interkulturellen Arbeit mit allen Beteiligten.

Ziele der pädagogischen Arbeit

Die sozialpädagogische Arbeit mit den Schüler/-innen der Hemingway Schule umfasst folgende Bereiche:

- Arbeit mit den Schüler/-innen in der unterrichtsfreien Zeit,
- Einzel- und Gruppenförderung,
- unterrichtsbegleitende Angebote,
- Angebote zur Stärkung der kulturellen Vielfalt,
- Projektangebote,
- partizipatorische Angebote,
- Ansprechpartnerin für die Vermittlung von weiterführenden Hilfsangeboten,
- Begleitung bei Übergängen Grundschule/Sekundarschule und Sekundarschule/Beruf.

Begleitende Aufgaben zur Gestaltung des Ganztages

- Elternarbeit,
- Mitarbeit an Gremien der Schulverfassung,
- Teamsitzungen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schule,
- Mitwirkung in der Schulgestaltung,
- Organisation und Betreuung von außerschulischen Trägern,
- Organisation und Betreuung der zusätzlichen Lernförderung.

Methodische Schwerpunkte

Die methodischen Schwerpunkte werden zum größten Teil in den Gruppenzeiten und den Arbeitsgemeinschaften umgesetzt. Diese beinhalten die Partizipation der Schüler/-innen, den genderorientierter Umgang mit allen Beteiligten und eine Sensibilisierung der kulturellen Vielfalt untereinander.

Die Themenschwerpunkte in den Gruppenzeiten werden gemeinsam mit den Schüler/-innen erarbeitet, organisiert und umgesetzt. Darin fließen bedarfsgerechte Gruppenangebote mit ein, sowie Durchführungen von Exkursionen innerhalb Berlins.

Die 19 Arbeitsgemeinschaften werden von den Jugendlichen - in Absprache mit dem Schulprojekt und der Schule - organisiert und umfassen die Themen künstlerisches Gestalten, Sport, gesunde Ernährung und Kreativität.

Es erfolgt eine halbjährliche Evaluation mit den Schüler/-innen, um die Angebotsstruktur stetig zu verbessern und die Bedürfnisse der Schüler/-innen anzupassen.

Ausblick

Im kommenden Schuljahr 2012/2013 weitet sich der Ganztag auf drei Jahrgänge aus, der gemeinsam mit Schule geplant und umgesetzt werden soll. Lediglich der zehnte Jahrgang wird nach dem alten Schulmodell absolviert. Dementsprechend vergrößert sich das Team um eine/n weitere/n Mitarbeiter/-in ab dem kommenden Schuljahr.

Folgende Bereiche gilt es weiter auszubauen:

- Klärung des schulischen Bildungs- und Erziehungsverständnis,
- Entwicklung eines Zeitstrukturmodells (Rhythmisierung des Tagesablaufs),
- Ausbau und gemeinsame Abstimmung des Lern- und Förderkonzepts mit Schule,
- Ausbau des Kooperationsmodells mit außerschulischen Partnern,
- Umsetzung der Partizipation als Querschnittsaufgabe,
- Erarbeitung eines Ernährungskonzeptes mit Schule,
- Personalentwicklung und stetige Fortbildungsmöglichkeiten (Tandemfortbildung),
- Erarbeitung eines Raumkonzeptes (Ruhe, Bewegung/Spiel, Lernraum),
- enge Zusammenarbeit zwischen Träger und Schule,
- Ausbau der interkulturellen Arbeit.

15. VBO - Vertiefte Berufsorientierung in Berlin-Mitte

Die meisten Projekte zur vertieften Berufsorientierung im Bezirk Mitte von Berlin sind im Jahr 2010 in das Landesprogramm BVBO überführt worden. Da zwei sonderpädagogische Förderzentren sowie ein Gymnasium nicht über dieses gefördert werden konnten, wurde von Seiten der Bezirksverantwortlichen die VBO – Vertiefte Berufsorientierung in Berlin Mitte weiter geführt.

Für die fachliche sowie finanztechnische Umsetzung dieses Projektes ist der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte verantwortlich. Diese kooperiert mit zwei erfahrenen Trägern der Jugendhilfe.

Zudem wurde der Auftrag formuliert, dass der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte ein Koordinierungssystem zur gemeinsamen Abstimmung der unterschiedlichen Unterstützungsangebote zur beruflichen Orientierung der Schüler/-innen an den Schulstandorten aufbauen soll. Ebenso sollten Weiterbildungsangebote sowie Fachaustausche konzipiert und organisiert werden, um den Beteiligten am Berufsorientierungsprozess der Schüler/-innen die Möglichkeit zu bieten, ihre fachliche Kompetenz zu erhöhen.

Ziele und Inhalte der Projekte zur vertieften Berufsorientierung

Bei der vertieften Berufsorientierung in Berlin Mitte handelte es sich um Projekte, welche das Regelangebot der Schule sowie der Berufsberatung zur Berufsorientierung von Schüler/-innen ergänzen sollen.

Die Ziele des Landesprogramms BVBO sowie des Bezirksprogramms VBO sind insbesondere:

– die Verbesserung des beruflichen Entscheidungsverhaltens der Schüler/-innen,
– die Vertiefung ihrer berufs-/ und betriebskundlichen Kenntnisse,
– eine vertiefte Eignungsfeststellung.

Die Jugendlichen sollen in die Lage versetzt werden, nach der Schulzeit eine fundierte Berufswahlentscheidung zu treffen und zu wissen, welche nächsten Schritte sie zur Zielerreichung absolvieren müssen.

Beide Projekte haben die Inhalte in Module bzw. Bausteine unterteilt. Diese lassen sich mit folgenden Schlagworten umschreiben: Stärken- und Kompetenzfeststellungen, berufspraktische Erprobungen, Bewerbungstrainings, Betriebsbesichtigungen sowie Berufswegeplanung.

Die Inhalte und Zeiten der Qualifizierung können den Vorrausetzungen der Schüler/-innen sowie Rahmenbedingungen an den Schulen angepasst werden. So können die an der vertieften Berufsorientierung Beteiligten jedes Schulstandortes eigene auf die schulspezifischen Gegebenheiten abgestimmte Konzepte erarbeiten, welche auf dem Modulsystem basieren, aber in zeitlichem Umfang und in der Abfolge frei variabel sind. Maximal kann jede/r Schüler/-in 40 Stunden pro Klassenstufe absolvieren.

Eine Mehrzahl der Schulen und durchführenden Träger verknüpfte die Projekte zur vertieften Berufsorientierung mit dem Arbeitslehre- bzw. dem Wirtschaft-Arbeit-Technik-Unterricht (WAT-Unterricht) an den Schulen. So können Doppelungen zum Thema „Berufsorientierung“ vermieden bzw. nutzbringend gesteuert werden.

Die durchführenden Träger boten zum Großteil eine praktische, handlungsorientierte Qualifikation ohne umfängliche Theorieblöcke an. Dabei wird versucht, mit verschiedenen Lernformen, wie z. B. Lernzirkeln oder Rollenspielen, jede/n Schüler/-in zu erreichen und individuell zu fördern.

Folgende Schulen nehmen am Gesamtprogramm vertiefte Berufsorientierung in Berlin Mitte teil und kooperieren mit den aufgezählten durchführenden Trägern:

Netzwerkarbeit und Weiterbildungsangebote der Koordinierungsstelle

Arbeit an den Schulstandorten

An den maximal 18 Schulzweigen der BVBO und VBO fanden regelmäßige Treffen aller relevanten Akteurinnen und Akteure statt. Die Anzahl der Beteiligten hing stark von der Anzahl der Partner/-innen zur Berufsorientierung am Schulstandort sowie dem Strukturaufbau an der Institution ab. An allen Schulen trafen sich Vertreter/-innen der Schule, die zuständige/r Berufsberater/-in sowie Vertreter/-innen der vertieften Berufsorientierung.

Zusätzlich wurden zu fast allen Runden die weiteren Akteurinnen und Akteure des Bereiches eingeladen. So sind, falls diese an der Schule arbeiten, z. B. Berufseinstiegsbegleiter/-innen, Mitarbeiter/-innen des Jobrouters, des Berliner Netzwerks für Ausbildung, der Schulsozialarbeit oder auch der Jugendberatungshäuser bei den Sitzungen anwesend. Inhalte dieser Zusammenkünfte waren die kritische Reflektion des bereits Absolvierten, die gemeinsame weitere Planung der Angebote sowie der Austausch über weitere bedeutsame Entwicklungen am Schulstandort.

Diese Sitzungen sollen die konzeptionelle Weiterentwicklung der Berufsorientierung an den einzelnen Schulzweigen unterstützen und Absprachen zur Zusammenarbeit mit weiteren Projekten am Übergang Schule – Beruf erleichtern. Durch die Herstellung von Transparenz, bezogen auf die Ziele, Methoden und Ergebnisse der verschiedenen Angebote konnte die Verzahnung der verschiedenen Ansätze zum Zweck einer besseren Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang in die Berufswelt weiterentwickelt werden. Die Konzeption, Durchführung und Dokumentation der Veranstaltungen erfolgte über die Koordinierungsstelle.

An drei Schulen und sechs Schulzweigen stand im vergangenen Jahr die Fusion der ehemals verschiedenen Institutionen im Fokus. So mussten sich die Akteurinnen und Akteure kennenlernen und abgeklärt werden, wer welche Aufgabe hat. Zudem mussten (neue) Verabredungen zu grundlegenden Aspekten geklärt werden, (z. B. in welcher Form sollen Standards zum Erstellen von Bewerbungsunterlagen geführt werden).

Zum Ende des Jahres 2011 startete im Quartier Moabit ein neues Projekt. Dieses wird über das Programm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) gefördert und vom CJD Berlin umgesetzt. Ziel des Angebotes ist es, Jugendliche passgenau auf die Anforderungen der Wirtschaft vorzubereiten. Als neuer potentieller Partner zur Berufsorientierung an den drei Schulen des Quartiers musste dieser sich dem bereits bestehenden Netzwerk vorstellen und gemeinsam mit den anderen Akteurinnen und Akteuren Ideen zur Einbindung des Projektes entwickeln. Im Jahr 2011 fanden dazu erste, teilweise auch Sondersitzungen, statt.

Als förderlich wird der Wissenstransfer von einem Schulstandort zum nächsten durch die Koordinierungsstelle des Geschäftsbereiches Soziale Räume und Projekte empfunden.

Bezirkliche Netzwerkarbeit

Eine weitere Aufgabe der Koordinierungsstelle ist die Stützung und Weiterentwicklung des Netzwerkes der vertieften Berufsorientierung in Berlin Mitte.

Zu diesem Zweck sollen interaktive Fortbildungsangebote geplant und umgesetzt werden. Um diese an den Bedürfnissen der Akteurinnen und Akteure zu orientieren, sind die Vertreter/-innen der Schulen, Berufsberatung und Träger zu ihren aktuellen Herausforderungen in Bezug auf die berufliche Orientierung der Schüler/-innen befragt worden. Aus den Antworten ist von der Koordinierungsstelle ein entsprechendes Fort- und Weiterbildungsprogramm entwickelt worden. Es wurden Themen wie z. B. Methodik/Didaktik in der vertieften Berufsorientierung oder Anforderungen des Arbeitsmarktes in dieses aufgenommen.

Zu Beginn des Jahres gab es ein Treffen der Trägervertreter/-innen der vertieften Berufsorientierung, der Berufsberater/-innen, der Vertreterin des Landesprogramms BVBO und der Verantwortlichen des Jugendamtes. Zunächst wurde der aktuelle Stand der vertieften Berufsorientierung an den Schulen erhoben sowie von den Kooperationspartner/-innen des Schulstandortes die Qualität der Umsetzung sowie der Zusammenarbeit bewertet. So konnten Highlights, aber auch Stolpersteine der bisherigen Arbeit identifiziert werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung waren die Absprachen zur weiteren Nutzung der Unterlagen, welche bisher zur Ergebnis- und Qualitätssicherung ausgefüllt wurden. Dokumente, wie z. B. die Listen zum Abgleich der Anwesenheit bei der vertieften Berufsorientierung und bei der Berufsberatung oder der Schülerdokumentationsbogen wurden noch einmal den Beteiligten vorgestellt und über die weitere Verwendung diskutiert.

Um die Qualität der Umsetzung des Projektes vertiefte Berufsorientierung weiterhin zu optimieren, wurde im März 2011 der Austausch zu best practice-Modellen von Methodik und Didaktik weitergeführt. Dazu trafen sich Vertreter/-innen von allen Trägern. Bei der

Veranstaltung wurden optimale Rahmenbedingungen sowie weitere Gelingensfaktoren für eine Qualifizierungseinheit vorgestellt. Zudem hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich an einem „Materialbüffet“ über aktuelle Instrumente zur Berufsorientierung zu informieren. Im Anschluss entwickelten die Vertreter/-innen in Kleingruppen ein Qualifizierungsmodul und stellten dieses vor.

Im Frühjahr des Jahres 2011 hat die Koordinierungsstelle der vertieften Berufsorientierung in Berlin Mitte Trägervertreter/-innen, Lehrkräfte und Vertreter/-innen der Berufsberatung zu einem Workshop eingeladen. In diesem konnten die bisherigen Erfahrungen mit der Vor- und Nachbereitung des Parcours „Komm auf Tour“ gesammelt sowie neue Ideen entwickelt werden, wie diese optimiert werden könnten.

Kurz vor den Sommerferien hat die Koordinierungsstelle der vertieften Berufsorientierung für alle Akteure an der Schnittstelle Übergang von der Schule in den Beruf aus dem Bezirk Mitte von Berlin eine Fachtagung unter dem Motto „Jugend im Spannungsfeld zwischen Pubertät und Anforderungen des Arbeitsmarktes“ organisiert. Um sich dem Thema von unterschiedlichen Seiten zu nähern, hatten die Veranstalter/-innen drei Referenten eingeladen. Herr Keins, Diplom-Psychologe, erläuterte den Zuhörer/-innen wichtige Aspekte zur „Entwicklungspsychologie im Jugendalter“, Herr Askar vom Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit berichtete über die „Anforderungen des Arbeitsmarktes“ und Herr Prof. Dr. Eckert von der Universität Erfurt fasste die „Chancen der Kooperation von Trägern der außerschulischen Bildung mit Schule“ zusammen. Nach diesen sehr anschaulichen und interessanten Referaten folgte eine Podiumsdiskussion der Vortragenden, bei der wichtige Fragen vertieft werden konnten: „Wie steht es aktuell Ihrer Meinung und Ihrer Erfahrung nach um die Jugend heute?“, „Wie lassen sich Betriebe auf die aktuelle Jugend, Ihrer persönlichen Einschätzung nach, ein?“ oder auch „Was kann man konkret in einer Qualifizierung tun, um die Aufmerksamkeit und das Engagement der Jugendlichen zu wecken?“

In enger Kooperation mit der Schulaufsicht des Bezirkes, der Teamleitung der Berufsberatung der Agentur für Arbeit sowie mit Trägervertreter/-innen entwickelte die Koordinierungsstelle vertiefte Berufsorientierung einen Fragebogen zum Verbleib der Abgänger/-innen des Schuljahres 2010/2011. In einer ersten Phase wurden die Angaben im Juni 2011 von den Lehrkräften erhoben. Im Dezember 2011 aktualisierten die jeweils zuständigen Berufsberater/-innen die Auflistungen. Die Mitarbeiter/-innen der Koordinierungsstelle übernahmen nach der Erhebung jeweils die statistische Auswertung, so dass zum einen die Werte bezogen auf alle befragten Schüler/-innen, aber auch unterteilt nach Schultyp oder auch einzelnen Schulen vorlagen. Die Ergebnisse wurden in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen vorgestellt und beurteilt.

Auf Wunsch der Abiberater/-innen der Agentur für Arbeit hat die Koordinierungsstelle zum Ende des Jahres ein Treffen der Gymnasien mit vertiefter Berufsorientierung in den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg organisiert. Bei diesem kamen die Lehrkräfte, die zuständigen Abiberater/-innen sowie die Trägervertreter/-innen zusammen. Im Fokus stand der Austausch über die jeweiligen Angebote, deren Einbindung in den Schulalltag sowie die Annahme durch die Schüler/-innen. Zudem tauschten die Anwesenden sich über Möglichkeiten zur Erweiterung der bisher umgesetzten Konzepte aus. Auch dieses Treffen wurde von der Koordinierungsstelle der vertieften Berufsorientierung dokumentiert und an die Beteiligten versandt.

III. Qualitätsmanagement

Auftrag des Qualitätsmanagements

Ziel ist die Aufrechterhaltung der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2008 (TÜV-Cert.-Nr.: 20 100 0778) für den Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte der Stiftung SPI. Dieser ist seit dem 13. November 2001 nach DIN EN ISO 9001:2000 (seit 2008 nach DIN EN ISO 9001:2008) zertifiziert (TÜV CERT). Qualitätspolitik, Leitbilder, fachliche Standards sowie die Prozesse der Dienstleistungserbringung sind im Qualitätsmanagement-Handbuch und in Verfahrensanweisungen verbindlich festgeschrieben. Der Nachweis über deren Einhaltung wird jährlich durch entsprechende Audits erbracht.

Qualität durch Controlling

Die Aufgaben des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte haben eine große Spannbreite. Es stehen einerseits Menschen mit Beeinträchtigung im Mittelpunkt, andererseits Aufgaben der Förderung demokratischer Strukturen, die Vernetzung von verschiedenen Institutionen sowie Angebote im Bereich der Jugendhilfe. Soziale Arbeit richtet sich nach den von öffentlichen Auftraggebern und von der DIN ISO-Norm 9001 definierten Qualitätsstandards, vor allem aber nach den vielseitigen Bedürfnissen und Erwartungen der Kundinnen und Kunden, Systempartner/-innen, Öffentlichkeit und Mitarbeiter/-innen.

Zur erfolgreichen Projektdurchführung ist es erforderlich, Risiken frühzeitig zu identifizieren und ihnen pro-aktiv zu begegnen. Dies kann nur dann im Rahmen von Controlling erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Projektmitarbeiter/-innen wissen, worin ihre besondere Qualitätsfähigkeit besteht und welche Dimension Qualität im Projekt selbst innehat, um daraus die angemessenen Maßnahmen abzuleiten.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden Prozesse installiert, um Fehlentwicklungen anhand von Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Werten systematisch zu erkennen, zu bewerten und zu verändern. Die Mitarbeiter/-innen werden dabei in die Lage versetzt, durch geeignete Werkzeuge diese Qualitätseinschätzungen auf die pädagogischen Prozesse anzuwenden. Die Ergebnisse rücken in Form einer „Outcome-Orientierung“ in den Vordergrund. Im Rahmen von Fachcontrolling steht Qualitätsmanagement für die Prüfung von tatsächlichen Wirkungen der umgesetzten Maßnahmen, sowie für die Beschreibung realistischer Ziele und die Kontrolle des Verhältnisses von angestrebten und erzielten Wirkungen. Das schafft Transparenz und Vertrauen der Kundinnen und Kunden und Systempartner/-innen in die Leistung der Projekte.

Qualität durch ständige Verbesserung

Ebenso bedeutsam sind die sogenannten weichen Aspekte, welche die gelebte und erlebte Qualität durch die verschiedenen Kundinnen und Kunden, Adressatinnen und Adressaten und Systempartner/-innen beschreiben. Die Vielfältigkeit des Geschäftsbereiches Soziale Räume und Projekte zeigt sich in den verschiedenen Aufgabengebiete und ihre Facetten. In jedem Projekt und in allen Leistungen streben die Mitarbeiter/-innen nach Optimierung und stellen sicher, dass der Prozess der ständigen Verbesserung fester Bestandteil der Arbeitsroutinen bleibt. Zur Qualität tragen dabei sowohl die Mitarbeiter/-innen und Finanz- und Auftraggeber-/innen als auch viele Freiwillige und Praktikantinnen und Praktikanten bei, welche die Projektarbeit aktiv und kreativ unterstützen.

Qualität durch Austausch

Der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte besteht aus einem Netz verschiedenster Projekte und muss gewährleisten, dass die relevanten Informationen zur richtigen Zeit am richtigen Ort vorhanden sind. Die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen sichert die Umsetzung der Kern- und Schlüsselprozesse, wie Beratung, Begleitung, Konzeptentwicklung und -bereitstellung im Interesse der Kundinnen und Kunden und Systempartner/-innen. Dies

gelingt vor allem auch in der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Institutionen und Behörden sowie den Menschen, die im Rahmen von Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt werden.

Qualitätsmanagement Weiterentwicklung im Jahr 2011

Die Stiftung SPI wurde im Jahr 2011 erfolgreich rezertifiziert. Der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte hat durch seine Bereitschaft zur Erfüllung der Qualitätsanforderungen und seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Thema Qualitätsentwicklung einen entscheidenden Beitrag geleistet; im Bereich fand auch eines der Audits im Rahmen der Rezertifizierung statt.

Im Geschäftsbereich selbst wurde ein Intranet zum Thema Qualitätsmanagement entwickelt, das allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit gibt, sich jederzeit über die gültigen Dokumente, Verfahren und Anforderungen zu informieren. Alle internen Audits wurden erfolgreich durchgeführt, neue Mitarbeiter/-innen in das System eingewiesen und alle Projekte erarbeiten aktuell detaillierte Beschreibungen ihrer Kernprozesse. Dabei stimmen sich Projekte mit ähnlichen Leistungsangeboten untereinander ab.

Ausblick für das Jahr 2012

Im Jahr 2012 werden weiterhin die erforderlichen internen Audits durchgeführt. Die beschriebenen Prozesse werden gesammelt, abgeglichen und an gemeinsame, einheitliche Standards herangeführt. Dabei sind die Projekte angehalten, weitere relevante Prozesse zu identifizieren und detailliert zu beschreiben.

Ein weiteres Thema ist die Intensivierung der geschäftsbereichsübergreifenden Zusammenarbeit der Qualitätsmanagementbeauftragten der Geschäftsbereiche der Stiftung SPI.

Stiftung SPI

Jahresbericht 2011/2012

Strategien sozialer Integration

Programmagentur
Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen

ESF-Regiestelle des BMFSFJ

Servicestelle Jugendsozialarbeit des BAFzA

Regiestelle Schwerpunkt-Kitas des BMFSFJ

Die Stiftung SPI hilft im Rahmen ihrer Tätigkeit neue Modelle und Projekte zur sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen und Familien zu entwickeln und zu erproben, erarbeitet Reform- und Modernisierungsgrundsätze für öffentliches und privates Handeln und bietet Anleitungen für Netzwerk- und Programmarbeit in europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Zusammenhängen. Die Konzepte der Programme sind auf die Stiftungszwecke - Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, Erwerb von Zukunftskompetenzen und Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement – ausgerichtet.

Dem Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine grundlegende Verbesserung sozialer Situationen nur dann erfolgreich und mit nachhaltigen Effekten verlaufen kann, wenn vorhandene Angebote und Maßnahmen miteinander verknüpft und aufeinander bezogen werden. So müssen Planungen in den Bereichen Kita, Schule, Ausbildung, Soziales und Stadtentwicklung koordiniert, vorhandene Ressourcen sinnvoll genutzt und neue zusätzlich erschlossen werden. Denn erst eine ganzheitliche Sicht der Problemlagen führt zu einem integrierten Konzept für eine dauerhafte Verbesserung der Situation der von sozialer Ausgrenzung bedrohten oder betroffenen Kinder, Jugendlichen und deren Eltern. Dies bezieht sich auch auf die nach wie vor ungleiche Chancenverteilung zwischen den Geschlechtern.

Da soziale Probleme immer mehrdimensional angelegt sind, ist es das Bestreben Geschäftsbereichs Strategien sozialer Integration, Akteure der verschiedenen Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammenzuführen. Damit können unterschiedliche Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder so miteinander verknüpft werden, dass sie als sinnvolles Ganzes wirken. Diese – von der Stiftung SPI insbesondere im Rahmen der BMFSFJ-Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" (E&C) entwickelte – Strategie der „Sozialen Arbeit als Koproduktion“ zielt damit auf eine neue Qualität im Zusammenwirken aller Beteiligter sowie in der Orientierung auf soziale Gestaltungs- und Partizipationsprozesse.

1. Aktuelle Entwicklung

Die Stiftung SPI unterstützt mit dem Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin fachlich und organisatorisch bei der Umsetzung zahlreicher bundes- und landesweiter Förderprogramme und ist somit ein unverzichtbarer Baustein im Projektfördersystem der Ministerien.

Die Stiftung SPI betreibt zurzeit vier sogenannte programmumsetzende Stellen.

Programmagentur „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW) hat im Jahr 2006 ein aus ESF- und Landesmitteln finanziertes Programm initiiert, um Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen verstärkt zu etablieren. Das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ ist eine intensive und systematische Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung und den Schulerfolg aller Schülerinnen und Schüler.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft beauftragte zur Umsetzung die Stiftung SPI als Programmagentur, die das Programm betreut, fachlich steuert und die Fördermittel zur Einrichtung der Personalstellen (einschließlich der anteiligen Mittel für Sachkosten) an die ausgewählten freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe weiterleitet.

Im letzten Jahr konnten durch das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung 90 zusätzliche Stellen für die Jugendsozialarbeit in Berlin eingerichtet werden. Davon werden 77 Stellen direkt für die Projekte der Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen vergeben. Weitere 13 Stellen übernehmen koordinierende Aufgaben in den zwölf Berliner Bezirken bzw. koordinieren die Angebote der Jugendsozialarbeit an Beruflichen Schulen. Somit werden im

Jahr 2012 insgesamt 255 Stellen im Rahmen des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ finanziert.

ESF-Regiestelle des BMFSFJ

Mit dem Wechsel der Interventionsperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) zum 01. Januar 2007 hatte das BMFSFJ im August 2007 eine zentrale Regiestelle ausgeschrieben. Nachdem der Zuschlag an die ARGE ESF-Regiestelle, bestehend aus der Stiftung SPI und der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub), gegangen ist, wurde eine Rahmenvereinbarung geschlossen. Innerhalb dieser Vereinbarung konnten die jeweils verantwortlichen Fachreferate des BMFSFJ bis Dezember 2011 Einzelverträge mit der ARGE über die Umsetzung von ESF-Programmen schließen. Für die Durchführung der Programme hat die ESF-Regiestelle jeweils eigene Servicestellen eingerichtet.

Die Zuständigkeiten innerhalb der ARGE ESF-Regiestelle sind wie folgt organisiert:

- Die Stiftung SPI ist für die inhaltlich-fachliche Programmbegleitung verantwortlich (außer für das Programm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ (BuK), das allein durch die gsub mbH umgesetzt wird). Hierzu zählen die konzeptionelle Vorbereitung der Programme, insbesondere die Erstellung der Entwürfe der Förderleitlinien, der Antragsformulare inkl. Bewertungsmatrix und Monitoringinstrumente, die Implementierung der Programme, d. h. die inhaltlichen Bewertung der Anträge und Erstellung von Ranglisten als Entscheidungsgrundlage für das BMFSFJ, und die inhaltliche Steuerung der Programme durch Auswertung der Ergebnisse des Monitorings. Dieser gesamte Prozess wird durch eine intensive Beratungsarbeit der (potentiellen) Antragssteller und Begünstigten begleitet.

- Die hoheitlichen Aufgaben im Rahmen des finanziell-technischen Fördermittelmanagements werden durch die gsub mbH als Bewilligungsbehörde (nachfolgend „Beliehenes Unternehmen“ genannt) verantwortet, welche zu diesem Zwecke beliehen wird gem. § 5 Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (VwVfG). Hierzu zählt die Durchführung des gesamten Verwaltungsverfahrens gemäß § 9 VwVfG während des Zuwendungszeitraumes und nach Abschluss die Verwendungsnachweisprüfung (insbesondere, Bewilligung und Ablehnung von Anträgen, Mahnung, Bearbeitung von Widersprüchen, Änderung oder Aufhebung von Bewilligungsbescheiden, Rückforderung von Zuwendungen oder Erhebung von Zinsen, Überwachung des Eingangs der Rückforderungen, sowie die Wahrnehmung örtlicher Erhebungen).

Die gemeinsamen Aufgaben der Regiestelle bei der Umsetzung der Programme sind jeweils:

- Programm- und Antragsdesign,
- Antragsberatung,
- Erstellung und Abschluss der Förderverträge,
- fachliches und finanzielles Monitoring (Stammblattverfahren),
- Bearbeitung der Erstattungsanträge,
- Verwendungsnachweisprüfung,
- Beratung der Träger,
- Durchführung von Veranstaltungen,
- Unterstützung des BMFSFJ bei der fachlichen (Nach-)Steuerung,
- Dokumentation,
- Geschäftsführung der Steuerungsrunde/Jour Fixe,
- Berichterstattung.

Mit dem Auslaufen der Förderperiode für die Programme Kompetenzagenturen und Schulverweigerung – Die 2. Chance zum 31. August 2011 endete die Begleitung der Träger durch die Servicestelle Jugendsozialarbeit innerhalb der ESF-Regiestelle.

Alle weiteren laufenden Programme werden durch die ARGE ESF-Regiestelle begleitet, zudem wurde die ESF-Regiestelle im Dezember 2011 mit der Fortführung der Programmbegleitung der Aktionsprogramme „Perspektive Wiedereinstieg“ und „Kindertagespflege“ jeweils bis zum Ende der ESF-Interventionsperiode beauftragt. Das Programm STÄRKEN vor Ort endete dagegen am 31.12.2011.

Servicestelle Jugendsozialarbeit im Auftrag des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)

Bei der ESF-Regiestelle gab es im letzten Jahr erhebliche Veränderungen. Die Umsetzung der Programme der Jugendsozialarbeit (Kompetenzagenturen und Schulverweigerung – Die 2. Chance) wurde ab September 2011 vom BMFSFJ nicht mehr an die ESF-Regiestelle, sondern an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) vergeben. Damit wurde das BAFzA zum Zuwendungsgeber für die Träger der Jugendsozialarbeit und übernahm alle administrativen finanztechnischen Aufgaben einer programmumsetzenden Stelle. Mit der inhaltlich fachlichen Programmbegleitung hat das BAFzA die Servicestelle Jugendsozialarbeit der Stiftung SPI beauftragt. Mit dieser Konstruktion konnte gemeinsam mit dem programmverantwortlichen Fachreferat die Kontinuität in der Begleitung und Weiterentwicklung der Programme gewährleistet werden.

Die inhaltlichen Aufgaben für den Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration haben sich durch den Wechsel der Verantwortlichkeiten nicht geändert. Im Gegensatz zur ESF-Regiestelle ist hier der Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration Auftragnehmer und nicht gleichberechtigter Partner, was allerdings die vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht beeinträchtigt.

Regiestelle Schwerpunkt-Kitas des BMFSFJ

Im Rahmen der Offensive Frühe Chancen hat das BMFSFJ die ARGE ESF-Regiestelle im November 2010 mit der Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens und im Januar 2011 mit der Bundesinitiative Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration beauftragt. Im Rahmen der Bundesinitiative sollen bundesweit in Schwerpunkt-Kitas insgesamt 4.000 zusätzliche halbe Stellen gefördert werden.

Im August 2011 wurde die Regiestelle Schwerpunkt-Kitas zusätzlich mit der Umsetzung des Bundesprogramms „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“ beauftragt. Dieses Programm wird in den festgelegten Sozialräumen des Programms „Schwerpunkt-Kitas“ durchgeführt. Ziel des Programms ist es, Eltern stärker in die frühe Förderung ihrer Kinder einzubeziehen. 4.000 Fachkräfte der Familienbildung werden deshalb zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern qualifiziert. Sie sollen Familien mit fachkundigem Rat zur Bildung und Entwicklung ihrer Kinder unterstützen. Die Familienbildung stärkt damit die Eltern in Ergänzung von Kita und Schule.

Darüber hinaus fördert das BMFSFJ mit dem Programmbereich „Elternbegleitung Plus“ an 100 Standorten die Zusammenarbeit der Familienbildung mit weiteren Bildungsakteuren vor Ort. Familien sollen dadurch von gemeinsamen Angeboten und übersichtlicher Information rund um das Themenfeld Bildung profitieren können.

Für die Durchführung der Programme hat die Regiestelle Schwerpunkt-Kitas jeweils eine eigene Servicestelle eingerichtet:

- Servicestelle Schwerpunkt-Kitas,
- Servicestelle Elternchance ist Kinderchance.

2. Die Programme im Einzelnen

2.1 Programmagentur „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“

Das von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft im Jahr 2006 an 20 Berliner Hauptschulen initiierte Programm ist in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gewachsen. Während noch im ersten Jahr weitere 30 Hauptschulen ins Programm aufgenommen wurden, kam 2007 bereits eine neue Schulart dazu: Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt. Die Aufnahme neuer Schularten ins Programm wurde 2008 (berufliche und zentralverwaltete Schulen) und 2009 (Grundschulen) fortgesetzt. Seit der Programmerweiterung im Sommer 2011 werden nunmehr auch Gymnasien mit Jugendsozialarbeit unterstützt.

Die Finanzierung des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ erfolgt aus Mitteln des Berliner Landeshaushaltes, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (bis 2011) und aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets (seit 2011). Finanziert werden Personalkosten für eine/n Sozialpädagogin/Sozialpädagogen im Rahmen des zugesagten Stellenanteils bis max. TV-L Berlin E9 bzw. Angleichungs-TV Land Berlin E9 (inklusive der Umlagen 1 und 2 sowie Insolvenzgeldumlage); Berufsgenossenschaftsbeiträge für die im Programm beschäftigten Mitarbeiter/-innen; Regiekosten in Höhe von 2.250 Euro bei einer Vollzeitstelle (1.125 Euro bei einem Stellenanteil von bis zu 0,5) sowie Fortbildungs- und Projektmittel in Höhe von 1.800 Euro pro Schulstandort.

Die Senatsverwaltung beauftragt zur Umsetzung die Stiftung SPI als Programmagentur, die das Programm betreut, fachlich steuert und die Fördermittel zur Einrichtung der Personalstellen (einschließlich der anteiligen Mittel für Sachkosten) an die ausgewählten freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe weiterleitet. Die Programmagentur ist damit Koordinatorin und Verwalterin des Gesamtprogramms. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Programmagentur eine Online-Datenbank (SPIder) entwickelt, um ein einheitliches Antrags-, Dokumentations- und Abrechnungsverfahren sicherzustellen.

2.1.1 Umfang des Programms

Am Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ sind zum 01. Juni 2012 insgesamt 252 Schulen beteiligt: 56 Integrierte Sekundarschulen, 46 Förderzentren, 121 Grundschulen, 20 berufliche und zentralverwaltete Schulen und neun Gymnasien. Zur Umsetzung der Programmziele sind insgesamt 77 verschiedene Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe über Kooperationsverträge eingebunden.

Neun Stellen im Programm werden seit Herbst 2011 für Angebote der Jugendsozialarbeit mit besonderen Aufgaben genutzt. Auf fünf Stellen in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg-Hohenschönhausen übernehmen die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen besondere Aufgaben, um zur Reduzierung von Schuldistanz und zur beruflichen Orientierung der Schüler/-innen beizutragen. Eine andere inhaltliche Ausrichtung hat die sozialpädagogische Arbeit der vier weiteren Stellen, die schwerpunktmäßig Kinder aus Sinti- und Roma-Familien in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Spandau unterstützen sollen. 13 Stellen stehen ab April 2012 für koordinierende Aufgaben zur Verfügung. Die SenBJW hat die Programmagentur beauftragt, in den zwölf Berliner Bezirken Fachkräfte zur Unterstützung der Koordinierungsaufgaben bei der Fortschreibung und Umsetzung des bezirklichen Rahmenkonzeptes im Bereich der Kooperation von Schule und Jugendhilfe einzusetzen. In enger Anbindung an das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ erfolgt die Umsetzung dieser Koordinierungsunterstützung durch die Programmagentur. Diese stellt dafür im Einvernehmen mit den Bezirken geeignete Mitarbeiter/-innen ein, die die Unterstützung der Koordinierungsaufgaben am Ort des Bezirkes – angebunden an das Jugendamt oder die regionale Schulaufsicht – wahrnehmen. Die Fachkräfte begleiten die bezirklichen Prozesse bei der Entwicklung des Programmes „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ und sind mit Zuarbeiten zur Erstellung, Fortschreibung und Umsetzung des bezirklichen Rahmenkonzeptes beauftragt.

Da die beruflichen Schulen in Berlin zentral verwaltet werden und somit keiner Bezirkszuordnung unterliegen, soll im Auftrag der SenBJW auch eine koordinierende Fachkraft für die Jugendsozialarbeit an Berliner beruflichen Schulen durch einen freien Träger eingesetzt werden. Arbeitsschwerpunkt dieser Koordinierungsstelle wird das Thema Schuldistanz sein.

2.1.2 Zielsetzungen und Ergebnisse des Programms

Mit dem Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ sollen vor allem benachteiligte Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung schulischer Anforderungen unterstützt werden. Ziele sind, die Lernmotivation zu fördern und das Selbstbewusstsein zu stärken, der Abbau von Schuldistanz und die Stärkung der Erziehungsverantwortung der Eltern sowie die Öffnung der Schulen in den Sozialraum. Kern des Programms ist dabei das „Tandem-Prinzip“ in allen Bereichen: eine intensive und systematische Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung und den Schulerfolg der Schülerinnen und Schüler.

Gemeinsam werden dafür schulspezifische Konzepte und Strategien entwickelt und fortgeschrieben, die präventive Ansätze verfolgen, individuell fördern, Erfolgserlebnisse ermöglichen und sich der Lebenssituation der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern öffnen. Dabei sollen außerschulische Lernorte und Partner die Bildungsarbeit an den Schulen ergänzen und bereichern. So werden die vorhandenen Kooperationsbeziehungen gestärkt und die bestehenden Konzepte – bezogen auf die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Schule – ergänzt und inhaltlich unterstützt.

Bilanzierend lässt sich sagen, die Bandbreite der sozialpädagogischen Angebote für Schüler/-innen bietet zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten zur Bewältigung aktueller Lebensschwierigkeiten und zur persönlichen Weiterentwicklung. Die Umsetzung erfolgt auf der Ebene der Schule (in Form einer strukturellen Verankerung von Modellen und Projekten), auf der Ebene der Klasse (in Form von Gruppenangeboten) und auf der Ebene der Schüler/-innen (in Form von Einzelfallarbeit/-beratung). Als Querschnittsaufgaben gelten die Förderung insbesondere geschlechtsspezifischer und interkultureller Kompetenzen sowie der Einbezug der Eltern.

Festzuhalten bleibt: Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen ist der Name des Programms, die Idee und das Verbindende. An den einzelnen Programmstandorten zeigt sich die Idee von Jugendsozialarbeit an und in Schule jedoch in ganz unterschiedlichen Ausprägungen und Facetten. Verschiedene maßgeschneiderte Angebote und Unterstützungsleistungen haben die Fachkräfte der Jugendsozialarbeit an den beteiligten Schulen etabliert. Sozialpädagogische Gruppenangebote – in Form von klassen(stufen)spezifischen Angeboten, in Form von Angeboten für spezifische Gruppen von Schülerinnen und Schülern oder in Form offener Angebote – gehören teilweise schon zum festen Bestandteil des Schulprogramms.

Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen haben über die Programmjahre hinweg die Zielgruppen erweitert. Die „Elternarbeit“ wurde beispielsweise ergänzt um die Arbeit mit Erziehungsberechtigten und anderen Bezugspersonen der Kinder, wie beispielsweise den Großeltern. Die Anspracheformen (Briefe, Flyer, Einschulungstüten) und Angebote (Eltern helfen Eltern, thematischer Informationsabend oder Elternschulgarten) sind an den einzelnen Schulstandorten sehr viel differenzierter geworden. Auch verschiebt sich der Fokus immer mehr hin zu präventiver Arbeit, indem beispielsweise Soziales Lernen bereits in allen neuen 7. Klassen der Integrierten Sekundarschulen durchgeführt wird um ein positives Klassenklima zu schaffen und möglichst frühzeitig sich abzeichnende Konflikte zu klären.

Über die Erfolge an den einzelnen Programmstandorten hinaus, lassen sich auch positive strukturelle Veränderungen bilanzieren. Deutlich wird, dass die nunmehr sechsjährige Laufzeit des Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ zu einer Verstetigung der Kooperation zwischen den Jugendhilfeträgern und den Schulen geführt hat. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen führen intensive Vernetzungstätigkeiten auf allen Ebenen – sowohl in der Schule als auch mit Partnern im Sozialraum oder darüber hinaus – durch, wobei diese auf die spezialisierten Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet sind. Diese Vernetzungs- und Koordinationsleistungen tragen zur Öffnung der

Schule und Integration weiterer professioneller Akteure in Schule und Unterricht bei. Im Rahmen dieser Unterstützungsnetzwerke wird darauf hingearbeitet, die Schülerinnen und Schüler umfangreich in ihrer persönlichen, sozialen und schulischen Entwicklung zu fördern.

2.1.3 Programminterne Fortbildung

Die Entwicklung der vielfältigen, zielgruppenspezifischen Methoden und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachkräfte an der Schule werden durch die verbindliche programminterne Fortbildung kontinuierlich vertieft. Regelmäßig sind die eingesetzten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gemeinsam mit den Kooperationslehrerinnen und -lehrern einer Schule (Tandem-Fortbildung) bzw. bei Grundschulen zusätzlich mit den Erzieherinnen und Erziehern der ergänzenden Förderung und Betreuung (Tridem-Fortbildung) verpflichtet, an Fortbildungen und Fachveranstaltungen teilzunehmen. Zur Finanzierung der programminternen Fortbildung wird 1 % der Gesamtpersonalkosten für die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen des Programms in einem Fortbildungspool gebündelt. Das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) führt in Zusammenarbeit mit der Regionalen Fortbildung Berlin für Lehrer/-innen schulartspezifische regionale Fortbildungsangebote und/oder überregionale Fachtagungen, die schulartübergreifend und/oder schulartspezifisch angeboten werden durch. Die Durchführung der programminternen Fortbildung wird seit 2010 in einem Rahmenvertrag zwischen der Programmagentur und dem SFBB geregelt und die Fortführung auch für das Jahr 2012 festgeschrieben.

2.2 Die ESF-Programme des BMFSFJ

In der aktuellen ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 gibt es auf Bundesebene zum ersten Mal ein zielgebietsübergreifendes Operationelles Programm (OP), das unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und unter Beteiligung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erarbeitet worden ist.

Auf das ESF-Bundesprogramm entfallen für die Aktivitäten aller Bundesministerien rund 3,85 Mrd. Euro an ESF Mitteln, davon circa 2,16 Mrd. Euro auf das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Ziel 2) und circa 1,33 Mrd. Euro für das „Konvergenzziel“ (Ziel 1), inkl. der circa 0,36 Mrd. Euro für die so genannten Phasing-out-Regionen (Übergangsregionen).

Die Mittel des ESF-Bundesprogramms werden auf die folgenden Bereiche konzentriert:

- wirtschaftsnahe Förderungen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen sowie Unterstützung von Unternehmensgründungen,
- Verstärkung der Anstrengungen zur Etablierung einer Kultur des lebensbegleitenden Lernens mit einem besonderen Fokus auf Jugendliche im Übergang von der Schule in eine Ausbildung,
- Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs von Personen mit besonderen Integrationsproblemen auf dem Arbeitsmarkt komplementär zur nationalen Arbeitsmarktpolitik,
- Aktivitäten zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Grundlage der ESF-Programme des BMFSFJ ist im Wesentlichen der Förderschwerpunkt „Beschäftigung und soziale Integration“, der sich wiederum auf die Interventionsbereiche „Verbesserung des Zugangs von Arbeitsuchenden und nicht Erwerbstätigen zum Arbeitsmarkt“ sowie „Verbesserung der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen ins Erwerbsleben“ der neuen ESF-Verordnung stützt.

2.2.1 Bundesinitiative JUGEND STÄRKEN

Um die Bedeutung von Teilhabechancen und gelungener Integration von besonders benachteiligten Jugendlichen zu untermauern, hat das BMFSFJ im Juni 2009 die Initiative JUGEND STÄRKEN gestartet. Mit der Initiative will die Bundesregierung die soziale, schulische und berufliche Integration junger Menschen mit schlechteren Startchancen fördern. Die Initiative setzt sich aus den ESF-Programmen STÄRKEN vor Ort, Kompetenzagenturen, Schulverweigerung – Die 2. Chance und den aus nationalen Mitteln finanzierten Jugendmigrationsdiensten zusammen, die mit aufeinander abgestimmten Methoden auf die spezifischen Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen ausgerichtet sind. Insgesamt wurden in den vergangenen drei Jahren rund 243 Mio. Euro aus dem ESF und zusätzlich rund 41 Mio. Euro jährlich aus nationalen Mitteln für die Jugendmigrationsdienste aufgewendet.

Zur Senkung der Schulabbrecherquote initiierte das BMFSFJ Ende 2006 das Programm Schulverweigerung - Die 2. Chance. Das zunächst 74 lokale Koordinierungsstellen umfassende Programm ist in der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 fortgesetzt und auf zurzeit 194 Standorte aufgestockt worden. Mit dem Programm werden Schulverweigerer vor allem von Hauptschulen, deren Schulabschluss gefährdet ist, in das Regelschulsystem reintegriert und erhalten damit eine zweite Chance.

Die Kompetenzagenturen unterstützen seit dem Jahr 2002 zunächst an bundesweit 15 Standorten (zurzeit an 195 Standorten) besonders benachteiligte Jugendliche auf ihrem Weg in einen Beruf und in die Gesellschaft. Sie bieten Hilfen für diejenigen, die vom bestehenden System der Hilfeangebote für den Übergang von der Schule in den Beruf nicht (mehr) erreicht werden. Ansprechpartner suchen die Jugendlichen auf, vereinbaren gemeinsam mit ihnen individuelle Förder- und Qualifizierungspläne und kontrollieren die Umsetzung. Sie begleiten die Jugendlichen langfristig und beziehen dabei ihr familiäres und persönliches Umfeld ein.

STÄRKEN vor Ort (ehemals Lokales Kapital für soziale Zwecke) – in Programmabwicklung bis Dezember 2011 - sollte die sozialen und beruflichen Perspektiven junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen und strukturschwachen ländlichen Gebieten verbessern. STÄRKEN vor Ort setzte auf kleine lokale Initiativen, Organisationen und viel zivilgesellschaftliches Engagement, um schwer erreichbare junge Menschen dort anzusprechen, wo sie leben. Adressaten der Kleinstprojekte waren junge Menschen mit schlechteren Startchancen sowie Frauen, die Probleme beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben hatten. Die geförderten Kleinstprojekte halfen, indem sie etwa Anschlüsse an Schulen, Fördermaßnahmen und Ausbildung oder Erwerbsarbeit vermittelten. Dafür wurden in bundesweit 280 Fördergebieten gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Mikrozuschüsse in Höhe von bis zu 10.000 Euro vergeben.

Für junge Menschen ist Bildung der Schlüssel für individuelle Identität, Orientierung und gesellschaftliche Teilhabe. Vor allem sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen haben vielfach Schwierigkeiten, einen Schulabschluss zu erreichen bzw. sich erfolgreich in Ausbildung oder Beruf zu integrieren. In jedem Jahrgang verlassen rund 8 % der Schüler/-innen die Schule ohne Abschluss; bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt diese Quote sogar bei 20 %. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs hatten in den letzten Jahren 15 % der 20- bis 29-jährigen jungen Menschen keine Berufsausbildung. Diese Zahlen zeigen, dass das bisherige System der Hilfen und Förderangebote viele dieser Jugendlichen oft nicht erreicht.

Für diese Jugendlichen sind maßgeschneiderte, auf die persönliche Lebenssituation zugeschnittene Angebote erforderlich. Die Förderung muss langfristig angelegt sein und den jungen Menschen an den Übergängen erfolgreich steuern. Dazu ist eine enge Kooperation zwischen allen Akteuren zwingend notwendig.

2.2.1.1 Kompetenzagenturen

Die Kompetenzagenturen lotsen mittels einer „maßgeschneiderten“ Abfolge von Hilfen durch Case-Manager/-innen besonders benachteiligte Jugendliche unter Berücksichtigung bzw. Einbindung des sozialen bzw. familiären Umfeldes durch das Übergangssystem Schule/Beruf. Zu Beginn der Förderperiode 2008 gab es fachlich begründete Änderungen in der Umsetzung.

Zum einen wurde das Wirkungsfeld an allgemeinbildenden Schulen eingeschränkt, so dass nur noch im letzten Schuljahr und nur noch im Einzelfall mit Schülerinnen und Schüler gearbeitet werden kann. Zum anderen wurde der Einsatz von aufsuchenden Ansätzen der Jugendsozialarbeit in die Arbeit der Kompetenzagenturen implementiert.

Das Programm „Kompetenzagenturen“ wurde im Jahr 2002 an 15 Standorten bundesweit gestartet und bis zum Jahr 2006 auf 204 Standorte erweitert. Im September 2011 konnte das Programm um weitere 16 Monate bis zum Ende der laufenden ESF-Interventionsperiode im Dezember 2013 verlängert werden. Zurzeit werden insgesamt 195 Kompetenzagenturen gefördert.

Ziel des Programms ist es, besonders benachteiligten Jugendlichen, die vom bestehenden System der Hilfsangebote für den Übergang in den Beruf nicht profitieren oder den Zugang zu den Unterstützungsleistungen nicht aus eigenem Antrieb finden, sozial und beruflich zu integrieren.

Dazu gehören junge Menschen, die:

- nach der Schule auf ihrem Weg in den Beruf von den vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen des Regelsystems nicht erreicht werden bzw.
- Unterstützungsmaßnahmen abgebrochen haben, ohne dass andere/weitere Angebote zur Verfügung stehen bzw. von ihnen angenommen werden,
- im Ausnahmefall - bei Mehrfachbenachteiligung - können sich die jungen Menschen auch in der letzten Klassenstufe befinden. Hier ist unter Einbeziehung der Lehrkräfte bzw. der Schulsozialarbeit eine Übergangsprognose zu erstellen.

Die Schwierigkeiten dieser Jugendlichen liegen insbesondere beim Übergang an der ersten Schwelle. Hier sprechen bisher vorhandene Beratung, Begleitung sowie angebotene Maßnahmen Jugendliche nur punktuell an. Bereits in der Schulzeit „erlernte“ Strategien der Vermeidung und Verweigerung verhindern häufig die berufliche Integration. Die Folge sind Maßnahmeabbrüche und das Entstehen von so genannten „Maßnahmekarrieren“.

Die Situation vieler Jugendlicher zeichnet sich durch ein Bündel von Problemen aus, die einmal aus individuellen psychosozialen Benachteiligungen wie Lern- und Leistungsbeeinträchtigungen, Verhaltensstörungen oder Suchtverhalten, über bildungsbedingten Benachteiligungen wie Schulmüdigkeit oder -verweigerung, Abbrüche von Ausbildungen oder berufsorientierenden Maßnahmen, bis zu sozial bedingten Benachteiligungen, etwa ein instabiles oder fehlendes Familiennetz Straffälligkeit oder Wohnungslosigkeit bestehen.

Diese Jugendlichen treffen auf ein Ausbildungssystem, dass stark segmentiert und wenig überschaubar ist. Zwischen den Ausgangssituationen der Jugendlichen und dem vorhandenen Maßnahmespektrum bzw. den Regelangeboten des Bildungs- und Ausbildungssystems fehlen Zwischenschritte bzw. -angebote, die der besonderen sozialen Lage, den Bedürfnissen und Fähigkeiten dieser Jugendlichen entsprechen. Diese benötigen oft individuelle Förder- und Hilfsmaßnahmen auf dem Weg in die Erwerbstätigkeit und eine gezielte, langfristige und individuell ausgerichtete Förder- und Hilfeplanung.

Insbesondere durch Kooperation mit Trägern, die aufsuchende Arbeit leisten, soll Kontakt zu den Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgenommen werden, die durch vorhandene Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote nicht zu erreichen sind bzw. sich diesen entziehen. Sie sollen an deren Aufenthaltsorten aufgenommen bzw. dort „abgeholt“ werden. Ein weiterer Teil der Teilnehmer/-innen wird direkt von den Jugendämtern bzw. Trägern der Grundsicherung vermittelt.

In der Zusammenarbeit mit Schulen hat es eine inhaltliche Schärfung geben. Entscheidend für die Berufsorientierung in Schulen ist die verlässliche Begleitung der Jugendlichen beim Übergang in die Arbeitswelt. Jugendliche brauchen rechtzeitige Unterstützung für den bevorstehenden Schulabschluss und den Start in die neue Lebensphase. Dies ist aber originäre Aufgabe der Schule. Durch entsprechende Angebote muss der Anschluss nach dem Abschluss ein Teil des schulischen Lernens werden mit dem Ziel, dass kein Jugendlicher die Schule ohne

eine konkrete Anschlussperspektive verlässt. Erst wenn dies im Einzelfall nicht gewährleistet ist, kann die Arbeit der Kompetenzagenturen beginnen.

Damit eine tragfähige Beziehung entsteht, ist eine verlässliche Beziehungsarbeit nötig, die auch Rückschläge einkalkuliert. Mit den Jugendlichen, die von den Angeboten überzeugt werden können, wird über eine dem Assessment vergleichbare Kompetenzanalyse der jeweilige Hilfebedarf fest- und ein konkreter Förderplan aufgestellt. Dabei werden einerseits die personalen Ressourcen des/der Jugendlichen erschlossen, die ihm/ihr helfen können, die eigene Handlungskompetenz zurückzugewinnen. Andererseits wird aus dem aktuellen Pool der vor Ort vorhandenen berufsintegrierenden Angebote ermittelt, die dann in der Regel „maßgeschneidert“ auf die Bedarfe der Jugendlichen ausgerichtet werden und aufeinander aufbauen. Zu Beginn steht so für manch eine Jugendliche und einen Jugendlichen nicht zwangsläufig die Vermittlung in eine Ausbildung oder Arbeitsstelle, sondern die Drogenberatung oder die Bereitschaft zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit auf dem Umsetzungsplan. Wesentliche Kategorien, die bei der Aufstellung der Förderpläne beachtet werden müssen, sind geschlechts- und kulturspezifische Unterschiede bei den Jugendlichen. Sofern notwendig, sollen auch neue Angebote in der Benachteiligtenförderung initiiert werden.

Als zentrale Methode kommt das Case Management zur Anwendung. Das bedeutet, dass die jeweiligen Hilfeleistungen nicht selbst erbracht, sondern die Jugendlichen weitervermittelt werden. Der Case-Management-Prozess ist dabei als eine komplexe Dienstleitungskette zu begreifen und umfasst die Erhebung der konkreten Bedarfslage, die Planung und Koordinierung der Angebote und deren Evaluierung. Das bedeutet, dass die Kompetenzagentur den Jugendlichen nicht einfach weiter reicht, sondern die Verantwortung über die Vermittlung hinaus behält und deren Nachhaltigkeit überprüft.

Neben der Durchführung der Fallarbeit ist die Kompetenzagentur auch verantwortlich für die Erfolgskontrolle und Evaluierung. Hierzu führt die Kompetenzagentur für jeden Jugendlichen eine elektronische Fallakte. Sie erfasst alle für den pädagogischen Prozess und das ESF-Stammblattverfahren notwendigen Daten und ermöglicht ein fachliches Controlling.

Ein „individuelles Übergangsmanagement“ kann ohne ein „strukturelles Übergangsmanagement“ nicht Erfolg versprechend sein. Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass für die Zielgruppen dann ein gelungener Übergang von der Schule in den Beruf möglich ist, wenn die strukturellen Voraussetzungen vor Ort gegeben und die Kooperationsbeziehungen kontinuierlich und transparent aufgebaut worden sind. Die Kompetenzagenturen benötigen einen direkten Anschluss an die zuständigen Verwaltungen auf kommunaler Ebene, insbesondere zu den Jugend- und Schulämtern und den Trägern der Grundsicherung. Sie haben sich in die bereits vorhandenen Strukturen einzubringen und müssen die Kooperationsbeziehungen einerseits zu den Schulen und andererseits zu den Trägern der Jugendsozialarbeit, Beratungsstellen etc. vertiefen. Diese Kooperationsprozesse ergeben sich aus dem Umstand, dass die jungen Menschen beim Übergang Schule/Beruf in die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche des SGB II, SGB III und des SGB VIII fallen können. Aus diesem Grund gilt die Vorgabe einer Kooperation nicht nur für freie Träger, sondern auch für alle Träger von Sozialleistungen selber.

In den drei Förderjahren von September 2008 bis August 2011 erreichten die Kompetenzagenturen 29.525 Mädchen und 37.546 Jungen. Von ihnen hatten 23.824 Jugendliche einen Migrationshintergrund. Von den insgesamt 67.071 erreichten Jugendlichen waren 48.970 im Case-Management, die restlichen Jugendlichen wurden beraten bzw. informiert.

40.321 Jugendliche haben das Case-Management beendet. Davon haben:

- 72,2 % die Maßnahme regulär beendet,
- 16,6 % die Maßnahme abgebrochen und bei
- 10,8 % lag eine vorzeitige Beendigung vor.

2.2.1.2 Schulverweigerung – Die 2. Chance

Das BMFSFJ initiierte zum 1. September 2006 das bundesweite Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“. Die Förderung der 2. Chance ist bis zum 31.Dezember 2013 verlängert worden.

Ziel des ESF-Programms ist die Reintegration von schulverweigernden Schülerinnen und Schüler in das reguläre Schulsystem. Das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ zielt auf die Senkung der Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen und damit auf eine Erhöhung ihrer Chancen auf eine berufliche Ausbildung.

Die Schüler/-innen sollen aus der Altersgruppe der 12 – 14-jährigen stammen, da diese Gruppe als besonders anfällig für das Phänomen Schulverweigerung angesehen wird. Die Schüler/ -innen sollen innerhalb eines Jahres in die Schule reintegriert werden, das Erreichen des Schulabschlusses außerhalb des Schulsystems ist nur im Ausnahmefall vorgesehen.

Die Konzeption des Programms basiert auf der Erkenntnis, dass das mehrdimensionale Problem der Schulverweigerung nur durch eine enge Zusammenarbeit der involvierten Akteure (Schüler/-in, Schule, Eltern, Jugendhilfe, soziale Dienste und weitere Partner) gelöst werden kann. Insbesondere das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule ist hier gefordert.

Die Reintegration soll vor allem durch ein Unterstützungsprogramm erreicht werden, das sich auf ganzheitliches Lernen ausrichtet und schulische, soziale sowie emotionale Bildung und Förderung mit einbezieht. Die ausgewählten Projektträger vor Ort haben eine Koordinierungsstelle einzurichten. Eine enge Kooperation mit dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe, mit den Schulen und - wenn vorhanden - mit der Schulsozialarbeit wird vorausgesetzt. Insbesondere müssen die Projektträger ihr Reintegrationskonzept mit den beteiligten Schulen abstimmen. Für Lern- und Unterstützungsarrangements außerhalb des normalen Unterrichtes sollen die Schulen Lehrpersonal zur Verfügung stellen. Die Vereinbarungen mit den Schulen sollten auf Leitungsebene geschlossen werden. Die Kooperation mit den Schulen hat auch das Ziel, tagesstrukturierende Angebote aufzubauen, da dadurch nachhaltige Effekte für die Reintegration von Schulverweigerern und Schulverweigerinnen erwartet werden.

Die Koordinierungsstellen arbeiten im Hinblick auf die Jugendlichen mit der Methode des Case-Managements. Die Schüler/-innen werden von einer festen Ansprechperson individuell begleitet, wobei auf ein/e Mitarbeiter/-in kalkulatorisch 15 Jugendliche kommen sollen. Der Koordinierungsstelle kommt zum einen die Aufgabe zu, den/die Jugendliche/n entweder in bestehende Hilfemaßnahmen zu vermitteln, oder auch selbst Angebote für ihn oder sie bereitzustellen. Zudem hat die Koordinierungsstelle eine Lotsenfunktion. Sie stellt den Kontakt und die Kooperation zwischen allen Akteuren her, die für eine gelingende Problembearbeitung notwendig sind. Das sind in erster Linie die Schule, die Eltern und die Fachkräfte der sozialen Dienste. Fallspezifisch müssen darüber hinaus auch weitere Personen aus dem sozialen Umfeld des Jugendlichen mit einbezogen werden.

Seit Beginn der Förderperiode im Jahr 2008 werden neben der Gruppe der aktiven Schulverweigerinnen und Schulverweigerer auch passive Verweigerinnen und Verweigerer betreut. Seit September 2011 können die Koordinierungsstellen auch an beruflichen Schulen, an denen der Hauptschulabschluss erworben werden kann, tätig sein.

An den 190 Standorten der 2. Chance arbeiten rund 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insgesamt erreichten die Koordinierungsstellen in den letzten drei Förderjahren 4.456 Schülerinnen und 7.037 Schüler. Von ihnen hatten 3.684 Jugendliche einen Migrationshintergrund. Von den insgesamt 11.493 erreichten Jugendlichen haben 8.437 die Maßnahme beendet. Davon sind:

- 58,4 % in Schule reintegriert,
- 10,2 % haben die Maßnahme abgebrochen und
- 30,8 % die Maßnahme aus sonstigen Gründen (Ende der Schulpflicht, Umzug, stationäre Unterbringung etc.) beendet,

- von den Jugendlichen, die die Maßnahme mit einer sonstigen Beendigung abgeschlossen haben, wurden 11,8 % in berufsvorbereitende Maßnahmen vermittelt.

2.2.1.3 STÄRKEN vor Ort (Lokales Kapital für soziale Zwecke)

STÄRKEN vor Ort war für den Zeitraum von März 2009 bis Dezember 2011 mit einem Fördermittelvolumen in Höhe von 84 Mio. Euro ausgestattet. Die beteiligten Kommunen und Landkreise hatten eine Kofinanzierung in Höhe von 15 % zu erbringen. Wie im Vorgängerprogramm Lokales Kapital für soziale Zwecke wurden die Mikroprojekte zu 100 % aus ESF-Mitteln finanziert.

Für das Programm STÄRKEN vor Ort wurden die erfolgreichen Instrumente des Programms Lokales Kapital für soziale Zwecke übernommen, zugleich wurde das Programm stärker als bisher auf die jugend- und gleichstellungspolitische Ziele des BMFSFJ ausgerichtet. Im Rahmen der ausgewählten Lokalen Aktionspläne erhielten kleine Initiativen und Organisationen Mikrozuschüsse in Höhe von bis zu 10.000,- Euro zur Verbesserung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen mit schlechteren Startchancen und von Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben.

Das Programm verfolgte einen niedrigschwelligen Ansatz und wollte diejenigen ansprechen, die durch die Regelförderung oder andere adressatenspezifische Angebote nur schwer erreichbar waren. Um eine bestmögliche Unterstützung der jungen Menschen und Frauen zu erzielen, sollten bestehende Förderangebote, z. B. Länder- und Bundesprogramme, insbesondere auch kommunale Angebote ergänzt und mit der Umsetzung des Programms verknüpft werden.

Die Programmumsetzung erfolgte dezentral in den ausgewählten Fördergebieten durch lokale Koordinierungsstellen und das lokale bzw. regionale Netzwerk. Die Mikroprojekte wurden vor Ort durch einen Begleitausschuss ausgewählt, in dem sich alle relevanten Akteure sowie die Bewohnerinnen und Bewohner und die Adressaten des Programms engagieren sollten. Grundlage der Förderentscheidung war der Lokale Aktionsplan, den alle Beteiligten zur Förderung der Adressaten erarbeiteten und umsetzten. Diese Vorgehensweise ermöglichte maßgeschneiderte Projekte, z. B. aufsuchende und motivierende Ansätze, Projekte zur Stärkung von Schlüsselkompetenzen, zur (ersten) beruflichen Orientierung, zum Erwerb erster Fachkenntnisse oder zur Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Darüber hinaus wurden das Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen in den Fördergebieten nachhaltig gestärkt.

STÄRKEN vor Ort verfolgte einen sozialräumlichen Ansatz, d. h. es wurden ausgesuchte Sozialräume gefördert. Der Lokale Aktionsplan musste eine Situations- bzw. Problemanalyse des Fördergebietes, die Aufstellung von Entwicklungszielen und ein darauf abgestelltes Handlungskonzept beinhalten. Dazu wurden Strukturdaten zur Beschäftigungssituation und zur Herkunft der Bewohner/-innen, zur schulischen Situation sowie die Erfolge der Schüler/-innen beim Übergang von Schule zum Beruf abgefragt. Selbstverständlich mussten diese Angaben unter Berücksichtigung des Prinzips des Gender Mainstreaming getroffen werden. Zwingend notwendig waren auch Aussagen über das Ämternetzwerk und dessen Kooperationsformen sowie eine Darstellung des lokalen Netzwerkes.

Der Lokale Aktionsplan hatte sich schon im ersten LOS-Förderzeitraum als Handlungsleitfaden bewährt, er war Kommunikations- und auch Entscheidungshilfe. Positiv für die Gebiete war auch die verstärkt betriebene Erhebung von Sozialraumdaten, die zur Erstellung des Lokalen Aktionsplans erforderlich waren.

An der Ausschreibung des am 01. Dezember 2008 durch das BMFSFJ gestarteten Programms STÄRKEN vor Ort haben sich zahlreiche Kommunen und Landkreise mit der Aufstellung eines Lokalen Aktionsplanes beteiligt. Insgesamt wurden bundesweit 280 Fördergebiete in 203 Kommunen und Landkreisen zur Förderung ausgewählt, die im März 2009 mit der konkreten Umsetzung der Lokalen Aktionspläne gestartet sind.

Im den drei Förderjahren haben in den 9.002 durchgeführten Mikroprojekten insgesamt 235.008 Personen teilgenommen, von denen 70,6 % unter 25 Jahren alt sind. Knapp über die Hälfte der personenbezogenen Mikroprojekte (51,5 %) waren für „Jugendliche unter 25 Jahren“ konzipiert. Dem Handlungsfeld „Unterstützung der sozialen und beruflichen Integration von Frauen mit Problemen beim Einstieg und Wiedereinstieg in das Erwerbsleben“ waren knapp 25,4 % aller Mikroprojekte zugeordnet.

STÄRKEN vor Ort war in erster Linie ein Strukturprogramm. Aus diesem Grund wurde der Erfolg auf der Programmebene nicht vordergründig durch das Zählen von Köpfen gemessen. Als qualitative Ergebnisse berichteten die Lokalen Koordinierungsstellen folgende Punkte:

- Aufbau guter Kooperationsstrukturen zu anderen Programmen, darunter vor allem die Programme der Initiative JUGEND STÄRKEN,
- Stärkung einer funktionierenden Zusammenarbeit mit den Trägern der Grundsicherung und damit Herstellung von Anschlussfähigkeit für die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer,
- Umsetzung von passgenauen und bedarfsgerechten Mikroprojekten (z. B. für junge Mütter und Väter zur Vermittlung in Teilzeitausbildung, Projekte für Schulverweigerer),
- Umsetzung aktivierender Vorfeldmaßnahmen für Jugendliche, die nicht durch Regelangebote angesprochen werden (z. B. über Musikprojekte – vor allem Bereich Hip Hop),
- Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements durch Nutzung der Humanressourcen vor Ort (z. B. Lotsenprojekte wie Stadtteil- bzw. Integrationslotsen, Jobpatenschaften).
  In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist die Gewinnung neuer Träger (häufig auch in Form engagierter Einzelpersonen bzw. Bewohnerinnen und Bewohner),
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements trägt auch wesentlich zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei,
- passgenaue, bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Berufsorientierung und Qualifizierung (z. B. im Pflege- und Gesundheitsbereich, erneuerbare Energien, Tourismus),
- Umsetzung von Gender Mainstreaming: z. B. innerhalb berufsorientierender Mikroprojekte, in denen auf das Aufbrechen rollenverfestigender Berufswahlmuster hingewirkt wird (z. B. Berufsorientierung für Mädchen im Handwerksbereich oder für Jungen in pflegerischen Berufen),
- gute Vernetzungsarbeit durch den Begleitausschuss von STÄRKEN vor Ort und damit auch Nutzung der Kooperationsstrukturen für andere Programme (so dient teilweise der Begleitausschuss auch als Diskussionsforum für andere Förderprogramme),
- Festigung der Kooperationsstrukturen im Bereich der Jugendförderung,
- Entwicklung von regionalen Förderstrukturen (Vernetzung von Lokalen Koordinierungsstellen untereinander, die in etlichen Bundesländern wie NRW bereits aus Zeiten des Vorgängerprogramms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ flächendeckend entstand und nun erweitert und gestärkt wird).

2.2.2 ESF-Modellprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“

Die zentrale Zielsetzung des ESF-Bundesmodellprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ ist es, Frauen nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung die Re-Integration in das Berufsleben zu erleichtern und ihnen Wege dorthin zu ebnen. Die Erfahrungen aus der 1. Programmphase zeigten, dass Frauen nach einer längeren familienbedingten Erwerbspause noch zu selten ein substanzieller Wiedereinstieg gelingt. Oftmals nehmen sie eine geringfügige (Teilzeit-) Beschäftigung auf, was in Hinsicht auf die eigenständige Existenzsicherung und die Absicherung im Alter problematisch ist. Ziel des Programms ist es, die Unterstützung durch (Ehe-)Partner, Arbeitgeber, Arbeitsagenturen und haushaltsnahe Dienstleister so zu aktivieren, dass der Wiedereinstieg in eine qualifikationsadäquate und vollzeitnahe Tätigkeit, auch nach mehreren Jahren familienbedingter Erwerbsunterbrechung, nachhaltig gelingt.

Zielgruppe des Programms sind Wiedereinsteigerinnen, die

- familienbedingt aufgrund von Kinderbetreuung und/oder Pflege von Angehörigen bewusst längere Zeit, d. h. mindestens drei Jahre aus der Erwerbsarbeit ausgestiegen sind,

- über eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein abgeschlossenes Studium verfügen oder
- ihr zukünftiges Beschäftigungsgebiet im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen sehen und
- vor dem familienbedingten Ausstieg keine Leistungen des SGB II aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit erhalten haben (bei Eintritt in das Programm können die Frauen aber Leistungsempfängerinnen nach SGB II oder SGB III sein).

Im Mittelpunkt der Unterstützungsarbeit in der 2. Programmphase steht weiterhin das Gesamtsystem Familie. Erprobte Instrumente und Verfahren im Bereich der Beratungs-, Bildungs- und Eingliederungsangebote für Wiedereinsteigerinnen werden fortentwickelt und durch passgenaue Zusatzmodule, insbesondere die Module „Zeit für Wiedereinstieg“ und „Qualifizierung“ erweitert. Gemeinsam mit den Kooperationspartnern gilt es darüber hinaus, Reintegrationsprozesse zu gestalten und qualitativ zu begleiten.

Für das ESF-Modellprogramm des BMFSFJ stehen für die 2. Programmphase für eine Laufzeit vom 1. März 2012 bis zum 31. Dezember 2013 insgesamt 7 Mio. € ESF-Mittel zur Verfügung. Die Mittel verteilen sich zu 20 Prozent auf das Zielgebiet „Konvergenz“ und zu 80 Prozent auf das Zielgebiet „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.

Durch das Programm sollen die Potenziale vor Ort aktiviert werden, insbesondere gilt es, die Selbstorganisationskräfte der regionalen Initiativen zu nutzen. Daher ist es unabdingbar, dass die Träger mit den zuständigen Ämtern, u. a. der Agentur für Arbeit, den Trägern der Grundsicherung nach SGB II und der Kommune (Jugendamt, Gleichstellungsbeauftragte, Amt für Wirtschaftsförderung) - auch über den engen Rahmen der eigenen Gemeinde bzw. des eigenen Kreises hinaus - zusammenarbeiten. Einzubeziehen sind je nach örtlicher Konstellation Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, Kammern und ggf. auch die Innungen. Hinzu kommen Frauenverbände und -initiativen, Beratungseinrichtungen und ggf. Berufsverbände. Besonderer Wert ist auf die Nachhaltigkeit der Veränderungen zu legen. Aufzubauende Kooperationsbeziehungen sollen so angelegt sein, dass sie auch nach der Förderung Bestand haben können. Mit der Bundesagentur für Arbeit besteht ein Kooperationsabkommen. Die örtlichen Agenturen für Arbeit bzw. die Träger der Grundsicherung werden die Vermittlung in Arbeit vornehmen und notwendige Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (z. B. Fortbildungen und Umschulungen) finanzieren sowie die Vernetzung der Projektpartner/-innen sicherstellen.

Das Programm wird bundesweit in 10 Regionen in 22 Beratungsstellen modellhaft je nach Standortbedingungen umgesetzt. Antragsberechtigt für die zweite Programmphase waren nur Träger aus der ersten Phase. Die Modelle werden wissenschaftlich begleitet und auf ihre (modulare) Übertragbarkeit hin ausgewertet.

Gefördert werden Projekte (Koordinierungsstellen), die Konzepte für eine lokale Nachhaltigkeit der Integration von Wiedereinsteigerinnen in eine perspektivreiche Erwerbstätigkeit beinhalten.

Ausgehend von den Strukturen der Region und den Bedarfen des regionalen Arbeitsmarktes, sollen die bestehenden Unterstützungsangebote weiterentwickelt und neue Modelle, Instrumente und Verfahren erprobt und Kooperationspartner gewonnen werden.

Gefördert werden insbesondere:

- ein umfassendes Unterstützungsmanagement (Coaching),
- die Kooperationen mit Arbeitgebern,
- das neue Modul (optional) „Kooperationen mit Hochschulen zur Förderung eines qualifizierten Wiedereinstiegs von Akademikerinnen“ und
- das neue Modul (optional) „Zusammenarbeit mit Bildungsträgern zur Qualifizierung in haushaltsnahe Dienstleistungen“.

Die Träger haben Mittlerfunktionen zwischen den o. g. Akteuren und stellen zusätzliche Angebote bei Bedarf zur Verfügung bzw. geben übergreifende Orientierungen, zum Beispiel durch ein individuelles Coachingprogramm.

Handlungsfelder der Träger sind:

- individuelle Bedarfsermittlung,
- Orientierung,
- Zielvereinbarungen über das weitere Vorgehen und Vermittlung in gezielte Qualifizierungen,
- Hilfe bei der Sicherstellung der Kinderbetreuung,
- Angebote nach Berufsgruppen und Qualifizierung zur realistischen Orientierung am Arbeitsmarkt mit dem Ziel der Erstellung eines passgenauen Profilings für eine Arbeitsaufnahme bzw. Existenzgründung,
- Begleitung zur Existenzgründung. Bei den Existenzgründungen sind die Akteure vor Ort einzubeziehen: Banken, Netzwerk der Unternehmen, Versicherungen und Kammern,
- gezielte Ansprache von Unternehmen und Auswertungsgespräche (Coaching),
- Nachbetreuung nach einer Arbeitsaufnahme.

In der ersten Programmphase (März 2009 bis Februar 2012) nahmen 4.660 Personen die Angebote wahr. Der Anteil der stillen Reserve betrug insgesamt 55 %; dabei gab es regionale Unterschiede zwischen Ost (30 %) und West (56 %). 53 Prozent der Teilnehmerinnen, die das Projekt beendet haben, konnten bis zum 29. Februar 2012 in eine Beschäftigung bzw. in die Selbständigkeit integriert werden (einschließlich in der Zeit der Nachbetreuung); 11 Träger hatten eine Integrationsquote von 70 Prozent und mehr erreicht (einschl. Integration in längerfristige Qualifizierung liegt die Integrationsquote durchschnittlich bei 69 Prozent).
Von den in Beschäftigung integrierten Teilnehmerinnen wurden 61 Prozent in eine Teilzeit- und 16 Prozent in eine Vollzeit-Beschäftigung integriert. 23 Prozent haben eine geringfügige Beschäftigung aufgenommen.

2.2.3 Aktionsprogramm Kindertagespflege

Das aus Mitteln des ESF finanzierte Aktionsprogramm Kindertagespflege begleitet und fördert in der Zeit vom 01. April 2009 bis 31. Dezember 2014 den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung. Als familiennahe Betreuungsform trägt der Ausbau der Kindertagespflege zur gleichberechtigten Teilhabe beider Elternteile, insbesondere aber von Frauen, am Arbeitsmarkt bei. Gleichzeitig kommt der Ausbau der Kindertagespflege als wichtiger Baustein frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung den Kindern zugute.

Das BMFSFJ unterstützt relevante Akteure dabei, vor Ort eine passgenaue Infrastruktur für die Kindertagespflege auszubauen. Zugleich wird mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege potentiellen Tagespflegepersonen ein Anreiz gegeben, sich für diese Tätigkeit zu entscheiden und zu qualifizieren. Kindertagespflege soll mittelfristig eine anerkannte und angemessen vergütete erzieherische Erwerbstätigkeit werden. Um die in der Tagespflege benötigten zusätzlichen Fachkräfte zu gewinnen, wird das Programm in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt.

Ein wichtiges Ziel des Aktionsprogramms Kindertagespflege ist – in enger Kooperation zwischen Bund, Ländern und der Bundesagentur für Arbeit – die bundesweite Verankerung einer Mindestqualifikation von Tagespflegepersonen im Umfang von 160 Unterrichtseinheiten entsprechend dem fachlich anerkannten Curriculum des Deutschen Jugendinstituts (DJI) oder vergleichbarer Curricula. Hierzu ist ein einheitliches Gütesiegel für Bildungsträger eingeführt worden. Neben der Förderung von Grund- sowie Nachqualifizierungen und Fortbildungen von Kindertagespflegepersonen werden auch Tagesmütter und -väter unterstützt, die sich berufsbegleitend zur Erzieherin/zum Erzieher oder in einem sozialpädagogischen Assistenzberuf ausbilden lassen möchten.

Unter www.fruehe-chancen.de kann außerdem auf ein Internetportal zurückgegriffen werden, das fundierte Informationen zur Kindertagespflege bereithält. Die Online-Beratung Kindertagespflege ergänzt diese Beratungsleistungen um die Möglichkeit der individuellen Beratung. (Potentielle) Kindertagespflegepersonen, Eltern, Tagespflegezusammenschlüsse, Mitarbeiter/-innen von Jugendämtern und andere Interessierte können sich mit ihren Fragen rund um die Kindertagespflege an die Online-Beratung wenden und erhalten kompetent Auskunft.

Seit dem Start der Online-Beratung am 1. November 2010 wurden ca. 1.500 Anfragen gestellt, davon haben Kindertagespflegepersonen das Angebot am häufigsten genutzt. Ein Großteil der Anfragen kam darüber hinaus von Fachberaterinnen und Fachberatern der öffentlichen und freien Jugendhilfeträger. Auch Eltern haben sich beraten lassen. Für die Beantwortung der Fragen stehen den Mitarbeiterinnen des Programms auch externe Expertinnen zur Verfügung. Der Beratungsbedarf hat sich stetig erhöht und liegt derzeit bei durchschnittlich fünf Anfragen pro Tag.

Ab dem 01. August 2012 wird das Aktionsprogramm um die Förderung der Festanstellung von Tagespflegepersonen erweitert. Ein Ziel der Förderung von Festanstellungsmodellen im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege ist die Schaffung eines für die Eltern möglichst niedrigschwellig angelegten Beratungs- und Vermittlungssettings. Ein weiteres Ziel ist die Ansprache potentieller Tagespflegepersonen und die Erprobung von tragfähigen Modellen der Festanstellung in der Kindertagespflege.

Erfahrungen aus den bisherigen Aktivitäten im Aktionsprogramm Kindertagespflege zeigen, dass für die Gewinnung neuer Kindertagespflegepersonen sowie bei der Sicherung der vorhandenen Fachkräfte die Festanstellung von Kindertagespflegepersonen ein zielführender Ansatz sein kann.

Die höhere ökonomische Sicherheit und verbesserte soziale Absicherung (z. B. im Krankheitsfall oder bei Urlaub) sowie geregelte Abläufe und institutionalisierte Netzwerkstrukturen, die auch regelmäßige Zusammenkünfte und fachlichen Austausch begünstigen, können deutliche Vorteile für Kindertagespflegepersonen darstellen. Aus Sicht der Eltern und der Kinder können Festanstellungsmodelle eine größere Verlässlichkeit (auch im Hinblick auf die Qualitätssicherung) und Versorgungskontinuität gewährleisten. Auch den Kommunen bietet sich durch die Festanstellung eine den institutionellen Angeboten vergleichbare Zuverlässigkeit und Planbarkeit sowie die Vereinheitlichung und dauerhafte Verankerung von Qualitätsstandards.

2.2.4 ESF-Modellprogramm ‚MEHR Männer in Kitas'

Die gesellschaftliche Anerkennung von Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung steigt seit einigen Jahren, und Kindertagesstätten erfahren eine bildungspolitische Aufwertung. Deutliches Zeichen dieser Aufwertung sind das Kinderfördergesetz (Kifög), das den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2013 gewährleistet, und die mittlerweile in jedem Bundesland aufgelegten Bildungsprogramme, die anspruchsvolle Bildungsziele für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen festlegen.

Die gesellschaftliche Aufwertung frühkindlicher Erziehung und Bildung fällt in eine Zeit, in der sich auch in der Gleichstellungspolitik ein Paradigmenwechsel vollzieht. Neben Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit von Frauen, richten sich gleichstellungspolitische Maßnahmen zunehmend an Männer und Jungen mit dem Ziel, ihnen neue Perspektiven jenseits traditioneller und einengender Männlichkeits- und Lebensentwürfe zu eröffnen.

Das Herausbilden von männlichen und weiblichen Rollenbildern erfolgt bereits im Kindergarten- und Grundschulalter. In diesem Alter treffen Jungen und Mädchen in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen überwiegend auf Frauen – als Erzieherinnen oder als Lehrerinnen. Daher fördert das BMFSFJ mit dem ESF-Modellprogramm die Entwicklung und Implementierung von innovativen Strategien zur Steigerung des Anteils männlicher Fachkräfte in Kindertagesstätten. Vorrangiges Ziel soll es sein, das Interesse von Jungen und Männern am Beruf des Erziehers zu wecken, Männer bei der Entscheidung zu unterstützen, den Erzieherberuf zu wählen, die Perspektiven für Männer (und Frauen) im Arbeitsfeld Kindertageseinrichtungen zu verbessern und damit das Potenzial männlicher Erzieher für die frühkindliche Bildung u. a. durch die Pluralisierung von Rollenvorbildern besser zu nutzen.

Das ESF-Modellprogramm ‚MEHR Männer in Kitas' wird erstmalig in der aktuellen ESF-Förderperiode umgesetzt. Es ist Teil einer Gesamtstrategie, die auf die Entwicklung moderner Rollenbilder für Männer (und Frauen), auf eine Änderung des Berufswahlverhaltens junger

Männer und auf eine qualitätsvolle geschlechtersensible frühkindliche Bildung zielt. Das BMFSFJ und der ESF stellen in den nächsten drei Jahren rund 13 Millionen Euro bereit.

Das Programm richtet sich an Träger oder Trägerverbünde von Kindertageseinrichtungen, die überörtlich (in mehreren Gemeinden) oder in einer Großstadt (über 100.000 Einwohner/-innen) arbeiten. Diese Träger oder Trägerverbünde müssen sich mit mindestens 7 Einrichtungen an den Modellstandorten beteiligen und eine Personalverantwortung für insgesamt ca. 60 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen innehaben.

Die zentralen Ziele des Modellprogramms sind:

- in den im Projekt mitwirkenden Kindertageseinrichtungen den Anteil von Männern als Erzieher zu steigern,
- die Berufszufriedenheit der Erzieher in den Kitas zu erhöhen und damit ihren Verbleib dort zu sichern,
- das Berufsbild des Erziehers in der Modellregion zu verbessern und
- durch Kooperation verschiedener Akteure Instrumente zu entwickeln, die zu einer nachhaltigen Erhöhung des Anteils männlicher Fachkräfte in Kitas führen sowie
- eine qualitätsvolle geschlechtersensible frühkindliche Bildung zu gewährleisten.

Eine Jury wählte 16 Modellprojekte aus den bundesweit insgesamt 76 Interessenbekundungen aus, die am 01. Januar 2011 mit der Umsetzung des Programms beginnen konnten. Die Standorte verteilen sich auf dreizehn Bundesländer. Ein Modellprojekt agiert länderübergreifend in Berlin, Niedersachsen und Bayern. Mit den bisher durchgeführten Aktivitäten wurden im Jahr 2011 insgesamt 74.969 Personen erreicht. Davon waren 27.486 Männer und 47.483 Frauen. 75 % der durch die Projekte erreichten Personen sind Eltern. Der Anteil des erreichten Fachpersonals (z. B. Erzieher/-innen) lag bei rund 18 %, der Anteil der Jugendlichen bei 7 %.

2.2.5 ESF-Modellprogramm JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region

Das BMFSFJ fördert aus Mitteln des ESF im Rahmen der Initiative JUGEND STÄRKEN das Modellprogramm JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region. Für das Programm stehen Fördermittel in Höhe von 17 Millionen Euro zur Verfügung. Die Kommunen müssen sich mit einer Kofinanzierung von jeweils mindestens 20 Prozent an den Kosten beteiligen.

Mit der Initiative setzt das BMFSFJ ein deutliches Zeichen für eine starke Jugendpolitik in den Kommunen. Die Initiative fördert Jugendliche, welche in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind und ausschließlich mit den Angeboten von Schule und Berufsbildung sowie der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Arbeitsförderung nicht (mehr) erreicht werden.

Die vier Programme der Initiative Jugendmigrationsdienste, Kompetenzagenturen, Schulverweigerung – Die 2. Chance und STÄRKEN vor Ort erproben neue Wege und Herangehensweisen zur besseren sozialen, schulischen und beruflichen Integration dieser Jugendlichen.

Die Programme arbeiten bisher an verschiedenen Standorten und in den Kommunen nicht flächendeckend sowie auf jeweils einzelne Entwicklungsabschnitte der Jugendliche bezogen. Die Ergebnisse der bisherigen Umsetzung der Initiative JUGEND STÄRKEN macht deutlich, dass es in den meisten Kommunen keine durchgängige Förderung der Zielgruppen insbesondere an den Übergängen Schule – SGB II/SGB III – SGB VIII gibt.

Es wurde deutlich, dass es zahlreiche Förderlücken gibt, dass die Förderangebote nicht oder unzureichend abgestimmt und nicht miteinander verzahnt sind, und dass die Angebote nicht passgenau und nicht aus einer Hand sind.

Das Modellprogramm zielt auf:

- Verhinderung des Verlustes der Zielgruppen durch rechtskreisübergreifende Verzahnung und Aufbau durchgehender Förderketten,
- Entwicklung und Erprobung von Strukturen und Rahmenbedingungen für die Abstimmung der Angebote und die Zusammenarbeit der Akteure an den Schnittstellen Schule – SGB II/SGB III – SGB VIII,
- Aufgabenwahrnehmung der kommunalen öffentlichen Jugendhilfe, § 13 SGB VIII – für Zielgruppen der Initiative stärken,
- „Strategie JUGEND STÄRKEN“ als kommunale Gesamtstrategie zur Integration schwer erreichbarer junger Menschen.

Die Modellprojekte sollen daher auf die bereits vorhanden Standorte und Strukturen der Initiative JUGEND STÄRKEN aufbauen, ein neues Angebot zum Lückenschluss initiieren und weitere für die Zielgruppenerreichung erforderliche – flankierende – Akteure und Angebote einbeziehen.

Insgesamt wurden im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens 100 Interessenbekundungen bei der ESF-Regiestelle eingereicht. Das BMFSFJ wählte aus den 94 förderfähigen Interessenbekundungen 36 Gebietskörperschaften aus, die zur Antragstellung aufgefordert wurden. Im Antragsverfahren mussten insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen geklärt werden. Alle Antragssteller wurden zum 01.10.2010 positiv beschieden.

Die Modellstandorte werden während der Modellphase durch Rambøll Management Consulting intensiv unterstützt und begleitet.

Mit einer Auftaktveranstaltung am 11.11.2010 wurde der offizielle Startschuss gegeben. Zur Veranstaltung waren die Vertreter und Vertreterinnen der lokalen Umsetzung (Programmkoordination) und Vertreter und Vertreterinnen der politischen Spitze geladen. Den Teilnehmenden wurden Informationen zur Initiative JUGEND STÄRKEN, zum Modellprogramm und zu den Begleitstrukturen (ESF-Regiestelle und Rambøll Management Consulting GmbH) sowie zum Programm-Monitoring vorgestellt. Im Jahr 2011 wurden 85 Lückenschlussprojekte in den Modellstandorten initiiert. Mit diesen Projekten konnten 2.447 Jugendliche erreicht werden.

2.3 Die Bundesinitiative Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration

Spracherwerb ist der Schlüssel für die Integration in das gesellschaftliche Leben und der Grundstein für den späteren Erfolg in Bildung und Beruf. Studien haben in den letzten Jahren wiederholt gezeigt, dass vor allem fehlende sprachliche Kompetenzen bei Kindern den weiteren Bildungsweg und damit den späteren Einstieg ins Erwerbsleben erheblich beeinträchtigen können. Betroffen sind vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund.

Gute Bildungsangebote in den Kitas müssen deshalb so früh wie möglich bundesweit zur Verfügung stehen. Die Offensive Frühe Chancen des BMFSFJ setzt daher bereits in der frühen Kindheit an und richtet sich an Einrichtungen, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen. Sie konzentriert sich dabei auf Kitas, die überdurchschnittlich häufig von Kindern mit besonderem Sprachförderbedarf besucht werden.

Rund ein Fünftel aller in Deutschland lebenden Menschen sowie jedes dritte Kind unter sechs Jahren haben einen Migrationshintergrund. In vielen städtischen Ballungsgebieten der westlichen Bundesländer gilt dies bereits für mehr als 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen. Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland geboren.

Viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind erfolgreich in Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft und in Deutschland gut integriert. Etliche Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben aber in der Schule und Ausbildung

Schwierigkeiten. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in nicht ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache. Sprachkompetenz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Erfolg und für die gesellschaftliche Integration.

Es gilt: Sprachentwicklung ist ein wesentlicher Teil der Persönlichkeitsentwicklung, Sprachförderung ein zentraler Bereich der frühen Bildung. Sprachförderung legt wichtige Grundlagen für Chancengleichheit insbesondere ein früher Förderbeginn verspricht gesellschaftspolitisch die langfristig kostengünstigste Lösung.

Dies korrespondiert mit dem Anstieg der gesellschaftlichen Anerkennung von Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung und deren bildungspolitischer Aufwertung. Deutliche Zeichen dieser Aufwertung sind das Kinderfördergesetz (Kifög), das den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen bis zum Jahr 2013 gewährleistet, und die mittlerweile in jedem Bundesland aufgelegten Bildungsprogramme, die anspruchsvolle Bildungsziele für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen festlegen. Allerdings erschwert die Relation der Fachkräfte zu den betreuten Kindern oft eine optimale Förderung.

Integration findet als sozialer Prozess in besonderem Maße vor Ort statt. Viele Kommunen stellen sich den Herausforderungen bereits mit großem Engagement und gestalten Integration aktiv als Querschnittsaufgabe. Es zeigt sich jedoch auch, dass die Rahmenbedingungen und Chancen für eine erfolgreiche Integration insbesondere in Stadtteilen bzw. Teilgebieten von Landkreisen mit schwieriger sozialer Lage auch in Zukunft gezielt gestärkt werden müssen. Denn Kinder mit Förderbedarf konzentrieren sich, analog zur allgemeinen Bevölkerungsstruktur, häufig in bestimmten Kitas.

Ziel der Bundesinitiative ist die Verbesserung der Integration und der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligter Kinder– insbesondere durch die frühe Unterstützung und Förderung der Sprachentwicklung von Anfang an und durch ausreichende Gelegenheit, so früh wie möglich gute Deutschkenntnisse zu erwerben.

Die soziale und kulturelle Integration der Kinder soll bundesweit, unabhängig von Wohnort und sozialem Hintergrund, gefördert werden durch die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation und der Sprachförderung ab Eintritt in die Kindertageseinrichtung.

Das BMFSFJ stellt für die Bundesinitiative bis Ende 2014 rund 350 Mio. € zur Verfügung und hat in rund 4.000 Kitas jeweils eine zusätzliche halbe Stelle geschaffen. Die Fachkräfte benötigen eine Zusatzqualifikation entweder in Bezug auf die Sprachförderung und/oder bezogen auf die Förderung von Kindern unter drei Jahren.

2.3.1 Das Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“

Das BMFSFJ hat die Regiestelle Schwerpunkt-Kitas beauftragt, das Programm „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“ umzusetzen. Mit dem Bundesprogramm wendet sich das Familienministerium auf zwei Wegen an die Akteure der Familienbildung: Zum einen werden seit dem 15.05.2011 im Rahmen des Programmbereichs „Elternbegleitung“ bis 2014 insgesamt 4.000 Fachkräfte der Familienbildung zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern weiterqualifiziert. Dabei steht vor allem die Begleitung von Lernprozessen und von Bildungsübergängen im Fokus des Curriculums. Die Qualifizierung durch zwei Anbieter, davon einer in Form eines Träger-Konsortiums, ist für die Fachkräfte kostenfrei.

Zusätzlich zu den Fachkräften werden seit dem 01.03.2012 im Rahmen des Programmbereichs „Elternbegleitung Plus“ 100 Modellstandorte mit 10.000 Euro pro Jahr gefördert. Einrichtungen mit einem Arbeitsschwerpunkt in der Familienbildung arbeiten dabei in enger Kooperation mit einer „Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration“ und mindestens zwei weiteren lokalen Akteuren zusammen. Die Projekte sollen zum einen die Vernetzung von Akteuren der Familienbildung im Bereich der Bildungsbegleitung ausbauen. Zum anderen sollen die Projekte niedrigschwellige Angebote ausweiten oder neu entwickeln, um Eltern von Kindern im Alter bis zum Ende der Grundschulzeit mit besonderem Beratungsbedarf in Bildungsfragen zu beraten und zu begleiten.

Durch die direkte und persönliche Unterstützung der Eltern sollen Fragen rund um frühkindliche Förderung oder zu Bildungsübergängen beantwortet werden. So werden die Eltern bei der Begleitung ihrer Kinder gestärkt und bei der Vermittlung von Bildung im Familienalltag unterstützt. Auf diese Weise sollen die Bildungsbiografien der Kinder von Anfang an durch aktive Teilhabe, Wertschätzung und Chancengleichheit geprägt werden.
Das Programm „Elternchance ist Kinderchance“ hat eine Laufzeit von Juni 2011 bis Dezember 2014.

Stiftung SPI

Jahresbericht 2011/2012

Niederlassung Brandenburg

Landesweite Projekte

Regionalzentren

Fachgruppen

Entwicklung

Der Geschäftsbereich Niederlassung Brandenburg (GB Niederlassung Brandenburg) wurde im Jahr 1998 mit der Intention gegründet, punktuelle Aktivitäten der Stiftung SPI im Land Brandenburg insbesondere in den Handlungsfeldern Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie Stadtentwicklung zu bündeln. Derzeit setzen den Stiftungsauftrag in Brandenburg 96 Mitarbeiterinnen und 55 Mitarbeiter, 8 Auszubildende, ca. 40 geringfügig Beschäftigte, eine Vielzahl von Honorarkräften sowie ehrenamtlich Tätige um. Der Geschäftsbereich Niederlassung Brandenburg war bzw. ist dabei in den Jahren 2011 und 2012 einer Vielzahl von Kommunen, verschiedenen Bundes- und Landesministerien, Trägern sozialer Arbeit und zuerst Kindern, Jugendlichen und Familien ein verlässlicher Partner. In den fünf Regionalzentren Nord-Ost, Nord-West, Ost, Süd und Mitte sowie in landesweiten Zusammenhängen agieren 45 Projekte in vielfältigen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit, die sich jeweils über eine spezifische Aufgabenbeschreibung, eigenes Finanzbudget und Personal sowie Mitwirkung in einer Fachgruppe definieren. Die Angebote der Einrichtungen und Projekte an 13 Standorten finden täglich etwa 2.200 Nutzer/-innen.

Im November 2011 veranstaltete der GB Niederlassung Brandenburg nach umfänglichen inhaltlichen und organisatorischen Vorarbeiten, gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), dem Landesjugendamt (LJA), dem Sozialpädagogischen Fortbildungswerk Berlin-Brandenburg (SFBB) sowie dem Landesjugendring Brandenburg, den „1. Kongress der Jugendarbeit im Land Brandenburg“. Unter dem Motto „Grenzenlose Jugend“ diskutierten 450 Fachkräfte der Jugendarbeit in Frankfurt (Oder) und Slubice Stand und Entwicklungstendenzen sozialer Arbeit.

Hauptaufgabe im Berichtszeitraum war es, eine gleich bleibend hohe Qualität der geleisteten Arbeit in allen Projekten zu gewährleisten sowie neu hinzu gekommene Projekte in die Strukturen der Niederlassung zu integrieren. Wo Modellförderungen von Bund oder Land ausliefen, wurde ein Erfahrungstransfer in Regelangebote organisiert. Das Tätigkeitsspektrum konnte zudem um folgende Vorhaben erweitert werden:

- Koordinierungsstelle LAP LK Potsdam-Mittelmark in Bad Belzig (Mai 2011),
- „Jugendteam Beeskow“ mit dem „Jugendstadthaus“, Sozialarbeit an Schule und aufsuchender Arbeit in Beeskow (Mai 2011),
- „Qualifizierung zur staatlich anerkannten Erzieherin“ Bad Freienwalde (Mai 2011),
- Projektpartner der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung im Programm „Think Big“ in Potsdam und Cottbus (Juni 2011),
- „Berufsfachliche Qualifizierung“ Bad Freienwalde (August 2011),
- Kompetenzagentur Märkisch-Oderland (September 2011),
- Hilfen zur Erziehung Cottbus (September 2011),
- „Jugend für Sandow“ Cottbus im Programm BIWAQ (November 2011),
- Sozialarbeit an der Oberschule Frankfurt (Oder) (Dezember 2011),
- Ambulante Erziehungshilfen Märkisch-Oderland (Januar 2012),
- „Kulturelle Bildung an Schulen“ Potsdam (April 2012),
- „Theater der S-Berge“ in Senftenberg und Spremberg (April 2012).

Die kontinuierliche Erweiterung des Geschäftsbereichs, insbesondere die Integration neuer Mitarbeiter/-innen und Projekte, macht eine fortwährende Selbstevaluation und Strukturanalyse erforderlich. Auf einer Klausur aller Standortleitungen des GBs Niederlassung Brandenburg im Oktober 2011 wurden die Strukturen der Steuerung und Initiierung bestehender und künftiger Arbeitsvorhaben überprüft. Die bereits bewährten regionalen Arbeitszusammenhänge, wie monatliche Treffen in den jeweiligen Standorten und Regionalzentren, werden seit dem Jahr 2007 ergänzt um fachbezogene, überregionale Arbeitsgruppen. Alle Fachgruppen treffen sich jährlich mindestens viermal. Um aktuelle Entwicklungen auch in den Fachgruppen abbilden zu können, wurden diese wie folgt geordnet

- Häuser,
- Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit,
- Bildung,
- Berufliche Bildung,
- Kindertagesbetreuung,

– Medien,
– Gemeinwesen.

Der hier beschriebenen zweigliedrigen Organisationsstruktur – regionale Einbindung der Projekte am jeweiligen Standort, fachliche Anleitung in den Fachgruppen – folgt auch die Darstellung in diesem Jahresbericht.

Zu den eingeführten Basisprodukten des Geschäftsbereichs wie Jugendfreizeit- und Jugendkulturarbeit in zentralen Einrichtungen, bedarfsorientierte Hilfen für Jugendliche in besonderen Lebenslagen und die verantwortliche Umsetzung landesweiter Projekte inklusive wissenschaftlicher Begleitung, Evaluation und Koordinierung verschiedener Programmbeteiligter, kamen neue Projekte im Handlungsfeld „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ sowie an der Schnittstelle Jugendarbeit und Schule hinzu.

Die Regionalzentren des GBs Niederlassung Brandenburg beteiligten sich im Berichtszeitraum in verschiedenen Bereichen an der Entwicklung von Modellen sozialer Arbeit und setzen diese als Träger eigener sozialer Praxis im Land Brandenburg um. Alle Standorte engagieren sich in den lokalen „Bündnissen für Familien“ bzw. initiieren deren Gründung.

Durch die Mitarbeit in verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften (u. a. Multimedia, Streetwork, Soziokultur, Kulturelle Kinder- und Jugendbildung) und Programmbeiräten sowie in Landes- und Kommunalgremien wird der GB Niederlassung Brandenburg seinem Beratungsauftrag gerecht und bringt sich in aktuelle Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen ein. In der LAG Soziokultur ist der GB Niederlassung Brandenburg als landesweit größter Betreiber soziokultureller Zentren mit vier Häusern vertreten.

An den 13 Standorten lagen bzw. liegen die Arbeitsschwerpunkte weiterhin in den Bereichen Ausbau familienorientierter Angebote, internationaler Jugendaustausch, kulturelle Bildung, Jugendberufshilfe, Kooperationsformen mit Schulen und politischer Bildungsarbeit. Die Regionalzentren profitierten von der verstärkten Orientierung auf eine gemeinsame, einheitlichen Standards folgende Erarbeitung von Konzepten, die anschließend regional umgesetzt werden. Neben den Standardangeboten von Jugendarbeit können sie den örtlichen Partnern so Ansätze aus anderen Arbeitsfeldern offerieren. Alle Regionalzentren verfügen über ein „Jugendinformations- und Medienzentrum (JIM) sowie Angebote in den Programmen „Lokale Aktionspläne“ und „Initiative Oberschule“.

Insbesondere in den Bereichen Arbeitsförderung, Ausbildung und Qualifizierung gibt es eine enge Kooperation mit der „SPI Ausbildung & Qualifizierung Berlin-Brandenburg gemeinnützige GmbH“ (SPI A&Q gGmbH), in der seit Jahresbeginn 2009 die entsprechenden Aktivitäten der Niederlassung gebündelt werden. An den Standorten Cottbus und Bad Freienwalde konnte die SPI A&Q gGmbH Aktivitäten im EU-Programm „Lebenslanges Lernen“ jeweils einen „Grundtvig-Workshop“ umsetzen. Eine weitere Beteiligung an diesem Programm ist eine strategische Aufgabe aller Regionalzentren.

Die Geschäftsstelle des GBs Niederlassung Brandenburg befindet sich seit Dezember 2011 komplett in Frankfurt (Oder). Wurden bisher die Bewirtschaftung und das Controlling von Finanzen und Personal in einer Büro- und Arbeitsgemeinschaft mit der Verwaltung des SPI-GBs Soziale Räume und Projekte in Berlin realisiert, steht die Verwaltung des GBs Niederlassung Brandenburg nunmehr vor der Herausforderung, diese Aufgaben selbstständig zu bewältigen. Entsprechende personelle und technische Voraussetzungen wurden geschaffen.

Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle zählen neben der technischen Sicherstellung und Organisation externer und interner Kommunikation die Begleitung der Mitarbeiter/-innen-Qualifizierung, zu deren Realisierung u. a. für jede/jeden Mitarbeiter/-in jährlich fünf tätigkeitsrelevante Fortbildungstage vereinbart sind. In den Jahren 2011 und 2012 liegt ein Schwerpunkt der Administration auf der Durchsetzung einheitlicher Standards bei Datensicherung und Computertechnik. Eine Richtlinie „SocialMedia“ die u. a. den Umgang mit und den Einsatz von neuen Medien wie facebook regelt, wurde mit der Fachgruppe „Medien“ und dem Qualitätszirkel erarbeitet.

Der Geschäftsbereich ist seit dem Jahr 2004 nach ISO 9001:2008 zertifiziert. Im Rahmen des Qualitätsmanagements wurden nicht nur die Kernprozesse des Geschäftsbereichs, sondern auch

die Steuerungs- und Kontrollprozesse innerhalb der verschiedenen Regionalzentren und Projekte zertifiziert. Eine kontinuierliche Selbstevaluation auf der Projektebene ist Bestandteil des Qualitätsmanagements. Der im Geschäftsbereich eingerichtete Qualitätszirkel unterzog gemeinsam mit dem Qualitätsbeauftragten der Stiftung sämtliche Projekte und Handlungsfelder der Niederlassung einer Prüfung. Dies war die Grundlage, das Audit im Juni 2012 - exemplarisch durchgeführt in der Verwaltung des Geschäftsbereichs sowie den Horten in Frankfurt (Oder) - erfolgreich zu bestehen.

Seit Oktober 2010 ist der GB Niederlassung Brandenburg „Zugelassener Träger für die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Recht der Arbeitsförderung“(AZUV). Die Zertifizierung des Trägers nach AZWV als auch die Maßnahme „Tätigkeitsbegleitende Qualifizierung zum/zur Erzieher/-in für Kindertagespflege“ erfolgte durch eine anerkannte Zertifizierungsstelle der Bundesagentur für Arbeit. Die zweijährige Qualifizierung zur Erzieherin begann in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dem JobCenter Märkisch-Oderland mit 17 Teilnehmerinnen im Mai 2011 am Standort Märkisch-Oderland.

1. Landesweite Projekte

1.1 Beratung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Im Berichtszeitraum wurden bzw. werden im Rahmen des Beratungsprogramms des Landes Aufträge in den Kreisen Märkisch-Oderland, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße und in der Stadt Cottbus umgesetzt. Auftraggeber waren die Landkreise. Ein Auftrag im Kontext des Beratungsprogramms ist durch das Landesjugendamt für die LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Brandenburg e. V. ausgelöst worden. Die Beratungsnehmer (gemäß Standards des Landesjugendamtes Brandenburg) waren in allen anderen Fällen lokal oder regional agierende Träger oder Trägerverbünde wie Arbeitskreise oder Kreisjugendringe. Daneben agieren Ämter/Gemeinden als Auftraggeber, welche die geforderten Leistungen aus anderen Zusammenhängen finanzieren.

Der Geschäftsbereich Niederlassung Brandenburg setzt noch immer den zweitgrößten Anteil der durch das Landesprogramm „Beratung in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ finanzierten Beratungsaufträge um. Allerdings hat sich der Abstand zum führenden Wettbewerber so ausgedehnt, dass mittlerweile von einem dauerhaften Zustand gesprochen werden muss. Gemäß den Ergebnissen der regelmäßigen Erhebung des Landesjugendamtes und einer Befragung von Beratungskundinnen und -Beratungskunden sind alle Beratungsaufträge des GBs Niederlassung Brandenburg in sehr guter und guter Qualität umgesetzt worden. Besondere Beachtung erfuhren dabei die Fachlichkeit und Praxisrelevanz der Beratung. Ausbaufähig ist danach die Zeitnähe der Erbringung vereinbarter Serviceleistungen.

Die Beratungstätigkeit im Berichtszeitraum wurde zentral durch zwei Schwerpunkte gekennzeichnet. Zum einen lag der Fokus der Beratungsaufträge auf Aufträge, die sich vor Ort an die Leistungserbringer (Träger/Netzwerke) richten, deutlich genauer an lokalen oder regionalen und damit spezifischeren Entwicklungen, als an pauschalen (sozial)pädagogischen Anforderungen und Standards. Damit verändern sich ebenfalls die Ansprüche an die Erfolgskriterien, mit denen Auftraggeber/-innen ihre Dienstleister/-innen messen.

Ein weiterer Auftragsschwerpunkt war die Beratung und Begleitung von Trägern und Projekten in der konkreten Umsetzung von Aufträgen. Hier ging es verstärkt darum, vorhandene Interessenlagen und „informelle“ Arbeitsaufträge aus formellen Auftragserteilungen wie Konzeptionen, Zielvereinbarungen etc. herauszufiltern und Bearbeitungsmöglichkeiten zu bestimmen.

Ein sich entwickelndes Auftragsfeld ist die Erstellung und Auswertung von Sozialraumstudien für Gemeinden, die eigene und spezifische Problemfelder und Entwicklungspotentiale identifizieren wollen und externen Sachverstand in der Formulierung von Handlungsmöglichkeiten anfordern.

Das Beratungsprojekt wird gegenwärtig durch einen Mitarbeiter repräsentiert, der auftragsbezogen wesentliche Unterstützung durch zwei Kolleginnen und Kollegen aus anderen Projekten sowie durch den Geschäftsbereichsleiter erfährt.

1.2 Initiative Oberschule

Der GB Niederlassung Brandenburg ist seit Beginn des Programms „Initiative Oberschule“ (IOS) im Jahr 2007 für dessen regionale Umsetzung in den Schulamtsbereichen Cottbus und Wünsdorf verantwortlich. Im Rahmen des durch das Brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport initiierten Programms zur Stärkung und Weiterentwicklung der Schulform Oberschule im Land Brandenburg, haben Oberschulen die Möglichkeit, gemeinsam mit externen Partnern, Projekte zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen oder zur beruflichen Orientierung und Vorbereitung von Schülern und Schülerinnen sowie Fortbildungen für Lehrkräfte durchzuführen.

Als IOS-Regionalpartner Süd hat die Niederlassung Brandenburg folgende Aufgaben:

- Sichtung und Prüfung der eingereichten IOS-Projektangebote finanzieller und inhaltlicher Art,
- Beratung von Schulen und deren außerschulischen Partnern/Leistungserbringern,
- begleitendes Monitoring und Controlling von laufenden IOS-Projekten,
- Abrechnung der Projekte gegenüber den Zuwendungsgebern,
- Informationsservice für Schulen und interessierte Institutionen/Einrichtungen/Träger rund um die „Initiative Oberschule“,
- regionale Steuerung sowie Mitwirkung an Landessteuerung.

Mit dem Schuljahr 2011/2012 begann der zweite Förderabschnitt des Programms Initiative Oberschule. Mit diesem treten nun, neben der Integration des Praxislernens in die regulären Förderstrukturen des Programms, auch neue inhaltliche Schwerpunkte in den Vordergrund.

Explizit hervorgehoben seien hier die:

- Stärkung des selbständigen schulischen Projektmanagements inklusive der Akquise und Koordinierung der, für eine moderne Schulentwicklung erforderlichen, Kontakte zu außerschulischen Partnern und der Aufbau tragfähiger Kooperationsstrukturen, die Akquise von Fördermitteln und die Möglichkeiten des Fundraising in Schulen,
- Stärkere Einbeziehung von Eltern in die schulische Berufs- und Studienorientierung,
- intensivere und nachhaltige Verknüpfung der IOS-Projekte einschließlich des Praxislernens mit dem Schulprogramm und den innerschulischen Lehrplänen.

Darüber hinaus ist die Umsetzung der „Schulabschlussorientierten Projekte in IOS“ zur Förderung versetzungsgefährdeter Schüler/-innen nach zweijähriger Pilotphase in den Jahren 2010 und 2011 nun im Programm zu verstetigen.

Durch die Integration des Praxislernens und den damit verbundenen Wegfall der doppelten Verwaltungsstrukturen, ist es gelungen, die finanzielle Situation im Programm zu stabilisieren. Somit konnten auch im Schuljahr 2011/12 nicht nur 69 von 75 eingereichten IOS-Projektangeboten realisiert werden, sondern darüber hinaus auch 24 Projekte zum Praxislernen und 4 schulabschlussorientierte Projekte.

Als einen besonderen Service des IOS-Regionalpartners Süd ist die jährlich erscheinende Angebotsbroschüre anzusehen. In dieser finden alle Interessierten, in erster Linie jedoch die Schulen, Informationen und ein breites Spektrum an Angeboten zu den Programm-möglichkeiten. Da sich die Broschüre als Instrument sehr erfolgreich etabliert hat, wird sie auch im zweiten Förderabschnitt durch den IOS-Regionalpartner Süd weitergeführt. Allerdings werden sich die Inhalte entsprechend der Schwerpunkte im Förderabschnitt wie folgt ändern:

- Vorstellung der Entwicklungen in IOS,
- Erörterung der Schwerpunkte im jeweils kommenden Schuljahr,
- Aufarbeitung von Themengebieten zum Projektmanagement,
- Vorstellung neuer, innovativer Projektangebote entsprechend der Schwerpunkte.

Auf dem nunmehr fünften Jahrestreffen des IOS-Regionalpartners Süd im März 2012, werden unter dem Motto „Neue Wege in IOS“ die Schwerpunkte des aktuellen Förderabschnittes ebenfalls aufgegriffen und durch konkrete Inhalte spezifiziert. So können sich die Vertreterinnen und Vertreter der Schulen, der Leistungserbringer und weitere Akteure in und um IOS zu den

- Möglichkeiten zur stärkeren Einbeziehung der Eltern in die schulische Berufsorientierung,
- Handlungsansätzen und Präventionsmöglichkeiten der Formen von Gewalt an Schulen und
- Möglichkeiten zur Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedarfe in IOS-Projekten

verständigen und die neu gegebenen Impulse in ihre IOS-Angebote für das Schuljahr 2012/13 einfließen lassen.

Das Programm Initiative Oberschule wird gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg, den Europäischen Sozialfonds und die Bundesagentur für Arbeit.

1.3 Brandenburger Jugendkulturtage

Die 10. Brandenburger Jugendkulturtage finden unter dem Motto „Kultur bildet! Grenzenlos." Deutschland – Polen – Litauen vom 17.08. bis zum 19.08.2012 im Jugendbildungszentrum Blossin statt.

Vor mehr als siebzehn Jahren hatten Brandenburger Kulturinteressierte und -Verantwortliche die Idee, dem künstlerischen Nachwuchs die Möglichkeit zu geben sich mit Gleichgesinnten aus Brandenburg und Polen zu treffen. Kunst sollte dabei entstehen und Verbindungen geknüpft werden. Es ging um das gemeinsame Arbeiten und Feiern. Die Atmosphäre sollte offen und kreativitätsfördernd sein. Das Erlernen von Toleranz und gegenseitigem Respekt waren weitere Ziele. Und es sollte Spaß machen sich gemeinsam mit anderen an Kunst und Kultur zu versuchen. Ob und wie viele Kenntnisse jemand in einem Bereich hatte, stand dabei nicht im Vordergrund. Wichtig war vielmehr zu erfahren, was man in wenigen Tagen gemeinsam erreichen kann!

Und genauso war es bei den 1. Jugendkulturtagen, die 1995 unter dem Motto „Fülle deine Hülle" in Oranienburg stattfanden und das ist auch heute noch so. Natürlich gab es eine Weiterentwicklung. Die Methoden der Arbeit veränderten sich, die Teilnehmerzahlen wuchsen und der Ruf nach einer konzeptionellen Erweiterung wurde lauter. Fließend entwickelten sich so die Brandenburger Jugendkulturtage über die Stationen Jugendkulturtage 1997 in Guben/Gubin, Jugendkulturtage 1999 „Romeo und Julia in der Zeitmaschine" wieder in Oranienburg, Jugendkulturtage 2000 „Grenzgänge" in Frankfurt/Oder bis hin zu den Jugendkulturtagen 2002 „Allein machen sie dich ein" in Werftpfuhl.

Dann gab es einen Entwicklungssprung. Die Nachfrage und die Ansprüche waren in Brandenburg und Polen größer geworden. Also mussten ein neues Konzept und ein neuer Veranstaltungsort gefunden werden. Ein Veranstaltungsort, der es erlaubte, vielfältigste Kreativangebote zu machen, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen angenehmen Aufenthalt zu ermöglichen sowie die entstandenen Ergebnisse der Arbeit ansprechend zu präsentieren. Der GB Niederlassung Brandenburg, der seit dem Jahr 1999 die Verantwortung für die Organisation und Durchführung der Jugendkulturtage übernommen hatte, wurde bei der Suche nach solch einem Ort in Blossin fündig.

Im Jugendbildungszentrum (JBZ) Blossin gab es nicht nur die geforderten räumlichen Voraussetzungen, sondern auch engagierte und motivierte Verantwortliche und Mitarbeiter/-innen. So entstand nicht nur eine dauerhaft gute Zusammenarbeit zwischen dem GB Niederlassung Brandenburg und dem Jugendbildungszentrum Blossin, sondern auch die Idee, den Jugendkulturtagen eine dauerhafte Heimat zu geben. Seit den 6. Jugendkulturtagen des Landes Brandenburg 2004 „Willkommen in Europa" findet deshalb dieses Event, zweijährig wiederkehrend, im JBZ Blossin statt.

Doch diese Konstante bedeutete nicht Stillstand. Im Gegenteil. Nachdem 2006 unter dem Motto „Alternativen ...?!" auch die 7. Jugendkulturtage erfolgreich abgelaufen sind, wurde ab dem Jahr 2008 der Europäische Gedanke noch mehr in den Mittelpunkt gerückt. Die Idee, aus einer binationalen eine trinationale Veranstaltung zu machen, wurde geboren. Und nach einigen Vorgesprächen kristallisierte sich Litauen als neues Partnerland heraus.

Gemeinsam mit den polnischen und den neu dazugewonnenen litauischen Partnern konnten im Jahr 2008 die 8. Jugendkulturtage erstmalig trinational und unter dem Motto „Begegnungen" durchgeführt werden.

Der Erfolg dieser konzeptionellen Erweiterung war die Grundlage für die Entscheidung, die Jugendkulturtage auch weiterhin trinational auszurichten. Im Jahr 2010 versammelten sich deshalb wieder mehr als 220 junge Menschen aus Litauen, Polen und Brandenburg, um unter dem Motto „Angekommen in Europa" gemeinsam zu arbeiten und zu feiern. Sie taten das in einer offenen und die Kreativität fördernden Atmosphäre, lernten Toleranz und gegenseitigen Respekt. Es entstand Kunst und es wurden Verbindungen geknüpft. Und das wichtigste war,

dass alle Spaß dabei hatten, sich gemeinsam an Kunst und Kultur zu versuchen sowie zu erfahren, was man in wenigen Tagen gemeinsam erreichen kann!

Zu den 10. Brandenburger Jugendkulturtagen werden im August 2012 wieder bis zu 250 Teilnehmer/-innen in Blossin erwartet.

2. Regionalzentrum Nord-Ost

Das Regionalzentrum Nord-Ost umfasst Projekte in den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland.

Standort Barnim

Am Standort Barnim werden derzeit folgende Projekte umgesetzt:

- Mobile Jugendsozialarbeit in Eberswalde (seit 1998),
- „Boxenstopp“ an der Grundschule „Zum Schwärzesee“,
- der Projektbaustein „Jugendsozialarbeit an Oberschule“ an der Karl-Sellheim-Schule in Eberswalde,
- der Projektbaustein „Jugendsozialarbeit an Oberschule“ an der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Oberschule in Eberswalde,
- „Konfrontatives Konfliktmanagement“ im Rahmen von sozialer Gruppenarbeit nach SGB VIII sowie
- die ambulanten Hilfen zur Erziehung nach §§ 30 und 35 SGB VIII.

Die genannten Bereiche werden mit insgesamt 5 fest angestellten Mitarbeiter/-innen auf vier Vollzeitstellen sowie Honorarpersonal realisiert.

Standort Märkisch-Oderland

Der GB Niederlassung Brandenburg betreibt seit dem Jahr 2005 in Bad Freienwalde das Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum „OFFI“. Das OFFI“ ist ein ehemaliges Offiziers-Casino, welches von der Stadt Bad Freienwalde zu einem soziokulturellen Zentrum umgebaut wurde. Durch eine Kombination von Kultur-, Jugend- und Sozialarbeit ist es heute mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Projekten, die übergreifend für das Kultur- und Gemeinwesen der Region angeboten werden, überregional bekannt und wirksam.

Insgesamt arbeiten am Standort Märkisch-Oderland 27 fest angestellte Mitarbeiter/-innen, die in den unterschiedlichen Angeboten durch eine Vielzahl von Honorarkräften und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter/-innen unterstützt werden.

Jugend- und Sozialarbeit

Als Jugendzentrum werden die klassischen Betätigungsfelder offene Jugendarbeit, mobile Jugendarbeit und Jugendkoordination im ländlichen Raum für die Stadt Bad Freienwalde mit ihren Ortsteilen und dem angrenzenden Amtsbereich Falkenberg-Höhe abgedeckt. Ergänzt werden diese durch Sozialarbeit an Schulen. Aufgabe ist die Gruppen- und Einzelfallarbeit und die Stärkung von sozialen Kompetenzen an der Förderschule und den drei Grundschulen im Stadtgebiet.

Im Rahmen von Fachberatungen werden Träger, Kommunen, Verwaltungen, Vereine und Initiativen oder auch Schulen zu Themen der Kinder- und Jugendarbeit beraten.

Kulturzentrum

Als Kulturzentrum für die Region werden eine Vielzahl von Veranstaltungen im Jahr angeboten. Diese reichen von Live-Konzerten, Diskos und Partys über Kabarett, Vorträge, Lesungen und Ausstellungen. Mit Bandproberäumen und Workshops zu jugendkulturellen Themen, kultureller Bildung sowie soziokulturellen Angeboten wie Festivals und Wettbewerbe für Nachwuchsbands wird das Angebotsspektrum abgerundet.

Bildungszentrum

Im Bereich Bildung und Arbeit konnten umfangreiche Projekte und Maßnahmen initiiert werden. Zu diesen zählen das Schulprojekt „Lernwerkstatt OFFI“ (ein integriertes Projekt von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen von schulverweigernden Jugendlichen), E-quality-learning (eine berufspädagogische Maßnahme im Rahmen der Jugendhilfe für nachholende Schulabschlüsse unter besonderer Berücksichtigung von neuen Medien), das Projekt Berufsfachliche Qualifizierung (Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife), das Projekt JuLa-Jobchance (Vermittlung in Ausbildung und Arbeit von langzeitarbeitslosen Jugendlichen) sowie die Betreibung der Kompetenzagentur Märkisch-Oderland (für Case Management am Übergang von Schule zu Beruf). Schwerpunkte sind die sozialpädagogische Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen und deren Unterstützung im Umfeld von Schule, Ausbildung und Beruf sowie zwischen diesen einzelnen Stationen.

Darüber hinaus konnte eine tätigkeitsbegleitende Qualifizierung für zukünftig benötigtes Personal in der Kindertagesbetreuung als Modell-Weiterbildung entwickelt werden, bei dem die Teilnehmenden durch einen Wechsel von Lernen in der Kindertagestätte, theoretischer Fundierung und konzeptioneller Planung im Seminar ausgebildet werden. Ziel ist die Gewinnung von Fachkräften für die Kindertagesbetreuung für die Region.

Der GB Niederlassung Brandenburg dient als Ausbildungsbetrieb für zwei Auszubildende in den Berufen Veranstaltungstechniker/-in und Bürokaufmann/Bürokauffrau.

Bürgerzentrum

Ergänzt werden diese Aktivitäten durch Angebote als Bürgerzentrum mit Veranstaltungen für Kinder und Familien sowie offenen Angeboten und Möglichkeiten für Freizeitgruppen und Arbeitsgemeinschaften. Das OFFI ist als Jugendinformations- und Medienzentrum (JIM) des Landes Brandenburg etabliert. Darüber hinaus dient das Haus als Ansprechpartner für die Initiierung von Partizipationsprojekten und Unterstützung von Eigeninitiative und Ehrenamt zum Beispiel durch gemeinnützige, ehrenamtliche und soziale Projekte in der Region. Durch die Koordinationstätigkeit im Lokalen Bündnis für Familie, im Bündnis für Toleranz sowie im Lokalen Aktionsplan werden die jeweiligen Angebote koordiniert und organisiert. Ebenso wird kooperativ mit weiteren Partnern in den Landes- und Bundesprojekten „Initiative Oberschule“ und „Vielfalt tut gut“ gearbeitet.

Der GB Niederlassung Brandenburg gilt dabei als verlässlicher Partner in der Region bei der Ausführung der übertragenen Aufträge und bei der Entwicklung und Durchführung von Angeboten.

3. Regionalzentrum Ost

Mehrgenerationenhaus MIKADO Frankfurt (Oder)
Hort Nordlicht Frankfurt (Oder)
Integrationshort Frankfurt (Oder)
Quartiersmanagement Frankfurt (Oder)
Schulverweigerer „Mikado Crew“ Frankfurt (Oder)
AG Care 2005 Frankfurt (Oder)
Jugend-Team Beeskow

Entwicklung am Standort

Das Mehrgenerationenhaus MIKADO wird in der Öffentlichkeit im vierten Jahr seines Bestehens noch stärker als Zentrum des Gemeinwesens wahrgenommen. Das zeigt sich vor allem im Ansteigen von Nachfragen, welche sich von Anmietungen, Raumreservierungen bis hin zu Veranstaltungen deutlich machen. Darüber hinaus steigt die Zahl der Besucher/innen stetig. Da diese Resonanz sehr gut war, konnte die Angebotsstruktur im Berichtszeitraum weiter stabilisiert werden. Eine Erweiterung erfuhr das Haus durch neue Mieter, welche ihre Angebote im Haus unterbreiten. Derzeit sind 8 selbstständige Vereine im Haus tätig. Es ist gelungen, diese Vereine mit ihren Angeboten in die Struktur des Hauses zu integrieren, ohne die Selbständigkeit der Vereine aufzugeben. Neben der Vereinstätigkeit sind 3 Mieter im Haus tätig, die ein eigenes Unternehmen führen. 14 derzeit aktive Bands bereichern die Einrichtung. Mit den ergänzenden Projekten, wie z. B. der Verkehrserziehung und der offenen Jugendarbeit, erfährt der Träger Anerkennung und fachliche Wertschätzung beim Auftraggeber und bei diversen Partnern.

Der Hort Nordlicht betreut mit 10 Erzieherinnen derzeit 190 Kinder. Das Jahr 2011 stand im Zeichen der Weiterentwicklung von Standardleistungen und der Erarbeitung eines neuen Konzeptes verbunden mit der Entwicklung von Qualitätsstandards. Es ist gelungen, einen Kooperationsvertrag mit der Grundschule „Am botanischen Garten“ zu schließen und die bestehenden Kooperationen zu festigen. Der in der Konzeption beschriebene Schwerpunkt der gesunden Ernährung wurde durch eine Vielzahl von Eltern in Veranstaltungen und in der täglichen Arbeit unterstützt.

Im Integrationshort werden von 18 pädagogischen Fachkräften zurzeit 260 Kinder betreut. Im Berichtszeitraum wurde ein Konzept zur Betreuung von Praktikanten erarbeitet. Die Einrichtung stellte den Antrag auf anerkannte Ausbildungsstätte für Erzieher/innen und qualifizierte die Elternberatung. Gemeinsam mit dem Hort Nordlicht wurde an Qualitätsstandards gearbeitet, welche für weitere Einrichtungen des GBs Niederlassung Brandenburg mit dem Schwerpunkt - Kinderbetreuung - bindend sind.

Das Quartiersmanagement zeichnet sich durch eine hohe Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern, Gremien und der Verwaltung aus. Der Projektleitung ist es gelungen, 28 Projekte aus dem Quartiersfond zu unterstützen, in 15 Gremien aktiv mitzuwirken, 2.680 Beratungen bzw. Vermittlungsgespräche zu führen und diverse öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu initiieren (Herausgabe der Quartierszeitung (2), diverse Artikel (200), Radiospots u. a.). Die Leiterin des Projektes steht der Fachgruppe „Gemeinwesen“ des GBs Niederlassung Brandenburg vor. Mit dem Quartiersmanagement ist es gelungen, soziale Kräfte zu bündeln, neue Ideen zu entwickeln, Bürger/innen der Stadt zu beteiligen und Nachhaltigkeit bei der Umsetzung von Projekten zu erreichen.

Im Berichtszeitraum 2011/2012 konnte das Projekt Schulverweigerer „Mikado Crew“ nach personeller Neubesetzung stabilisiert werden. Derzeit werden 13 Jugendliche (7 Schüler Jahrgangsstufe 8 und 6 Schüler Jahrgangsstufe 9) unter Begleitung von einer sozialpädagogischen Fachkraft, 2 Honorarkräften und einer Lehrkraft auf den Schulabschluss vorbereitet. Die Schüler der 9. Klasse haben alle den Hauptschulabschluss erreicht. Sie wurden in berufsorientierende Maßnahmen, in die Berufsausbildung oder in eine Reha-Maßnahme weiter vermittelt.

Das Projekt AG Care 2005 wurde im August 2011 auf Grund des Rückgangs von Mitteln und Vermittlungsbedarfen geschlossen. 28 Menschen wurde eine Anbindung an vorhandene

Arbeitsstrukturen mit dem Ziel geboten, sie entsprechend ihrer Berufsausbildung, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie erworbener Qualifikationen einzusetzen. So konnten sie wieder auf das Berufsleben vorbereitet werden.

Am 01.04.2011 übernahm der GB Niederlassung Brandenburg nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Beeskow und positiver Stellungnahme des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree die Trägerschaft für die Jugendarbeit in Beeskow. Die Mitarbeiter/-innen des Jugend-Teams Beeskow verstehen sich als multiprofessionelles Pädagoginnen/Pädagogen-Team mit den vier Arbeitsbereichen: Jugendtreff, Sozialarbeit an der Oberschule, Mobile Jugendarbeit und Jugendkoordination/Teamleitung. Bereits nach kurzer Zeit steigerten sich im Jahresverlauf die Besucher/-innenzahlen der Einrichtung. Zu den Highlights des Jahres gehören 2 Hardrock Konzerte im Jugendtreff, die erstmalig öffentlich veranstalteten Mitternachtsfußballturniere, der Start des internationalen Jugendaustausches zwischen Beeskow und Sulecin, die Beteiligungsprojekte für den Jugendtreff sowie das neu ins Leben gerufene Bandprobezentrum. Das Jugend-Team Beeskow ist bereits jetzt Teil eines dichten Netzwerks von gesellschaftlichen und pädagogischen Institutionen sowie bürgerschaftlichem Engagement in Beeskow und kooperiert darüber hinaus mit landesweiten Institutionen, wie Demos-Mobilen Beratungsteam und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA).

Personal

Im Regionalzentrum Ost waren im Berichtszeitraum 55 Beschäftigte tätig. Darüber hinaus unterstützten 15 Praktikantinnen und Praktikanten und 4 Freiwillige im Sozialen Jahr die jeweiligen Projekte und erhielten fachliche Anleitung. Weitere 15 Personen sind über Honorar in die Projekten eingebunden. Dies ermöglichte die Entwicklung von zeitlich befristeten oder auch auf längere Zeit angelegten zusätzlichen Angeboten. 15 Freiwillige unterstützen die Projekte regelmäßig.

4. Regionalzentrum Süd

Das Regionalzentrum Süd ist eines von fünf Regionalzentren des GBs Niederlassung Brandenburg. Es umfasst Projekte in den Landkreisen Spree-Neiße, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz sowie Projekte in den Städten Cottbus, Spremberg, Senftenberg, Lübben und Königs Wusterhausen.

Im Berichtzeitraum wurden im Regionalzentrum insgesamt 20 unterschiedlich ausgerichtete Projekte von durchschnittlich 39 fest- und 11 teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter/-innen geleitet und betreut. Der weibliche Anteil lag durchschnittlich bei 36 Beschäftigten, der männliche bei 14 Beschäftigten. Unterstützt wurde die Arbeit durch Fachkräfte auf Honorarbasis und Praktikantinnen und Praktikanten sowie zusätzlich Beschäftigte über Kommunal-Kombi-Programme.

In den Einrichtungen Kinder- und Jugendfreizeitzentrum „Bergschlösschen“ in Spremberg und Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“ in Senftenberg ist es auch in diesem Berichtszeitraum gelungen, neben den eigentlichen Kerngeschäften der Häuser (Jugendbildungs-, Jugendkultur-, Jugendfreizeitarbeit) weitere Projekte zu etablieren. Des Weiteren konnten im Haus „jule“ in Cottbus weitere Projekten angesiedelt werden.

Cottbus

- Projekt für schulverweigernde Jugendliche „Leonardos Meisterbude“,
- Jugend-, Informations- und Medienzentrum (JIM) im Haus „jule“,
- Projekt für junge Mütter „Wegweiser“,
- „Think Big“ als Partner der DKJS,
- „Jugend für Sandow“ im Programm BIWAQ,
- Hilfen zur Erziehung.

Spremberg

- Kinder- und Jugendfreizeitzentrum „Bergschlösschen“,
- Jugend-, Informations- und Medienzentrum (JIM) im „Bergschlösschen“,
- Theaterprojekt „Blicklicht“,
- Jugend-MAE „InSoKo“ (Individuell-Sozial-Kompetent),
- Projekt für schulverweigernde Jugendliche Lernwerkstatt „Sprungbrett“,
- Schulsozialarbeit an der Heidegrundschule Spremberg,
- Jugendsozialarbeit im Ortsteil Haidemühl/Spremberg,
- Beherbergungsstätte „Bergbau-Erlebniswelt“ Felixsee.

Senftenberg

- Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“,
- Bundesprogramm „Biwaq“ - Theaterprojekt „Phoenix“ im „Pegasus“,
- Netzwerkstelle „Demokratische Kultur“ im „Pegasus“,
- „Die ART-Kids“ – ergänzende Hortbetreuung,
- Schulsozialarbeit am Friedrich-Engels-Gymnasium,
- Schulsozialarbeit an der Dr.-Otto-Rindt-Oberschule,
- Schulsozialarbeit an der Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“.

Lübben

- Schulsozialarbeit an der Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“.

Königs Wusterhausen

– KomPakt, Bundesprojekt zur Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft.

Gegenseitige regionale Austausche finden in den monatlichen Standortleiterrunden und vierteljährlichen Projektleiterrunden des GBs Niederlassung Brandenburg statt. Darüber hinaus leisten die Standorte des Regionalzentrums bei Bedarf gegenseitige materielle und personelle Unterstützung, z. B. bei themenspezifischen Projekten. Besonders hervorzuheben ist dabei die Zusammenarbeit bei der Ausrichtung des 3. JIM Filmfestivals des Landes Brandenburg vom 28.-30.10.2011 in Spremberg.

5. Regionalzentrum Mitte

Standort Potsdam

Das Jugendkultur- und Familienzentrum Lindenpark

Der GB Niederlassung Brandenburg ist im Regionalzentrum Mitte seit März 2009 am Standort Potsdam tätig.

Dazu zählen das Lindenparkareal mit dem Jugendkultur- und Familienzentrum Lindenpark, dem dazugehörigen Open Air-Gelände, sowie das Kinder und Jugendhaus j.w.d. Weiter ordnen sich der Jugendtreff „Clubmitte“ auf dem FreiLand-Gelände und der Hort „Die Buntstifte“ in Babelsberg Süd in den Standort Potsdam ein. Alle Einrichtungen vereinen die Schwerpunkte: Soziokultur, Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, kulturelle Bildung und Bürgerengagement. Ziel ist es, möglichst vielen - vor allem jungen Bürger/-innen den Zugang und die Teilhabe an unterschiedlichsten Jugend- und Kulturangeboten, sowie weiteren Angeboten in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in hoher Qualität zu ermöglichen.

Räumlich erstreckt sich das Lindenparkareal über ca. 6.500 qm Fläche im Herzen von Babelsberg mit den zwei eigenständig wirkenden Häusern: Lindenpark und j.w.d. Beide nutzen gemeinschaftlich das Außengelände und kooperieren projektbezogen.

Im Lindenpark befinden sich zwei Haupt-Veranstaltungsräume. Der Saal mit ca. 350 qm fasst unbestuhlt bis zu 900 Gäste und bestuhlt bis zu 300 Gäste und wird hauptsächlich für Großveranstaltungen genutzt. Der Salon mit ca. 100 qm fasst unbestuhlt bis zu 145 Gäste und bestuhlt bis zu 47 Gäste. Er wird vorwiegend als Erweiterung zum Saal, als kleiner Veranstaltungsraum und als Familiencafé mit Zugang zum Außengelände mit optionalem Kaffeegarten genutzt. Eine weitere Räumlichkeit, der „Backstage“ mit einer Größe von 35 qm wird in erster Linie als Workshopraum für bis zu 15 Personen oder als Backstage für Künstler/innen zur Verfügung gestellt. Ferner befinden sich im Keller des Hauses drei Musik-Proberäume, die in Kooperationen für Musikprojekte aller Art für bis zu 25 Kinder bzw. Jugendliche gleichzeitig genutzt werden können.

Das multifunktionale Außengelände verfügt über eine Open Air Bühne, einen Skatepark mit unterschiedlichsten Hindernissen und Rampen, eine winterfeste Halfpipe, einen Spielplatz mit kostenfreier Spielgeräteausleihe und der optional gastronomisch genutzten Waldhütte. Mehrere Graffitiflächen, ein Bolzplatz, ein offenes Basketballfeld, eine mongolische Jurte sowie mehrere Rasenflächen, umgeben von Linden, sind ebenso Bestandteil des Parks. Das Open-Air-Areal ist frei zugänglich und bietet somit einerseits eine Vielzahl an nutzbaren Outdoor-Angeboten für die Potsdamer/innen und andererseits viele Möglichkeiten für eine breite Gestaltungen der Veranstaltungen seitens des Lindenparks.

Das Jugendkultur- und Familienzentrum Lindenpark versteht Soziokultur grundsätzlich als kommunales Netzwerkmanagement, als Kultur für alle, als aktivierende Kulturpolitik, als Empowerment (Mut machende Prozesse zur Selbstbefähigung), als interkulturelle Kommunikation bzw. als Programmatik zur Zusammenführung von Kultur und Gesellschaft, auch über Generationen hinweg. Kooperationen sind ein „konzeptionelles MUSS“, sei es mit den unterschiedlichen Zielgruppen, sei es z. B. mit Partnerinnen und Partnern im Veranstaltungsbereich, mit Projektförderern oder Unterstützern im Kinder- und Familienbereich. Die Pflege und stetige Erweiterung dieser Netzwerke ergänzt sich um mediale Netzwerke, die maßgeblich Informationen über das Angebot des Jugendkultur- und Familienzentrums breitflächig durch entsprechende Medien streuen.

Die angebotenen Inhalte des Jugendkultur- und Familienzentrums Lindenparks im Jahr 2011 lassen sich in drei gleichgewichtige Säulen aufteilen: Programm, Projekte, Angebote.

Konzerte, Festivals, Events, Klein-, Fein- und Clubkultur zählen zum Kulturprogramm des Lindenparks und nehmen den Großteil der Säule Programm ein. Der andere Teil ergibt sich aus der Aktionsplattform, bei der engagierte lokale und regionale Gruppen und/oder Einzelpersonen den Lindenpark für soziale und/oder kulturelle Belange öffentlich oder für ein begrenztes Publikum nutzen. Lokaler und regionaler Nachwuchs im Programm sind von ebenso hoher Bedeutung wie große nationale und internationale Künstler.

Mitmach-Projekte und Projekt-Förderung, -Begleitung und -Realisierung sind der Kern der zweiten Inhaltssäule Projekte. Die Projekte sind thematisch offen. Umgesetzt wird, was interessiert und was ankommt. Verschiedene Szenen in Musik, Kunst, Natur und Fun-Sport bilden hierbei für die Kinder und Jugendlichen Schwerpunkte. Unter Mitmach-Projekten finden sich zeitlich begrenzte Angebote des Lindenparks mit einem greifbaren Ziel. Sei es eine selbst gebaute Jurte oder der erste Auftritt auf der Bühne im Lindenpark z. B. im Rahmen eines absolvierten Musikcamps. Ein Projekt kann ein Kulturprogramm als Abschluss haben. Alle Vorhaben werden von den Jugendlichen selbst initiiert. Von der Projektidee über die Planung bis hin zur Durchführung und Auswertung werden sie durch das Jugendkultur- und Familienzentrum begleitet und gegebenenfalls unterstützt. Auch in diesem Bereich kann das Ergebnis über die Aktionsplattform ein Kulturprogramm im Lindenpark werden.

Zu der dritten Inhaltssäule Angebote zählen einerseits Bildungs- und Teilhabe-Angebote für Kinder-, Jugend-und Bildungseinrichtungen: Von Kursen über Workshops bis hin zu Projekten und Kulturprogrammen. Kulturelle Bildungs- und Freizeit-Angebote wenden sich hauptsächlich an Kinder, Jugendliche und Familien, bei denen es darum geht, in der Freizeit Bildung ganz nebenbei zu vermitteln, sei es durch Workshops oder Veranstaltungen. Auch

Gemeinwesenarbeit mit sozial fördernden und Kommunikation anregenden Angeboten gehört dazu.

Das Büro: „HALLO – von der Ideen zum Projekt“ ist ein kostenfreies Angebot vom Jugendkultur- und Familienzentrum an die Bevölkerung der Stadt Potsdam und Umgebung. Es ist die erste Anlaufstelle für Bürger/innen aller Altersgruppen, um aktiv zu werden, sei es in Form selbst verwirklichter Projekte, die durch den Lindenpark begleitet werden oder aber als Aktionsplattform für eigene soziale und/oder kulturelle Belange. Eine Vielzahl der aus dem HALLO resultierenden Projekte wird mit zusätzlichen, externen Förderungen realisiert.

Im Jahr 2011 haben insgesamt über 60.000 Besucher die Angebote des Jugendkultur- und Familienzentrums Lindenpark wahrgenommen.

Das offene Kinder- und Jugendhaus „j. w. d.“ auf dem Lindenparkareal

Das offene Kinder- und Jugendhaus j. w. d. bietet einen Treffpunkt für Kinder, Jugendliche und junge Familien in Potsdam Babelsberg. Mit den drei konzeptionellen Schwerpunkten offene Jugendfreizeit, Projektarbeit und Kinder- und Familien-Angebote setzt das j. w. d. auf neue Wege in der Jugendhilfe.

Wöchentliche Angebote wie Musikkurse, Bandprobemöglichkeiten, Fun-Sport, themenorientierte Projekte und Angebote für Kinder und Familien sind genauso Tradition wie die unterschiedlichsten Aktionen außerhalb des j.w.d.-Geländes. Jährliche Highlights sind die Mach-Musikcamps, die verschiedensten Workshop-Angebote, Ferienangebote, Märchen in der Jurte, Treffpunkt Spielplatz, Skate und BMX Contests, Sessions für BMX und Skate-Board-Freunde und Projektfahrten in andere Städte.

Einzigartig ist der, unter großer Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gestaltete, gebaute und gepflegte Skate- und BMX-Park. Seit Ende des Jahres 2011 wird zudem an einer Schlechtwetter- und Wintervariante für Rollsportfreundinnen und Rollstuhlfreunde (in Form einer überdachten Minirampe) gebaut.

Der „Clubmitte“

Auf dem Gelände des Jugendkulturareals „freiLand“ sollte unter anderem eine eigenständige Jugendfreizeiteinrichtung, der „clubmitte“ für die offene Jugendarbeit aufgebaut werden. Nach einer einjährigen Bauphase und durch hohe Eigenleistung sowie die Unterstützung des Jugendkultur- und Familienzentrums Lindenpark konnte im Mai des Jahres 2011 mit der Arbeit im „clubmitte“ begonnen werden. Durch die Einbettung in das zunächst zeitlich befristete freiLand-Modellprojekt (bis Mitte des Jahres 2013) sowie durch den Versuch der Etablierung eines Jugendhilfe-Angebots in einem Jugendkultur-Kontext mit unterschiedlichen Zielstellungen, Zielgruppen und Arbeitsweisen stellte dies einen konzeptionell-inhaltlichen Neuanfang mit Experimentalcharakter dar. Auf Grund der schwierigen Lage zwischen den Stadtteilen und fernab von den nächsten Bildungseinrichtungen erhielt der „clubmitte“ einen vom Jugendhilfeausschuss bestätigten Sonderstatus, ähnlich einem überregional arbeitenden Jugendfreizeitangebotes.

Dies hatte zur Folge, dass sich die Einrichtung im Jahr 2011 für die Zielgruppe der 9- bis 21-Jährigen mit einer breiten Angebotspalette präsentierte, um einen neuen Besucherstamm zu gewinnen. Ausgehend von den räumlichen Möglichkeiten, wurden die Schwerpunkte im musikalischen und künstlerisch-kreativen Bereich gesetzt. DJ-Workshops, Street-Art- und Graffitiprojekte, Sport- sowie Freizeitprojekte wurden als Einstieg angeboten. Regelmäßige Auftritte von jungen Bands sowie Projekte in Kooperation mit dem Mach Musik e.V. waren Bestandteile der Arbeit und sind durch mehrtägige Band- oder Instrumentenworkshops ergänzt worden. Besonders die Kooperation mit Schulen bzw. den vor Ort arbeitenden Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern diente auch der Etablierung der Einrichtung im Sozialraum und der Gewinnung eines neuern Klientel.

Zusätzlich zu den eigenen Angeboten wurde die Palette ergänzt durch eine Projektpartnerschaft mit „Think Big“ (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung), einem Programm zur Förderung von

Empowerment und Teilhabe von Jugendlichen, welches den Jugendlichen projektbezogene Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten bietet. In diesem Rahmen konnten vielfältige Projekte in den Bereichen Sport, Theater, Musik realisiert werden, die auch überregional Beachtung fanden.

Der Hort „Die Buntstifte“

Der Hort „Die Buntstifte“ begreift sich als Bildungsstandort. „Die Buntstifte“ sind konzeptionell ein Hort mit demokratischen Ansätzen u. a. mit Kindersitzungen und unterschiedlichen Beteiligungsformen. Die Einrichtung arbeitet nach einer „Offenen Hortkonzeption“ mit einer differenzierten Hausaufgabenbetreuung und vielfältiger Projektarbeit, welche auf Freiwilligkeit beruht (z. B. Musikprojekt/Hundedienst/ Waldprojekte/ Töpfern).
Die Ziele der Hortarbeit bestehen neben der täglichen Betreuung und schulischen Begleitung darin, Kinder in ihrer Persönlichkeitsstruktur zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu schaffen, differenzierte Konfliktbewältigungsstrategien zu erlernen, ihre Begeisterungsfähigkeit am Lernen zu entfachen und aufrecht zu erhalten. So sollen „Räume“ nutzbar gemacht werden, in denen ein Lernen erst möglich wird bzw. andere Lernerfahrungen gesammelt werden können. Die bunte Projektpalette soll Rahmenbedingungen schaffen, in denen jedes Kind die Chance hat, Erfolgserlebnisse zu verzeichnen.

Ein weiteres Ziel ist es, Kindern mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen eine Begegnungsstätte zu bieten. Zurzeit werden 50 Kinder betreut. Der Hort „Die Buntstifte“ will eine Fortschreibung und Aktualisierung seiner Konzeption aktiv gestalten und den jeweiligen Gegebenheiten (z. B. Ausweitung des Hortbetriebes) anpassen.

Standort Bad Belzig

Das Kultur-, Jugend- und Medienzentrum POGO in Bad Belzig

Das POGO wurde als Jugendfreizeiteinrichtung, im April des Jahres 2010 in die Trägerschaft des GBs Niederlassung Brandenburg übertragen. Im Jahr 2011 erfolgte die Anerkennung als Jugend-, Informations- und Medienzentrum (JIM). Seitdem ist ein wesentlicher Teil der Arbeit im medienpädagogischen Bereich angesiedelt. Es wurden verschiedene Projekte realisiert. Dazu gehörten Trickfilmproduktionen an den Schulen der Umgebung, die Teilnahme am JIM-Filmfestival, die Durchführung von Bildungsveranstaltungen zum SID, die Schaffung einer Film-AG für die Oberschule u. a. m.

Die konzeptionelle Arbeit wurde neu ausgerichtet und so konzipiert, dass sie ein breiteres Publikum ansprechen. Erste Erfahrungen und neue Kooperationspartner/innen wurden im Bereich der Bildung gewonnen. So konnte für Aussiedler/innen aus den ehemaligen Republiken der Sowjetunion über 6 Monate Deutsch, Mathematik und politische Bildung angeboten werden. Ebenfalls seit dem Jahr 2011 hat die Koordinierungsstelle des „Lokalen Aktionsplans im Hohen Fläming“ ihren Sitz in der Einrichtung und wird von hier aus betreut und begleitet.

Die Arbeits- und Wirkungsweise der Einrichtung wird sich in der Zukunft schwerpunktmäßig auf die Umsetzung der Parkgestaltung als eine öffentliche Parkeinrichtung, ein Projekt für nachholende Schulabschlüsse, den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, der Medienpädagogik und auf den Ausbau des Veranstaltungsbereiches richten. Die Einrichtung ist derzeit in einer Umbruchphase, welche die Neustrukturierung der Aufgabenbereiche in den Mittelpunkt rücken lässt. Hierzu sind mittlerweile 4 Bürgerarbeitsstellen besetzt und eine weitere Stelle im Bereich der Sozialpädagogik/Sozialarbeit wird ausgeschrieben. Ziel ist es, die inhaltliche Arbeit zu profilieren, die Außenwirkung zu verbessern und die Angebote bedürfnisorientiert weiter zu entwickeln. Hierbei liegen die Betätigungsfelder in den Bereichen der Medien-, der Sozial- und der Kulturpädagogik sowie im Bereich der außerschulischen Bildung. Wie in den Jahren zuvor werden die Kooperationen in den bestehenden Netzwerken weiterentwickelt. Hierzu gehört u. a. die Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplanes, durch die eine Vielzahl von zusätzlichen Projekten für die Gemeinwesenentwicklung begleitet und umgesetzt wird.

6. Regionalzentrum Nord-West

Das Regionalzentrum Nord-West umfasst Projekte in den Landkreisen Oberhavel und Havelland.

Standort Oberhavel

Am Standort Oberhavel werden derzeit folgende Projekte umgesetzt:

- Jugendfreizeitzentrum „Oase“ und aufsuchende Jugendarbeit in Velten,
- Jugendclub „T-Point“ in Leegebruch.

Die genannten Bereiche werden mit insgesamt 5 fest angestellten Mitarbeiter/-innen und 2 Kommunal-Kombi-Stellen betrieben.

Jugendfreizeitzentrum „Oase“ Velten

Das Jugendfreizeitzentrum „Oase“ (JFZ) ist seit seiner Eröffnung im Jahr 1997 zu einer festen Größe im gesellschaftlichen Leben der Stadt Velten sowie angrenzender Städte und Gemeinden geworden. Hier treffen sich Kinder und Jugendliche, die sich in der Übergangsphase von der Grund- zur Oberschule oder zum Gymnasium bzw. von der Schule ins Berufsleben befinden, als auch auszubildende junge Erwachsene, arbeitslose Jugendliche und Sozialhilfeempfänger/innen. Die Altersspanne der Jugendlichen liegt zwischen 10 und 23 Jahren. Das Jugendfreizeitzentrum besuchten im Jahresdurchschnitt 2011 ca. 60 Kinder und Jugendliche täglich.

Die im Jahr 2010 neu erarbeitete Konzeption „Sozialraumteam Velten“ konnte im Jahr 2011 weiter erfolgreich umgesetzt werden. Mit dieser Konzeption ist es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglich, flexibler auf veränderte Bedarfslagen zu reagieren und eine größere Ausstrahlung der Arbeit ins Gemeinwesen zu erreichen.

Offene Angebote des Jugendfreizeitzentrums

Die Öffnungszeiten des JFZ konnten auch im Jahr 2011 konstant gehalten werden. Das JFZ ist an 5 Tagen in der Woche zu jeweils 7 Stunden geöffnet.

Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung im JFZ sind sehr vielfältig. Sie umfassen einen offenen Bereich, in dem sich die Jugendlichen treffen und reden können, einen kreativen Bereich, wo u. a. Ostereier bemalt und Kerzen gegossen wurden bzw. kleinere Bastelarbeiten für Weihnachten angefertigt wurden. Sehr beliebt sind außerdem Sport- und Spielmöglichkeiten, wie Billard, Tischtennis, Dart, Tischkicker, Videospiele, die drei Computer des Internetcafés, sowie zahlreiche Brett- und Gesellschaftsspiele und Musik hören. Beliebt ist außerdem die Möglichkeit, sich im Kraftraum so richtig auszupowern.

Auch der große und schöne Außenbereich lädt gern zum Verweilen ein. Hier bietet sich viel Raum zum Treffen, Volleyballspielen, Mitarbeit beim Gartenprojekt, Möglichkeiten zum Grillen und Lagerfeuer.

Schwerpunkte für die Arbeit im Offenen Jugendtreff sind:

- die präventive Sportarbeit,
- die betreuende Tätigkeit bei der Berufswahl, Berufsfindung und Hilfe und Unterstützung bei der Klärung sozialer Probleme, Hilfe bei der Lebensplanung,
- soziale Gruppenarbeit in Form von Mannschaftssportarten, Gruppenspielen, erlebnispädagogischen Angeboten, Workshops zu Themen wie Sucht, Aids usw.
- Integration neuer Nutzergruppen,
- Vernetzung im Sozialraum.

Projektangebote

Projekte im Jahr 2011 waren:

- Gitarrenunterricht,
- Gesangsunterricht,
- Fahrradwerkstatt im Bürgerhaus Velten-Süd,
- Streetworkerkeller im Bürgerhaus Velten-Süd,
- Sportangebot – Fußball-AG,
- Graffiti-Kurs,
- Beratungsangebot im Haus der Bürgerinformation,
- Musikcamp.

Mobile Jugendarbeit/Streetwork

Der Bereich der mobilen Arbeit richtet sich im Wesentlichen auf das gleiche Klientel wie in der stationären Einrichtung. Hinzu kommen Kinder und Jugendliche, welche einrichtungsbezogene Hilfsangebote/Freizeitangebote meiden und einen Großteil ihrer Zeit einzeln oder in Szene-Gruppen auf der Straße verbringen. Sie gelten als teilweise kriminell, manche auf Grund ihrer Vorgeschichte auch schon als stigmatisiert und kriminalisiert. Teile von ihnen leben in nicht intakten Familien, haben große Probleme in ihrer Alltagsbewältigung und empfinden sich selbst als sozial benachteiligt. Andere leiden an fehlender Motivation und Desinteresse.

Die Zielstellung für das Jahr 2011 war:

- Aufsuchen von Treffpunkten,
- Erstellen einer Sozialraumanalyse als Arbeitsgrundlage,
- Weiterentwicklung von vertrauensvollen Kontakten zu den speziellen Jugendszenen,
- Hilfestellung in verschiedenen Lebenslagen und zur Alltagsbewältigung,
- Zugänglich machen von Freizeitmöglichkeiten u. a. durch die Überwindung von Selbst- und Fremdausgrenzung.

Durch die Mitarbeiter/-innen wurden im Bereich der Mobilen Jugendarbeit die unterschiedlichen Treffpunkte von Jugendlichen im Bereich der Stadt Velten regelmäßig aufgesucht. Mit viel Fingerspitzengefühl gelang der Kontaktaufbau zu den verschiedenen Gruppen. Treffpunkte waren schwerpunktmäßig der Marktplatz, der Rathausplatz, die Skaterbahn in Velten-Süd und andere Grün- und Spielflächen im Stadtgebiet.

Im Jahr 2012 soll die Jugendarbeit stabil und verlässlich fortgeführt werden. Die seit dem Jahr 2010 bestehende Konzeption zur Jugendarbeit wird in ihrer Umsetzung fortgeführt und bei veränderten Bedarfslagen angepasst.

Bestehende Projekte sollen kontinuierlich fortgeführt und neue initiiert werden. So sind u. a. Anträge für das EU-Jugendaustauschprogramm im Rahmen der Städtepartnerschaft Velten – Grand Couronne (Deutschland – Frankreich) geplant.

Die mit dem Jugendamt des Landkreises Oberhavel, der Stadt Velten und dem GB Niederlassung Brandenburg geschlossene Leistungsvereinbarung wird evaluiert, neu vereinbart und umgesetzt.

Jugendclub „T-Point“ Leegebruch

Der Jugendclub T-Point Leegebruch existiert als Jugendclub seit dem Jahr 1962, feiert im Jahr 2012 sein 50-jähriges Bestehen und ist daher einer der ältesten Klubs im Land Brandenburg.

Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit im Jugendclub T-Point Leegebruch ist die offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei eine ständige Analyse der Situation im Sozialraum und auf dem Arbeitsmarkt.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit ist es, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu entwickeln, sie zu befähigen, sich verantwortungsbewusst und kreativ mit den einzelnen Medien auseinanderzusetzen, sie nicht nur zu konsumieren, sondern sie vor allem aktiv zu gestalten.

Auch künftig wird der Jugendclub T-Point Anlaufstelle und Initiator für schulische und außerschulische multimediale Projekte sein.

Durchgängige Projektangebote sind:

- Graffiti-Projekt,
- Fahrradwerkstatt,
- Computer-Projekt,
- Radio-Projekt,
- Tonstudio-Projekt,
- Boxprojekt,
- Fitnessprojekt,
- Kreativwerkstatt.

Standort Havelland

Am Standort Havelland wird derzeit das Projekt Lernwerkstatt Perspektiven in Rathenow umgesetzt.

Das Projekt richtet sich an aktive und passive schulverweigernde Jugendliche, die sich im 9. und 10. Schulbesuchsjahr befinden und den Schulabschluss nicht ohne sozialpädagogische Begleitung erreichen können.

Durch einen Mix an Angeboten wie Selbstlernmöglichkeiten, fächerübergreifender Unterricht, Projektarbeit und Elemente der Freizeit und Erlebnispädagogik sollen die 12 Jugendlichen wieder an Schule und an Lernen herangeführt werden.

Der Besuch des Projektes ermöglicht den teilnehmenden Jugendlichen den Erwerb des Schulabschlusses „Einfache Berufsbildungsreife“. Daneben steht die Vorbereitung auf die Arbeitswelt durch vertiefte Berufsorientierung und Praktika in regionalen Unternehmen.

Das Projekt wird durch das Staatliche Schulamt Brandenburg, dem Jugendamt Landkreis Havelland und der Kooperationsschule Oberschule „Johann Heinrich August Duncker“ in Rathenow mitgetragen.

Ziele des Projektes sind:

- Erwerb des Abschlusszeugnisses der Klasse 9,
- Wiedereingliederung in Regelschulsystem zwecks Abschluss der Klasse 10,
- Vorbereitung auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Berufsvorbereitung,
- Entwicklung sozialer Kompetenzen.

Basis der erfolgreichen Bildungsarbeit ist eine intensive Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen, wobei die sozialpädagogische Gruppen- und Einzelarbeit ein wesentlicher Bestandteil ist. Der Unterricht und die Wissensvermittlung in den Projekten beziehen sich auf den Rahmenlehrplan der 8. und 9. Klasse des Brandenburgischen Schulgesetzes. Lerngegenstände werden im Projekt praxisnah und ganzheitlich vermittelt. Der Unterricht findet in Kleingruppen statt.

7. Fachgruppen

7.1 Häuser

Konzeptionelles Selbstverständnis

Zu den Basisleistungen des GBs Niederlassung Brandenburg zählt die Jugendfreizeit- und Kulturarbeit in zentralen Einrichtungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Städte offen stehen.

Neben dem Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit besteht eine Grundorientierung zu multifunktionalen Einrichtungen für die jeweiligen Städte und deren Umgebung in den Bereichen Kultur, Freizeit, Bildung und bürgerschaftlichem Engagement im Kontext der zukünftig notwendigen Anpassungen an den demografischen Wandel. Ein generationsübergreifendes, stadtzentrales, kulturelles, soziales und bildungsorientiertes Angebot soll sichergestellt werden, das darüber hinaus mit den Nutzerinnen und Nutzern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern weiter entwickelt wird.

Handlungsfelder

Soziokultur/Veranstaltungen

Je nach inhaltlicher Ausrichtung der Einrichtungen des GBs Niederlassung Brandenburg werden in den Häusern und in der Kommune verschiedenste Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Ein wichtiges Kriterium ist es, Nachwuchskünstler/-innen zu fördern und dabei Veranstaltungen durchzuführen, die ein inhaltlich und künstlerisch hohes Niveau haben und viele Menschen interessieren. Im April 2012 wurde z. B. in Beeskow ein Bandprobezentrum eröffnet, das durch die Mitarbeiter/-innen am Standort betreut wird.

Im Jahr 2011 wurden Konzerte und Konzertreihen (mit lokalen und regionalen Bands), Clubpartys, Kinderfilmfeste, Film- und Musikfestivals, Krimihörspielnächte, Kinder- und Familienveranstaltungen (Musicalproduktion, Familienfest), Bandcontests, Theateraufführungen, Comedy- und Kabarettabende (monatlich in Kooperation mit der Agentur kulturBanausen), Gesundheitsparcours, Fußballturniere, Jugendfeiern, Teenie-Diskos, Wanderausstellungen, Kinder- und Familienfeste, Silvesterpartys, Filmvorführungen mit Diskussionsrunden etc. durchgeführt.

Offene Jugendarbeit

Die offene Jugendarbeit beinhaltet die begleitende interessen- und bedürfnisorientierte Jugendarbeit in den jeweiligen Einrichtungen. Es wurden verschiedenste Aktivitäten mit den Kindern und Jugendlichen durchgeführt, die an ihren Interessen anknüpften, sie zur Selbstbestimmung befähigen und das soziale Lernen in der Gruppe fördern. Bei der Organisation von gemeinsamen Aktivitäten wurden die Jugendlichen eingebunden, um ihre Eigenverantwortung und Selbständigkeit sowie ihre sozialen Kompetenzen zu stärken. Dabei spielt das Thema „Beteiligung“ von Jugendlichen eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2011/2012 nahmen drei Mitarbeiter/-innen des GBs Niederlassung Brandenburg an einer zertifizierten Fortbildung zum Thema „Jugendbeteiligung“ teil.

An verschiedenen Standorten beeinflusste im Jahr 2011 verstärkt die Entwicklung hin zur Sozialraumorientierung die Tätigkeit der offenen Jugendarbeit und somit die inhaltliche Arbeit der Häuser. Dies führt zu einer Verschränkung in den Bereichen der offenen Jugendarbeit, Sozialarbeit an Schule und hinausreichender Jugendarbeit.

Kurse

Neben der offenen Jugendarbeit werden in den Einrichtungen Kurse zu verschiedenen Themen aus den Bereichen Sport, Kultur, Gesellschaft, Politik und Kreativität angeboten, die in Gruppen durchgeführt und von Fachkräften begleitet werden.

Bestehende Angebote für Kinder und Jugendliche werden in verschiedenen Bereichen unterbreitet z. B.: Tanz, Fotografie, Kreatives Gestalten, Graffiti, Keramik- und Töpferwerkstätten, Musik, Modellbau und Medien. Wie bereits im Vorjahr fanden auch im Jahr 2011 zunehmend Angebote für Berufstätige und Senioren (PC-Grundkurse und Bildbearbeitungskurse) sowie generationsübergreifende Kurse (Kinder, Jugendliche und Erwachsene besuchen Kurse gleichzeitig) hohen Zuspruch. Neue Bedarfe bestehen im Bereich der sozialen Netzwerke (Facebook-Workshops). Die Entwicklung der Kursangebote ist stets an den Bedürfnissen der Kinder, Jugendlichen und Familien ausgerichtet.

Projekte/Workshops/Kooperation mit Schulen

Auch im vergangenen Jahr konnte das verstärkte Interesse an Einzelprojekten und Workshops besonders bei Jugendlichen beobachtet werden, da hierbei Erfolgsergebnisse schneller sichtbar werden. Vor allem Workshops im Rahmen der Hip-Hop-Kultur erfreuen sich großer Beliebtheit (Graffiti, Breakdance, Trommelworkshops) sowie verstärkt Medienprojekte z. B. Geocaching, kleine Filmproduktionen. Im Jahr 2011 beteiligte sich der GB Niederlassung Brandenburg an verschiedenen Programmen wie „Brandenburg, das bist du uns wert“, Projekt „Zeitensprünge“, Telekom-Initiative „Ich kann was“. Für Familien bieten die Einrichtungen kreative Angebote (Oster- u. Weihnachtsbasteln, Korbflechten, Specksteinbearbeitung, sorbische Handwerkstechniken, Kinderschminken etc.). Schulklassen aller Schulformen nutzen die verschiedenen Projektangebote (z. B. gesunde Ernährung, Medienprojekte, Musikprojekte, Verkehrserziehung, Töpfern, Metallbearbeitung) der Einrichtungen im Rahmen von bestehenden (und im Jahr 2011 zusätzlich geschlossenen) Kooperationsverträgen für den jeweiligen fachübergreifenden Projektunterricht. Dafür wurden unterschiedliche Formate wie Kinderfilmfest, Rally Monte Mostrich, Jugendbegegnungen, Kennenlernwochen, „Neue Lernmethoden“ und moderne Umgangsformen entwickelt. Interaktive Ausstellungen zu geschichtspolitischen sowie gesundheitsfördernden Themen ergänzten das Spektrum.

Familienarbeit

Die Einrichtungen des GBs Niederlassung Brandenburg streben eine aktive und intensive Beteiligung von Eltern bei der Planung und Umsetzung von Angeboten an. Dies soll durch vielfältige Aktionsmöglichkeiten für die Kinder der einzelnen Städte und deren Umgebung mit ihren Eltern erreicht werden. Angebote sind unter anderem die Ausrichtung von Familienbrunchs, Kindergeburtstagen, Familienfesten und die Unterstützung von Elternvereinen. Das Bestreben des GBs Niederlassung Brandenburg an allen Standorten aktiv an einem „Bündnis für Familie“ teilzunehmen, setzte sich weiterhin fort – so sind die Standorte Beeskow und Senftenberg (als Gründungsmitglied) seit dem Jahr 2011 als neue Partner in „Bündnissen für Familie“ vertreten.

Feriengestaltung

Kindern und Jugendlichen werden auch in den Ferien abwechslungsreiche Angebote zu verschiedenen Themen unterbreitet. Im Berichtszeitraum waren es z. B. Ferienspiele, Kreativworkshops, Kinonachmittage, Medien-Workshops Theater, Freizeitfahrten, thematische Camps (Film, Zirkus, Tanz, Sport und Spiel) in der trägereigenen Jugendbeherbergungsstätte am Felixsee, deutsch-polnische sowie internationale Jugendaustausche/Jugendworkcamps, die im Jahr 2011 ausgebaut wurden.

Gremienarbeit

Die Einrichtungen des GBs Niederlassung Brandenburg verfügen über intensive und gut funktionierende Vernetzungen und Kooperationen mit anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendbildung, mit Institutionen und Netzwerken der Kommunen, der Kreise, des Landes sowie mit Vereinen, Initiativ- und Fachgruppen. Dies unterstreichen zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit den Grund- und weiterführenden Schulen an den jeweiligen Standorten. Bestehende Mitgliedschaften und aktive Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften an den einzelnen Standorten gehören zu den Qualitätsstandards. Mitgliedschaften bestehen im

„Netzwerk für Toleranz und Integration“, Landesarbeitsgemeinschaft „Soziokultur Brandenburg e.V.“, Bündnis für Familie, Landesarbeitsgemeinschaft „Multimedia Brandenburg e.V.“, Landesarbeitsgemeinschaft „Kulturpädagogische Einrichtungen e.V.“, Kreis-, Kinder und Jugendring(e), Landesverband Kinder- und Jugenderholungsreisen Berlin-Brandenburg e.V. Mitgliedschaft in den jeweiligen Jugendhilfeausschüssen bzw. Unterausschüssen, AG § 78 nach SGB VIII, Runde Tisch der Jugendarbeit, für Toleranz und Demokratie sowie Fachgruppenarbeit, Begleitausschüsse „Stärken vor Ort“ sind Standard. Der GB Niederlassung Brandenburg ist mit vier Einrichtungen in der Landesarbeitsgemeinschaft „Soziokultur Brandenburg e.V. und wurde im Januar 2011 mit zwei Vertreter/-innen in den Vorstand gewählt.

Im Jahr 2011/2012 wurden die Standorte Bad Belzig und Senftenberg mit der Eröffnung der örtlichen JIMs in den Einrichtungen „POGO“ und Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“ in die Landesarbeitsgemeinschaft „Multimedia Brandenburg e.V.“ aufgenommen.

Personal

Die Einrichtungen des GBs Niederlassung Brandenburg verfügen über ein Team von mehreren festangestellten Mitarbeiter/-innen (Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen). Weiterhin werden geringfügig Beschäftigte, Mitarbeiter/-innen im Rahmen der Bürgerarbeit, Praktikanten, Honorarkräfte und Ehrenamtliche beschäftigt.

Als Ausbildungsbetrieb begleitet die Stiftung SPI besonders in den zentralen Einrichtungen junge Menschen auf dem Weg zum Berufsabschluss, beispielsweise zur Fachkraft für Veranstaltungstechnik.

Standorte

- Freizeitzentrum „Bergschlösschen“, Spremberg inkl. der Beherbergungsstätte „Bergbau-Erlebniswelt“ Felixsee,
- Mehrgenerationenhaus „Mikado“, Frankfurt (Oder),
- Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum „Offi“, Bad Freienwalde,
- Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“, Senftenberg,
- Jugendkultur- und Familienzentrum „Lindenpark“, Potsdam,
- Jugendfreizeitzentrum „Oase“, Velten,
- Jugendzentrum „Pogo“, Bad Belzig.

Als neue Einrichtung wurde am 01.04.2012 das „Jugend-Team“ Beeskow in die Fachgruppe „Häuser“ integriert. Die Einbindung des neuen Standorts, die Anleitung der neuen Projektleitung in den verschiedenen Handlungsfeldern sowie die kollegiale Beratung zählen zu einem wichtigen Schwerpunkt der Fachgruppe.

Ausblick

Im Jahr 2012 wird es weiterhin das Ziel sein, unter der Beachtung von Rentabilität und Wirtschaftlichkeit, ein ausgewogenes Programm mit einer vielfältigen Angebotsstruktur zu schaffen. Dabei spielt nicht zuletzt der Austausch mit den Aktiven und Interessierten sowie die entsprechenden Bedarfsanalysen von Kursen und Angeboten sowie die Offenheit gegenüber Ideen, sowohl von aktuellen als auch von zukünftigen Kooperationspartnern, eine große Rolle.

Nach wie vor zählen die Stärkung der Standorte und die Vernetzung der Einrichtungen untereinander, zu den hervorgehobenen Aufgaben der Fachgruppe „Häuser“.

Neben der pädagogischen und erzieherischen Arbeit und der zunehmenden Sozialraumorientierung kommt der kulturellen und soziokulturellen sowie gemeinwesenorientierten Arbeit eine große Bedeutung zu, d. h. bedarfsgerechte Unterstützung der einzelnen Initiativgruppen sowie der Ausbau der Angebote im Bereich der Kinder- und Familienarbeit und die Förderung der schaffenden Kunst bzw. ihrer Macher/-innen.

Ausgerichtet auf die neue kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg, wird die „Kulturelle Bildung“ im Jahr 2012 zu einem Schwerpunktthema in den Häusern werden.

Um die Häuser weiterhin rentabel führen zu können, ist die Anbindung temporärer, ausfinanzierter Projekte (z. B. Theaterprojekte, arbeitsweltbezogene Jugendprojekte) eine notwendige Ergänzung zu den bestehenden Strukturen. Angestrebt ist die Verbindung von Projekten in einer gemeinsamen standortübergreifenden Arbeit. Im Theaterprojekt „S-Berge“ wird dies ab 01.04.2012 erstmals in der Niederlassung Brandenburg umgesetzt.

Im Rahmen europapolitischer Arbeitsschwerpunkte und deren Gestaltungsmöglichkeiten stellt die Initiierung von Projekten der Europäischen Union im Jahr 2012 eine neue Herausforderung dar.

7.2 Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit/Sozialarbeit an Schulen

Einen wesentlichen Teil des Kerngeschäfts des Geschäftsbereichs Niederlassung Brandenburg bilden seit mittlerweile fast fünfzehn Jahren die Arbeitsfelder von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in ihren verschiedensten Formen. Diese reichen von Jugendkoordination im ländlichen Raum/Amtsjugendpflege über aufsuchende Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit in festen Einrichtungen/Jugendclubs bis zur Kooperation von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit und an Schulen.

An folgenden Standorten betreibt der Geschäftsbereich Niederlassung Brandenburg Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit:

- Barnim:
  - Mobile Jugendsozialarbeit,

- Märkisch-Oderland:
  - Jugendkoordination im ländlichen Raum Bad Freienwalde,
  - Jugendkoordination im Amtsbereich Falkenberg/Höhe,

- Frankfurt (Oder):
  - Offene Jugendarbeit im Mehrgenerationenhaus „MIKADO“,

- Oberspreewald-Lausitz:
  - Offene Jugendarbeit im Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“ Senftenberg,
  - Aufsuchende Jugendarbeit/Streetwork im Rahmen von „Phoenix“,

- Spree-Neiße:
  - Offene Jugendarbeit im Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ Spremberg,
  - Offene Jugendarbeit im Ortsteil Haidemühl,

- Oder-Spree:
  - Jugendteam Beeskow,

- Potsdam:
  - Jugendkultur- und Familienzentrum „Lindenpark“,
  - Offenes Jugendhaus j.w.d.,
  - Jugendclub Innenstadt (S 13)

- Oberhavel:
  - Jugendfreizeitzentrum „Oase“ Velten,
  - Jugendclub „T-Point“ Leegebruch,

- Potsdam-Mittelmark:
  - Offene Jugendarbeit in der Jugendfreizeiteinrichtung „POGO“ in Bad Belzig.

Sozialarbeit an Schulen durch Fachkräfte des GBs Niederlassung Brandenburg findet an folgenden Schulstandorten statt:

- Dr.-Otto-Rindt Oberschule in Senftenberg,
- Friedrich-Engels-Gymnasium in Senftenberg,
- Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“/“Marianne Seidel“ in Senftenberg, (Die drei Senftenberger Sozialarbeiter arbeiten als Jugend-Aktionsteam schulübergreifend zusammen.)
- Heidegrundschule Spremberg,
- Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“/Schule am Neuhaus in Lübben,
- Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ in Bad Freienwalde,
- Karl-Sellheim-Schule Eberswalde,
- Johann-Wolfgang-von-Goethe-Oberschule Eberswalde,
- Grundschule „Zum Schwärzesee“ Eberswalde (Kooperationsprojekt „Boxenstopp“),
- Von-Hutten Oberschule Frankfurt (Oder),
- Oberschule Beeskow.

Zielstellung

Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Soziale Arbeit an Schule leisten entsprechend der Ziele und Grundsätze regionaler Jugendförderpläne wichtige Beiträge zur:

- Entwicklung sozialer Kompetenzen,
- Prävention,
- Partizipation, Mitgestaltung und Mitbestimmung,
- Gleichberechtigung und Integration,
- Hilfe zur Selbsthilfe für, mit und bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen der jeweiligen Sozialräume.

Die individuellen Potentiale der Kinder und Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ihre Stärken und die Fähigkeit zur Übernahme von Eigenverantwortung sollen gefördert werden.

Die Vermittlung von Werten wie Toleranz, demokratischem Handeln und die Stärkung von Kreativität und Konfliktfähigkeit unterstützen dabei den Übergang von Schule zum Beruf. Dies fördert den Abbau von Benachteiligungen, insbesondere hinsichtlich der Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene, durch kompensatorische Alternativen und die Gewährleistung einer präventiven Begleitung der persönlichen Entwicklung. Es werden zudem Räume, Alternativen und Hilfen zur Selbsthilfe für Kinder und Jugendliche mit sozialen und individuellen Benachteiligungen und deren Familien geboten.

Konzeptionelles Selbstverständnis der Projekte

Die Projekte verstehen sich als Interessenvertretung ihrer Zielgruppen, nehmen dabei eine Position kritischer Parteilichkeit ein und bieten jungen Menschen Hilfe und Unterstützung in Krisen- und Notsituationen an. Diese richten sich an eine Teilgruppe junger Menschen im Sozialraum und orientieren sich an ermittelten und festgelegten Bedarfen und Auftragslagen, welche gemeinsam mit den Auftraggebern in Steuerungsrunden verhandelt worden sind.

Dabei basiert die Arbeit auf den Prinzipien der Freiwilligkeit in der Annahme von Angeboten und des Aufbaus notwendiger Vertrauensverhältnisse. Grundsätzliche Zielstellung ist, Lösungsmöglichkeiten für Probleme zu entwickeln sowie die schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und die soziale Integration junger Menschen zu fördern. Die Projekte agieren als Mittler zwischen Zielgruppen und Institutionen und bieten als Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Begleitung und Beratung an.

Aufgrund der engen Arbeit mit den Zielgruppen sind die Projekte in der Lage, Seismograph im Erkennen und Beschreiben von Trends und Entwicklungen zu sein, welche ihrerseits in

jugendhilfeplanerische Gestaltungsprozesse (bspw. über die kommunale Jugendhilfeplanung) einfließen oder woraus neue Projekte generiert werden.

Tätigkeitsfelder

Offene Gruppenarbeit

Dieses Feld ist als offene Einladung an Kinder und Jugendliche gedacht, bedingt eine freiwillige Teilnahme und beruht auf dem Interesse der Kinder und Jugendlichen, dieses Angebot mit Leben zu füllen und sich zu beteiligen. Es werden Lern- und Erfahrungsräume geboten, um (auch soziale) Lernprozesse zu initiieren, Selbsterfahrung zu ermöglichen und eigenverantwortliches Handeln zu stärken.

Projekte der offenen Gruppenarbeit finden sowohl mehrfach regelmäßig, als auch einmalig statt und stehen im freizeitsportlichen (Volleyball, Fußball, Tischtennis, Dart, Kicker, Bowling), kreativen (Ton, Speckstein, Filzen, Basteln etc.) und kulturellen Kontext. Gemeinsame Feste, Zelttouren, Lagerfeuerabende, Themennächte, Karaoke und Bandauftritte gehören ebenfalls in diesen Bereich.

Im Rahmen von Jugendsozialarbeit haben diese Angebote in ihrer Eigenschaft als Türöffner zu fungieren, weitere Gespräche zu ermöglichen, Grundlage für eine funktionierende Beziehungsarbeit und Einladung zu sein, das beratende Angebot der Kollegen und Kolleginnen wahrzunehmen, weiterführende Funktionen.

Sozialpädagogisch orientierte Gruppenarbeit

Sozialpädagogische Gruppenarbeit umfasst immer zeitlich befristete Angebote an einen festen Teilnehmer/-innenkreis. Dabei sollen Lernprozesse initiiert werden, welche die Entwicklung von Lebensperspektiven unterstützen, die Fähigkeiten sozialen Verhaltens erweitern und soziale Handlungskompetenzen vergrößern. Darüber hinaus leisten sie einen Beitrag zur sozialen Integration.

Die methodischen Handlungsansätze sind erlebnis- und handlungsorientiert. Die Adressaten und Adressatinnen werden unmittelbar an der Auswahl des Themas, der Vorbereitung und der Durchführung beteiligt.

Mit Regeln, Themen und Methoden wird prozessdynamisch umgegangen, an den Erfahrungen junger Menschen angeknüpft, und es wird damit Raum für das Sammeln vollkommen neuer Erfahrungen ermöglicht.

Dabei finden sowohl kurzzeitige als auch langfristige Maßnahmen statt, welche als Arbeit an einem Projekt, Fahrt/Freizeit oder erlebnisorientiertes Angebot umgesetzt werden. Ebenfalls in diesen Bereich gehören Streitschlichterausbildungen und die weitere Begleitung dieser Jugendlichen und der Einsatz der Methode „Konfrontatives Konfliktmanagement“ an Schulen. Weiterer Bestandteil dieses Tätigkeitsfeldes, gerade im Bereich der aufsuchenden Arbeit, ist das gezielte Agieren mit einzelnen Jugendszenen (Sprayer, BMXer und Skater, HipHopper, Punks).

Aufsuchende Arbeit
(in den Bereichen Jugendkoordination und Mobile Jugendsozialarbeit)

Aufgesucht werden die weitestgehend bekannten Standorte und Bewegungsräume (auch „inoffizielle“ Jugendräume) junger Menschen in den jeweiligen Sozialräumen.

Die in diesem Rahmen erfolgte Beziehungsarbeit dient der Aufnahme und Entwicklung emotionaler und verbaler Kontakte zu Zielgruppenangehörigen, der Entwicklung und Festigung von Arbeitsbündnissen und bildete eine der wesentlichen Grundlagen für eine gelingende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Eine Ablehnung durch einzelne Gruppen findet nicht statt. Das Erreichen einer funktionierenden und tragfähigen Beziehung zu

Aussiedlerjugendlichen war jedoch, trotz eines „niedrigschwelligen“ Zugangs, bis auf vereinzelte Ausnahmen nicht erfolgreich.

Eines der Ergebnisse der aufsuchenden Arbeit ist eine handlungsorientierte Sozialraumanalyse, welche die Sammlung, Beschreibung und Auswertung relevanter Informationen zur Dokumentation und Bewertung von Zuständen oder Entwicklungen im Sozialraum beinhaltet und bei Bedarf abgefragt werden kann.

Eine Zuständigkeit einzelner Projekte besteht auch in der Erstellung von „Lagebildern“ und der Einschätzung von aktuellen Zielgruppen oder Szenen, da das jeweilige Projekt aufgrund des schnellen und direkten Zugangs zu besonderen Zielgruppen und Szenen prädestiniert ist für praxisnahe und realistische Einschätzungen und Analysen.

Die aufsuchende Arbeit dient weiterhin der Beobachtung von örtlichen oder personellen Situationen und erfolgt über anlassunabhängige Besuche von Jugendlichen an deren Standorten. Über den Bedarf und Umfang an weiterführenden Beratungs- oder Hilfeleistungen entscheiden die jungen Menschen selbst. Die Mitarbeiter/-innen der betreffenden Projekte bieten sich den jungen Menschen regelmäßig als Ansprechpartner/-innen an. Eine verlässliche Erreichbarkeit ist jederzeit gegeben.

Beratung in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Aufgrund der vorliegenden Qualifikation der Mitarbeiter/-innen erfolgt über die Projekte eine niedrigschwellige Beratung in zielgruppenrelevanten Angelegenheiten. Diese sollte in der Regel auf die Vermittlung und Begleitung in spezialisierte Instanzen erfolgen. Aufgrund der Vielzahl von Beratungsfällen, der mitunter hohen Schwellen oder erschwerten Erreichbarkeit anderer Beratungsinstanzen und der im Laufe der Jahre gesammelten eigenen Kompetenzen, wurden die Beratungsprozesse mitunter aber auch bis zum Abschluss geführt.

Folgende Problemlagen wurden beispielhaft erfasst und beraten:

Ämterbegleitung, familiäre Problematiken, Schulproblematiken, Schulverweigerung, Ausbildungsverweigerung, Lehrstellen-/Studiensuche, Arbeitssuche, Beratung bei Schulden, Formularantragshilfe, Persönlichkeitsentwicklungsprobleme, Drogen (legal), Drogen (illegal), Opferberatung, Ableistung gemeinnütziger Stunden, Berufsorientierung, Täter-Opfer-Ausgleich, Wohnraumproblematiken (incl. drohender Obdachlosigkeit), Freizeitgestaltung, Gerichtsbegleitung/Haftvermeidung, Verkehrsdelikte, Behinderung, ALG II und Folgeproblematiken, Probleme in Ausbildung/Arbeit, Essstörungen, Autoaggression, psychische Probleme, Partnerschaft, Schwangerschaft, Krisenintervention, Strafanzeige/Strafverfolgung.

Weiterhin wurden Themenbereiche wie Gruppen- und Cliquenkonflikte, Erlangen von (Sozial)-Leistungen (BAB, Bafög, BSHG, Wohngeld, Hartz IV), Umgang mit Geld, mit der Familie (Familienkonflikte, Ablösung und Verselbständigung), mit Liebe und Partnerschaft, Sexualität, Verhütung, Schwangerschaft sowie die üblichen Unwägbarkeiten des Lebens erörtert.

Darüber hinaus nahmen die Beratungsangebote ihre „wegweisende“ Funktion zu weiterführenden Hilfeformen und speziellen Beratungsdiensten wahr. Die Projekte fungierten hier als Vermittler zwischen Kindern und Jugendlichen und den potentielle Angebote unterbreitenden Institutionen. Begleitungs- und Vermittlungsangebote resultierten z. B. aus folgenden Problemlagen:

- Vermittlung in Ausbildung und Berufshilfen, Jobs, Praktika,
- Begleitung von Jugendlichen nach verübten und sanktionierten Straftaten, z. B. Täter-Opfer-Ausgleich,
- Vermittlung von Jugendlichen bei Beauflagungen durch die Jugendgerichtshilfe,
- Begleitung zu und Vermittlung an die Sozialen Dienste der Justiz,
- Begleitung bei und Vermittlung in Wohnungsfragen (JobCenter, Wohnungsgesellschaften etc.),

- Begleitung bei drohender bzw. bestehender Obdachlosigkeit (Bedarf steigend; JobCenter, Ordnungsamt, Wohnungsgesellschaften),
- Beratung (bei geringfügigen) und Vermittlung (bei hohen) Schulden,
- Vermittlung an und Begleitung zu therapeutischen Einrichtungen (speziell Entgiftung und Suchttherapien),
- Begleitung und Vermittlung zu Ämtern und Institutionen (Agentur für Arbeit, Sozialamt, Job-Center u. a.).

Das Verfahren der Vermittlung dient vorrangig dem Herstellen von Kontakten zu spezialisierten Hilfesystemen, Anbietern oder anderen Partnern und Partnerinnen im Bedarfsfall. Dabei spielte der Part der Kontaktaufnahme zur jeweiligen Institution eine wesentliche Rolle, um bei jungen Menschen bestehende Schwellenängste abbauen zu helfen. Bei allen Beratungsprozessen wird darauf Wert gelegt, dass der/die Jugendliche in der Verantwortung für die Lösung seiner/ihrer Probleme verbleibt und die Fachkraft für die professionelle Unterstützung in diesem Prozess verantwortlich zeichnet, nach Selbsthilferessourcen sucht und klare Zieldefinitionen erarbeitet.

Die Projekte Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule stellen ein handlungsfeldübergreifendes Angebot der Jugendhilfe am Ort und im Lebensraum Schule dar, welches entwicklungsbegleitende Hilfen für alle Kinder und Jugendlichen der Schule sowie einzelfallbezogene Hilfen für sozial benachteiligte bzw. für Schüler/-innen mit negativen Lernerfahrungen und für Schüler/-innen in individuellen Konfliktlagen sichern soll. Sie benötigen beständige, verlässliche und akzeptierende Beziehungen sowie ein stabiles kulturelles Umfeld.

Weiterhin sind diese Projekte auf die Verbesserung der Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Kontext ausgerichtet. Sozialarbeit an Schule engagiert sich mit dem Ziel, Kindern und Jugendlichen verstärkte Möglichkeiten sozialen Lernens in der Schule und in deren Umfeld zu erschließen. So soll zum einen den entsprechenden Kindern und Jugendlichen ein niedrigschwelliger Zugang zu sozialpädagogischen Hilfen ermöglicht werden, zum anderen geht es darum, Kindern und Jugendlichen, die auf Grund negativer sozialer Erfahrungen in ihrem sozialen Verhalten stark beeinträchtigt sind, mit spezifischen Methoden der Sozialarbeit/Sozialpädagogik zu helfen.

Im Sinne lebensweltorientierter Sozialarbeit richtet sich die Tätigkeit in erster Linie an die Kinder und Jugendlichen in der Lebenswelt Schule und versucht bei Konflikten und Problemen Hilfen zu geben, welche die Kinder und Jugendlichen mit sich selbst und für sich selbst haben.

Die Tätigkeit ist vom Ansatz her nicht darauf ausgerichtet vordergründig Probleme zu klären, die sich für andere mit den Schülerinnen und Schülern ergeben. Derartige Problemlagen finden dahingehend Berücksichtigung, dass sie sich im Sinne systemischer Sozialarbeit bei Klärung/Lösung der Schwierigkeiten der Kinder und Jugendlichen gegebenenfalls durch die Veränderung des Verhaltens der Schüler/-innen ebenfalls erübrigen.

Die Arbeit in diesem Tätigkeitsbereich wird besonders über folgende Schwerpunkte geleistet:

- Beratung, Begleitung und Unterstützung einschließlich Krisenintervention und Mediation,
- offene Angebote und Treffpunktarbeit,
- sozialpädagogische Gruppenarbeit und Projekte im Sinne von sozialem Lernen u. a. als wichtiger ressourcenorientierter Beitrag zur Stabilisierung und Festigung der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen,
- Fachberatung und Elternarbeit u. a. als wichtiger Bestandteil im Prozess der Krisenintervention und Konfliktvermittlung. Darüber hinaus werden thematische Elterngesprächsrunden angeboten oder Gespräche außerhalb des schulischen Rahmens geführt.
- Durch systemische bzw. Netzwerkarbeit und ein multiprofessionelles Team (Lehrer/-innen, Sozialarbeiter/-innen, Mitarbeiter/-innen der Jugendhilfe, …) wird gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen nach Lösungswegen in Problemlagen, nach geeigneten Fördermöglichkeiten und Ressourcen in der Sozialarbeit an Schule gesucht bzw. diese werden ausgebaut und erweitert.
- Die Spezifik der jeweiligen Schulform sowie die konkrete Situation, das spezielle Umfeld und die vorhandenen Bedingungen und Ressourcen vor Ort einschließlich der Ziele und

Erwartungen der jeweiligen Kooperationspartner wurden durch die Stelleninhaber beachtet und entsprechende Schwerpunkte gesetzt.

Gremienarbeit

Die Arbeit in und mit Gremien umfasste standortabhängig folgende Betätigungen:

- Berichterstattung in bzw. für Gremien (Ausschüsse etc.) der Kommune und des Landkreises,
- Mitarbeit in Gremien mit einem auf einen konkreten, aber zeitlich begrenzten Gegenstand oder auf Kontinuität ausgerichteten Auftrag und einer klaren, beschriebenen Funktion,
- Initiierung von arbeitsfeldrelevanten Gremien, Arbeitszusammenhängen und Netzwerken.

Im Besonderen waren das:

- Beteiligung an den regionalen AGs nach § 78 SGB VIII/Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, an der AG Familienbildung sowie an der AG Jugendschutz,
- Mitarbeit im Landespräventionsrat,
- Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork,
- Mitgliedschaft im „Netzwerk für Toleranz und Integration“,
- Bündnis für Familie,
- Mitarbeit in kommunalen und kreislichen Gremien (Stadtausschüsse, StVV, Jugendhilfeausschuss).

Personal

Die Projekte Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und Sozialarbeit an Schule des Geschäftsbereichs Niederlassung Brandenburg arbeiteten standortabhängig und abhängig von den jeweiligen Fördermechanismen sowohl in Teams mit festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Sozialpädagogen), als auch mit einzelnen Personalstellen (vorrangig im Bereich der Jugendkoordination). Unterstützt werden die einzelnen Projekte durch geringfügig Beschäftigte, MAEs, Praktikanten, Honorarkräfte und ehrenamtliche Helfer/-innen.

Erfolgsmerkmale

Der Grad des Erfolges von Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und Sozialarbeit an Schule kann immer nur in Bezug auf die jeweilige örtliche Situation, vorherigen Auftragslagen und vorhandenen Ressourcen beschrieben werden. Dafür stehen eine Reihe von Kriterien zur Verfügung, die jeweils in einer spezifischen Auswahl zur Anwendung kommen.

Projekte gelten inhaltlich als erfolgreich, wenn exemplarisch folgende Punkte erfüllt werden:

- Herstellung von verzweigten, belastungsfähigen Kontaktnetzen,
- Aufrechterhaltung eines „weitest möglichen“ Zugangs zu jugendlichen Gruppen oder Szenen,
- Inanspruchnahme von Kontakt- oder inhaltlichen Angeboten durch Zielgruppenangehörige auf selbständiger/freiwilliger Basis,
- Abwendung akuter Notlagen,
- Entspannung oder Minderung von Konflikten im öffentlichen Raum,
- Vermittlung in zielgruppenrelevante institutionalisierte Angebote,
- Beendigung oder Abschwächung von schädlichen bzw. für schädlich gehaltenen Karrieren von Zielgruppenangehörigen; Inanspruchnahme von Ausstiegshilfen,
- Etablierung selbsttragender Strukturen oder Angebote,
- Vermittlung alternativer Erfahrungen bei Zielgruppenangehörigen in Bezug auf deren Standards; Ermöglichung einer geistig-kulturellen Horizonterweiterung,
- Vorhandensein positiver Feedbacks von Zielgruppenangehörigen,
- Anfrage bzw. Anforderung als Experten und Expertinnen durch Dritte,
- Umsetzung von Angeboten in kostendeckender und ressourcenentsprechender Art.

Ausblick

Im Jahr 2012 bleibt es Ziel, unter der Beachtung von qualitativen Standards eine ausgewogene und vielfältige Struktur von bedarfsgerechten Angeboten aufrechtzuerhalten bzw. zu schaffen. Die von Zuwendungsgebern signalisierten finanziellen Einschnitte bezüglich der zur Verfügung stehenden kommunalen Haushaltsmittel werden die Erreichung dieses Ziels auch weiterhin erschweren. Dabei spielt nicht zuletzt der Austausch mit den unterschiedlichen Auftraggebern sowie die entsprechenden Analysen von notwendigen Bedarfen und die Offenheit gegenüber Ideen (sowohl von aktuellen als auch von zukünftigen Partnern) eine große Rolle. An der vielerorts verwaltungsseitig geplanten Entsäulung der einzelnen Arbeitsfelder von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit machen sich gleichermaßen Verwässerungen in eben diesen Bereichen fest – trennscharfe Bereiche sind kaum noch auszumachen, was unklar definierte Auftragslagen und Einsatzbereiche zur Folge haben wird.

7.3 Bildung

Bildung ist (spätestens seit den PISA-Studien) in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Unter den aktuellen politischen, ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen ist für die Theorie und Praxis des Lehrens und Lernens nicht mehr nur Unterricht und Wissensvermittlung relevant. In Bildungseinrichtungen, in der Arbeits- und Sozialwelt geht es zudem um die Gestaltung von Lerngelegenheiten und Lernumgebungen. Im Kontext von lebenslangem Lernen ist hierbei die Unterstützung von individuellem und selbstgesteuertem Lernen von Belang.

Die Perspektive verschiebt sich damit von einer institutionalisierten Wissensvermittlung hin zu einer selbstgesteuerten Aneignung von Kompetenzen. Kompetenzen sind stabile, handlungsrelevante Fähigkeiten, die im Laufe des Lebens durch Erfahrungen sowie durch formale, nonformale und informelle Lernprozesse erworben wurden. Kompetenzen können in verschiedenen Kontexten flexibel und innovatorisch eingesetzt und übertragen werden. Menschen bei der Entwicklung dieser Kompetenzen zu unterstützen, ist Ziel der Bildungsarbeit des GBs Niederlassung Brandenburg.

Die „Fachgruppe Bildung“ bündelt seit dem Jahr 2010 sämtliche Aktivitäten des Geschäftsbereiches, welche in diesem Sinne Bildung für verschiedene Zielgruppen anbieten.

In den letzten Jahren wird eine bundesweite Zunahme von schulverweigernden Verhalten bei Schülerinnen und Schülern verzeichnet. Lehrkräfte klagen zunehmend über absente Schüler/ -innen und registrieren eine Abwärtsbewegung im Verhalten und im Leistungsniveau derselben.

Dazu wird in der Fachliteratur ausgeführt, dass „für Jugendliche und junge Erwachsene mit schlechten Bildungsvoraussetzungen (…) Übergangsverläufe in Ausbildung und Erwerbsarbeit, die durch eine Vielzahl von Abbrüchen gekennzeichnet sind, mittlerweile der Normalfall, (sind) Brüche und Instabilitäten im schulischen Lebenslauf wirken sich nicht nur im Kinder- und Jugendalter aus, sondern beeinflussen auch in hohem Maße die künftige gesellschaftliche und ökonomische Stellung einer Person. (…) Hierbei ist für Schüler, deren schulische Karrieren aufgrund individueller Problemlagen oder gesellschaftlich bedingter Benachteiligung durch Misserfolgserfahrung, Schulmüdigkeit und Schulversäumnisse geprägt sind, schon der qualifizierende Hauptschulabschluss häufig unerreichbar.“ (Pohl, 2008)

Diesem Phänomen sind durch veränderte Unterrichtsformen, professionelle Beziehungsarbeit sowie einer guten Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule entgegenzuwirken. Dass dieses gewinnbringend und erfolgreich erfolgen kann, zeigen die sehr guten Arbeitsergebnisse des GBs Niederlassung Brandenburg in den Arbeitsfeldern „Integrierte Projekte von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen“, „Nachholende Schulabschlüsse“ sowie in der Programmumsetzung „Initiative Oberschule“.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Bildungsarbeit des Geschäftsbereichs liegt darüber hinaus in der Vertiefung, Erweiterung und/oder Erneuerung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen, die eine erste Bildungsphase bereits abgeschlossen haben. Hierbei ist im

Berichtszeitraum die tätigkeitsbegleitende Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern für Kindertagesbetreuung ein neues und perspektivisches Handlungsfeld.

Handlungsfelder

Integrierte Projekte von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen

Die Bildungsangebote richten sich an Schüler/-innen im 9. oder 10. Schuljahr, die den Schulbesuch aktiv oder passiv verweigern. Bei einer Verweildauer von bis zu zwei Jahren im Projekt erhalten die Jugendlichen die Möglichkeit, den Schulabschluss „Berufsbildungsreife“ (Hauptschulabschluss) zu erwerben. Ihr Übergang in eine Berufsausbildung wird intensiv mit ihnen vorbereitet. Zur Erreichung dieser Ziele ist nicht nur eine vertiefte sozialpädagogische Betreuung unabdingbar, welche die Jugendlichen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt, auch die schulische Förderung auf der Grundlage des Rahmenlehrplans Brandenburg ist von entscheidender Bedeutung. Gerade um letztere sicher zu stellen, erhält jedes Projekt eine volle Lehrerstelle im Umfang von 26 Wochenstunden seitens des jeweils zuständigen Schulamtes.

Anhand des so entstehenden multidisziplinären Teams aus sozialpädagogischen Fachkräften, Lehrkräften und anderen Professionen ist es möglich, die 12 betreuten Jugendlichen pro Projekt individuell und ressourcenorientiert zu fördern. Die Gestaltung der Tagesabläufe durch Interaktions- und Kommunikationsübungen, Sport, Handwerk, Hauswirtschaft und Kunst, sowie die sehr praxisorientierte Vermittlung schulischer Lerninhalte, eine intensive Elternarbeit und eine funktionierende Netzwerkarbeit tragen zum Erfolg der einzelnen Projekte bei. So hatten auch im Sommer 2011 wieder 29 der 36 Jugendlichen, welche die Schulprojekte des GBs Niederlassung Brandenburg nach ein- oder zweijähriger Verweildauer verließen, die einfache Berufsbildungsreife erworben. Insbesondere durch die Übergangsbegleitung ist es gelungen, 1 Jugendlichen in betriebliche Ausbildung, 19 Jugendliche in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, 1 Jugendlichen in Übergangsqualifizierung sowie 6 Jugendliche in verschiedene andere Angebote zu vermitteln. 8 Jugendliche konnten in die Regelschule reintegriert werden.

Nachholende Schulabschlüsse

E-quality-learning Bad Freienwalde

In dieser durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg geförderten berufspädagogischen Maßnahme haben 17 Jugendliche die Möglichkeit, einen Schulabschluss im Rahmen einer Nichtschülerprüfung nachzuholen. Dafür werden die Teilnehmenden individuell in den prüfungsrelevanten Fächern anhand der innovativen Lernform „E-quality-learning“ über einen Zeitraum von 12 Monaten beschult.

Diese Lernform eröffnet durch die intensive Medien- und Internetnutzung neue und interessante Lernwege für die Jugendlichen. Durch die Verbindung von individuell abgestimmter Qualifizierung und sozialpädagogischer Begleitung werden im Projekt Wissen und Schlüsselqualifikationen vermittelt und soziale Kompetenzen der Teilnehmer/-innen gefördert. Praxiseinsätze in verschiedenen Berufsfeldern helfen den Jugendlichen darüber hinaus, für sich eine berufliche Perspektive zu entwickeln.

Auf diesem Wege ist es im Jahr 2011 gelungen, 16 Jugendliche erfolgreich zu einem Schulabschluss zu begleiten. Für fast alle Teilnehmenden konnte in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren ein Übergang in eine berufsvorbereitende Maßnahme, in Ausbildung oder in Arbeit organisiert werden.

Berufsfachliche Qualifizierung mit dem Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife

Das Projekt „Berufsfachliche Qualifizierung mit nachträglichem Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife“ startete in Bad Freienwalde im September 2011, mit 16 Teilnehmerinnen

und Teilnehmern. Zentrale Idee des durch Bildungsgutscheine der Agentur für Arbeit finanzierten Projektes ist, neben der Vorbereitung auf die Nichtschülerprüfung für die „Erweiterte Berufsbildungsreife“, einen berufspraktischen Schwerpunkt als individuelle Hilfe bei der Berufsfindung anzubieten. Kontinuierliche Betriebspraktika sind dabei fester Bestandteil des Konzeptes.

Da Bildung mehr ist als das Erlangen schulischen Wissens und die Bereitschaft zur Aufnahme dieses Wissens bei Menschen erst dann gegeben ist, wenn auch deren persönliche Schlüsselkompetenzen in notwendigem Maße ausgebildet sind, ist diese Förderung ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit im Projekt. Zwei Teilnehmende konnten bereits in eine Ausbildung vermittelt werden.

Erwachsenenbildung

Tätigkeitsbegleitende Qualifizierung zur/zum Erzieher/-in für Kindertagesbetreuung

Der Geschäftsbereich Niederlassung Brandenburg führt seit Mai 2011 eine tätigkeitsbegleitende Qualifizierung zur/zum Erzieher/-in für Kindertagesbetreuung am Standort Bad Freienwalde durch.

Ziel der Qualifizierung ist die Gewinnung von Fachkräften für den Bereich der Kindertagesbetreuung, die über gleichwertige Fähigkeiten wie staatlich anerkannte Erzieher/ -innen in diesem Bereich verfügen und damit im Land Brandenburg zu den geeigneten pädagogischen Fachkräften im Sinne des § 10 Absatz 1 Satz 1 des Kindertagesstättengesetzes (KitaG) gehören.

Strukturmerkmal dieser Qualifizierungsmaßnahme ist der Wechsel von zwei Wochen Lernen in der Praxis und einer Woche theoretischer Fundierung und konzeptioneller Planung im Seminar. Orientiert am Konzept des exemplarischen Erfahrungslernens, wird die systematische Selbstreflexion der eigenen Haltungen, Erfahrungen und Handlungen in den Mittelpunkt der Qualifizierung gerückt. Unter Berücksichtigung erwachsenenbildnerischer Grundsätze übernehmen die Lehrenden auf der Grundlage einer konstruktivistischen Didaktik die Rolle einer Moderatorin/eines Moderators und Coaches in einem von den Lernenden getragenen Prozess. Damit folgt die tätigkeitsbegleitende Qualifizierung selbst den Grundsätzen moderner Bildungskonzepte, wie sie in der Frühpädagogik heute als Standard gelten. Personen, die erfolgreich an der Abschlussprüfung teilgenommen haben, erhalten die Bescheinigung gleichwertiger Fähigkeiten für den Bereich der Kindertagesbetreuung durch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg als zuständiger Behörde.

Die Qualifizierung richtet sich an Männer und Frauen, die über einen mittleren Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Im Mai 2011 haben 17 Teilnehmerinnen mit der Qualifizierung begonnen, die im Jahr 2013 abgeschlossen sein wird.

Programmumsetzung „Initiative Oberschule“ (IOS)

Einen ganz anderen Handlungsansatz verfolgt der GB Niederlassung Brandenburg in seinem breiten Tätigkeitsfeld in und um Schule seit dem Jahr 2007 im Programm „Initiative Oberschule“ (IOS), für dessen regionale Umsetzung er in den Schulamtsbereichen Cottbus und Wünsdorf zuständig ist. Im Rahmen des durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport initiierten Programms zur Stärkung und Weiterentwicklung der jungen Schulform Oberschule im Land Brandenburg haben Oberschulen die Möglichkeit, gemeinsam mit externen Partnern, Projekte zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen oder zur beruflichen Orientierung und Vorbereitung von Schülern und Schülerinnen sowie Lehrerfortbildungen durchzuführen.

Standorte

Eines der ersten Projekte zur Problematik „Schulverweigerung“ war die Lernwerkstatt „Leonardos Meisterbude“, welche der GB Niederlassung Brandenburg seit dem Jahr 2003 als eine der ersten Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „Integrierte Projekte von

Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulverweigernden Jugendlichen“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, in Cottbus durchführt.

Es folgten im Sommer 2004 die Lernwerkstätten „Mikado-Crew“ in Frankfurt (Oder) und „Sprungbrett“ in Spremberg.

Aufgrund der überzeugenden Arbeit in den Projekten und den nachhaltig erzielten Erfolgen erhielt der GB Niederlassung Brandenburg im Sommer 2007 den Zuschlag für die Durchführung der Lernwerkstatt „OFFI“ in Bad Freienwalde und seit Januar 2010 für die Lernwerkstatt „Perspektiven“ in Rathenow.

Mit nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeitet das seit dem Jahr 2006 in Bad Freienwalde bestehende Projekt „E-quality-learning“. Hier sind auch die „Tätigkeitsbegleitende Qualifizierung zur Erzieherin für Kindertagesbetreuung“ und die „Berufsfachliche Qualifizierung mit nachträglichem Erwerb der erweiterten Berufsbildungsreife“ verortet.

Von Cottbus aus wird die Umsetzung des Programms IOS in den Schulamtsbereichen Cottbus und Wünsdorf realisiert.

7.4 Berufliche Integration

In der Fachgruppe „Berufliche Integration“ arbeiten all jene Projekte des Geschäftsbereichs Niederlassung Brandenburg zusammen, deren Ziel es ist, Jugendliche als auch Erwachsene bei ihrer beruflichen Orientierung und ihrer (Wieder)Eingliederung ins Berufsleben zu unterstützen. Im Fokus der Projekte stehen dabei Unterstützungsangebote und Maßnahmen zur Aktivierung von schwer vermittelbaren und benachteiligten ALG II-Empfängern und Empfängerinnen sowie Projekte zur Unterstützung junger Menschen am Übergang Schule - Beruf.

Im Berichtszeitraum konnten für die Fachgruppe durch den Geschäftsbereich zwei Projekte hinzugewonnen werden:

– Die Kompetenzagentur Märkisch-Oderland erweitert die Arbeit der Fachgruppe seit September 2011 durch ihre Impulse als fachlich anerkannter Dienstleister zur passgenauen beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten Jugendlichen ohne Schul- oder Berufsabschluss oder ohne konkrete berufliche Perspektiven. Sie unterhält zwei Kontaktstellen in Seelow und Bad Freienwalde.
  Gefördert wird die Kompetenzagentur Märkisch-Oderland durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und durch den Landkreis Märkisch-Oderland.

– Im Januar 2012 nahm das Projekt Standfest seine Arbeit in Cottbus auf. Anhand seines innovativen Ansatzes ermöglicht es pflegenden Menschen nicht nur am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben, sondern auch, dass sie ihren Weg zurück ins Berufsleben finden können. Dieses Projekt wird gefördert durch das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg.

Neben diesen beiden neuen Projekten arbeiten mit Stand vom März 2012 folgende Projekte aktiv an dieser Fachgruppe mit:

Cottbus

Jula - Jugendliche langfristig in Arbeit – um die Arbeitsfähigkeit der Jugendlichen zu fördern und zu erhalten und damit einen Einstieg in Erwerbsarbeit besser zu gewährleisten. Berufswegeplanung, um den Übergang der jungen Erwachsenen in Arbeit oder in Einzelfällen in eine Ausbildung vorzubereiten. Das Programm „Arbeit statt Grundsicherung“ wird gefördert durch den Landkreis Spree-Neiße.

„Wegweiser“- ist eine Maßnahme zur individuellen Förderung und Vorbereitung junger Mütter auf eine Ausbildung und/oder einen Schulabschluss.

Das Programm: Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe wird gefördert durch die Stadt Cottbus aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Insoko - Ziel der Maßnahme ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine gesellschaftliche Teilhabe mittels eines individuellen Bildungs- und sozialen Förderplans zu ermöglichen, ihre persönliche Lebenssituation zu stabilisieren und nach Möglichkeit zu verbessern. Dieses Projekt wird gefördert durch das Jobcenter des Landkreises Spree-Neiße.

Spremberg

„Blicklicht“- Das mit Mittel des Europäischen Sozialfonds finanzierte Projekt richtet sich vor allem an Langzeitarbeitslose der Stadt Spremberg. In Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Grundsicherung für Arbeitssuchende des Landkreises Spree-Neiße, die auch die Ko-Finanzierung sicherstellen, wurden ausschließlich ALG II-Empfänger/-innen als Teilnehmer/ -innen ausgewählt. Der Projektinhalt ist die Erarbeitung eines Laientheaterspiels.

Insoko - Ziel der Maßnahme ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine gesellschaftliche Teilhabe mittels eines individuellen Bildungs- und sozialen Förderplans zu ermöglichen, ihre persönliche Lebenssituation zu stabilisieren und nach Möglichkeit zu verbessern. Dieses Projekt wird gefördert durch das Jobcenter des Landkreises Spree-Neiße.

Senftenberg

„Phoenix“ - Theaterpädagogisches Projekt zur Vermittlung notwendiger Schlüsselqualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten, die eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen und Hilfe für die Berufsorientierung für Jugendliche geben. Das Projekt wird gefördert durch das Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Europäischen Sozialfonds.

Bad Freienwalde

Jula - Im Projekt „JULA Job-Chance 2012“ wird 12 jungen arbeitslosen Frauen und Männern bis zum dreißigsten Lebensjahr die Möglichkeit gegeben, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und den Einstieg in eine versicherungspflichtige Arbeit bzw. Ausbildung zu schaffen. Das Projekt wird gefördert durch das Programm „Beschäftigungsperspektiven eröffnen-Regionalentwicklung stärken“ aus Mitteln des Regionalbudget des Landkreises Märkisch-Oderland.

Zielstellung

Die Arbeitswelt von heute stellt zunehmend härtere Anforderungen an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Deshalb ist die Vermittlung von Soft Skills, wie z. B. Souveränität ein entscheidender Schritt für die Integration in den Arbeitsmarkt. Aufgrund dessen nimmt der Prozess der Identitätsfindung und persönlichen Orientierung, neben der Begleitung, Beratung und Unterstützung der Teilnehmer/-innen eine konstant große Rolle in den Projekten ein, welche grundsätzlich folgende Ziele verfolgen:

- Förderung der Ausbildungsfähigkeit – z. B. durch den Erwerb der einfachen oder erweiterten Berufsbildungsreife im Rahmen der Nichtschülerprüfung,
- Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit durch den Erwerb von Handlungskompetenzen,
- Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen,
- Ermöglichung von Arbeitswelterfahrung,
- (Wieder-) Aufnahme einer Berufsausbildung oder versicherungspflichtigen Beschäftigung.

Die Gestaltung des Übergangs von Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung stellt für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, aber auch für die Projektleitungen eine große Herausforderung dar. Die vorhandenen Potentiale der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden dabei auf dem Weg zu einer realistischen Perspektive genutzt und die Fähigkeit zur Übernahme von Eigenverantwortung gestärkt.

Konzeptionelles Selbstverständnis

Die Fachgruppe „Berufliche Integration" versteht sich als Interessenvertretung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aus unterschiedlichen Gründen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mit vermehrten Schwierigkeiten konfrontiert werden. Die gesellschaftliche Teilhabe über Ausbildung und Einbindung in Arbeit und Beruf soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglicht werden. Die Arbeit in den Projekten folgt dabei stets dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe.

Ziel der Fachgruppe ist es, die Ansätze, Angebote und Standards fachlich weiter zu entwickeln. Die Fachgruppenmitglieder engagieren sich für die Interessen der Zielgruppen mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Weiterhin sind sie in ihren jeweiligen Kommunen in Netzwerken verankert und pflegen engen Kontakt zu den Trägern der Grundsicherung, der Agentur für Arbeit, zu den Jugendämtern und örtlich ansässigen Wirtschaftsunternehmen.

Aktuelle Trends

Auf Grund der aktuell verbesserten Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation werden durch die Kommunen und Jobcenter zunehmend weniger Mittel für Projekte zur beruflichen (Re-) Integration zur Verfügung gestellt. Diese Strategie folgt dem Ansatz, dass mit einem wachsenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot auch zunehmend weniger junge Menschen auf eine Förderung angewiesen sind bzw. sein werden. Die Realität zeigt jedoch, dass ein erheblicher Teil der jungen Menschen mit Vermittlungshemmnissen sowohl heute als auch zukünftig nicht in der Lage sein werden, den Weg in Ausbildung oder Arbeit selbständig zu bewältigen. Dies hat zweierlei Folgen: Auf der einen Seite stehen die Jobcenter vor der Herausforderung mit zunehmend weniger finanziellen Ressourcen Unterstützungsangebote für einen kaum geringer werdenden Teil von Betroffenen zu realisieren: auf der anderen Seite stehen die Menschen, welche Unterstützung bei ihrer beruflichen (Re-)Integration benötigen, mit immer gravierenden Vermittlungshemmnissen. Ein fast unlösbares Dilemma.

Die Fachgruppe bezieht die beschriebenen gesellschaftlichen Verschiebungen, Umbrüche und Entwicklungen am Arbeitsmarkt in die soziale Arbeit mit ein und entwickelt Strategien zur Anpassung und Neuorientierung an die veränderten Rahmenbedingungen. Viele berufliche Tätigkeiten erfordern heute in hohem Maße fachliche und soziale Kompetenzen. Gerade im produktiven Bereich sind durch zunehmende Automatisierungsprozesse viele Stellen weggefallen. Für Menschen mit einem geringeren Bildungsniveau bedeuteten diese Berufe aber den Einstieg in die Arbeitswelt. Deshalb ist es notwendig, diese Menschen in ihrer Selbststeuerungsfähigkeit zu unterstützen und anzuleiten, ihre eigenen Lebensentwürfe neu zu überdenken. Dazu zählt, bei der Gestaltung der beruflichen Biografie flexibel zu bleiben und z. B. potentielle Arbeitgeber auch außerhalb des eigenen Lebensumfeldes zu suchen. Aber gerade Jugendliche, die aufgrund von individuellen, gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen an der geforderten Leistungsbereitschaft scheitern, befinden sich in einer prekären Lage. Während der Vorbereitung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf ihren beruflichen Einstieg werden vorhandene Entwicklungsstörungen deutlich sichtbar. Mangelnde Frustrationstoleranz und Gewissensbildung gestalten eine dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt sehr schwierig. Somit stehen die Projektleitungen in den Projekten zunehmend einer Klientel mit besonderen Problemlagen gegenüber.

Entsprechend liegt der Fokus in den Projekten des Geschäftsbereiches Niederlassung Brandenburg auf der Gewährung zunehmend individueller Hilfen. Anhand ausgereifter Anamneseverfahren wird bereits jetzt der Ist-Stand eines jeden Teilnehmenden in den Projekten standardisiert erfasst und für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer wird ein individueller Förderplan erstellt. Im Projektverlauf erhält dann jeder Teilnehmende passgenau

die Förderung die er benötigt, um ein Maximum an Ergebnisqualität aus der Förderung heraus zu nehmen. Diese Qualität in den Prozessen der Projekte wird durch Förderstrukturen ermöglicht, die in den Projekten ausreichend Ressourcen bieten, um ein breites Angebotsspektrum zu realisieren. So ist es den Projekten der Fachgruppe Berufliche Integration im Berichtszeitraum gelungen, auch bei einer schwieriger werdenden Klientel, mehr als 60 % der Teilnehmenden in den Projekten in Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln.

7.5 Kindertagesbetreuung

Der Fachgruppe Kindertagesbetreuung gehören seit dem Jahr 2002 zwei Horte in Frankfurt (Oder) an. Im Jahr 2006 wurden beide Horte durch den Zusammenschluss der Schulen vereint. Im Jahr 2007 übernahm der GB Niederlassung Brandenburg für den Hort „Nordlicht“ die Trägerschaft. Seit dem 01.03.2009 gehören der Hort „Buntstifte“ und seit 01.10.2010 die „Art-Kids“ am Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“ in Senftenberg zum GB Niederlassung Brandenburg.

Integrationshort an der Lenné-Grundschule Frankfurt (Oder)

Der Integrationshort in der Richterstraße 13, ist Kooperationspartner der verlässlichen Halbtagsgrundschule (VHG). Die Lenné-Schule und der Hort sind Konsultationsstützpunkt im Land Brandenburg. Der Schule und dem Hort sind in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 Sprachförderklassen angegliedert.

Hauptschwerpunkte sind:

- Förderung in kleinen Gruppen,
- Förderung von Neigungen und Begabungen,
- kleine Spielgruppen,
- differenzierte Erledigung der Hausaufgaben,
- Experimentieren,
- AG-Angebote,
- Rückenschule,
- Physiomotorik.

Durch das aktive Mitgestalten des Hortes wird die „Unverwechselbarkeit „ der Schule wesentlich mitgeprägt.

Projekte von besonderer Bedeutung:

- „Fit und gesund durch den Schulalltag“,
- „Haus der kleinen Naturforscher“,
- Verbesserung der Ernährung durch Frühstücks- und Mittagsversorgung durch eigene Küche,
- Kindersicherheitstraining.

Betreuungsumfang: Jahrgangsstufen 1-6 (1.Klasse bis 6. Klasse) mit 255 Kindern – davon 74 Kinder mit sonderpädagogischem Mehrbedarf. Es arbeiten 19 Erzieher/-innen, 1 Physiotherapeutin, 4 Köchinnen/Köche und 3 technische Mitarbeiter im Hort. Öffnungszeiten sind von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Hort „Nordlicht Frankfurt (Oder)

Der Hort „Nordlicht“ ist erster Kooperationspartner der sportorientierten Grundschule „Am Botanischen Garten“, einer Schule mit offenen Ganztagsangeboten. Schule und Hort verbinden die Bildungs-, Freizeit- und Spielangebote beider Einrichtungen zu einem ganzheitlichen, an den Lebensläufen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder orientierten Angebot.

Kooperationsbereiche von Schule und Hort:

- Setzen pädagogischer Schwerpunkte,
- Nachmittagsangebote,
- Traditionspflege,
- Elternarbeit,
- Projekte (Spiel- und Sportwettkämpfe),
- UNESCO-Arbeit.

Schwerpunkte der Arbeit im Hort „Nordlicht“:

Gesundheitsbewusste Ernährung und Bewegungserziehung (diese Bereiche ergänzen sich), Freizeitangebote der Jahrgangsstufen 4 bis 6. Diese Angebote werden mit den Kindern gemeinsam geplant.

Betreuungsumfang: Jahrgangsstufen 1-6 (1. Klasse bis 6. Klasse) mit 188 Kindern. Es arbeiten 10 Erzieher/-innen und 1 technischer Mitarbeiter im Hort. Öffnungszeiten sind von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Hort „Buntstifte Potsdam“

Betreut werden Kinder der Jahrgangsstufen 1 bis 6. Der Hort „ Buntstifte“ arbeitet kooperativ mit der Grundschule am Pappelhain zusammen. Der Hort versteht sich als demokratische Einrichtung. Kinder sollen und dürfen in dieser Einrichtung mitbestimmen. (Kinderbesprechungen). Das Prinzip der „sicheren Orte für Kinder“ wird hier groß geschrieben. Der Hort verfolgt weitestgehend einen offenen Ansatz in der Betreuung und bei den Angeboten. Besonders hervorzuheben sind:

- Bio-Vollwertkost,
- jeden Tag mindesten ein Projekt (Töpfern/Hundedienste/Kunst/„Hortband“/etc.),
- Hausaufgabenbetreuung mit Tendenz zur Nachhilfe,
- Regelmäßige Waldausflüge,
- Kooperation mit dem Lindenpark,
- Elternarbeit – Elternberatung und Erziehungsberatung,
- Kooperation mit der Grundschule „Am Pappelhain“ (Hundedienste/projektbezogene Unterrichtsbegleitung/Moderation bei Elterngesprächen),
- Ferienbetreuung.

Alle Angebote der Einrichtung werden innerhalb bestimmter Zeitfenster angeboten, da es keine Gruppen gibt, sondern nur das offene Haus. Die Kinder dürfen sich auf den wöchentlichen Kinderbesprechungen zu den einzelnen Projekten der folgenden Woche anmelden. Mit der Freiwilligkeit innerhalb bestimmter Bereiche werden den Kindern demokratische Strukturen näher gebracht.

Betreuungsumfang: Jahrgangsstufen 1-6 (1. Klasse bis 6. Klasse) mit 50 Kindern. Es arbeiten 3 Erzieher/-innen, 1 technischer Mitarbeiter und 3 Honorarmitarbeiter/-innen (Musik/Kunst/Sport) im Hort. Öffnungszeiten sind von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Projekt „Art-Kids“ Senftenberg

Das flexible Angebot soll den Freiraum der Kinder nicht einschränken, im Zentrum stehen jedoch die Förderung des informellen bzw. nicht formellen Lernens, sowie die Vermittlung von Alltagsstrukturen, Regeln und Ritualen. Die besondere kulturelle Ausrichtung der Einrichtung gebietet eine besondere Form der nachmittäglichen Angebote.

Kunst und Kultur sollen als niederschwelliges Angebot wahrgenommen werden. Wichtige Aspekte/Säulen der Arbeit sind:

- gesunde Ernährung,
- Körpererfahrung/Wahrnehmungsförderung,
- Förderung der Partizipation.

Der wöchentliche Aktivitätsplan basiert weitestgehend auf diesen drei Säulen. Die Kinder dürfen an der betreuten Hausaufgabenzeit teilnehmen. Sie können sich auch mit Freunden treffen oder spielen sowie ihre Zeit mit einer kreativen Beschäftigung verbringen.

Betreuungsumfang: Jahrgangsstufen 1-6 (1. Klasse bis 6. Klasse) mit 10 bis 15 Kindern. Es arbeiten 1 Sozialpädagogin und 2 geringfügig Beschäftigte im Projekt. Öffnungszeiten sind von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr.

Alle Einrichtungen arbeiten dabei nach dem Leitbild fachlich fundiert, vielfältig im Angebot und verlässlich in der Betreuung.

Zudem wird jedes Kind in seiner Einzigartigkeit und Ganzheitlichkeit akzeptiert. Bildung, Erziehung und Betreuung haben das Ziel, Kinder zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu führen.

Die grundsätzlichen Ziele sind dabei:

- ganzheitliche Förderung des Kindes unter Berücksichtigung von „Inklusion“,
- Entfaltung der Persönlichkeit,
- Förderung und Stärkung des Selbstwertgefühls und der Selbstsicherheit,
- Förderung und Ausbau sozialer Kompetenzen,
- Förderung und Aufbau des Lernens(extrinsische und intrinsische Motivation),
- Förderung der Konzentration und des Ausdauer,
- Sprach und Wahrnehmungsförderung,
- Bewegungsförderung,
- Förderung einer gesunden Lebensweise und einer vollwertigen Ernährung,
- Förderung der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und Religionen,
- Toleranz gegenüber Anderen,
- sichere Räume für Kinder (Kinderschutz).

Ferner orientieren sich alle Einrichtungen der Stiftung an den Brandenburger Grundsätzen der elementaren Bildung, in Bezug auf Körper, Bewegung und Gesundheit, Sprache, Kommunikation, Darstellen und Gestalten, Mathematik und Naturwissenschaften, soziales Leben mit den Grundsätzen „ erfassen/fördern/reflektieren“.

7.6 Fachgruppe Medien

Konzeptionelles Selbstverständnis

Jugendinformations- und Medienzentren (JIM) - sind außerschulische Einrichtungen mit einem medienpädagogischen Profil. Das Netzwerk der JIMs wird koordiniert von der Landesarbeitsgemeinschaft Multimedia Brandenburg e.V., dem medienpädagogischen Netzwerk der Jugendarbeit im Land Brandenburg. Für die JIMs gelten standortübergreifend folgende Ziele:

- Förderung von Medienkompetenzen,
- medienpädagogische Kooperationen mit Schulen und Trägern der freien Jugendhilfe,
- regelmäßiger Fachaustausch.

Zielgruppen der JIMs sind Kinder, Jugendliche, Senioren, pädagogische Fachkräfte und Eltern. Die Angebote richten sich zum einen „nach innen“ also an die jugendliche Klientel und zum anderen auch an ein externes Publikum. So sind JIMs medienpädagogischer Dienstleister ihrer Region und tragen zur Förderung von Medienkompetenz als vierter Kulturkompetenz neben Lesen, Rechnen und Schreiben bei. Der besondere Wert der medienpädagogischen Arbeit der

JIMs liegt an der Schnittstelle zur Schule. JIMs sind überdies redaktioneller Partner des Jugendservers Brandenburg. Im Rahmen ihrer medienpädagogischen Arbeit entstehen Medieninhalte, die auf dem Jugendserver abgebildet werden.

Handlungsfelder

JIMs machen Angebote im Rahmen folgender Handlungsfelder:

- offene medienpädagogische Arbeit, i. d. R. ein Internettreff,
- Technikverleih und Beratung,
- medienpädagogische Projektberatung,
- medienpädagogische Arbeitsgemeinschaften,
- medienpädagogische Kursangebote,
- medienpädagogische Projekte.

Gremienarbeit, Veranstaltungen und Projekte

Die JIMs des GBs Niederlassung Brandenburg verfügen über intensive und gut funktionierende Vernetzungen und Kooperationen mit anderen Einrichtungen, mit Institutionen und Netzwerken der Kommunen, der Kreise, des Landes sowie mit Vereinen, Initiativ- und Fachgruppen. Bestehende Mitgliedschaften und aktive Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften an den einzelnen Standorten (z. B. Landesarbeitsgemeinschaft „Multimedia Brandenburg e.V.“, netzcheckers.de, klicksave.de, SFBB, MBJS, AKJS, GMK, LISUM) gehören zu den Qualitätsstandards der JIMs.

Die JIMs des GBs Niederlassung Brandenburg arbeiten an verschiedenen medienpädagogischen Projekten und bieten diverse Kurse für interessierte Bürger und Bürgerinnen an. Gemeinsame Veranstaltungen werden ebenfalls durchgeführt, von denen einige auch überregional bekannt sind. Durch die regionale Nähe und die aufgebaute JIM-Struktur im Land Brandenburg konnten neue Medienprojekte entwickelt werden.

Einige Beispiele:

- Informationsveranstaltungen zu Themen wie: Mediensucht, Web 2.0, Datenschutz, Persönlichkeits- und Urheberrechte, Cybermobbing, Facebook, Handy und Co.,
- Kurse (Word, Excel, PowerPoint, Bild- und Videobearbeitung, Einsteiger- und Fortgeschrittenenkurse),Veranstaltungen (Kinderfilmtage, LAN-Partys, Wii-Olympiade), Workshops (Photo Shop, Digitale Fotografie, Geocaching, Trickfilm, Filmmusik),
- Kooperationen mit Schulen im Bereich Medien (Projekttage, Schülerfirma, Schülerzeitung),
- Videoarbeit in den Projekten „Zeitensprünge“ und „Brandenburg - das bist du uns wert“,
- Camps: Handyfilmcamp, Hollycamp.

Die Förderung der Medienkompetenz junger Menschen im Rahmen der praktischen Auseinandersetzung mit dem Medium Film fand mit dem 3. JIM-Filmfestival vom 28.10.-30.10.2011 in Spremberg eine Plattform zur Präsentation. An diesem auf die Region Brandenburg begrenzten Jugendfilmfestival beteiligten sich über 200 Kinder und Jugendliche. Von den zahlreich eingereichten Filmbeiträgen in unterschiedlichen Kategorien wurden 60 Filme öffentlich gezeigt und von einer Jury bewertet und prämiert.

Personal

Derzeit gibt es nur an den Standorten Frankfurt (Oder) und Cottbus die Finanzierung einer Personalstelle Medienpädagogik.

Die Einrichtungen des GBs Niederlassung Brandenburg verfügen über ein Team mit festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Sozialpädagogen, teilweise mit medienpädagogischer Zusatzqualifikation). Weiterhin werden Praktikanten, Honorarkräfte und

Ehrenamtliche beschäftigt. In diesem personellen Rahmen sind die Angebote der JIMs eingebettet.

Standorte

Die JIMs arbeiten an folgenden Standorten:

- JIM im Freizeitzentrum „Bergschlösschen“, Spremberg,
- JIM im Mehrgenerationenhaus „Mikado“, Frankfurt (Oder),
- JIM im Jugend- Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum „Offi“, Bad Freienwalde,
- JIM im Jugendberatungs- und Lernzentrum „Jule“, Cottbus.

Im Berichtszeitraum sind neu hinzugekommen:

- JIM im Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“, Senftenberg,
- JIM in der Jugendfreizeiteinrichtung „POGO“, Bad Belzig.

Ausblick 2012

Unter der Beachtung von Rentabilität und Wirtschaftlichkeit wird es auch im Jahr 2012 das Ziel sein, ein ausgewogenes Programm mit einer vielfältigen Angebotsstruktur zu schaffen und neue innovative Projekte zu etablieren. Das Medienpädagogische Konzept des GBs Niederlassung Brandenburg wird den wachsenden Ansprüchen angepasst und aktualisiert; d. h. Bedarfsanalysen von Kursen und Angeboten, der Austausch mit den Aktiven und Interessierten und die Offenheit gegenüber Ideen werden auch zukünftig eine große Rolle spielen.
Die Vernetzung mit unterschiedlichen Schulformen (Arbeit mit dem Kliksafe-Handbuch) und die Elternarbeit sollen weiter intensiviert werden. Medienpädagogische Projektarbeit u. a. zu Jugendmedienschutz und Mediensucht und die Beratung anderer Jugendhilfeeinrichtungen erhalten größeres Augenmerk. (Auch im Jahr 2012 werden sich die JIMs am Werteprojekt der Stiftung Demokratische Jugend beteiligen.)

Längerfristig ist es notwendig, feste Personalstellen für die JIMs zu finanzieren. Zwei Mitarbeiterinnen werden die Fortbildung als Medienpädagoginnen abschließen.

7.7 Gemeinwesen

Konzeptionelles Selbstverständnis und Zielstellung

Auf der Klausurtagung am 07.10.2010 wurde eine Öffnung der ehemaligen Fachgruppe „Lokale Bündnisse für Familien“ mit der Gewichtung auf Gemeinwesen beschlossen. Am 18.03.2011 konstituierte sie sich mit acht Mitgliedern. Seitdem etablierte sich ein arbeitsfähiger Kreis mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus sechs Standorten.

Die inhaltliche Arbeit der Fachgruppe ist von Austausch und Informationsweitergaben z. B. zu Best-Practice-Beispielen, neuen Fördermöglichkeiten und Besprechungen von neuen Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit (GWA) geprägt. Schwerpunkt im Jahr 2011 lag vor allem bei der Erprobung sozialwissenschaftlicher Methoden zur möglichst realitätsgetreuen und wirklichkeitsnahen Erfassung des Gemeinwesens/der Lebensräume.

Zudem sichert die Fachgruppe einen landesweiten Austausch sowie die (Selbst)Reflexion über aktuelle Projekte, erweitert Horizonte, bietet Ansprechpartner/-innen bei Herausforderungen und Unterstützung bei Projektanträgen. Die Fachgruppe bietet neben Coaching und Supervision einen Beitrag für die Überprüfung, Modifikation und Weiterentwicklung der lokalen Projekte.

Durch gezielte Weiterbildungen und Spezialisierung im Bereich Gemeinwesen und/oder damit verbundenen Themenkomplexen - wie Beteiligungsverfahren - stellt die Fachgruppe einen Pool an Fachpersonal und -kompetenzen dar, der die Praxis vor Ort an allen Standorten fachlich erweitert.

Gemeinwesen wird als ein Querschnittsthema mit hoher gesellschaftlicher Spannweite verstanden, das alle Bevölkerungsschichten betrifft und Auswirkungen auf alle Bereiche des Geschäftsbereiches Niederlassung Brandenburg hat.

Handlungsfelder und Standorte

Die Handlungsfelder der GWA vor Ort sind stark von lokalen und regionalen Gegebenheiten und Ressourcen geprägt. Von daher ist ein von Vielfalt geprägtes Bild zu dokumentieren:

Bad Freienwalde

Das „Offi“ erfüllt Aufgaben der freien und öffentlichen Jugendhilfe der Stadt Bad Freienwalde und ihrer sieben angegliederten Gemeinden. Der Titel „Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum“ ist Programm. Es werden Angebote zu den Themen Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Inklusion, Toleranz und Demokratie im kommunalen Raum entwickelt und damit ein Beitrag zur Stadtentwicklung geleistet.

Als Koordinierungsstelle eines Verbundes des Lokalen Aktionsplanes (LAP) im Landkreis Märkisch Oderland (MOL) im Rahmen der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (bis zum Jahr 2010), seit dem Jahr 2011 „Toleranz fördern, Kompetenz stärken“ wurde und wird sich aktiv für eine tolerante und demokratische Gesellschaft, die Stärkung von Eigeninitiative und bürgergesellschaftlichen Engagements und die Förderung der Bürgerbeteiligung eingesetzt.

Das „Lokale Bündnis für Familie für Bad Freienwalde und Umgebung“ besteht seit dem 26.03.2009. Das „Offi“ ist Partner und Koordinierungsbüro.

Frankfurt (Oder)

Das Mehrgenerationenhaus MIKADO ist ein zentraler Begegnungsort, an dem das Miteinander der Generationen aktiv gelebt wird. Es bietet Raum für gemeinsame Aktivitäten und fördert ein neues nachbarschaftliches Miteinander. Das soziokulturelle Haus ist darauf ausgerichtet, Interessen und Neigungen, aber auch Bedürfnislagen und Probleme von Menschen verschiedener Altersgruppen aufzunehmen und Angebote zu entwickeln, die den erkannten Bedürfnislagen und formulierten Bedarfen entsprechen. Das Mehrgenerationenhaus MIKADO versteht sich als ein durch die Mitwirkung von Adressatinnen und Adressaten gestalt- und veränderbares Konstrukt und ist damit ein lebendiger Bestandteil des Gemeinwesens.

Diese Handlungsmaxime wird vom Quartiersmanagement gestärkt und auf den umgebenen Sozialraum erweitert. Die Hauptaufgaben stellen die Bürgerbeteiligung und Stadtteilkoordination dar, d. h. die Einbeziehung der Bewohner/-innen in die Gestaltungsprozesse zur Verbesserung des Wohnumfeldes und des Zusammenlebens, die Vernetzung der Akteure untereinander, die Stärkung einer Stadtteilidentität und die Initiierung von kleinteiligen Projekten. Das Quartiersmanagement fördert damit die Hilfe zur Selbsthilfe, in dem es informiert, berät und unterstützt, in dem es Wege aufzeigt, motiviert, Ideen sammelt, Partner zusammenbringt, Umsetzungen begleitet und hilft Finanzierungen zu organisieren.

Das Frankfurter Bündnis für Familie gründete sich am 27.11.2008. Das Quartiersmanagement ist Partner und leitet die Arbeitsgruppe Familienwegweiser.

Königs Wusterhausen

Das Projekt „Kompakt“ dient der Stärkung und Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft. Das Ziel des Projekts ist die Etablierung von verlässlichen Kooperationsstrukturen zwischen kommunalen, polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Arbeit mit rechtsextremen und rechtsaffinen jungen Menschen in den Landkreisen Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. In diesem Rahmen findet eine Beteiligung am städtischen und kreisweiten Präventionsrat statt. Hier werden

kreativen Ideen im Umgang mit jährlichen Kameradschaftsdemonstrationen entwickelt und an der Umsetzung von Ideen mitgewirkt (Kontaktvermittlung, Beschaffung von Informationen usw.). Im AK JAP (Jugendarbeit- und Prävention) werden außerdem kleine Projekten entwickelt und im Anschluss an vorhanden Strukturen verortet.

Potsdam

Am Standort Potsdam sind verschiedene sozialraumorientierte Projekte und Angebote angesiedelt. Das Jugendkultur- und Familienzentrum Lindenpark konnte im Jahr 2011 im Rahmen des „Regionalbudgets“ die Angebote für das Gemeinwesen deutlich erhöhen, was zu einer erheblichen Steigerung der Familienbesuche (v. a. Familiensonntage) führte. Der „Lindenpark“ und das „j.w.d.“ sind in einem Wohngebiet angesiedelt und stehen in kontinuierlicher sowie offener Kommunikation mit Nachbarinnen und Nachbarn.

Es werden weit reichende Netzwerkaktivitäten durch die Mitarbeiter/-innen getätigt. Der Lindenpark ist Mitglied im Lokalen Bündnis für Familie in Babelsberg, im Stadtjugendring Potsdam e.V. sowie im Netzwerk für Gesunde Kinder und Familien. Hier setzt er sich für die Belange von einkommensschwachen Familien, Kindern und Jugendlichen ein und fördert die Partizipation (bspw. besteht ab dem Jahr 2013 ein kleiner Fond, der es Familien ermöglicht, ihre Ideen für einen familienfreundlichen Stadtteil umzusetzen).

Der Hort „DIE BUNTSTIFTE“ ist Mitglied im Lokalen Bündnis für Familie am Stern und steht in enger Kooperation mit der angrenzenden Grundschule.

Der „clubmitte“ engagiert sich nachdrücklich für den gemeinwesen- und basisdemokratisch orientierten Jugendhilfe- und Kulturstandort freiLand.

Senftenberg

Ein Handlungsfeld in der GWA war im Jahr 2011 insbesondere das Phoenix-Projekt, das mit verschiedenen Aktionen Jugendliche, junge Erwachsene sowie Bürger/-innen der Stadt Senftenberg einbezog. Ein zentrales Thema war der Senftenberger Bahnhof. Es wurden Gestaltungsideen in der Bevölkerung eruiert. Der Auswertung entsprechend wurde dem Ort mit Theaterinszenierung, Fotodokumentation, Flohkino, Live-Musik, etc. Leben „eingehaucht“. Die Streetworkerin des Projektes arbeitete außerdem eng mit dem Kinder- und Jugendparlament der Stadt Senftenberg zusammen.

Das Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“ beteiligte sich im Sommer 2011 an dem Senftenberger „AGENDA-Diplom“, das durch die Stadt Senftenberg initiiert wurde. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Trägern der Jugendarbeit wurden im Jahr 2011 verschiedene gemeinwesenorientierte Veranstaltungen realisiert, wie z. B. Jugendkulturtage, „Sommerliche Entdeckertour“, Kinderfest der Stadt Senftenberg sowie das Kinderfest des Deutschen Kinderschutzbundes.

Die Netzwerkstelle „Demokratische Kultur“ des Landkreises Oberspreewald-Lausitz sensibilisierte Kinder und Jugendliche für Toleranz und Demokratie in unserer Gesellschaft z. B. in einem Planspiel mit Jugendlichen und dem „3. Fest der Kulturen“.

Seit dem 06. Dezember 2011 ist das „Pegasus“ Bündnispartner im Lokalen Bündnis für Familie des Landkreises Oberspreewald-Lausitz.

Spremberg

Das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ ist eine der größten Kinder- und Jugendeinrichtungen im Landkreis Spree-Neiße. Das Haus versteht sich als Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche, Familien und Bürger/-innen, die ihre Interessen aufnimmt, miteinander verbindet und zu realisierbaren Angeboten entwickelt und gemeinschaftlich umsetzt. Als multifunktionale Einrichtung liegt ein weiterer Schwerpunkt in der generationsübergreifenden Familienarbeit

und der Entfaltung von bürgerschaftlichem Engagement.

Das Theaterprojekt „Blicklicht“ richtet sich vor allem an Langzeitarbeitslose der Stadt Spremberg. Der Projektinhalt ist die Erarbeitung eines Laientheaterspiels. Hauptakteure sollen dabei die Bürger/innen sein, ihre Geschichte, ihre Erfahrungen, ihre Hoffnungen und ihr Umgang mit prägenden politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, aber auch die Probleme, die es zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Stadt gibt. Auch die Lebensgeschichten der Einwohner der Spremberger Ortsteile sowie deren Wünsche in Bezug auf die Verbindung zum Stadtgebiet werden ins Projekt einbezogen.

Das „Bergschlösschen“ ist seit seiner Gründung im Juni 2006 aktives Mitglied im „Lokalen Bündnis für Familie in Spremberg“.

Personal

Gemäß dem Selbstverständnis, GWA als ein Querschnittsthema mit Auswirkungen auf alle Bereiche des GBs Niederlassung Brandenburg zu verstehen, wirkt mindestens eine Person pro Standort in der FG mit. An vier Standorten nahmen Mitarbeiter/-innen erfolgreich an Fortbildung zum Themenkomplex der GWA teil (“Beteiligungsprozesse initiieren, begleiten und evaluieren“ und „Quartiersmanagement/Gemeinwesen“). Aus den benannten Standorten arbeitet zudem jeweils mindestens ein/e Mitarbeiter/-in aktiv im Lokalen Bündnis für Familie mit.

Ausblick 2012

Im weiteren Verlauf des Jahres wird angestrebt, gemeinsame Standards der GWA für den GB Niederlassung Brandenburg zu entwickeln. Zudem wird die Fachgruppe als Ideenschmiede gesehen, die in eine gemeinsame Projektentwicklung münden soll. Vorstellbar ist darüber hinaus, sich an politischen Diskussionen über die einzelne Kommune hinaus wie bspw. an der Nachhaltigkeitsstudie des Landes Brandenburg zu beteiligen.

Jahresbericht 2011/2012

Gesellschaften

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH

SPI Forschung gGmbH (Berlin, Magdeburg)

Centre Français de Berlin gGmbH,
Deutsch-Französisches Kulturzentrum

ISKA, Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH
(Nürnberg)

SPI Beteiligungsgesellschaft mbH

SPI Ausbildung & Qualifizierung Berlin-Brandenburg
gGmbH (Berlin, Cottbus)

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens ist es, auf der Grundlage der Zwecke der freien Wohlfahrtspflege solche Projekte zu entwickeln, zu initiieren, zu fördern und durchzuführen, die im Rahmen der Stadtentwicklung Aufgaben der Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege übernehmen.

Dazu gehören insbesondere:

Die Beschaffung und Verwaltung von Wohn- und Nutzräumen für Personengruppen der Jugendhilfe, sozial benachteiligte Mieter, Jugend-, Sozial- und sozialkulturelle Projekte.

Organisation, Beratung, Durchführung und Betreuung von baulichen Maßnahmen, einschließlich der Verbesserung des Wohnumfeldes im Rahmen der sozial orientierten Stadtentwicklung und unter besonderer Berücksichtigung der Förderung der Selbsthilfe im baulichen und sozialen Bereich.

Beschäftigung und berufliche Qualifizierung von Personengruppen aus dem Bereich der Jugendhilfe und Personen aus dem Bereich der Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der dauerhaften, sozialen und beruflichen Integration in das Gemeinwesen.

(2) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke; sie verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes: Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung vom 16. März 1976. Ihr Geschäftsbetrieb ist nicht auf die Erzielung eines Gewinnes gerichtet. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

(3) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke der Gesellschaft verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

(4) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zwecke der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

SPI Forschung gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

1) Gegenstand des Unternehmens ist es, auf der Grundlage der freien Wohlfahrtspflege und den Grundsätzen der Arbeiterwohlfahrt

   – Forschungsprojekte zu entwickeln, zu initiieren, zu fördern und durchzuführen, die auf die Lösung sozialer Probleme und der Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der Sozialarbeit/Sozialpädagogik gerichtet sind sowie
   – Ausbildungs- und Weiterbildungsprojekte durchzuführen und alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte zu tätigen.

   Dazu gehören insbesondere:

   – die praxisnahe Forschung und Begleitforschung von sozialpädagogischen Modellen und neuer sozialpädagogischer Modelle und Ansätze, wobei die Forschungsergebnisse der Gesellschaft zeitnah veröffentlicht werden,
   – die Durchführung von Seminaren und Schulungen sowie die Fortbildung sozialpädagogischer Praktiker und interessierter Laien.

2) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung vom 16. März 1976. Ihr Geschäftsbetrieb ist nicht auf die Erzielung eines Gewinns gerichtet. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

3) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke der Gesellschaft verwendet werden. Der oder die Gesellschafter dürfen auch keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten.

   Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

4) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigt werden.

5) Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland zu errichten.

Centre Français de Berlin gGmbH
deutsch-französisches Kulturzentrum

Gegenstand der Gesellschaft

Aufgabe und Zweck der gemeinnützigen Gesellschaft ist es, im Sinne des europäischen Gedankens zur Völkerverständigung im Jugend-, Bildungs- und Kulturbereich beizutragen. Insbesondere soll dies erreicht werden durch die Wiederinbetriebnahme des Centre Français in Berlin-Wedding, Müllerstraße 74/75. Aufgabe dort wird sein:

Internationaler Jugendaustausch, Kulturaustausch, Kunst- und Künstleraustausch, europäische Berufsbildung, Beherbergung von Jugendlichen, Künstlern und sonstigen Gästen. Einbezug der lokalen kultur- und gemeinwohlorientierten Organisationen zu initiieren, zu fördern und Räumlichkeiten für sie anzubieten, langfristig zu sichern und alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte zu tätigen.

Dazu gehören insbesondere:

- Der Internationale Jugendaustausch.
- Initiieren eines deutsch-französischen Zentrums.
- Vergabe von Räumlichkeiten für sozialkulturelle, gemeinnützige Bildungs- und Jugendprojekte.
- Initiierung und Aufbau eines internationalen Aufenthaltszentrums im Sinne des europäischen Gedankens und der Völkerfreundschaft; Kontaktherstellung, Verständigungs- und Austauschmöglichkeiten mit osteuropäischen Jugend- und Kulturorganisationen.
- Einrichtung eines lokalen Kulturzentrums als Begegnungsstätte für in Berlin lebende Franzosen mit der deutschen Bevölkerung, um gewachsene Zusammenarbeit und Bindungen, insbesondere in den Berliner Stadtbezirken Wedding und Reinickendorf zu fördern.
- Das Initiieren und Betreiben eines Ausbildungszentrums, um Auszubildende mit den jeweiligen Methoden, Inhalten und Arbeitsweisen der anderen europäischen Länder, insbesondere der Franzosen, bekannt zu machen.
- Das Anbieten von Filmen und Theaterstücken aus den jeweiligen Ländern.
- Die wechselseitige Präsentation von künstlerischen Werken von Künstlern aus Deutschland und Frankreich.
- Verwaltung und Bewirtschaftung der Nutzräume für die Personengruppen von Jugend- und sozialkulturellen Projekten in Zusammenarbeit mit Beschäftigung und beruflicher Qualifizierung von Personengruppen aus dem Bereich der Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der dauerhaften sozialen Integration in das Gemeinwesen.
- Durchführung von Veranstaltungen, Kongressen und Fachtagungen.
- Sprachkurse.

ISKA, Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH

Gegenstand

(1) Aufgabe der Gesellschaft ist die Planung, Durchführung, Auswertung sowie die Verbreitung der Ergebnisse von Vorhaben mit nationaler und internationaler Zielsetzung, die darauf ausgerichtet sind,
- vorhandene soziale, kulturelle und pädagogische Angebote, Dienste und Veranstaltungen dem jeweiligen sozio-ökonomischen und ökologischen Entwicklungsstand entsprechend fortzuentwickeln;
- neue Entwicklungen der sozialen, kulturellen und pädagogischen Arbeit anzuregen, aufzugreifen und öffentlich zu machen.

(2) Die Arbeit der Gesellschaft ist insgesamt darauf ausgerichtet, exemplarisch-, praxis- und handlungsorientiert die Grundlagen zu vermitteln, zu entwickeln oder zu gewährleisten, die Vorbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben sind (Befähigung zur Selbsthilfe).

(3) Die Gesellschaft will dazu auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen insbesondere folgende Angebote entwickeln:
- Aus-, Fort- und Weiterbildung, insbesondere für Berufsgruppen der kulturellen, pädagogischen und sozialen Arbeit;
- Beratung, insbesondere für Klienten und Beschäftigte der kulturellen, pädagogischen und sozialen Arbeit;
- praxisrelevante Forschung, bezogen auf Handlungsfelder der Sozialen Arbeit und Pädagogik;
- Kontakt- und Anlaufstelle für selbstorganisierte Projekte/Initiativen und Selbsthilfegruppen im Kultur-, Sozial-, Ökologie- und Gesundheitsbereich;
- Durchführung und Förderung von Modellvorhaben des sozialen, kulturellen und pädagogischen Bereichs;
- Gutachten, Stellungnahmen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit;
- Einzelprojekte zur Fortentwicklung traditioneller Aufgabenbereiche und Entwicklung neuer Handlungsfelder der sozialen und kulturellen Arbeit.

(4) Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art erwerben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, Zweigniederlassungen gründen und alle sonstigen Geschäfte vornehmen, soweit sie der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sind. Die Gesellschaft ist im Rahmen ihrer Tätigkeitsfelder berechtigt, Leistungen und Lieferungen an Dritte zu tätigen.

SPI Beteiligungsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

1) Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung von Vermögen und Beteiligungen an anderen Gesellschaften.

2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Geschäftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu beteiligen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

SPI Ausbildung & Qualifizierung Berlin-Brandenburg gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

1) Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der Zwecke der freien Wohlfahrtspflege, die Förderung der Jugendhilfe, die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung sowie die Förderung von Kunst und Kultur.

   Auf der Grundlage der Zwecke der freien Wohlfahrtspflege sollen solche Projekte entwickelt, initiiert, gefördert und durchgeführt werden, die im Rahmen von Ausbildung, Qualifizierung und Arbeitsförderung Aufgaben der Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege übernehmen.

2) Diese Zwecke werden insbesondere verwirklicht durch

   a) die berufliche Qualifizierung von Personengruppen aus dem Bereich der Jugendhilfe und Personen aus dem Bereich der Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der dauerhaften, sozialen und beruflichen Integration in das Gemeinwesen,
   b) die Begleitung der genannten Personengruppen im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ bei der Bewältigung von Problemen wie psychische Erkrankung, Sucht, Schulden, Delinquenz,
   c) die Initiierung, Förderung und den Betrieb von Jugend-, Sozial- und sozialkulturellen Projekten,
   d) den Betrieb von Kulturzentren, Kunst- und Kulturveranstaltungen, Konzerten und Ausstellungen.

Jahresbericht 2011/2012

Öffentlichkeitsarbeit

Publikationen

Fachtagungen

1. Publikationen

Kreft/Nagel: Loseblattsammlung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Kinder- und Jugendhilfe in Berlin, erscheint seit der 48. Lieferung (September 2006) im Verlag neue praxis GmbH, Lahnstein. Alleinverantwortlicher Redakteur ist Senatsrat Axel Stähr, Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport in Berlin. Herausgeber bleibt weiterhin (wie seit der Gründung 1978) die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin. Die Sammlung umfasst alle relevanten Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes und des Landes Berlin. Der Preis des Grundwerkes beträgt 49 EUR.

Perspektivenwandel der Jugendhilfe – Ergebnisse einer Totalerhebung (Daten/Fakten/ Analysen) zur aktuellen Aufgabenwahrnehmung der Jugendämter und Expertisentexte „Neue Handlungsfelder der Jugend- und Familienhilfe"; D. Kreft/H. Lukas u. a., 2 Bände, Frankfurt/Main 1993, 2. Auflage
Bezug nur über Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)

Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Älterwerden in Berlin – Eine zweisprachige Informationsbroschüre für Migranten/innen aus der Türkei; SPI Berlin im Auftrag der Ausländerbeauftragten des Landes Berlin, 1996

Dammann, Michael: Musik im Umgang mit Demenzkranken nutzen. Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung, Berlin: Selbstverlag, 2002. Preis: 3,00 € oder Download

Derwisch, Lars: Trainerverhalten. Kinder und Jugendliche im Fußball. Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung, Berlin: Selbstverlag, 2005. Preis: 5,00 € oder Download

Fachschulen des SPI: Für Bildung öffnen: Methode Tanz, Theater, Film – Ausbildung in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Fachforum 3. In: Bildungstag 2006 Dokumentation, Berlin, AWO Landesverband Berlin e.V. (Hg.), S. 34-36

Fachschulen des SPI (Hg.), Alles wird gut!?, Jugend- und Familienhilfe unter Druck. Dokumentation der Fachtagung am 17. und 18. Februar 1997, Berlin: Selbstverlag, 1997

Fachschulen des SPI (Hg.), Schlüsseldienst, Ratgeber zur Kinder- und Jugendhilfe, Berlin: Selbstverlag, 1998, 2. Überarbeitete Auflage, 1999

Hoppe, Birgit: Gesundheitsbranche gewinnt, Altenpflege verliert – Generalisierte Pflegeausbildung. In: Altenheim. 3, 2012, S. 48-51

Hoppe, Birgit: Erzieher/-innen-Ausbildung an Fach- und Hochschulen. In: Gehlert, Berthold (Hg.), Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulbildung im Kontext von Reformkonzepten. BLBS, Berlin, 2011, S. 38-43

Hoppe, Birgit: Berufliche Bildung flexibilisieren. Was Bildungsinstitutionen für barrierefreiere Bildungsprozesse tun könnten. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2009/2010

Hoppe, Birgit: Aller guten Dinge sind drei. Zur Diskussion um die Reform der Pflegeausbildungen. In: Altenpflege, 12, 2009, S. 24-25

Hoppe, Birgit: Berufsbildungs-Rap: ECTS & EQR, (D)ECVET & DQR… Plädoyer für eine pragmatische, ressourcenorientierte Berufsbildungspolitik. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2008/2009

Hoppe, Birgit: Shared Space. Empathie als Bedingung für Entwicklung und gesellschaftliche Kohärenz. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2007/2008

Hoppe, Birgit: „Es muss mehr Ausbildung geben". Ausbildungs-Check: Berlin.
In: Altenpflege, 11, 2007, L4-L5

Hoppe, Birgit: Lernplattform: Scheitern, Zweifeln, Fehler machen. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2006/2007

Hoppe, Birgit: Denken und Handeln in Beziehungen und Möglichkeiten. Mit kreativen Methoden lernen. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2005/2006. Download

Hoppe, Birgit; Weber, Lilian: Wir bilden aus! In: Altenpflege, 9, 2006, S. 32-33

Hoppe, Birgit: Profis und freiwillig Engagierte – ein Kompetenzteam? Visionen, Anspruch und Wirklichkeit. In: Pflege & Gesellschaft, Zeitschrift für Pflegewissenschaft, Juventa Weinheim, 11. Jg. 2006, Heft 1, S. 51-60. Download

Hoppe, Birgit: Was hält Altenpflegerinnen im Beruf? Ein „Dennoch“ wider die Ausstiegsdebatte. In: Pflegemagazin, 6. Jg. 2005 Heft 5, S. 28-34

Hoppe, Birgit: Altenhilfe (Altenarbeit). In: Kreft, D., Mielenz, I. (Hg.), Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Juventa: Weinheim und München, 2005, S. 54-59

Hoppe, Birgit: Pflege. In: Kreft, D., Mielenz, I. (Hg.), Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Juventa: Weinheim und München, 2005, S. 54-59

Hoppe, Birgit: Zeitfenster & Depressionspanoramen. Vom Umgang mit unserer Zeit. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2004/2005

Hoppe, Birgit; Jacobs, Felicitas: Meine Bildung ist deine Bildung?! Oder: Che Guevara gegen Mozart. In: AFET Bundesverband für Erziehungshilfe, Hannover: AFET-Veröffentlichung Nr. 64/2005, S. 135-154

Hoppe, Birgit: Profis als Konkurrenten und Verdränger bürgerschaftlichen Engagements? In: Pflegemagazin, 5. Jg. 2004 Heft 5, S. 27-34

Hoppe, Birgit: Etwas zutrauen. Qualifizierungsprozesse in der beruflichen Bildung. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2003/2004

Hoppe, Birgit: Veränderungen und knifflige Probleme als Lernanlässe behandeln. Soziale Arbeit an der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI). In: Reinicke, P. (Hg.), Von der Ausbildung der Töchter besitzender Stände zum Studium an der Hochschule. 100 Jahre Evangelische Fachhochschule Berlin. Lambertus: Freiburg im Breisgau, 2004, S. 175-178

Hoppe, Birgit: Fachkräftemangel/Ausbildung: Ursachen und Strategien zur Beseitigung des Fachkräftemangels im Interesse einer bedarfsgerechten Versorgung pflegebedürftiger Menschen. In: AWO Bundesverband e.V., Sozialbericht 2003/2004, Zukunft der Pflege in Deutschland, S. 26-34

Hoppe, Birgit: In welcher Wirklichkeit leben Sie eigentlich? Dynamiken im Strukturwandel: Sieben Szenen und ihre Nachhaltigkeit. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2002/2003

Hoppe, Birgit: Führen und Leiten: Bewegen – gestalten – steuern. In: Falk, J.; Kerres, A. (Hg.), Didaktik und Methodik der Pflegepädagogik. Handbuch für innovatives Lehren im Gesundheits- und Sozialbereich. Juventa: Weinheim und München, 2003, S. 359-393

Hoppe, Birgit: Der Lernfeldansatz und seine Zubereitung – köstlich oder ungenießbar? Acht kritische Thesen. In: Pflege Magazin, 4, 2003, S. 44-46

Hoppe, Birgit; Wulf, Christoph: Alter. In: Wulf, Christoph (Hg.), Vom Menschen. Handbuch Historische Anthropologie, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 1997; Übersetzungen: Äge/vieillesse. In: Traité d´Anthropologie Historique, Philosophies, Histoires, Cultures, Paris: L`Harmattan, 2002 sowie in: Cosmo, corpo, cultura: Enciclopedia antropologica, Milano: Bruno Mondadori, 2002

Hoppe, Birgit: Aussicht auf Veränderung. Gesellschaftlicher Wandel und lebenslanges Lernen. In: Pflege Magazin, 8, 2002, S. 4-11

Hoppe, Birgit: Berufsfachschulen. In: Fachlexikon der sozialen Arbeit. 7. Auflage Frankfurt am Main: Eigenverlag 2002, S. 131-130

Hoppe, Birgit: Entschlossene Nichtwahrnehmung der Altenpflege ... und anderer Realitäten. In: Pflege Magazin, 6, 2002, S. 59-60

Hoppe, Birgit: Der große Wurf? Mitnichten! Zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Altenpflege. In: Altenpflege, 5, 2001

Hoppe, Birgit: Lernen im kulturellen Widerspruch. Qualitäts- und Bildungsdebatten im Sozial- und Gesundheitssektor: Schnell gedacht und kurz gesprungen? In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2000/2001

Hoppe, Birgit: Draußen vor der Tür – Prognosen für die Ausbildung der Zukunft. In: Altenpflege, 1, 2000, S. 31

Hoppe, Birgit: Bildung: Chaos durch zuviel Struktur? In Stiftung SPI, Jahresbericht 2001/2002

Hoppe, Birgit: „Falsches Ehrenamt – richtiges Ehrenamt?“ Soziale Berufe in der Zumutungsfalle – Konsequenzen für Professionalisierung und Qualifizierung. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 1999/2000

Hoppe, Birgit: 2. Rahmenbedingungen der Ausbildung. In: Arnold, Karen; Dibelius, Olivia; Hoppe, Birgit u. a. (Hg.): Altenpflegeausbildung – Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999

Hoppe, Birgit: Rückschritt auf der ganzen Linie. Zum Fortgang der Beratungen zum Entwurf Bundesaltenpflegegesetz. In: Altenpflege, 12, 1999, S. 20-21

Hoppe, Birgit; Arnold, Karin; Dibelius, Olivia (Hg.): Altenpflegeausbildung – Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999

Hoppe; Birgit; Arnold, Karin; Dibelius, Olivia (Hg.): Lehrbuch Grundlagenwissen Altenpflege. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999

Hoppe, Birgit: Qualifikation und Qualität von Arbeitsplätzen im Bereich Soziale Dienste. In: Dokumentation der Fachtagung „Der Sozialstaat als Standortfaktor – Neue Märkte für Soziale Dienste“, 6./7. Sept. 1999, IHK Berlin

Hoppe, Birgit: Enttäuschte Hoffnungen, Zum Gesetzentwurf zur Altenpflegeausbildung der Bundesregierung. In: Altenpflege, 3, 1999, S. 28 - 29

Hoppe, Birgit: Ausbildung und Qualifizierung zwischen Qualitätsentwicklung und Deregulierung. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 1998/1999

Hoppe, Birgit: Zukunftsvisionen im Pflegemanagement. In: Lehrbuch Pflegemanagement, Kerres, A.; Falk, J.; Seeberger, B. (Hg.), Berlin-Heidelberg-New York: Springer-Verlag, 1998

Hoppe, Birgit: Zwischen Fachschulausbildung und Laisierungstendenz. Zur Ausdifferenzierung der Zukunft der Pflege. In: Neue Steuerungen in Pflege und Sozialer Altenarbeit, Schmidt, R. et. al (Hg.), Regensburg: Transfer Verlag, 1998

Hoppe, Birgit: Lebensweltliche Pflege. Unterstützung der Häuslichkeit als professionelle Aufgabe? Grenzen und Grenzverletzungen. In: Schmidt, R.; Thiele, A. (Hg.), Konturen der neuen Pflegelandschaft: Positionen, Widersprüche, Konsequenzen, Regensburg: Transfer Verlag, 1998

Hoppe, Birgit: Qualifizierung der Pflegeberufe zur Kooperation? Berufssozialisation auf Gegenkurs. In: Garms-Homolová, V.; Schaeffer, D. (Hg.), Medizin und Pflege, Kooperation in der ambulanten Versorgung, Wiesbaden: Ullstein Medical, 1998

Hoppe, Birgit: Akademisierung der Altenpflege - Fallstricke und Perspektiven. In: Pflegepädagogik, 6, 1997, S. 12-15

Hoppe, Birgit: Psychologie, Verstehen lernen. Lehrbuch Altenpflege, Hannover: Vincentz Verlag, 1997

Hoppe, Birgit; Wulf, Christoph (Hg.): Altern braucht Zukunft, Europäische Verlagsanstalt: Hamburg, 1996 (Dabei handelt es sich um die um einige Aufsätze erweiterte Veröffentlichung der im WS 1994/1995 in Kooperation mit der FU Berlin durchgeführten Universitätsvorlesungen „Altern - unsere Zukunft“)

Hoppe, Birgit: Sinnvolles miteinander. Die Kooperation von Kranken- und Altenpflege. In: Häusliche Pflege 1, 1994, S. 10-15

Hoppe, Birgit; Herrbold, Gudrun; Jacobs, Felicitas: Theaterpädagogische Grundlagenbildung der Stiftung SPI**.** In: SpielArt Theaterpädagogische Zeitschrift für Berlin und Brandenburg, 41, 2007, S. 70

Horn-Wagner, Detlef; Jakobs, Jann; Strack, Gerhold: Handreichung zur Strukturentwicklung von Jugendämtern. SPI (Hg.), Berlin: Selbstverlag

Jacobs, Felicitas; Herrbold, Gudrun: Jacobs & Herrbold. Wie ein neues Gespann am Theaterhimmel zusammenfand. In: SpielArt, Theaterpädagogische Zeitschrift für Berlin und Brandenburg, 37, 2006, S. 46-47

Jacobs, Felicitas; Herrbold, Gudrun: JACOBS & HERRBOLD, eine Gründungsgeschichte. In: Korrespondenzen, Zeitschrift für Theaterpädagogik, 49, 2006, S. 74-75

Jacobs, Felicitas: Warum bin ich auf der Bühne als intrigante Mücke so gut? Das Abenteuer einer Spielleiter-Produktion. In: Korrespondenzen, Zeitschrift für Theaterpädagogik, 47, 2005, S. 9-12

Knebel, Martina: Anders Streiten Lernen. Qualitätssicherung und Weiterentwicklung. In: Spectrum der Mediation, Fachzeitschrift des Bundesverbandes für Mediation e.V., 31, 2008, S. 16-18

Knebel, Martina: Auf den Geschmack gekommen. Fächerübergreifende Projekte in der Altenpflegeausbildung. In: Altenpflege, 12, 2000

Lukas, Helmut; Strack, Gerhold (Hg.): Methodische Grundlagen der Jugendhilfeplanung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1996

Stiftung SPI (Hg.): Praktischer Ausbildungsplan für die Altenpflege. München: Elsevier/ Urban & Fischer Verlag, 2004

Swoboda, Beate; Lauterbach, Christoph: Dokumentieren und Planen lernen. Ein Lern- und Arbeitsbuch. Hannover: Vincentz Verlag 2009

Swoboda, Beate: An Wert gewinnen. Pflege…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 12, 2008, S. 42-43

Swoboda, Beate: Gefühlte Größe. Pflegenotstand…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 11, 2008, S. 26-27

Swoboda, Beate: Neuartige Hilfe. Pflegestützpunkte…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 10, 2008, S. 38-39

Swoboda, Beate: Kunst der Handhabung. Pflegemanagement…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 9, 2008, S. 24-25

Swoboda, Beate: Komplexe Systematik. Pflegekassen…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 8, 2008, S. 26-27

Swoboda, Beate Großes Kuddelmuddel. Pflegerecht…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 7, 2008, S. 26-27

Swoboda, Beate: Recht und Gesetz. Pflegerecht…/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 6, 2008, S. 40-41

Swoboda, Beate: Schneller Überblick. Pflegetagebuch/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 5, 2008, S. 27-28

Swoboda, Beate: Kurz, knapp, klar. Pflegebericht/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 4, 2008, S. 40-41

Swoboda, Beate: Können, sollen, dürfen. Pflegepraxis/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 3, 2008, S. 44-4

Swoboda, Beate: Fordern und fördern. Pflegehilfsmittel/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 2, 2008, S. 46-47

Swoboda, Beate: Mittel zum Zweck. Pflegehilfsmittel/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 1, 2008, S. 26-27

Swoboda, Beate: Das letzte Zuhause. Pflegeheim/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 12, 2007, S. 26-27

Swoboda, Beate: Großes Dilemma. Pflegebegriff/Pflegelexikon.. In: Altenpflege, 11, 2007, S. 26-27

Swoboda, Beate: Mit Menschen arbeiten. Pflegeausbildung/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 10, 2007, S. 24-25

Swoboda, Beate: Gezielte Vorbereitung. Pflegeüberleitung/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 9, 2007, S. 28-29

Swoboda, Beate: Spezialwissen gefragt Pflegeexperte/Pflegelexikon**.** In: Altenpflege, 8, 2007, S. 44-45

Swoboda, Beate: Rechenaufgaben. Pflegeversicherung/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 7, 2007, S. 26-27

Swoboda, Beate: Schritte der Veränderung**.** In: Altenpflege, 6, 2007, S. 26-28

Swoboda, Beate: Gesetze und Gebote. Pflegeethik/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 6, 2007, S. 38-39

Swoboda, Beate: Pflege macht Schule. Pflegepädagogik/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 5, 2007, S. 24-25

Swoboda, Beate: Voll auf der Höhe. Pflegekompetenz/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 4, 2007, S. 42-43

Swoboda, Beate: Neugier ist Pflicht. Pflegewissenschaft/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 3, 2007, S. 48-49

Swoboda, Beate: Lehrreiche Schnitzer. Pflegefehler/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 2, 2007, S. 22-23

Swoboda, Beate: Mittel und Wege. Pflegeorganisation/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 1, 2007, S. 42-43

Swoboda, Beate: Ein Wort, drei Sätze. Wenn sich Beschäftigte in der Altenpflege über Pflegekonzepte unterhalten/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 12, 2006, S. 24-25

Swoboda, Beate: Sprachliche Ungetüme. Über Sinn und Zweck von Pflegediagnosen/ Pflegelexikon. In: Altenpflege, 11, 2006, S. 28-29

Swoboda, Beate: Wissen, wo es steht. Pflegestandards/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 10, 2006, S. 44-45

Swoboda, Beate: Sokrates sei Dank. Pflegeanamnese/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 9, 2006, S. 42-43

Swoboda, Beate: Die Sicht der Dinge. Pflegevisite/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 8, 2006, S. 42-43

Swoboda, Beate; Schult, Monika: Gewaltindikatoren erkennen. In: A & A, 4-6, 2006, S. 12-16

Swoboda, Beate: Wirrwarr der Begriffe. Pflegefachkraft/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 6, 2006, S. 22-23

Swoboda, Beate: Hand in Hand - Berufsverbände. In: Altenpflege, 6, 2006, S. 26-28

Swoboda, Beate: Sympathisch, praktisch, gut. Pflegequalität/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 5, 2006, S. 26-27

Swoboda, Beate: Von der Kladde zum Touchscreen. Pflegedokumentation/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 4, 2006, S. 42-43

Swoboda, Beate: Im Herzen der Pflege. Pflegemodelle/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 3, 2006, S. 38-39

Swoboda, Beate: Kompass für die eigene Arbeit. Pflegeleitbild/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 2, 2006, S. 48-49

Swoboda, Beate: Argumentationsgewinn. In: Altenpflege, 1, 2006, Pflegelexikon, S. 42-43

Swoboda, Beate: Formulieren wie ein Profi. Pflegeplanung mit dem Planquadrat. Hannover: Vincentz Verlag 2005

Swoboda, Beate: Gastfreundschaft – Gedanken zu einem pädagogischen Grundprinzip. In: AWO Bundesverband e.V., Schriftenreihe Theorie und Praxis 2005, Interkulturelle Aspekte in der Altenpflegeausbildung. Arbeitshilfe für die Unterrichtspraxis, in Zusammenarbeit mit der Stiftung SPI, S. 19-25

Swoboda, Beate: Interkulturelle Aspekte der neuen Altenpflegeausbildung. In: AWO Bundesverband e.V., Schriftenreihe Theorie und Praxis 2005, Interkulturelle Aspekte in der Altenpflegeausbildung. Arbeitshilfe für die Unterrichtspraxis, in Zusammenarbeit mit der Stiftung SPI, S. 14-18

Swoboda, Beate: PflegePlanung. Hannover: Vincentz Verlag 2002

Swoboda, Beate: Kooperation mit Ehrenamtlichen. Die Chancen nutzen – zugunsten der Betroffenen. In: Pflege Ambulant, 2, 2001, S. 6

Swoboda, Beate: Zeitkorridore: Pflegeplanung und Pflegeversicherung, Berlin: Selbstverlag sowie Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999; 2. Auflage: Selbstverlag sowie Hannover: Vincentz Verlag, 2001

Swoboda, Beate: Altenpflegegesetz – Risiken und Nebenwirkungen, Heim + Pflege, 1, 2000, S. 24-27

Swoboda, Beate: Unordentlichkeit des Lebens und Sterbens: Beunruhigung aushalten setzt Wahrnehmungsfähigkeit voraus. In: Pflegezeitschrift, 5, 2000, S. 321-324

Swoboda, Beate: Altenpflege: Ein Beruf wird erwachsen, In: Altenpflege, 2, 1999

Swoboda, Beate: Abriss der Altenpflegewissenschaft. In: Hoppe, Birgit et al. (Hg.), Lehrbuch Grundlagenwissen Altenpflege, Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999, S. 205-247

Swoboda, Beate: Pflegeplanung in der Altenpflege. In: A + A, 3/4, 1998, S. 9-11

Bestellungen:
Stiftung SPI
Geschäftsbereich Fachschulen,
Qualifizierung & Professionalisierung
Hallesches Ufer 32 - 38
10963 Berlin
Tel.: 030 / 2 59 37 39 - 0
Fax.: 030 / 2 59 37 39 - 50
E-Mail: fachschulen@stiftung-spi.de

Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte

Clearingstelle - Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Infoblätter, drei- bis viermal jährlich erscheinende Lose-Blatt-Sammlung zu Themen aus den Bereichen Recht, Pädagogik, Verwaltungsstrukturen und Polizeiaufgaben.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): UMSICHTEN - Berliner Newsletter zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz (erscheint alle acht Wochen).
Download unter www.clearingstelle-jugendhilfe-polizei.de

Haustein, Renate/Schendel, Jürgen: Jugend - Sozialarbeit - Polizei. Ergebnisse einer Befragung zum Verhältnis von Sozialarbeitern und Polizisten in Berlin. Berlin 1998.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Sozialarbeit und Polizei zwischen Dialog und Abgrenzung. Eine Fachtagung für Praktiker/innen aus Sozialarbeit und Polizei, Studierende und andere interessierte Fachleute am 30. und 31. März 2000 in der ASFH Dokumentation der Fachtagung. Berlin 2002.

Schendel, Jürgen: Denn sie wissen nicht, was die Anderen tun. Dialogförderung zwischen Sozialarbeit und Polizei der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei der Stiftung SPI. In: AFET-Veröffentlichung Nr. 61/2003: Was wirklich hilft. Die richtige Hilfe zur richtigen Zeit für schwierige junge Menschen. Druckerei Freimann & Fuchs, Hannover 2003.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Minderjährige Abgängige - weglaufende Jugendliche. Alltag für Jugendhilfe und Polizei. Arbeitsmaterialien zum Fachtag des Arbeitskreises Notdienste-Polizei im November 2002. Berlin 2003.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Jugendliche und junge Erwachsene mit Doppeldiagnosen. Dokumentation zum Fachtag des Arbeitskreises City-Bahnhöfe im September 2001. Berlin 2004.

Schendel, Jürgen: Strukturelle Anforderungen an eine funktionierende Gewalt- und Kriminalitätsprävention im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz. In: Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17 (Jugenddelinquenz - Entwicklungen und Handlungsstrategien, hrsg. von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt), S. 45-51. Berlin 2004.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Einsichten - Hospitationen zwischen Jugendhilfe und Polizei. Ein Leitfaden zur Durchführung von Hospitationen. Berlin 2005.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Dokumentation des Fachtags zum Thema „Möglichkeiten einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und LKA zum Thema Kinderschutz“. Berlin 2005.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Viele Köche verderben den Brei? Interdisziplinäre Ansätze zur Prävention von Jugenddelinquenz. Dokumentation der Fachtagung vom 26. und 27. August 2005 in Berlin. Berlin 2006.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle

Fritsch, Konstanze/Schendel, Jürgen/von Walter, Annika: Kooperation in der Prävention von Jugenddelinquenz. Veränderungen und Erfordernisse in Berlin aus Sicht der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), Jg. 17, Heft 1/2006, S. 51-56.

Fritsch, Konstanze: Der Umgang der Jugendhilfe mit Intensivtätern/innen in Berlin. Download der Dokumentation der Fachtagung „Polizei und Sozialarbeit XIII: Mehrfach- und Intensivtäter“ vom 17. bis 19. Juli 2006 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar.
Download unter www.dvjj.de/download.php?id=461

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Informationsweitergabe zwischen Straßensozialarbeit und Polizei – Möglichkeiten und Grenzen des Datenschutzes. Dokumentation zum Fachtag des Arbeitskreises City-Bahnhöfe am 26.04.2006. Berlin 2007.

Schendel, Jürgen: Die Intensivtäterdiskussion in Berlin und ihre Auswirkungen auf die Prävention. In: DVJJ (Hrsg.): Fördern Fordern Fallenlassen. Aktuelle Entwicklungen im Umgang mit Jugenddelinquenz. Dokumentation des 27. Deutschen Jugendgerichtstages vom 15.-18. September 2007 in Freiburg. Mönchengladbach 2008, S. 390-398.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): „Ich bin dann mal weg!“ - Kinder und Jugendliche in Notsituationen. Dokumentation zum Fachtag des Arbeitskreises Notdienste/Polizei am 08.12.2008. Berlin 2009.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): „Oh, das darf ich Ihnen nicht sagen…“ - Handlungssicherheiten im Kinderschutz und Datenschutz. Dokumentation zum Fachtag des Arbeitskreises Notdienste/Polizei am 08.12.2009. Berlin 2010.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): „Durchsichten - Gesammelte und aktualisierte Infoblätter von 1998 bis 2009“. Berlin 2010.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei: „Was macht *Ihr* eigentlich, wenn…?“ Zuständigkeiten und Informationswege in der Jugendhilfe, Polizei und Justiz bei Kindeswohlgefährdung. Berlin 2011.

Fritsch, Konstanze: Möglichkeiten und Grenzen in der Kooperation von Jugendhilfe und Polizei. In: ZJJ, Jg. 22, Heft 4/2011, S: 393-399.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle

Wilhelm, Kerstin: Interdisziplinäre Fallkonferenzen in Bezug auf jugendliche Intensivtäter. In: Der Polizeipräsident in Berlin, ZSE IV C 4 (Hg.): Kompass – Fachinformation für die Berliner Polizei, Jg. 45, Heft 1/2012 s. 24-27.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle

Die Publikationen können in der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei bestellt werden. Sie werden in der Regel als pdf-Dokumente per E-Mail verschickt.

Bestellungen:
Stiftung SPI
Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei
Samariterstaße 19-20
10247 Berlin
Tel.: 030 / 4 49 01 54
Fax: 030 / 4 49 01 67
E-Mail: clearingstelle@stiftung-spi.de

Programmagentur Rechtskundepaket

Schendel, Jürgen/Seyboth-Teßmer, Franziska, Wilhelm, Kerstin: Die Programmagentur Rechtskundepaket. Infoblatt Nr. 50 der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei. Berlin 2009.

Programmagentur Rechtkundepaket (Hrsg.): Rückblicke – Ausblicke. Zwei Jahre Schulprojektwochen mit der Programmagentur Rechtskundepaket. Dokumentation des Fachtages am 6. Oktober 2010 in Berlin. Berlin 2011.

Flucht nach vorn

Flucht nach vorn (Hg.): Von einer Welt in die andere - Junge Flüchtlinge in Berlin. Berlin 2005

Bestellungen:
Stiftung SPI
Flucht nach vorn - Bildung, Beratung, Betreuung junger Flüchtlinge
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin
Tel.: 030 / 6 18 80 81
Fax: 030 / 61 62 48 42
E-Mail: fnv@stiftung-spi.de

Genderagentur Berlin-Brandenburg

Meyer, Dorit (2001a):
Gender Mainstreaming: Bedeutung – Entstehung – Kontexte einer neuen politischen Strategie.
In: v. Ginsheim, G./Meyer, D. (Hg.): Gender Mainstreaming – neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin, S. 25-40

Meyer, Dorit (2001b):
Gender Mainstreaming – eine neue geschlechterpolitische Strategie.
In: BZgA Forum Sexualaufklärung und Familienplanung. Heft 4, S. 3-7

Meyer, Dorit (2002a):
Gender Mainstreaming – Auftrag für die Jugendsozialarbeit.
In: Jugend – Beruf – Gesellschaft. Heft 1, S. 2-9

Meyer, Dorit (2002b):
Gender Mainstreaming als Zukunftsressource.
In Jahresbericht der Stiftung SPI Berlin. Berlin, S. 32-38

Meyer, Dorit (2003a):
Mädchenarbeit vor neuen gesellschaftlichen Herausforderungen.
In: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Mädchen- und Jungenarbeit – Eine uneingelöste fachliche Herausforderung. Band 3, Opladen, S. 21-36

Meyer, Dorit (2003b):
Gender Mainstreaming – Anforderungen an eine sozialraumorientierte Kinder- und Jugendhilfe. E & C- Journal Nr. 9.
Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit (2004a):
Kommunale Implementierung von Gender Mainstreaming im Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C).
In: Regiestelle E & C (Hg.) Kommunale Implementierung von Gender Mainstreaming – Aktuelle Konzepte und Umsetzungsstrategien. S. 6-12.
Download unter www.eundc.de, S. 6-15

Meyer, Dorit (2004b):
Die Implementierung von Gender Mainstreaming – eine Aufgabenstellung für Jugendämter.
In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis (SUB) 27. Jg. Heft 3 S. 271-282

Meyer, Dorit (2004c):
Gender Mainstreaming als strukturierendes Leitprinzip in der sozialen Arbeit.
In: Landeshauptstadt München, Sozialreferat (Hg.): Dokumentation der Fachtagung „Vielfalt gestalten“. München, S. 71-81

Meyer, Dorit (2004d):
Gender Mainstreaming eine neue gleichstellungsrelevante Strategie für politische Handlungsfelder.
In: Akademie für Ehrenamtlichkeit Berlin (Hg.): Gender Mainstreaming im Ehrenamt. Dokumentation der Fachtagung „Viel Arbeit - wem die Ehre?“
Download unter www.freiwilligen-kultur.de

Meyer, Dorit (2004e):
Die Implementierung von Gender Mainstreaming als Auftrag für Jugendämter.
In: Regiestelle E & C (HG.): Strategien der kommunalen Umsetzung von Gender Mainstreaming, S. 6-12.
Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit (2005):
Ansatzpunkte der Implementierung von Gender Mainstreaming in Projekten und Einrichtungen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

In: Regiestelle E & C (Hg.): Ansatzpunkte der Implementierung von Gender Mainstreaming in Projekten und Einrichtungen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe. S. 6-12. Zum Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit/v. Ginsheim, Gabriele (Hg.) (2001): Gender Mainstreaming – neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin.
Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit/v. Ginsheim, Gabriele (2002): Gender Mainstreaming – Zukunftswege der Jugendhilfe. Ein Angebot. Berlin.
Download unter www.eundc.de

MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen

Ursula Bachor, (Hg. Stiftung SPI, MÄDEA)
Mädchen in sozialen Brennpunkten
Dokumentation des Fachforums im Rahmen des Aktionsprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des BMFSFJ, Berlin 2000

Ursula Bachor (Hg. Stiftung SPI, MÄDEA)
Unsere Heimat?
Erzählungen und Gedichte von Mädchen im Rahmen des E & C Programms „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ des BMFSFJ, Berlin 2002

Ursula Bachor
Die vielen Gesichter MÄDEAs
In: Betrifft Mädchen 04/01, ISA Münster, Votum Verlag

Ursula Bachor
Interkulturelle Mädchenarbeit in der Praxis am Beispiel MÄDEA Berlin
In: Dokumentation der Fachtagung „Interkulturelle Mädchenarbeit“ am 13.11.2001 in Gießen, Hg. Magistrat der Stadt Gießen, 2002

MÄDEA, Stiftung SPI
Dokumentation der Mädcheninterviews mit Bezirksbürgermeistern, Jugendstadträten/-innen, Jugendhilfeplaner/-innen der Bezirke Wedding, Mitte, Tiergarten, Berlin 1999

AG Mädchen und junge Frauen im Wedding nach § 78 KJHG (Hg.)
Text- und Bildbeitrag in „Jedes Mädchen hat Rechte – Überall“ Dokumentation der 1. Mädchenkonferenz am 11.11.99 im Rathaus Wedding, Berlin 2000

Arbeitskreis Feministisch-Interkulturelle Mädchenarbeit e.V. Berlin (Hg.) Beiträge im LUZIE-Mädchentaschenkalender
LUZIE 2007 „Meine Lieblingsorte“, Gedichte, Zeichnungen Januar
LUZIE 2006 „Liebe“, Gedichte Juni
LUZIE 2005 „Body & Wellness“, Comics, Cartoons, Gedichte Oktober
LUZIE 2004 „Girls Cultures“, Texte/Zeichnungen zu Wedding Kultur April
LUZIE 2003 „LUZIE und die Liebe“, Texte/Zeichnungen November
LUZIE 2002 „LUZIE am Werk“, Texte und Fotos April
LUZIE 2001 „LUZIE mischt mit“, Texte und Bilder November
LUZIE 2000 „LUZIE unterwegs in die Zukunft“, Texte, Fotos, Zeichnungen
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt a. M.

Soldiner Kiez Kalender 2005: Gedichte und Zeichnungen im Juli
Hg. Nachbarschaftsheim Prinzenallee, Berlin

Mädchenarbeit in der Einwanderungsgesellschaft – Aktuelle Diskurse, BAG-Info Nr. 5/2005, Hg. Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V., Redaktion: Ursula Bachor, Diana Emberger, Mohtaram Zaherdoust, Bestellung und Download unter: www.maedchenpolitik.de

15. Shell – Studie 2006: Interview von Michaela Willert mit Aslihan, einer jungen Frau von MÄDEA, zu „Jugend in einer alternden Gesellschaft – Die Qualitative Studie: Analyse und Portraits“

Ursula Bachor: „Interkulturelle Mädchenarbeit“ in: Gabriele Rohmann (Hg.) „Krasse Töchter“, Mädchen in Jugendkulturen, Berlin 2007

“Me-DE(A)s Visionen, Respect the Wedding Girls” mit Mia Kaspari, Live-Sendung im Offenen Kanal Berlin, MAZ – Beiträge zur Realität und Entwicklungsmöglichkeiten von Mädchen mit Migrationshintergrund in der BRD, 3 Ausstrahlungen im November 2007

„Me-DE(A)s Visionen – Grenzerfahrungen“ mit Mia Kaspari, Videorauminstallation, Ausstellung im Rathaus Tiergarten, 19.12.2007 – 31.01.2008

MÄDEA, Stiftung SPI: Umfragen zu
„Häusliche Gewalt“, „Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen verschiedener kultureller Herkunft im Bezirk Mitte“, „Freizeitmöglichkeiten und -verhalten von Mädchen und Jungen“, „Lehrkörper - Ein fremder Planet?“, 2007

Musik – CDs mit MÄDEA – Texten
Mädchengesangsprojekt mit Annette Hamann und Nives B. in Kooperation mit dem Frauenmusikzentrum Lärm und Lust, 2004

„Angst verlieren – Mut gewinnen“, Songs zu Familie und Schule mit Annette Hamann in Kooperation mit Café Pink und Werkstatt Camino, 2007

„Wir in der Mitte von Berlin“, Rap zu Toleranz mit Jessica Lüker in Kooperation mit Gangway e.V. und Vielfalt in der Mitte, 2007

„mädchenpop3“, Musik-CD mit Pop-Songs von Mädchengruppen aus Berlin Mitte, darunter 5 Songs von MÄDEA, Hg. AG Mädchen und junge Frauen in Mitte, 2008

MÄDEA, Stiftung SPI: „Unsere Hinterhöfe 1“, ein Partizipationsprojekt, Idee/Konzept: Eva Palej, 2008

„Interkulturelle Mädchenarbeit – Eine Zukunftsaufgabe!“, BAG-Info Nr. 9/2008, Hg. BAG Mädchenpolitik e.V., Redaktion: Ursula Bachor, Sabine Sundermeyer, Einleitung: Ursula Bachor, Bestellung und Download unter: www.maedchenpolitik.de

MÄDEA, Stiftung SPI: „Mädchen-Umfrage zu Gleichberechtigung von Menschen verschiedener kultureller Herkunft“ in „Interkulturelle Mädchenarbeit – Eine Zukunftsaufgabe!“, BAG-Info Nr. 9/2008, Hg. BAG Mädchenpolitik e.V., Bestellung und Download unter: www.maedchenpolitik.de

MÄDEA, Stiftung SPI: „Unsere Hinterhöfe 2“, ein Partizipationsprojekt, Konzept: Eva Palej/ Rike Plößl, 2009

„Mädchen sind doch ok“, ein Videotanzclip mit Anne Grabow, 2009

„Sommer in Berlin“, fiktionaler Videofilm über rivalisierende Mädchenbanden mit Anne Grabow, 2009

„AMIGABOA“, Musik-CD mit MÄDEA-Pop-Songs, mit Anne Grabow, 2009

Ursula Bachor/Mohtaram Zaherdoust: „Mädchenarbeit mit Migrantinnen – ein Rückblick“, in: BAG-Info Nr. 10: „10 Jahre BAG Mädchenpolitik – aktive Politik für Mädchen und Frauen“, Bestellung und Download unter: www.maedchenpolitik.de

6 Tafelbilder, à 260 x 240 cm und Kunstpostkartenserie „Interkulturelle Abenteuer“, „Spielen“, „Freundinnen“, „Tanzen“, „Familie“, „Hochzeit“, „Gleiche Rechte! Keine Gewalt!“ mit Ulrike Markert, im Rahmen der „Ich kann was Initiative“ der Telekom, 2009

„Wir gründen eine Mädchenband“, Songs mit eigenen Texten mit Anne Grabow, CD, 2010

„Dancing Queens 65“, ein Videotanzclip mit Ulrike Flämig, Kamera Anne Grabow, 2010

MÄDEA, Stiftung SPI, Hg.: „wedding65 Jugendkultur“, Dokumentation der gleichnamigen Ausstellung und des Fachtags im Rahmen von „Vielfalt in der Mitte“, Berlin 2010

MÄDEA, Stiftung SPI: „MÄDEA Quiz zur Geschlechterdemokratie“, 2011

„Time Rush“, ein Videotanzclip nach einer Tanzchoreographie von Mädchen mit Ulrike Flämig, Kamera Anne Grabow, 2011

„Raum für Mädchen“, ein Videoclip mit der AG Mädchen und junge Frauen in Berlin Mitte nach § 78 SGB VIII, gefördert durch den Lokalen Aktionsplan des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“, 2011

Bestellungen:
Stiftung SPI
MÄDEA
Badstr. 10
13357 Berlin
Tel.: 030 / 49 30 89 66
Fax: 030 / 49 30 89 65
E-Mail: maedea@stiftung-spi.de

Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

Haustein, R. u. Nithammer, D. (1999): Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. DVJJ-Journal, 10. Jg., 4/99, S. 427-432.
Bestellung: DVJJ e.V., Lützerodestr. 9, 30161 Hannover

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2000): Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Sportjugend Berlin im Landessportbund Berlin e.V. (Hrsg.): Sport statt Strafe!? Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Polizei, S. 66-69. (Fälschlicherweise ist als Autorin Petra Bäker angegeben, die aber auf der in diesem Band dokumentierten Fachtagung den Vortrag über das Diversionsbüro gehalten hat.)
Bestellung: Sportjugend Berlin, Jesse-Owens-Allee 2, 14053 Berlin,
Tel. 030 / 30 002 - 0

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2000): Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Berliner Forum Gewaltprävention. Sondernummer 4. Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte, S. 83-86.
Bestellung: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2001): Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Deutsches Jugendinstitut e.V., Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Schnelle Reaktion. Tatverdächtige Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen beschleunigtem Verfahren und pädagogischer Hilfe, S. 83-102. München.
Bestellung: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Nockherstr. 2, 81541 München, Fax 089 / 623 06 - 162

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2001): Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Bischoff, D. u. Matzke, M.: Straftaten junger Menschen im vereinigten Berlin. Eine Bestandsaufnahme, S.172-180 Berlin: Hitit Verlag.
Bestellung: Reihe Verwaltung, Recht und Gesellschaft Band 14 der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Bildungs- und Verwaltungszentrum Friedrichsfelde, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin,
Tel. 030 / 90 21 40 05

Sollten die Auflagen vergriffen sein, können Sie auch Kopien der Artikel bestellen bei:

Stiftung SPI
Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
Samariterstaße 19-20
10247 Berlin
Tel. 030 / 44 00 92 - 73 / - 76
Fax 030 / 4 49 01 67
E-Mail: diversion@stiftung-spi.de

Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz«/PRO-AKTIV

Arbeitspapier 1/2011: Carl Chung, Religion als Menschenrecht – Religionen und Menschenrechte (PDF zum Download auf www.stiftung-spi.de/ostkreuz)

Broschüre „»Das wird man ja wohl noch sagen dürfen...« Zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Argumentationsweisen“ (gemeinsam herausgegeben vom MBT »Ostkreuz« und der Bezirklichen Koordinierungsstelle „POLIS* – gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf“)

Broschüre „Berlin im Dialog # 4“ („Rechtsextremismus = Rechtspopulismus?“)

Broschüre/Druckversion des Arbeitspapiers1/2010 „Gegen Diskriminierung und Hass in der Einwanderungsstadt Berlin“

2. Veranstaltungen

Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Fachtagungen

Für den AAA, den bundesweiten trägerübergreifenden Zusammenschluss der Ausbildungsstätten für Altenpflege in der BRD, plante und konzipierte der Geschäftsbereich im vergangenen Jahr zwei Tagungen:

- 25 Jahre AAA. Kompetenzen für die Zukunft. Weichenstellungen für die Altenpflege 2020plus, 02.-04.05.2011, Schwerin,
- Das Gewicht der Altenpflege für unsere Gesellschaft. Einmischen. Gestalten. Verantworten, 07.-09.05.2012, Freiburg/Breisgau.

Beiträge und Tagungsberichte sind unter www.aaa-deutschland.de nachzulesen.

Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte

Drogenhilfe Nord

Fachvorträge 2011:

Wenn Zappelphilipp groß wird – ADHS und Sucht
Eike Ahlers, Wiss. Mitarbeiter und Laura Gentschow, Dipl. Psychologin
Charité Berlin – Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Campus Benjamin Franklin

Zwischen Stil und Störung – zum Verständnis von Persönlichkeit und zum Umgang mit schwierigen Klienten
Dr. Karl Kreutzberg – Chefarzt für Forensische Psychiatrie, Krankenhaus des Maßregelvollzuges Berlin

Buffen, ziehen, schmeißen – Drogenkonsum im öffentlichen Raum und Straßensozialarbeit
Jürgen Schaffranek, Diplom-Sozialarbeitern/ Sozialpädagoge, Gangway e.V.

Fehlstart? Suchtverhalten im Kontext von Entwicklungsaufgaben und -störungen im Jugendalter
Christoph Pewesin, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Leiter des KJPD Reinickendorf

Lesung „Die Pubertistin“
Autorin und Journalistin Anja Maier

Clearingstelle – Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz

Fachtag: „Was macht *Ihr* eigentlich, wenn…? Zuständigkeiten und Informationswege in der Jugendhilfe, Polizei und Justiz bei Kindeswohlgefährdung“ – September 2011

Vortragstätigkeiten, Moderationen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Arbeit an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Polizei sowie zum Thema Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz

Sieben Vorträge (mit Diskussion) zum Arbeitsfeld Jugendhilfe-Polizei an der Alice Salomon Hochschule, der Katholischen Hochschule Berlin, der Berufsakademie Sachsen und der Hochschule für Wirtschaft und Recht

Programmagentur Rechtskundepaket

Fachveranstaltungen und Fortbildungen:

Eine zweitägige Schulung für neue Projektwochenbegleiter/innen (April 2011);

Bezirkliche Auftaktveranstaltungen für beteiligte Schulen, Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen, Jugendgerichtshelfer/-innen, Schulpsychologen/Schulpsychologinnen und Projektwochenbegleiter/-innen in Friedrichshain-Kreuzberg (August 2011) und Charlottenburg-Wilmersdorf (September 2011).

MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen

Informationsstand bei der Imagekampagne des Jugendamtes Berlin Mitte mit einem Zeitstrahl zur Mädchen- und Frauengeschichte. Mit dem „MÄDEA Quiz zu Geschlechterdemokratie“ in Berlin Mitte befragten Mädchen hier ca. 90 Fachkräfte der Jugendarbeit, 17.05.2011.

U 18 - Die Wahl für Kinder und Jugendliche zur Abgeordnetenhauswahl, 09.09.2011

Ursula Bachor, Referentin im Workshop „Wie fange ich an?“ auf der Fachtagung „Mädchenarbeit zwanzig11“ der Berlinweiten Fachrunde Quo Vadis Mädchenarbeit mit Präsentation des Videotanzclips „Time Rush“ und des „MÄDEA Quiz zur Geschlechterdemokratie“ als Beispiele für good practice, 16.11.2011.

Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

36 Informationsveranstaltungen über Diversion im Jahr 2011, davon

- 22 Informationsveranstaltungen für die Polizei (für Dienstgruppen der Abschnitte, Führungsgruppen, Kommissariate usw.); über das ganze Jahr verteilt (Dauer 1-3 Stunden); organisiert überwiegend in Kooperation mit den Diversionsbeauftragten der Polizei sowie zum Teil auch mit der Staatsanwaltschaft.

- 14 Informationsveranstaltungen für Schüler, Lehrer, Sozialarbeiter, Studenten, Kiez-AGs, sowie gemischte Runden. Dabei auch einige Veranstaltungen für Interessenten von außerhalb (Jugendhilfe Hamburg, Jugendbehörde aus Moskau). Die Veranstaltungen fanden über das ganze Jahr verteilt statt (Dauer 1-3 Stunden).

Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration

Servicestelle STÄRKEN vor Ort

Abschlussveranstaltung, 25.01.2012, Berlin

Servicestelle Jugendsozialarbeit – Programm Schulverweigerung – Die 2. Chance

Regionalkonferenzen

02.09.2011, Hannover
13.09.2011, Köln
20.09.2011, Stuttgart
28.09.2011, Berlin

Einführungsveranstaltung für neue Träger zu den elektronischen Fallakten mpuls WASKA/WASKO, 17.10.2011, Berlin

Workshops „Arbeit an beruflichen Schulen“
08.05.2012, Berlin
10.05.2012, Köln

Servicestelle Jugendsozialarbeit –Programm Kompetenzagenturen

Regionalkonferenzen

01.09.2011, Hannover
12.09.2011, Köln
19.09.2011, Stuttgart
27.09.2011, Berlin

Einführungsveranstaltung für neue Träger zu den elektronischen Fallakten mpuls WASKA/WASKO, 17.10.2011, Berlin

Servicestelle JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region

Bundeskonferenz, 24.10.2011, Berlin
Einführungsveranstaltung zur elektronischen Fallakte „mpuls AiR“, 19.12.2011, Berlin

Workshops „mpuls AiR in der Praxis“

20.06.2012, Köln
21.06.2012, Berlin
26.06.2012, Bremen
28.06.2012, Offenbach

Servicestelle MEHR Männer in Kitas

Trägerkonferenz, 16.09.2011, Berlin

Servicestelle Perspektive Wiedereinstieg

6. Trägerkonferenz/Informationsveranstaltung zum Folgeprogramm, 17.11.2011, Berlin
1. Trägerkonferenz, 26.04.2012, Berlin
Datenbank-Workshop, 06.06.2012, Hamburg

Servicestelle Aktionsprogramm Kindertagespflege

Erfahrungsaustausch „Festanstellung in der Kindertagespflege“, 30.11.2011, Berlin
Gütesiegel für Bildungsträger – Erfahrungsaustauch der Vergabestellen, 20.03.2012, Berlin
Bundeskonferenz, 23.04.2012, Berlin

Servicestelle Elternchance ist Kinderchance

Auftaktveranstaltung, 07.05.2012, Berlin

Regiestelle Schwerpunkt-Kitas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Regionalkonferenzen 1. Förderwelle

08.09.2011, Hamburg
15.09.2011, Wiesbaden
06.10.2011, Leipzig
11./12.10.2011, Köln
20./21.10.2011, Nürnberg
25.10.2011, Stuttgart
27.10.2011, Berlin

02.11.2011 Informationsveranstaltung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Berlin

Regionalkonferenzen 1. Förderwelle

25.11.2011, Hannover
10.01.2012, Köln
13.01.2012, Frankfurt/Main
23.01.2012, Hannover
26.01.2012, Leipzig
06.02.2012, München

Regionalkonferenzen 2. Förderwelle

07.05.2012, Hamburg
11.05.2012, Köln
15.05.2012, Stuttgart
23.05.2012, Berlin

Niederlassung Brandenburg

„Grenzenlose Jugend – 1. Kongress der Jugendarbeit im Land Brandenburg“ am 03. und 04.11.2011 in Frankfurt (Oder) und Slubice

3. JIM Filmfestival des Landes Brandenburg vom 28.-30.10.2011 in Spremberg.

Projekt Initiative Oberschule (IOS)

04.04.2011
Jahrestreffen IOS-Regionalpartner Süd in Cottbus

21.03.2012
Jahrestreffen IOS-Regionalpartner Süd in Groß Köris

Jugendberatungs- und Lernzentrum „Haus jule“ Cottbus

03.09.2011
Durchführung der „Tour de Cottbus“

02.07.2011
Durchführung des Alleinerziehenden-Tages - Gemeinsam statt Einsam

19.-24.06.2011
Durchführung eines Workshops zum Thema „Europa entdeckt die Niederlausitz - Umgang einer Region mit seinem kulturellen Erbe in Zeiten des Wandels„ mit Teilnehmern aus der Türkei, Rumänien, Lettland und der Tschechei im Rahmen des Programms Lebenslanges Lernen.

Standort Senftenberg

18.05.2011
Stadtrallye Senftenberg

05.-07.07.2011
Agenda Diplom (Hörspielproduktion)

08.-23.07.2011
Internationales Workcamp

08.-10.09.2011
Jugendkulturtage der Stadt Senftenberg

24.09.2011
Fest der Kulturen des Landkreises Oberspreewald-Lausitz

28.-30.09.2011
Integrationstage des Landkreises Oberspreewald-Lausitz

05.-11.11.2011
20. Kinderfilmfest des Landes Brandenburg

Stiftung SPI

Jahresbericht 2011/2012

Verzeichnis

Anschriften der Geschäftsbereiche

Vorstand/Direktor

Müllerstr. 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 45 97 93 - 0
Fax: 030 / 45 97 93 - 66
E-Mail: info@stiftung-spi.de
Internet: www.stiftung-spi.de

Hartmut Brocke (Direktor)
Dr. Birgit Hoppe, Karl-Friedrich Schnur (stellvertretende/r Direktor/-in)
Rolf-Joachim Heger (Qualitätsbeauftragter bis 31.12.2011)
Christoph Lauterbach (Qualitätsbeauftragter)
Christian Sand (Wirtschafter)
Annette Gruhling, Barbara Hinz (Verwaltung)
Ramona Ruden, Ramona Neumann (Buchhaltung)

Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Hallesches Ufer 32 - 38
10963 Berlin

Tel.: 030 / 2 59 37 39 - 0
Fax: 030 / 2 59 37 39 - 50
E-Mail: fachschulen@stiftung-spi.de

Geschäftsbereichsleitung
Dr. Birgit Hoppe, Beate Swoboda, Dr. Gerhold Strack

Nadja Bohmann, Manuela Blank, Mandy Giermann, Florian Handke, Angelika Hoes, Fabian Kalow, Hartmut Krause, Maja Pielorz, Janin Schuster, Eva Strack, Hannelore Zedel, Dagmar Zoeller

Reinigungskräfte: Vicky Neße, Margaret Espelkott, Jolanta Kanzy

Magda Göller, Annegret Grotzke, Rüdiger Hinsch, Felicitas Jacobs, Birka Klemer, Ute Klock-Meewes, Martina Knebel, Katrin Kühler, Wenke Meisch, Irene Pack, Antje Rabe, Michaela Reitzer, Florian Schuhwerk, Britta Sutorius, Katharina Weber und etwa 160 nebenamtliche Dozenten und Dozentinnen

Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel

Brückenstraße 6 a
10179 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 01 - 10
Fax: 030 / 49 30 01 - 12
E-Mail: ausnahme.regel@stiftung-spi.de

Geschäftsbereichsleitung
Jeanne Grabner

Susanne Dreyer, Helena Fuchs (bis 30.04.2012), Jenny Meissner, Sabina Tannert, Bärbel Wolffram

Aktionsräume^{plus}
Nicola Boelter, Felix Dörstelmann, Diana Föls

Paul-Hertz-Siedlung
Luise Flade, Nicola Boelter

Sozialraumanalyse Forst (Lausitz)
Cordula Groth, Christoph Tober, Martin Weiß

Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik
Karin Bremer, Heidi Müller, Pia Ivonne Schäfer

Programmservicestelle PSS
Brückenstraße 6 a
10179 Berlin

Tel.: 030 / 2 47 81 85 - 0
Fax: 030 / 2 47 81 85 - 12
E-Mail: info@pss-berlin.eu
Internet: www.pss-berlin.eu

Projektleitung
Ingrid Sander

Jürgen Berger, Sieglinde Bienge, Samuel Bischofberger, Monika Gruner, Sabine Hoppe, Eva Link, Brigitte Müller, Jakub Nowak, Katja Olias, Jana Prager, Carl Reusch, Senem Belgin Sahin, Juliane Seeber, Ulrike Seubert, Jenny Tomzyk, Iris Vitz

ARGE-Partner gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH

Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte

Geschäftsbereichsleitung/Verwaltung
Belforter Str. 20
10405 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 - 20
Fax: 030 / 55 68 04 - 26
E-Mail: soziale.raeume@stiftung-spi.de

Geschäftsbereichsleitung
Gabriele von Ginsheim, Peter Hanebuth-Treder, Bernd Schaletzke-Montebaur, Karl-Friedrich Schnur (Geschäftsbereichsleiter)

Verwaltung
Katrin Böske, Renè Bogusch, Martina von Essen, Bärbel Seifert, Peter Hanebuth-Treder, Marlies Neuner, Kathrin Sponholz

Kernbereich Gesundheit

Drogenhilfe Nord

Drogenberatung Nord
Alt-Reinickendorf 23-24
13407 Berlin

Tel.: 030 / 4 93 80 88
Fax: 030 / 4 93 80 10
E-Mail: drogenhilfe-nord@stiftung-spi.de

Bettina Barthel, Karolina Bauer, Katrin Baumann, Carmen Beisel, Ute Bellinger, Sabine Caesperlein, Uwe Dillmann, Ayse Eksen, Ingrid Essing, Nadine Frank, Theresia Friedrich, Brigitte Golde, Lisa Grones, Doris Gundeck, Nadine Hartung, Katarina Hatscher, Brunhild Herzberg, Monika Hohagen, Jana Hübner, Dorothee Kempker-Gumbrecht, Birgit Köstler, Silvana Lenk, Veronika Lockhorn, Georg Lorek Sabine Mordhorst, Annett Neugebauer, Sabine Pohl, Ina Queißner, Birgit Radmann, Kerstin Ratermann, Bernd Schaletzke-Montebaur, Veronika Schöler, Verena Schröder, Stefanie Stern, Christine Touré, Elisabeth Weßling, Patrick Wietzke

Suchthilfe Pankow

STAB - Suchtberatungsstelle Pankow
Mühlenstr. 33/34
13187 Berlin

Tel.: 030 / 47 59 82 - 0
Fax: 030 / 47 59 82 - 15
E-Mail: suchthilfe-pankow@stiftung-spi.de

Anja Albrecht, Detlef Barth, Anja Böhme, Mechthild Donath, Dr. Ute Golombek, Sabine Kitzmann, Dr. Dieter Klich, Thomas Knuf, Dieter Matthée, Hanna Pfeifer, Petra Winkler

BETA Pankow - **BE**W
Mühlenstr. 33/34
13187 Berlin

Tel.: 030 / 47 59 82 - 20
Fax: 030 / 47 59 82 - 15
E-Mail: suchthilfe-pankow@stiftung-spi.de

Gabriele Dienst, Thomas Knuf, Dirk Schöbe, Martin Sperber, Lutz Weber, Petra Winkler

BETA Pankow - **TA**gesstätte
Mühlenstr. 33/34
13187 Berlin

Tel.: 030 / 47 59 82 - 22
Fax: 030 / 47 59 82 - 15
E-Mail: suchthilfe-pankow@stiftung-spi.de

Anja Albrecht, Jan Buntebart, Wojciech Glogiewicz, Hubertus Hendrischke, Thomas Knuf, Katrin Nolte, Petra Winkler

Kontakt- und Begegnungsstätte „Café 157“
John-Schehr-Str. 24
10407 Berlin

Tel.: 030 / 4 25 01 24
Fax: 030 / 42 02 13 33
E-Mail: cafe157@stiftung-spi.de

Olaf Bohrisch, Sabine Descher, Michael Niejahr, Thomas Tröger

Suchthilfe Lichtenberg

Integrierte Suchtberatung Lichtenberg
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 - 0
Fax: 030 / 55 68 04 - 18
E-Mail: suchtberatung-lichtenberg@stiftung-spi.de

Kathrin Busch, Konstantin Fritsch, Friederike Link, Christian Lücking, Carmen Müller, Susanne Möhring, Nicolaus Rook, Jana Schröter, Anja Wenzel, Philipp Zissis

Suchtberatung Hohenschönhausen (Gemeinschaftsprojekt SPI/BA Lichtenberg)
Oberseestr. 98
13053 Berlin

Tel.: 030 / 9 02 96 49 11
Fax: 030 / 9 02 96 49 19
E-Mail: suchtberatung-hsh@stiftung-spi.de

Ronald Bünte, Peter Graul, Thomas Sioda, Peter Töpfer
BA Lichtenberg: Angelika Hausstein, Carmen Napierski, Michaela Schuhmacher

HaLT
Große Hamburger Str. 18
2. Hinterhof, 2. Etage
10115 Berlin

Tel.: 030 / 66 63 34 34
Mobil: 0170 / 9 60 63 13 Scheuberth
Mobil: 0171 / 7 72 48 40 Kreutziger
Fax: 030 / 66 63 34 09
E-Mail: halt@stiftung-spi.de

Jörg Kreutziger, Iris Scheuberth

Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 52 27 93 - 81
Fax: 030 / 52 27 93 - 80
E-Mail: bew-lbg@stiftung-spi.de

Katrin Behrend, Ilona Bronisch, Rolf Glemser, Hubertus Hendrischke, Kerstin Krischak, Konstanze Wawra

Kontaktladen „enterprise“
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 52 27 93 - 90 / 91
Fax: 030 / 52 27 93 - 92
E-Mail: enterprise@stiftung-spi.de

Katrin Behrend, Axel Hentschel

Tagesstätte Lichtenberg
Herzbergstr. 82
10365 Berlin

Tel.: 030 / 5 54 02 09
Fax: 030 / 55 49 48 03
E-Mail: ts-li@stiftung-spi.de

Anne Bosch, Nadine Kreft, Gabriele Kulesch, Wolfgang Kuleßa, Sebastian Mrugowski, Sylvia Schroeder, Thomas Siemer

Tagesstätte Hohenschönhausen
Oberseestr. 98
13053 Berlin

Tel.: 030 / 98 63 87 97
Fax: 030 / 98 63 87 95
E-Mail: ts-hsh@stiftung-spi.de

Reto Gantenbein, Gerald Glöckner, Jens Kelling, Karla von Kiedrowski, Sylvia Schroeder, Jörg-Dieter Sperling, Maja Stamm, Jana Uhlig

Therapeutische Wohngemeinschaft (TWG) „Arche“
Archenholdstr. 24
10315 Berlin

Tel.: 030 / 51 65 80 - 07 / 08
Fax: 030 / 51 65 80 09
E-Mail: arche@stiftung-spi.de

Ilona Bronisch, Annerose Burgthaler, Jörg Hemmen, Katrin Giese, Michael Glöckner, Heinke Gürtler, Neck Morris

Suchthilfeverbund Friedrichshain

Suchtberatung Friedrichshain
Finowstr. 39
10247 Berlin

Tel.: 030 / 2 91 16 92
Fax: 030 / 29 66 01 23
E-Mail: suchtberatung-frdh@stiftung-spi.de

Susann Bartel, Ariane Dubielzig, Hans-Joachim Kielhorn, Elke Lehnst, Sandra Lucchetti, Doris Nithammer, Kerstin Wittwer

Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 37
10249 Berlin

Tel.: 030 / 29 66 95 - 21 / 22
Fax: 030 / 29 66 95 - 20
E-Mail: bew-fk@stiftung-spi.de

Annette Börner, André Janetzky, Gerrit di Sopra, Juliane Kerzmann, Wolfgang Krause, Bodo Matthes, Jörg Meese, Martin Schneider

Tagesstätte Friedrichshain
Finowstr. 38
10247 Berlin

Tel.: 030 / 29 66 56 - 23 / 24
Fax: 030 / 29 66 56 - 25
E-Mail: ts-friedrichshain@stiftung-spi.de

Franka Eckelmann, Erik Kaspar, Sebastian Mrugowski, Brigitte Nimz, Kerstin Wittwer

Wohngemeinschaft „Übernberg“
Weichselstr. 12
10247 Berlin

Tel.: 030 / 2 94 08 - 48 / 49
Fax: 030 / 2 94 08 - 48
E-Mail: uebernberg@stiftung-spi.de

Ilona Bronisch, Ute Braun, Thomas Lemke, Roman Maruniak

Region Treptow-Köpenick

Haus Strohhalm
Wilhelminenhofstr. 68
12459 Berlin

Tel./Fax: 030 / 5 35 00 35
E-Mail: haus-strohhalm@stiftung-spi.de

Dieter Haschenz, Jacqueline Ranik, Ansgar Schmitjans, Martina Schorlemmer, Gabriele Winkler

Treffpunkt Strohhalm
Wilhelminenhofstr. 68
12459 Berlin

Tel.: 030 / 53 01 43 87
Fax: 030 / 53 01 43 92
E-Mail: treff-strohhalm@stiftung-spi.de

Stefanie Auerbach, Brian Busse, Jens Deetz, Silke Deparade, Marianne Krüger, Helmut Nicol, Roland Püschel, Gabriele Winkler

Kernbereich Lebenslagen

Clearingstelle - Netzwerke für Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz
Samariterstr. 19/20
10247 Berlin

Tel.: 030 / 4 49 01 54
Fax: 030 / 4 49 01 67
E-Mail: clearingstelle@stiftung-spi.de

Konstanze Fritsch, Annika von Walter, Katharina Wengenroth, Kerstin Wilhelm

Programmagentur Rechtskundepaket
Samariterstr. 19/20
10247 Berlin

Tel.: 030 / 40 50 03 73
Fax: 030 / 4 49 01 67
E-Mail: rechtskunde@stiftung-spi.de

Friederike Link, Kerstin Piniek, Jürgen Schendel, Franziska Seyboth-Tessmer

Flucht nach vorn
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin

Tel.: 030 / 6 18 80 81
Tel.: 030 / 6 11 70 89
Fax: 030 / 61 62 48 42
E-Mail: fnv@stiftung-spi.de

Gabriele von Ginsheim, Dr. Dorit Meyer, Anna Rossetti

Kick it – Mädchen erobern den Fußball
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin

Tel.: 030 / 69 56 79 74
E-Mail: kickit@stiftung-spi.de

Roswitha Ehrke, Martina von Essen

MÄDEA
Badstr. 10
13357 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 89 66
Fax: 030 / 49 30 89 65
E-Mail: maedea@stiftung-spi.de

Ursula Bachor, Eylem Bozkaya, Eva Palej

Fallschirm
Buttmannstr. 9
13357 Berlin

Tel.: 030 / 46 60 24 25 / 26
Fax: 030 / 46 60 24 27
E-Mail: fallschirm@stiftung-spi.de

Dana Drozdzynski, Sabine Hübner, Susanne Luh, Julia Singer

Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
Samariterstr. 19/20
10247 Berlin

Tel.: 030 / 44 00 92 76 / 73
Fax: 030 / 4 49 01 67
E-Mail: diversion@stiftung-spi.de

Petra Bäker, Marion Brunner, Juliane Günther, Tina Meißner, Matthias Niestroj, Doris Nithammer, Bernhard Nowak, Kerstin Piniek, Katarina Pohl, Kerstin Weber, Mehmet Zengin, Brigitte Zipperlen

HundeDoc (über Verwaltung)

Mobil: 0174 / 5 93 77 58
E-Mail: jklemmt@versanet.de

Jeanette Klemmt, Jürgen Schendel

Ostkreuz
Voltairestraße 3
10179 Berlin

Tel.: 030 / 41 72 56 28
Fax: 030 / 41 72 56 30
E-Mail: ostkreuz@stiftung-spi.de

Michael Bergert, Katrin Böske, Carl Chung, Amir Alexander Fahim, Ibrahim Gülnar, Aylin Karadeniz, Bärbel Seifert, Rufus Vincent Sona, Ann-Sofie Susen, Sandra Wille

Polis*
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin

Tel.: 030 / 99 27 50 96
Fax: 030 / 99 27 50 97
E-Mail: polis@stiftung-spi.de

Dr. Thomas Bryant

Veranstaltungshaus „Werk 9“
Markgrafenstr. 26
10117 Berlin

Tel.: 030 / 20 16 58 23
Fax: 030 / 20 16 58 24
E-Mail: info@werk9.de

BA Mitte: Norbert West, Ines Zepp

Haus der Jugend
Reinickendorfer Straße 55
13347 Berlin

Tel.: 030 / 43 72 28 -66, -92
Fax: 030 / 43 72 29 34
E-Mail: hausderjugend@stiftung-spi.de

Matthias Döll, Bodo Krzyminski, Heike Richter, Bernd Wieneke

BA Mitte: Ilhami Bingöl, Martina Giesecke-Findeisen

Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“
Rosenthaler Str. 59
10119 Berlin

Tel.: 030 / 28 38 78 37
Fax: 030 / 24 63 23 84
E-Mail: asp@stiftung-spi.de

Uwe Hennig, Brando Klick, Rike Plößl, Katharina Quittmann

new way
Gartenstr. 16/17
10115 Berlin

Tel.: 030 / 2 81 60 74
E-Mail: newway@stiftung-spi.de

Niko Baden, Caspar Bauermann, Wenke Hippauf, Janina Skuballa, Janina Teichert

Schulprojekte an der Hemingway-Schule
Gartenstr. 16/17
10115 Berlin

Tel.: 030 / 27 59 69 11
E-Mail: schulprojekte-hemingway@stiftung-spi.de

Wenke Hippauf, Kerstin Richter

VBO - Vertiefte Berufsorientierung in Berlin-Mitte
Koordinierungsstelle
Jacobystr. 4
10179 Berlin

Tel.: 030 / 40 00 79 - 27, -28
Fax: 030 / 40 00 79 - 29
E-Mail: vbo-mitte@stiftung-spi.de

Jana Ratzow

Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration

Geschäftsbereichsleitung
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 60 / 70
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: soziale.integration@stiftung-spi.de

Leitung
Hartmut Brocke (bis 18.06.2012)
Christoph Schwamborn

Rolf-Joachim Heger (Qualitätsbeauftragter bis 31.12.2011)
Christoph Lauterbach (Qualitätsbeauftragter)
Christian Sand (Wirtschafter)
Ramona Ruden (Verwaltung)

ESF-Regiestelle des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend
c/o Stiftung SPI
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 60/70
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: info@esf-regiestelle.eu
Internet: www.esf-regiestelle.eu

Hartmut Brocke (Leitung), Christoph Schwamborn (Programmkoordination)
Christian Sand (Wirtschafter), Angelika Blank, Elke Feldmann, Ramona Ruden (Verwaltung)

Finanztechnisches Fördermanagement

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Servicestelle Jugendsozialarbeit)

gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH

Servicestelle STÄRKEN vor Ort
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 60
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: staerken-vor-ort@esf-regiestelle.eu

Christoph Schwamborn, Bastian Schneider (Programmkoordination)
Daniela Braune, Susanne Wagner, Alev Deniz, Esther Suter (Programmmanagerinnen)

Servicestelle Jugendsozialarbeit – Programm Schulverweigerung – Die 2. Chance und Programm Kompetenzagenturen
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 70
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: jugend-staerken@stiftung-spi.de

Christoph Schwamborn, Ottmar Oestreich (Programmkoordination)
mpuls WASKO und WASKA: Dr. Jan Gregersen
Julia Hartwig, Banu Sisman, Josefine Jyß, Alev Deniz (Programmmagerinnen)

Servicestelle JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 70
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: modellprogramm-jugend-staerken@esf-regiestelle.eu

Christoph Schwamborn, Jörg Jäger (Programmkoordination)
mpuls WASKU/mpuls Air: Dr. Jan Gregersen

Servicestelle MEHR Männer in Kitas
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 60
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: mehr-maenner-in-kitas@esf-regiestelle.eu

Christoph Schwamborn, Mariele Trautvetter, Ulrike Amann (Programmkoordination)

Servicestelle Aktionsprogramm Kindertagespflege
Tempelhofer Ufer 12 (Postanschrift)
Großbeerenstraße 85 (Eingang)
10963 Berlin

Tel.: 030 / 2 59 23 76 - 10
Fax: 030 / 2 59 23 76 - 24
E-Mail: kindertagespflege@esf-regiestelle.eu

Christoph Schwamborn (Programmkoordination), Antje Klemm (Projektkoordinatorin)
Ulrike Schasse, Annemarie Schumacher (Programmmanagerinnen)
Rebecca Steffen (Verwaltung)

Tel.: 0800 5892633 Service-Hotline
E-Mail: service-kindertagespflege@esf-regiestelle.eu

Sigrid Bartholomé

Servicestelle Perspektive Wiedereinstieg
Tempelhofer Ufer 12 (Postanschrift)
Großbeerenstraße 85 (Eingang)
10963 Berlin

Tel.: 030 / 2 59 23 76 - 20
Fax: 030 / 2 59 23 76 - 24
E-Mail: wiedereinstieg@esf-regiestelle.eu

Christoph Schwamborn (Programmkoordination), Antje Klemm (Projektkoordinatorin)
Ulrike Schasse (Programmmanagerin)
Rebecca Steffen (Verwaltung)

Regiestelle Schwerpunkt-Kitas des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
c/o Stiftung SPI
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 60
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: kontakt@schwerpunkt-kitas.de
Internet: www.fruehe-chancen.de

Service-Hotline Schwerpunkt-Kitas
Tel.: 030 / 44 31 78 50

Hartmut Brocke (Leitung), Christoph Schwamborn (Programmkoordination),
Irina Klave (Projektkoordinatorin)
Kathleen Trültzsch, Dr. Ben Kühle (Programmmanager/-in)
Daniel Aethner, Sylvia Beggerow, Jana Gruhn, Maike Heussler (Programmberater/-innen)

Servicestelle Elternchance ist Kinderchance
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 60
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
E-Mail: kontakt@servicestelle-elternchance.de

Christoph Schwamborn, Ulrike Amann (Programmkoordination)

Finanztechnisches Fördermanagement

gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH

Programmagentur „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“
Schicklerstr. 5-7
10179 Berlin

Tel.: 030 / 2 88 84 96 - 0
Fax: 030 / 2 88 84 96 - 20
E-Mail: programmagentur@stiftung-spi.de
Internet: www.spi-programmagentur.de

Hartmut Brocke (Leitung), Wiebke Them (Projektkoordinatorin)
Christian Sand (Wirtschafter), Sarah Morf (Programmmanagerin)
Ronny Neuber (Programmmanager)
Barbara Grohmann, Arite Lehmann, Marco Oehme, Ramona Ruden, Susanne Witte (Verwaltung)

Bezirkliche Koordinatorinnen und Koordinatoren

Heike Bolt, Tanja Boettcher, Maja Galicki, Yvonne Kessel, Anja Müller, Ijeoma Ollawa, Petra Rissmann, Andre Sygo, Jana Thun, Katharina Vetter, Katja Worch

Geschäftsbereichsleitung Niederlassung Brandenburg

Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 38 72 78 - 0
Fax: 0335 / 38 72 78 - 15
E-Mail: brandenburg@stiftung-spi.de

Stefan Zaborowski (Geschäftsbereichsleiter), Manuela Pirke

Finanz- und Personalabteilung
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 38 72 78 - 12
Fax: 0335 / 38 72 78 - 15

Frank Meyer (Verwaltungsleiter), Brigitte Grieger, Katrin Pfeuffer, Jana Reiprich, Carola Kiencke

Landesweite Projekte

Beratung Jugend – und Jugendsozialarbeit
Stahnsdorfer Straße 76-78
14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 29 09 273
Fax: 0331 / 24 36 54 66
E-Mail: beratung-brandenburg@stiftung-spi.de

Sascha Quäck, Stefan Zaborowski

Brandenburger Jugendkulturtage
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 38 72 78-0
Fax: 0335 / 38 72 78-15
E-Mail: brandenburg@stiftung-spi.de

Bastian Bielig, Carsten F. Hiller, Manuela Pirke

Initiative Oberschule - Regionalpartner Süd
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 35 54 987
Fax: 0355 / 28 86 38 76
E-Mail: ios@stiftung-spi.de

Jenny Behnke, Petra Kunert, Regine Lobedan

Regionalzentrum Nord-Ost

1. Standort Barnim

Mobile Jugendsozialarbeit
Schorfheide Straße 13
16227 Eberswalde

Tel.: 03334 / 28 75 48
Fax: 03334 / 28 75 48
E-Mail: eberswalde@stiftung-spi.de

Frank Bestritzki, Susann Grasses, Kathleen Rossow

2. Standort Märkisch Oderland

Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum
„OFFI“ Bad Freienwalde & JIM
Berliner Str.75
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 41 96 15
Fax: 03344 / 41 96 39
E-Mail: offi@stiftung-spi.de

Frank Fiedler, Mario Leipelt, Maren Köpke, Sven Gräßer, Jeanette Meier, Devid Freund, Ronald Vince, Marcus Braun

Sozialarbeit Bad Freienwalde
Königstraße 29
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 1 50 19 41
Fax: 03344 / 1 50 19 42
E-Mail: f.fiedler@stiftung-spi.de

Frank Fiedler

Schulprojekt Bad Freienwalde - „Lernwerkstatt OFFI“
Berliner Str. 75
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 41 96 34
Fax: 03344 / 41 96 39
E-Mail: lernwerkstatt.offi@stiftung-spi.de

Matthias Buch

E-Learning
Berliner Str. 75
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 41 96 20
Fax: 03344 / 41 96 39
E-Mail: e-learning@stiftung-spi.de

Maike Miekley-Roggow, Dr. Uwe Albrecht

Berufsfachliche Qualifizierung
Berliner Str. 75
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 41 96 14
Fax: 03344 / 41 96 39
E-Mail: bfq-badfreienwalde@stiftung-spi.de

Antje Knössl

„Weitblick“
Qualifizierung zur Erzieherin
Berliner Str. 75
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 41 96 40
Fax: 03344 / 41 96 39
E-Mail: ausbildungsbegleitung@stiftung-spi.de

Malte Patriok

Ambulante Erziehungshilfen
Berliner Str. 75
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 41 96 40
Fax: 03344 / 41 96 39
E-Mail: stein@stiftung-spi.de

Frank Stein

Kompetenzagentur MOL/Nord
Königstraße 29
16259 Bad Freienwalde

Tel.: 03344 / 1 50 19 40
Fax: 03344 / 1 50 19 42
E-Mail: koag-mol.badfreienwalde@stiftung-spi.de

Ulf Hoffmann, Carmen Peisker

Kompetenzagentur MOL/Ost
Ernst-Thälmann-Straße 6 - 9
15306 Seelow

Tel.: 03346 / 20 15 840
Fax: 03346 / 20 15 840
E-Mail: koag-mol.seelow@stiftung-spi.de

Jana Steiger, Devid Freund

Regionalzentrum Ost

Regionalleitung: Uta Hartz

Mehrgenerationenhaus MIKADO
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 38 71 890
Fax: 0335 / 38 71 895
E-Mail: mikado@stiftung-spi.de

Uta Hartz, Christine Berger, Bastian Bielig, Heike Karg, Daniel Kowalzik, Stefan Schoerner, Birgit Szameitat

Hort Nordlicht
Bergstr. 122/123
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 6 80 29 78
Fax: 0335 / 2 83 99 01
E-Mail: hort-nordlicht@stiftung-spi.de

Kai Barownick, Magrit Gronau, Silke Jedinger, Sigrid Jungk, Heike Jur, Petra Liesenfeld, Dagmar Matzdorf, Ute Pohl, Bärbel Riske, Angelika Schmidt, Martin Silber, Gilda Taissakowski,

Integrationshort an der Lennéschule
Richtstraße 13
15234 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 68 01 623
InternetFax: 032 121 033 549
E-Mail: integrationshort@stiftung-spi.de

Heidrun Arndt, Bärbel Billerbeck, Nicole Ewert, Roland Fraschke, Ilona Friede, Sylvia Grzesik, Petra Höhne, Beate Humbsch, Michael Jury, Cornelia Kleemann, Frank Kowalski, Anja Meier, Florian Moritz, Martina Nowack, Cornelia Raschke, Bärbel Ruth, Brigitte Schmidt, Janine Schwartz, Adriane Solga, Christine Sottmeier, Dirk Steinicke, Birgit Thomas, Susann Ullrich, Andreas Wegener, Irmgard Wendl

Schulprojekt Frankfurt (Oder) „Mikado-Crew“
Beeskower Str. 4
15232 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 40 08 993
Fax: 0335 / 40 11 285
E-Mail: lernwerkstatt-mikado@stiftung-spi.de

Claudia Tröger

Quartiersmanagement Frankfurt(Oder)
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335 / 38 71 894
Fax: + 49 3 21 21 10 50 92
E-Mail: quartiersmanagement-ffo@stiftung-spi.de

Milena Manns

Regionalzentrum Süd

Regionalleitung: Birgit Kamenz

Regionalbüro –Süd der Geschäftsbereichsleitung Niederlassung Brandenburg
Louis-Braille-Str. 9
03044 Cottbus

Tel.: 0355 / 49 93 884
Fax: 0355 / 58 50 830
E-Mail: brandenburg@stiftung-spi.de

Stefan Zaborowski

1. Standort Dahme-Spreewald

Schulsozialarbeit in Lübben
Schule am Neuhaus
Schule mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“
Cottbuser Str.27
15907 Lübben

Tel.: 03546 / 18 64 88
Fax: 03546 / 18 64 88
E-Mail: sas-luebben@stiftung-spi.de

Martin Reißmann

KomPakt
Rosa-Luxemburg-Straße 20
15711 Königs Wusterhausen

Tel.: 03375 / 5 66 03 39
E-Mail: kompakt@stiftung-spi.de

2. Standort Spree-Neiße

Freizeitzentrum Bergschlösschen &
JIM & „Bergbauerlebniswelt Felixsee“
Bergstr. 11
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 23 95
Fax: 03563 / 60 28 44
E-Mail: spremberg@stiftung-spi.de

Birgit Kamenz, Benny Blatz, Sabine Klauke, Enrico Ballaschk, Michaela Stegemann, Ronny Lehmann

„Bergbau-Erlebniswelt-Felixsee“
Tel.: 035698 / 450

Birgit Kamenz

Jugendinformations- uns Medienzentrum (JIM) Spremberg
Bergstr. 11
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 23 95
Fax: 03563 / 60 28 44
E-Mail: jim-spremberg@stiftung-spi.de

Sabine Klauke

Schulprojekt Spremberg – „Lernwerkstatt Sprungbrett“
Muskauer Str. 96 f
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 34 80 61
Fax: 03563 / 34 80 62
E-Mail: lw.sprungbrett@stiftung-spi.de

Marion Pohl, Birgit Dworak

Schulsozialarbeit an der Heidegrundschule
Feldstraße 4
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 59 49 124
E-Mail: sas-spremberg@stiftung-spi.de

Mandy Troebes, Enrico Ballaschk

Jugendsozialarbeit im Ortsteil Haidemühl
Dorfgemeinschaftshaus
Haidemühler Straße 35
03130 Spremberg/OT Haidemühl

Tel.: 03563 / 9 89 40 49
Fax: 03563 / 55 47
E-Mail: sas-spremberg@stiftung-spi.de

Mandy Troebes, Enrico Ballaschk

Theater der S-Berge
Bergstraße 11
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 23 95
Fax: 03563 / 60 28 44
E-Mail: s-berge-spremberg@stiftung-spi.de

Karin Kasprzyk, Heiko Döring

3. Standort Cottbus

Jugendberatungs- und Lernzentrum „jule“
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 49 44 100
Fax: 0355 / 28 86 38 78
E-Mail: jule@stiftung-spi.de

Jenny Behnke

Schulprojekt „Leonardos Meisterbude“
Markgrafenmühle 2a
03050 Cottbus

Tel.: 0355 / 52 96 12 61
Fax: 0355 / 52 96 12 62
E-Mail: leonardos-meisterbude@stiftung-spi.de

Sandra Angermann

Jugendinformations- und Medienzentrum „JIM“
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 4 94 41 00
Fax: 0355 / 28 86 38 76
E-Mail: jim-cottbus@stiftung-spi.de

Zusätzliche Schulsozialarbeit
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 3 55 49 99
Fax: 0355 / 28 86 38 78
E-Mail: sas-cottbus@stiftung-spi.de

Benjamin Schorg, Anja Kreisel

Think Big - Cottbus
Berliner Straße 45
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 3 55 49 99
Fax: 0355 / 28 86 38 78
E-Mail: schorg@stiftung-spi.de

Benjamin Schorg

Jugend für Sandow - BIWAQ Cottbus
An der Pastoa 13
03042 Cottbus

Tel.: 0355 / 35 56 89 36
Fax: 0355 / 35 56 89 69
E-Mail: biwaq-cottbus@stiftung-spi.de

Jenny Behnke, Christine Rebiger, Ronald Pusch

„Wegweiser“
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

Tel: 0355 / 48 69 82 77
Fax: 0355 / 48 69 82 78
E-Mail: wegweiser@stiftung-spi.de

Anett Zumpe, Angela Köhler, Annett Laschke, Ronald Pusch

Hilfen zur Erziehung Cottbus
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 4 86 69 11
Fax: 0355 / 4 86 69 13
E-Mail: hze-cottbus@stiftung-spi.de

Angela Köhler

4. Standort Oberspreewald-Lausitz

Kultur- und Freizeitzentrum „Pegasus“
Rudolf-Breitscheid-Straße 17
01968 Senftenberg

Tel.: 03573 / 24 72
Fax: 03573 / 79 00 47
E-Mail: pegasus@stiftung-spi.de

Hendrikje Eger, Maik Conrad, Lew Noack, Jessica Gloger

Netzwerkstelle „Demokratische Kultur“
Rudolf-Breitscheid-Straße 17
01968 Senftenberg

Tel.: 03573 / 36 76 530
Fax: 03573 / 79 00 47
E-Mail: netzwerkstelle-osl@stiftung-spi.de

Anne Heuberger, Sylvia Leisner

SAS in Senftenberg „Sozialarbeit an Schulen“

Dr.-Otto-Rindt Oberschule
Calauer Str. 26
01968 Senftenberg

Tel.: 03573 / 36 67 595
E-Mail: sas-senftenberg@stiftung-spi.de

Caroline Klein

Schule mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt „Lernen“
„Marianne Seidel“ "
Joachim-Gottschalk-Str. 17
01968 Senftenberg

Tel.: 03573 / 79 46 44
E-Mail: sas-senftenberg@stiftung-spi.de

Mandy Smoller

Friedrich-Engels-Gymnasium
Fischreiherstraße 14
01968 Senftenberg

Tel.: 03573 / 658 91 67
E-Mail: sas-senftenberg@stiftung-spi.de

Sylvia Leisner

Theater der S-Berge
Rudolf-Breitscheid-Str. 17
01968 Senftenberg

Tel: 03573 / 24 72
Fax: 03573 / 79 00 47
E-Mail: s-berge-senftenberg@stiftung-spi.de

Jana Burkert (Künstlerische Leitung), Claudia Kontschak (pädagogische Leitung), Anne Heuberger (Streetworkerin)

„Die ART-Kids“
Rudolf-Breitscheid-Str. 17
01968 Senftenberg

Tel.: 03573 / 24 72
Fax: 03573 / 79 00 47
E-Mail: flexibles-angebot.senftenberg@stiftung-spi.de

Regionalzentrum Mitte

Regionalleitung: Andreas von Essen

1. Standort Potsdam

Jugendkultur- und Familienzentrum „Lindenpark“
Stahnsdorfer Str. 76-78
14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 74 797 - 0
Fax: 0331 / 74 797 - 44
E-Mail: lindenpark@stiftung-spi.de

Andreas von Essen, Kathrin Finke-Jetschmanegg, Pierre Gartenschläger, Christian Lauzert, Sebastian Michalske, Juliane Riedel, Sven Schultz-Gollnow, Jan Wischer

“Mach Musik, Think Big, Camps”
Stahnsdorfer Str. 76-78
14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 7 47 97 15
Fax: 0331 / 7 47 97 44
E-Mail: jugend.lindenpark@stiftung-spi.de

Thomas Wischer

Bildung und Teilhabe
Stahnsdorfer Str. 76-78
14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 74 79 70
Fax: 0331 / 7 47 97 44
E-Mail: bildung.lindenpark@stiftung-spi.de

Melanie Jurthe, Kathrin Finke-Jetschmanegg

Offenes Kinder und Jugendhaus j. w. d.
Stahnsdorfer Str. 76-78
14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 74 797 - 16
Fax: 0331 / 74 797 - 44
E-Mail: jugend.lindenpark@stiftung-spi.de

Tinko Jäckel, Kathrin Finke-Jetschmanegg, Thomas Wischer

Jugendclub „clubmitte“
Friedrich- Engels- Straße 22
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 23 16 90 62
Fax: 0331 / 74 797-44
E-Mail: lindenpark@stiftung-spi.de

Cornelia Lunk, Anja Oesterreich

Hort Buntstifte
Steinstraße 102 – 104
14480 Potsdam

Tel.: 0331 / 61 11 19
Fax: 0331 / 88 74 47 65
E-Mail: hort.buntstifte@stiftung-spi.de

Uwe Steinkritzer-Leu, Steve Griegard, Anne Müller

2. Standort Potsdam-Mittelmark

Jugendfreizeiteinrichtung „POGO“
Berliner Straße 4
14806 Bad Belzig

Tel.: 033841 / 30 10 7
Fax: 033841 / 38 43 6
E-Mail: pogo-belzig@stiftung-spi.de

Peter Lehmann, Thomas Klebsch, Patrick Hertel, Maik Wieland

LAP - Koordinierungsstelle
Berliner Straße 4
14806 Bad Belzig

Tel.: 033841 / 30 10 7
Fax: 033841 / 38 43 6
E-Mail: pogo-belzig@stiftung-spi.de

Regionalzentrum Nord-West

1. Standort Havelland

Lernwerkstatt Perspektiven
Goethestraße 24
14712 Rathenow

Tel.: 03385 / 49 65 71
Fax: 03385 / 49 65 72
E-Mail: lw.perspektiven@stiftung-spi.de

Mathias Knispel, Jeanette Wagner

2. Standort Oberhavel

Jugendklub „Oase“ und aufsuchende Jugendarbeit
Breite Straße 53a
16727 Velten

Tel.: 03304 / 2532 32
Fax: 03304 / 20 36 79
E-mail: oase.velten@stiftung-spi.de

Uwe Drischmann, Martin Bellack, Jana Kahrau, Yvonne Wilde

Jugendklub „T-Point“
Dorfstraße 2
16767 Leegebruch

Tel.: 03304 / 25 04 17
Fax: 03304 / 20 21 07
E-Mail: t-point.leegebruch@stiftung-spi.de

Steffi Augstein-Schwan, Marcel Löwner, Kevin Woelk

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH
Treuhänder Berlins

Prinzenallee 74
13357 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 63 - 0
Fax: 030 / 49 30 63 - 33
E-Mail: info@gseggmbh.com
Internet: www.gseggmbh.de

Dieter Ruhnke (Geschäftsführer), Roman Dutschak (Prokurist)

Freizeitforum Marzahn
Marzahner Promenade 55
12679 Berlin

Tel.: 030 / 54 70 41 – 70
Fax: 030 / 5 42 93 31
E-Mail: info@freizeitforum-marzahn.de
Internet: www.freizeitforum-marzahn.de

Dieter Ruhnke (Geschäftsführer)

SPI Forschung gGmbH

Kottbusser Str. 9
10999 Berlin

Tel.: 030 / 2 52 12 10
Tel.: 030 / 2 52 16 19
Fax: 030 / 2 51 60 94
E-Mail: spi@spi-research.de
Internet: www.spi-research.de
Internet: www.bordernet.eu

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann (Geschäftsführer), Elfriede Steffan (Prokura)

MISTEL (An-Institut der SPI Forschung gGmbH und der Hochschule Magdeburg/Stendal)
Olvenstedter Str. 25 A
39108 Magdeburg

Tel.: 0391 / 8 86 43 10
Fax: 0391 / 8 86 42 93
E-Mail: mistel@sgw.hs-magdeburg.de

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann (Geschäftsführer)

Sprachintensivzentrum Stendal (DaF)
SPI Forschung gGmbH/MISTEL
Lucas-Cranach-Str. 20
39576 Stendal

Tel.: 03931 / 41 86 53
Fax: 03931 / 41 86 58
E-Mail: daf.intensiv@stendal.hs-magdeburg.de
Internet: www.german-language-center-stendal.de
Internet: www.daf-stendal.de

Elfriede Steffan (Geschäftsführung), Sabina Welter (pädagogische Leitung)

Centre Français de Berlin gGmbH
deutsch-französisches Kulturzentrum

Müllerstr. 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 45 97 93 - 53
Fax: 030 / 45 97 93 - 55
E-Mail: info@centre-francais.de
Internet: www.cenre-francais.de

Hartmut Brocke, Guillaume Dufresne (Geschäftsführer bis 19.03.2012)
Florian Fangmann (Geschäftsführer)

ISKA gGmbH

Gostenhofer Hauptstr. 61
90443 Nürnberg

Tel.: 0911 / 27 29 98 - 0
Fax: 0911 / 9 29 66 90
E-Mail: post@iska-nuernberg.de
Internet: www.iska-nuernberg.de

Günter Krauß, Prof. Dr. Roland Proksch (Geschäftsführer)

SPI Beteiligungsgesellschaft mbH

Müllerstraße 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 45 97 93 - 0
Fax: 030 / 45 97 93 - 66
E-Mail: info@stiftung-spi.de

Hartmut Brocke (Geschäftsführer)

SPI Ausbildung & Qualifizierung Berlin-Brandenburg gGmbH

Louis-Braille-Str. 9
03044 Cottbus

Tel.: 0355 / 4 99 38 84
Fax: 0355 / 5 85 08 30
E-Mail: brandenburg@spi-aundq.de
Internet : www.spi-aundq.de

Niederlassung Berlin
Müllerstr. 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 40
Fax: 030 / 55 68 04 26
E-Mail: berlin@spi-aundq.de

Karl-Friedrich Schnur, Stefan Zaborowski (Geschäftsführer)

Jahresbericht 2011/2012

Anhang

Satzung Stiftung SPI

S A T Z U N G

der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -
Stand: Genehmigung 27. Februar 2003

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz

Die Stiftung führt den Namen:
„Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -“.
Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in Berlin.

§ 2 Stiftungszweck

(1) Das Sozialpädagogische Institut Berlin - Walter May - verfolgt die Ziele der Arbeiterwohlfahrt und soll mit dazu beitragen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann. Dabei orientiert sich das SPI vornehmlich an den Lebenswelten betroffener Bürger und fördert im Rahmen seiner 0sozialen Arbeit besonders die Hilfe zur Selbsthilfe. Aufgabe des SPI ist im nationalen und internationalen Rahmen die aktive Teilnahme an der Lösung sozialer Probleme, die Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der sozialen Arbeit und die Ausbildung und Fortbildung von Praktikern der Sozialen Arbeit sowie die Förderung der Völkerverständigung.

(2) Zur Erfüllung des Stiftungszweckes ist das Sozialpädagogische Institut Berlin - Walter May - in folgenden Bereichen tätig:

- berufliche Aus- und Weiterbildung;
- Fortbildung sozialpädagogischer Praktiker, ehrenamtlich Tätiger, interessierter Laien;
- Gutachten, Stellungnahmen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit;
- Kontakt- und Anlaufstelle für Initiativen und Selbsthilfegruppen im sozialpädagogischen Feld;
- Förderung neuer sozialpädagogischer Modelle;
- praxisnahe Forschung, Begleitforschung von sozialpädagogischen Modellen.

(3) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO 1977).

§ 3 Vermögen

(1) Das Vermögen der Stiftung beträgt 100.000,-- DM.

(2) Das Stiftungsvermögen ist grundsätzlich in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten.

(3) Mittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(4) Die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. verpflichtet sich, auf der Basis eines im voraus zu erstellenden Finanzierungsplanes die dort als Ausgaben ausgewiesenen Beträge der Stiftung zur Verfügung zu stellen, wenn diese nicht aus dem Ertrag des Stiftungsvermögens oder aus Zuwendungen Dritter gedeckt werden können. Sollten die tatsächlichen Ausgaben nach Feststellung des Jahresabschlusses den Ausgabenansatz des Finanzierungsplanes übersteigen, verpflichtet sich die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., auch diese zusätzlichen Ausgaben unter den Voraussetzungen des Satzes 1 der Stiftung zur Verfügung zu stellen.

§ 4 Organe

Organe der Stiftung sind:

a) der Vorstand,

b) das Kuratorium,

§ 5 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die vom Kuratorium für die Dauer seiner Amtszeit bestellt werden, die in der Regel vier Jahre beträgt. Eine Wiederbestellung oder vorzeitige Abberufung aus wichtigem Grund ist, unbeschadet des Anspruchs auf vertragsmäßige Vergütung möglich. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern des Vorstandes sind die Ersatzmitglieder nur für die restliche Amtszeit zu bestellen. Die Mitglieder des Vorstandes führen die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger weiter.

§ 6 Vorsitz, Beschlußfassung

(1) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und bis zu zwei stellvertretende Vorsitzende.

(2) Der Vorstand faßt seine Beschlüsse in Sitzungen oder im Wege schriftlicher Abstimmung.

(3) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung anwesend sind bzw. sich an der schriftlichen Abstimmung beteiligen.

(4) Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung die des stellvertretenden Vorsitzenden, den Ausschlag.

§ 7 Aufgaben des Vorstandes, Vertretung

(1) Der Vorstand verwaltet die Stiftung nach Maßgabe der Satzung und in eigener Verantwortung.

(2) Die Tätigkeit der Mitglieder des Vorstandes kann angemessen vergütet werden. Daneben haben Vorstandsmitglieder Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen, die sie im Interesse der Stiftung gemacht haben.

(3) Die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung sind aufzuzeichnen und die Belege zu sammeln. Zum Ende eines jeden Geschäftsjahres sind Aufstellungen über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung und ihr Vermögen zu fertigen. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Diese Aufstellung ist dem Kuratorium innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres vorzulegen.

(4) Der Vorsitzende oder sein Vertreter vertritt die Stiftung gerichtlich oder außergerichtlich allein. Bei Streitigkeiten zwischen dem Vorstand und der Stiftung wird die Stiftung von dem Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

(5) Die Tätigkeitsbereiche werden in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt; der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8 Kuratorium

(1) Das Kuratorium besteht aus mindestens sieben Mitgliedern, die vom Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. für die Dauer seiner Amtszeit bestellt werden, die in der Regel vier Jahre beträgt. Die Mitgliedschaft im Kuratorium ist ehrenamtlich. Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Dem Kuratorium gehören an:

- der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. oder ein Vertreter aus dem Bundesvorstand,
- der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.,
- drei weitere Mitglieder des Landesausschusses der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.,
- und Persönlichkeiten aus den Bereichen Gesundheitswesen bzw. Jugendwesen bzw. Sozialwesen bzw. Bildung bzw. Forschung.

(3) Die Mitglieder des Kuratoriums können vom Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. abberufen werden. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern des Kuratoriums sind die Ersatzmitglieder nur für die restliche Amtszeit zu bestellen. Die Mitglieder des Kuratoriums führen ihre Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger weiter.

(4) Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder zur ordnungsgemäß einberufenen Sitzung anwesend ist. Eine schriftliche Abstimmung ist möglich; es müssen sich jedoch alle Mitglieder des Kuratoriums an der Abstimmung beteiligen, damit sie gültig wird.

(5) Die Sitzungen des Kuratoriums werden vom Vorsitzenden, in seiner Vertretung vom stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

§ 9 Aufgaben des Kuratoriums

Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:

- Wahl und Abberufung des Vorstandes;
- Kontrolle und Entlastung des Vorstandes nach Prüfung der Jahresrechnung;
- Entscheidung über den Jahreswirtschaftsplan unter Berücksichtigung des § 3 Abs. 4;
- Benennung des Wirtschaftsprüfers zur Prüfung der Jahreswirtschaftsrechnung;
- Satzungsänderungen sowie Aufhebung der Stiftung oder ihre Zusammenlegung mit anderen Stiftungen;
- Erlass von Richtlinien für die Vergütung der Mitglieder des Vorstandes, soweit sie angestellt sind, über den Ersatz von Aufwendungen oder Auslagen der Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums, die ehrenamtlich tätig sind.
- Über die Einrichtung von Fachbeiräten und deren Zusammensetzung ist das Einvernehmen zwischen Vorstand und Kuratorium herbeizuführen.

§ 10 Aufhebung der Stiftung, Zusammenlegung, Satzungsänderung

(1) Die Stiftung unterliegt der Staatsaufsicht Berlins gemäß den Vorschriften des Berliner Stiftungsgesetzes (StiftG Bln).

(2) Die Aufhebung der Stiftung, die Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung und die Änderung des Stiftungszweckes sind auch ohne wesentliche Veränderungen der Verhältnisse zulässig.

(3) Für Beschlüsse gemäß Abs. 2 ist die Zustimmung des Stifters und die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums erforderlich.

(4) Satzungsänderungen, die den Zweck der Stiftung betreffen, bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde und des zuständigen Finanzamtes.

§ 11 Anfall des Stiftungsvermögens

Im Falle der Aufhebung der Stiftung fällt ihr Vermögen an die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für ähnliche gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Die von der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e.V. am 12. Januar 1981 errichtete Stiftung „Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -„ wurde von der Aufsichtsbehörde, dem Senator für Justiz/Berlin, am 4. März 1981 staatlich genehmigt und die Änderungen der Satzung mit Datum 22. Dezember 1997 und 27. Februar 2003 durch die Senatsverwaltung für Justiz genehmigt.